

DEUTSCHER SPIEGEL

Nr. 32/3.8.98 • 5,00 DM



SPIEGEL-SERIE ZUR WAHL
Das Renten-Desaster

Sex und Lügen in Amerika



Aggen 24,-
Belgien 20,-
Brasilien 24,-
Dänemark 24,-
Frankreich 24,-
Großbritannien 24,-
Italien 24,-
Japan 24,-
Kanada 24,-
Niederlande 24,-
Norwegen 24,-
Polen 24,-
Portugal 24,-
Schweden 24,-
Schweiz 24,-
Spanien 24,-
Thailand 24,-
USA 24,-
Vereinigtes Königreich 24,-
Yugoslawien 24,-

Hausmitteilung

3. August 1998

Betr.: Titel, Hochbegabte

Friede den Hütten, Freuden in den Palästen: Kein Amtssitz seit dem Versailles der Pompadour hat für eine solche Fülle pikanter Nachrichten gesorgt wie das Weiße Haus. Clemens Höges, 36, Autor des Titel-Teils über Monica Lewinsky und mögliche Flecken in ihrem Kleid, war bis vor kurzem SPIEGEL-Korrespondent in Washington. In seiner Stammkneipe, dem legendären Café und Buchladen „Kramerbooks“, hatte auch Lewinsky verkehrt und Bücher gekauft. Seit Sonderermittler Kenneth Starr bei „Kramerbooks“ per gerichtlicher Vorladung („subpoena“) nach den Titeln fahnden ließ, die Lewinsky heimtrug, hüllte sich das Personal in schwarze T-Shirts mit dem gelben Aufdruck: „Subpoenaed for selling books“, vorgeladen wegen Bücherverkaufs.



F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Jürgen Neffe, 42, Autor des Titel-Teils über „sexual harassment“ (sexuelle Belästigung) und bis vergangene Woche SPIEGEL-Reporter in New York, hat bei seinen Recherchen die Harassment-Hysterie am eigenen Leibe erfahren. Während einer Metro-Fahrt in Washington, nach einem Hearing zum Thema und versunken in Gedanken, hatten seine braunen Augen auf einer jungen Frau geruht. Die schrie ihn plötzlich an, er solle sie nicht belästigen, ob er ein Problem habe et cetera. Neffe, verängstigt durch die Drohhaltung der übrigen Fahrgäste, ergriff die Flucht. „Ich schau’ dir in die Augen, Kleines“, Humphrey Bogarts Satz zu Ingrid Bergman in „Casablanca“, kommt wohl auf den Index (Seite 100).



M. ASININ / SABA

Höges (o.), Neffe

Eliten sind die (lateinisch) „electi“, die Auserwählten, Handverlesenen. Bekommt ein Deutschland einer das Etikett „elitär“, weiß er, daß er ein Spinner ist: Das Wort hat keinen guten Ruf. Angela Gatterburg, Redakteurin im Ressort Kultur und Gesellschaft, war erstaunt, mit welcher Nonchalance dagegen US-Wissenschaftler das Elite-Thema behandeln und mit welchem Nachdruck sie dafür eintreten, mögliche Elite-Mitglieder der Zukunft zu fördern: die hochbegabten Kinder. Gatterburg setzte sich auf die Fährte, von Flensburg im Norden bis Pohlheim in Hessen, sprach mit Psychologen und Lehrern, vor allem aber mit begabten Kindern und deren geplagten Eltern: Familien mit Elite-Kids in Deutschland fühlen sich allein gelassen, oft geächtet, als wäre Hochbegabung eine selbstverschuldete Behinderung. Gatterburg hingegen war begeistert von der Wachheit und dem Charme der kleinen Hochbegabten. Ein Achtjähriger zu ihr: „Ich gehe selbstverständlich davon aus, daß eine SPIEGEL-Redakteurin sich über El Niño auch im Internet informiert.“ Und, ganz Kavalier: „Wenn nicht, zeige ich Ihnen gerne, wie das geht“ (Seite 88).



F. SCHUMANN / DER SPIEGEL

Gatterburg

Titel

Monica Lewinsky packt aus 100
Sex, die amerikanische Obsession 104

Deutschland

Panorama: Das Prügel-Protokoll von Lens / RU 486 bald in Deutschland? 17
Wahlkampf: Das Innenleben der SPD-Kampa 22
Wahlkampf-Impressionen: Gerhard Schröder in Bayern 24
Traditionspflege: Skins und Rechte im Osten begeistern sich an „Landser“-Heften 28
Rechtsextremismus: Interview mit dem Brandenburger Verfassungsschutzchef Hans-Jürgen Förster über ein Verbot der NPD 29
PDS: Partei voller Widersprüche 32
Flüchtlinge: Das Geschäft der Schleuser boomt 33
Grüne: SPIEGEL-Gespräch mit Fraktionschef Joschka Fischer über seine Angst vor einer Großen Koalition 35
Europa: Beamten-Massen der Bundesländer in Brüssel 40
Lobby: Subventionskampf der Küsten-Abgeordneten 42
Projekt Deutschland 2000: Wege aus der Rentenkrise 46
Erfolgsmodell Chile 48
Interview mit dem Chefökonom der Deutschen Bank, Norbert Walter, über den Umbau der Altersvorsorge in Deutschland 50
Kernenergie: Gericht erkennt erstmals Deutschen als Tschernobyl-Opfer an 56
Naturschutz: Tierfreunde wollen Europas erstes grenzüberschreitendes Gewerbegebiet stoppen 57
Bodenreform: Länder treiben von Ostdeutschen ehemaligen Staatsgrund ein 58
Drogen: Polizeimethoden gefährden die Luftsicherheit 60
Kinderpornographie: Schmuddelkram in der Grauzone 64
Kriminalität: Wollte CDU-Politiker einen Gläubiger killen lassen? 66

Wirtschaft

Trends: Metro plant virtuelles Kaufhaus / Steiler Anstieg der Managergehälter 69
Medien: Ex-„Bild“-Duo Tiedje und Bartels texten CDU-Anzeigen / Einigung zwischen Disney und Bertelsmann? 70
Geld: Chancen mit Chemieaktien / Ost-Immobilien weiter gefragt 71
Autoindustrie: Zwei Siege und eine Niederlage 72
Fusion VW/BMW? 74
Atomenergie: Ausstiegsplan des SPD-Kanzlerkandidaten 76
Manager: Der Dresdner-Bank-Chef und die Hausbesetzer von Potsdam 78
Zeitungen: Neuer „B.Z.“-Chefredakteur Wagner überrascht mit Kult-Schlagzeilen 79
Internet: Silicon Valley im Sommerfieber 80
Japan: Wie Triumph den BH-Markt aufmischt 84

Gesellschaft

Szene: Private Gärten als Touristenattraktion / Nazi-Chic in Londoner Foto-Schau 87
Erziehung: Die Nöte hochbegabter Kinder 88
Entertainer: Guildo Horns neue Rolle 91

Mit „Kampa“ zum Kanzler?

Seite 22



Müntefering (vor der Kampa)

Sie haben eine Abteilung „Gegnerbeobachtung“ und üben im Rollenspiel, was die CDU gegen den Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder aushecken könnte: Die Strategen der SPD-Kampagnen-Zentrale „Kampa“ versuchen sich in amerikanischem Wahlkampf. Geschäftsführer Franz Müntefering versendet täglich Argumentationshilfen über das Intranet. Doch Schröder betreibt seinen Feldzug ins Kanzleramt oft wie ein ambulantes Gewerbe.



Rentenzukunft: Aktien für alle

Seite 46

Das Rentensystem ist am Ende. Im Jahr 2020 müssten zwei Beitragszahler einen Rentner finanzieren – unbezahlbar, sagen die Experten. An die Stelle des heutigen Umlagesystems könnte die in Chile erfolgreich erprobte Kapitaldeckung treten – jeder spart für sich, beispielsweise durch den Kauf von Aktienfonds. Die heutige Höchstrente von 3700 Mark würde steil steigen: auf bis zu 17 000 Mark im Monat.



Mitglieder der CDU-Seniorenunion

Todsünde im Luftverkehr

Seite 60

Die Flugverbindung Bogotá – Frankfurt ist eine etablierte Schmuggelroute für Kokain, mit prekären Folgen für die Lufthansa. Der Stoff steckt häufig in unbegleitetem Gepäck, im Luftverkehr eine Todsünde. Für Staatsanwälte, die durch V-Leute informiert sind, ist der kontrollierte Drogentransport ein wichtiges Ermittlungsinstrument.

SPD-Plan für zügigen Atomausstieg

Seite 76



Castor-Transport vor dem AKW Neckarwestheim

Auch Kanzlerkandidat Schröder will aus der Atomenergie aussteigen – und zwar zügig. Seine Berater, darunter ein Ex-Stromvorstand, setzen auf einen Stilllegungsvertrag mit der Industrie. Ein Stufenplan soll den Ausstieg ohne Entschädigung regeln. Bis es soweit ist, würde der Staat kleine Atomzwischenlager genehmigen – direkt neben den Meilern. Castor-Transporte wären überflüssig.



CONTRAST / ACTION PRESS

Einsturzkrater über dem Bergwerk Lassing

Tödliche Arroganz

Seite 118

Die Rettungsarbeiten nach dem Grubenunglück im österreichischen Lassing gerieten zu einer Kette von Skandalen. Die Leute im Dorf sind überzeugt, Geschäftemacher und zynische Bürokraten hätten über zwei Wochen hinweg mit dem Leben der Verschütteten gespielt.

Exotinnen am Operationstisch

Seite 144

In kaum einer anderen Branche stoßen Frauen auf so viele Vorurteile wie in der Chirurgie. Obwohl inzwischen jeder zweite Medizinstudent eine Frau ist, bleiben die prestigeträchtigen Jobs im Operationssaal fest in Männerhand. So operieren in Deutschland nur 27 Frauen am Herzen, eine einzige davon brachte es zur Chefarztin. Während Kollegen diese Exotinnen mißtrauisch beäugen, schätzen Patienten Einfühlbarkeit und handwerkliches Geschick der Chirurginnen.



Chirurgin im OP

M. ZUCHT / DER SPIEGEL



Naumann

„Macht ist woanders“

Seite 152

Kaum hatte Gerhard Schröder ihn für sein Schattenkabinett zum Kulturbeauftragten berufen, da wurde der Verleger Michael Naumann „wie ein Erlöser bejubelt“ („FAZ“). Naumann provozierte mit deutlichen Aussagen zum Holocaust-Mahnmal, zum Berliner Stadtschloß und zum deutschen Film. Er wolle nur „Debatten anzetteln“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch, führen müßten sie dann andere. Und obwohl es sein Ziel sei, „politische Entscheidungen zu beeinflussen und zu treffen“, bleibe er skeptisch: „Macht ist immer woanders.“

Süskind pro Wondratschek

Seite 162

Nur selten meldet sich der Schriftsteller Patrick Süskind mit Urteilen über Kollegen zu Wort. Nun tut er es: mit einer Lobrede auf die „grandiose Zärtlichkeit“ von Wolf Wondratscheks „Kelly-Briefen“ – und einer Polemik gegen die Ignoranz der Kritiker.

Sport

Tour de France: Interview mit Opel-Aufsichtsratschef Hans Wilhelm Gäß über Sponsoring in Zeiten des Dopingbetrugs 94
Deutsche Telekom im Streit mit Reportern 96
Hans Halter über die unsterbliche Tour 97

Ausland

Panorama: Formel 1 in Moskau / Sperrzaun gegen Afrikaner 99
Rußland: Wo blieben die Milliarden des Internationalen Währungsfonds? 116
Österreich: Matthias Matussek über die furchtbaren Bergbaubürokraten von Lassing 118
Indonesien: Terror auf Osttimor 122
Jordanien: Ranküne um König Husseins Nachfolge 124
Türkei: Verwilderung der Sitten im Parlament 125
Deutsche Ehefrauen von Türken werden diskriminiert 126
Äthiopien: Interview mit Staatspräsident Negasso Gidada 128
Niederlande: Unbewältigte Vergangenheit ... 129

Wissenschaft + Technik

Prisma: Kunstbusen-Boom in den USA / Trügerische Tomographie-Aufnahmen vom Knie 131
Prisma Computer: Glücksspielverbot im Internet / Computersimulation des menschlichen Gangs 132
Telekommunikation: Globales Handynet Iridium – eine Milliardenpleite? 134
Atomrüstung: SPIEGEL-Gespräch mit General Lee Butler über den Wahnsinn der atomaren Hochrüstung 138
Medizin: Chirurginnen kämpfen um Anerkennung 144
Tiere: Koala-Plage in Australien 146

Kultur

Szene: DDR-Western als Video-Reihe / „Privates Goethe-Institut“ auf Island 149
Kulturpolitik: SPIEGEL-Gespräch mit Michael Naumann, dem Kulturbeauftragten in Schröders Schattenkabinett 152
Festspiele: Hal Hartleys Musikspektakel in Salzburg 156
Revue: „Die Blauen Engel“ – ein Frauentrio belebt den Zwanziger-Jahre-Glamour 158
Autoren: Ein hochgelobter Romancier enthüllt sein Pseudonym 160
Literatur: Patrick Süskind über Wolf Wondratscheks „Kelly-Briefe“ 162
Bestseller 164
Stars: Neues von der Beach-Boys-Legende Brian Wilson 166
Humor: Radiomacher im Nonsens-Fieber 170
Fernseh-Vorausschau 178

Briefe 8
Impressum 14, 172
Leserservice 172
Chronik 173
Register 174
Personalien 176
Hohlspiegel/Rückspiegel 182



SPIEGEL-Titel 30/1998

„Definition von Politik:
Das ist die Kunst, von den Reichen
das Geld und von den Armen
den Stimmzettel zu bekommen, indem
man ihnen verspricht, die einen
vor den anderen zu beschützen.“
(Kalenderblattspruch)

Doris Schneider aus Lengerich zum Titel „Der verlogene Wahlkampf“

Perfekt durchgestyltes Buhlen

Nr. 30/1998, Titel: Der verlogene Wahlkampf;
Kommentar von Rudolf Augstein: Vorbei, vorbei

Die Verlogenheit hat Hochkonjunktur. Da geben sich die Parteien gegenseitig die Hand. Aus diesem Grunde ist auch das Titelbild des SPIEGEL hervorragend. Es charakterisiert treffend die ganze Situation, was mit unseren Parteien oder auch Politikern los ist. Die Entfremdung zum Wähler schreitet unaufhaltsam fort.

ESCHBORN (HESSEN) J. F. WILHELM HÖRNICKE

Natürlich ist der Wähler schuld, er hat schließlich die Macht der Wahl. Aber was soll's denn sein? Noch mal den Dicken? Oder lieber den neuen Gottschalk? Nein, alle in einen Sack und knüppeln, es trifft garantiert den Richtigen. Im September gibt es nur eine richtige Wahl – die Demokratie. Mein Stimmzettel wird jedenfalls leer bleiben, aber in die Urne kommt er. Vielleicht denken noch mehr so: „Stell dir vor, jeder geht zur Wahl, und keiner wird gewählt.“

FRANKFURT AM MAIN MICHAEL MERZ

Die September-Wahl findet nicht zwischen alternativen Parteiprogrammen statt, sondern nur zwischen Pest und Cholera.

HÜRTH (NRDRH.-WESTF.) KARL-HEINZ REINECK

Wenn Sie sich in bezug aufs angebliche Phlegma des Wahlvolks denn nur nicht täuschen: Die momentane gesellschaftliche Konstellation hat alle Ingredienzen für ein 1789, 1989, vielleicht 1999: eine ständische Gesellschaft der jenseits der Sättigungsgrenze versorgten politischen Klasse, der immer noch ausgezeichnet versorgten Arbeitsplatz-Be-Sitzer (die meisten Beamten und Spitzenakademiker mit niedrigem Wirkungsgrad) und dem unbegrenzt nachschußpflichtigen Rest, dem – mit allerlei kostentreibenden ökologischen Folterwerkzeugen und Reformchen sowie entmündigender Verweigerung plebiszitärer Demokratie-Elemente drangsaliert – nur die innere Emigration oder die Guerrillataktik am Wahltag à la Sachsen-Anhalt bleibt.

NEUSS MARKUS SCHLEGEL

Abgesehen davon, daß es noch nicht gelungen ist, die notwendigen Befähigungskriterien für den politischen Aufstieg zu finden: Liegt der von Ihnen ange- und beklagte Zustand nicht auch daran, daß die konträren politischen Themen passé sind? Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, Westintegration oder Neutralität, Aufrüstung oder Pazifismus, Ostpolitik oder Inaktivität.

BERLIN ALBRECHT MARKS

Ihre düstere, aber bedauerlicherweise zutreffende Darstellung der Wahlen offenbart ein ziemlich erbärmliches Bild dieser Demokratie: Die meist nicht gut informierten und sich wenig für übergeordnete, die Allgemeinheit betreffende Zusammenhänge interessierenden Wähler stimmen für die Parteien, die die besseren Schauspieler, Lügner und Demagogen stellen. Die hochgepriesene Demokratie verkommt dadurch zu einer hohlen Farce, die auch leicht ins Gemeingefährliche abdriften könnte, wie es schon einmal geschehen ist. Das Schlimmste ist aber, daß es für diese Demokratie (noch) keine bessere Alternative gibt und daß das Wahlvolk sich erst nach Generationen ändern kann!

RECKLINGHAUSEN DR. AHMAD HUSSEIN

Das perfekt durchgestylte Buhlen um Wählerstimmen von Schröder und Kon-

sorten ist mit dem unglücklichen Wahlkampf der Grünen keinesfalls auf eine Stufe zu stellen. Auch wenn es noch so schön in Ihr Konzept passen mag. Denn letztere entfernen sich gerade deswegen immer weiter von der Volksmeinung, weil sie ungeliebte Wahrheiten aussprechen. Also genau das gegenteilige Verhalten von dem von Ihnen geschilderten. Daß ökologisch wie auch ökonomisch durchaus sinnvolle Programme verzerrt und karikiert werden, nur weil sie die bei anderen schmächtig vermißten Informationen und damit potentielle Angriffsflächen enthalten, ist traurige Realität. Dahinter stehen die gleichen Medien, die nun mit klagendem Geheul mehr Gradlinigkeit und Ehrlichkeit fordern.

FELSBERG

VOLKER SCHÜTZ

Bundespräsident Herzog wird nicht richtig verstanden, wenn man nicht erkennt, daß es ihm um die Verhinderung der Unregierbarkeit Deutschlands geht. Es kann eine Situation eintreten, in der kein Kanzlerkandidat, auch nicht in der vom Grund-



CSU-Wahlveranstaltung (in Erlangen): Eine hohle Farce?

gesetz vorgesehenen 14tägigen Frist, die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigen kann. Erreicht ein Kanzlerkandidat nach dieser Frist nur die relative Mehrheit, kann ihn der Bundespräsident zum Kanzler ernennen, muß dies aber nicht.

MARBACH (BAD.-WÜRTT.) UDO SCHÄFER

Ich verstehe die Aufregung um die Meinungsänderung des Bundespräsidenten nicht. Anstatt einem solchen Mann dankbar



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 7. August 1948

Otto Gritschneider vor Münchner Spruchkammer Eva Brauns Vater will Vermögensverhältnisse klären. Der „Deutsche Volksrat“ legt Richtlinien für die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik fest Nur eine Stimme gegen die Kandidatenaufstellung durch Massenorganisationen für die Volkskammer. Der niedersächsische Flüchtlingsminister Heinrich Albertz hat Probleme Wohin mit den Flüchtlingen? Neue Front im Kalten Krieg Kominform-Offensive in Asien. Der Tscheche Emil Zatopek siegt auf 10 000 Meter in London Vorherrschaft der Finnen abgelöst.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Titel: Der württemberg-badische Ministerpräsident Reinhold Maier

dafür zu sein, daß er auf die Annehmlichkeiten seines wohlverdienten Ruhestandes verzichten will, um sich weiterhin dem Dienst zum Wohle des Volkes zu widmen, bezichtigt man ihn des Wortbruchs.

BONN

JÖRG SCHUBACH

Mit Wortklauberei im Stil eines Winkeladvokaten hat sich der Moralapostel Herzog, der bei jeder Gelegenheit Wahrhaftigkeit und Verlässlichkeit predigt, demaskiert und auch sein Amt in Mißkredit gebracht.

NEUWIED (RHL.-PF.)

JÜRGEN BOLLINGER

Selten habe ich eine so persönlich verletzte und diskriminierende Bemerkung gelesen wie „Glaubt der Kanzler wirklich, daß die Deutschen einen Mann im Rollstuhl an der Spitze wollen?“. Auch ich möchte Schäuble nicht als nächsten Kanzler, allerdings hat dies bei mir politische Gründe. Schäuble hat doch zur Genüge bewiesen, daß er den Anforderungen an das Leben eines Politikers gewachsen ist.

SCHWAIKHEIM (BAD.-WÜRTT.)

SUSANNE HAAG

den Sozialstaat unter finanziellen Streß setzen. Und keine Anmerkung darüber, daß sich die Zukunft des Sozialstaatsmodells an seiner Fähigkeit erweisen wird, sachgerecht auf den Wandel von Erwerbsarbeit und Lebensentwürfen in modernen Gesellschaften zu antworten.

FRANKFURT AM MAIN

HANS-JÜRGEN URBAN

ABT. SOZIALPOLITIK B. VORSTAND DER IG METALL

Wieso wird von „gesteigertem Anspruchsdenken“ geredet, wenn ein Arbeitsloser die (Arbeitslosen-)Versicherung in Anspruch nimmt, in die er zum Teil jahrzehntelang eingezahlt hat?

DARMSTADT

HARALD F. TÄUSCHEL

Unser Sozialsystem basiert auf einer Prämisse: Es setzt die bürgerliche Tugend des Verantwortungsbewußtseins voraus – auch gegenüber dem Staat. Der erfüllt heute für das clevere Konsummonster, das sich Bürger nennt, vor allem zwei Funktionen: Erstens ist er immer schuld, und zweitens läßt er sich finanziell nicht endend melken. So et-

was nennt man eine verzogene Gesellschaft. Erziehung zu bürgerlicher Mündigkeit sollte Verfassungsauftrag werden.

BONN

KAI-HENNING STOLDT

Ich möchte die Versicherung sehen, die nicht pleite geht, wenn sie von einem Tag auf den anderen Millionen Leistungsempfänger versorgen muß, die nie eine Mark Beitrag gezahlt haben.

SAARBRÜCKEN NORBERT NICKELS



Suppenküche für Bedürftige: Sozialstaat unter Streß

Eine verzogene Gesellschaft?

Nr. 30/1998, Projekt Deutschland 2000: Der deutsche Sozialstaat ist ineffektiv, ungerecht und unbezahlbar

Der deutsche Sozialstaat hat Ausmaße angenommen, die es fast unmöglich machen, noch von einer Marktwirtschaft zu sprechen. Die Folgen sind nicht nur für die Wirtschaft fatal, sondern vor allem für die Einstellung der Menschen verheerend. An die Stelle von Ehrgeiz und Tatendrang – Eigenschaften, die diesen Staat aufgebaut haben – ist mittlerweile ein Anspruchsdenken gegenüber dem Staat entstanden, welches es als selbstverständlich ansieht, für alle tatsächlichen oder vermeintlichen Nachteile staatlichen Ausgleich zu verlangen.

KIRCHZARTEN (BAD.-WÜRTT.)

KARSTEN KAYSER

Kein Wort darüber, daß nicht eine vermeintliche Anspruchsinflation der Bedürftigen, sondern die Folgekosten der Massenarbeitslosigkeit, die sich mittlerweile jährlich auf 170 Milliarden Mark belaufen,

den. Die Gesundheitsreform hat über 30 000 Arbeitsplätze im Kurbereich vernichtet – wer dagegen protestiert, will noch lange nicht „den dritten Jahresurlaub ... zum Menschenrecht proklamieren“. Was ist an Bafög und Kindergeld „großzügig“? Warum soll der Staat nicht – dem Verfassungsauftrag entsprechend – die Benachteiligung von Frauen und Randgruppen bekämpfen?

BREMEN

ECKHARD STENGEL

Der Sozialstaat ist also ineffektiv, ungerecht und unbezahlbar. Vielmehr ist es doch so, daß die Regierung selbst dafür gesorgt hat, daß kein Geld für soziale Leistungen mehr da ist. Mit immer neuen Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten für Besserverdienende, bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Besteuerung von Vermögen sowie auf ausreichende Kontrolle dieser Klientel durch die Finanzämter hat der Staat den von vielen konservativen Politikern so vollmundig verkündeten „Handlungsbedarf“ doch selbst geschaffen.

WETTER (NRDRH.-WESTF.)

AXEL HOLLAND

Stumme Bekenntnisform

Nr. 30/1998, Beamte: Kulturkampf ums Kopftuch:
Die abgelehnte Lehramtsanwärterin
Fereshta Ludin über Religion und Toleranz

Das Kopftuch – demütigend für Frauen, aber offensichtlich eine Augenweide für zwanghafte Männer. Eine Zumutung für Schüler des nächsten Jahrtausends.

MÜNCHEN

HEIDE ROSCHER



DPA

Abgelehnte Lehramtsanwärterin Ludin
Muslimisches Sensibelchen?

Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Tragen eines Kopftuches aus freier Entscheidung nicht als Persönlichkeitsrecht respektiert werden soll, während es beispielsweise bei einem Lehrer, dessen Erscheinungsbild im Unterricht mit offenem Hemdkragen, verschlissenen Jeans und Turnschuhen a priori als frei von jeglichem Indoktrinierungsversuch angesehen wird, offensichtlich kein Problem bereitet.

BERLIN

PROF. DR. HALLT ZIYA KUYUMCU

Wer eine internationale Erziehung genossen hat, fremde Kulturen respektiert, kann nicht als muslimisches Sensibelchen der ihr dann anvertrauten Jugend pädagogisch und damit als Leitfigur gegenübertreten.

BAD NEUENAUH (RHLD.-PF.)

HELGA SCHEPPE

Die ablehnenden Reaktionen quer durch alle Parteien zeigen, daß man im Grunde keine Lust hat, sich mit einem neuen islamischen Frauentyp auseinanderzusetzen, der hingegen der landläufigen Vorstellung nicht fremdbestimmt, sondern gebildet, selbst- und zielbewußt ist. Genausowenig, wie man bereit ist, die deutsche Erscheinungsform des Islams differenziert wahrzunehmen, wo doch das abschreckende Bild des Islams in Afghanistan und anderswo die eigene Werteordnung stabilisiert.

PADERBORN

SABAH BROCKMANN-AHMED

Es kann keinerlei begründbare Einsprüche unseres Staates gegen derartige stumme und nur persönlich bekundete Bekenntnisformen geben, nachdem Frau Ludin den säkularen Rechts- und Verfassungsstaat als übergeordnet anerkannt hat.

WALDRÖL (NRDRH.-WESTF.) KURT HAMBURGER



T. RAUPACH / ARGUS

Expres Interregio: Schnell und schön leer

Unpünktlich, unsauber, überhitzt

Nr. 30/1998, Bahn: Jagd auf die Geisterzüge

Schon die Ankündigung des Artikels zeigt, wie bei Ihnen die Maßstäbe verlorengegangen sind: Halbvolle Züge sind also Geisterzüge; was sind dann fünfsitzige Pkw, die nur mit dem Fahrer unterwegs sind?

HAMBURG

JÜRGEN ARNECKE

Als Teilnehmer an der Kampagne „Umdenken Umsteigen – Neue Mobilität in NRW“ kann ich nach nunmehr fast zweimonatigem Umstieg vom Auto auf den ÖPNV folgende Erfahrungen weitergeben: Meine tägliche Fahrzeit hat sich von 1,5 auf circa 3 Stunden erhöht; Busse und S-Bahnen fahren in der Regel pünktlich, deren Personal ist überwiegend zuvorkommend; der Regionalexpress der DB ist leider häufig unpünktlich, unsauber und im Sommer überhitzt. Fazit: Am 1. Oktober werde ich wieder in mein Auto umsteigen, denn das, was die DB bietet, reicht nicht aus, um neue Kunden zu gewinnen.

OBERHAUSEN

KARL-HEINZ STORM

Beispiel Münster–Frankfurt: Die direkten Interregios sind schnell und schön leer, man wird aber mit dem vollen IC über die überlastete weite Rheinstrecke geschickt, da die Einnahmen (mehr Kilometer, Zuschlag) dort höher sind. Jetzt sollen die Interregios wegen zu geringer Auslastung eingestellt werden.

MÜNSTER

WINFRIED KERSTIENS

Sie bezeichnen die heutige D-Zug-Verbindung Köln–Eindhoven als ein überflüssiges Parallel-Angebot zum Regionalexpress Köln–Venlo. Dem ist zu widersprechen. Auch wenn der Name „Rhein-Holland-Express“ etwas anderes suggeriert – es handelt sich bei der von Ihnen vorgeschlagenen Alternative leider nur um eine Art Regionalbahn. Der Zug hält an allen 15 Bahnhöfen zwischen Köln und Venlo und benötigt für die 88 Kilometer lange Strecke fast eineinhalb Stunden – über 20 Minuten länger als der von Einstellung bedrohte D-Zug. Sollte die DB ihre Pläne realisieren, ginge die einzige schnelle Zugverbindung von Köln nach Mönchengladbach und in

die südlichen Niederlande verloren. Rückt so Europa näher zusammen?

KÖLN

VOLKER KUNSTMANN
VERKEHRSCLUB DEUTSCHLAND

Die Einhaltung der Form

Nr. 30/1998, Prozesse: Chaos im „La Belle“-Verfahren

Sie attestieren dem „La Belle“-Verfahren eine drohende „gefährliche Schieflage“, wobei Sie offenbar nicht merken, wie schief Sie selbst liegen. Wenn Richter im Rahmen akribischer Sachverhaltsaufklärung zur Klarheit für alle Beteiligten eine vorläufige Rechtsauffassung äußern, mag das nicht jedermann passen, vor allem dann nicht, wenn das Ergebnis nicht den Erwartungen entspricht. Von einer Schieflage oder einer sich anbahnenden „Millionenpleite“ kann in diesem Zusammenhang nur reden, wer einer Hauptverhandlung andere Zielsetzungen als ausschließlich Wahrheitserforschung und Gewährleistung eines fairen und rechtsstaatlichen Verfahrens beimessen will.

BERLIN

MANFRED HERZIG
PRÄSIDENT DES LANDGERICHTS

Kritik an mangelnder personeller Vorkehrung fordert nicht nur Gesetzes-, sondern sogar Verfassungsbruch. Der jedem Angeklagten in Artikel 101 GG zugesagte „gesetzliche Richter“ soll gerade Ausnahme-gerichte und „besondere personelle Vorkehrungen“ verhindern. Kein Richter darf für einen bestimmten Prozeß von der Ju-

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Flüchtlinge, Grüne, Europa, Lobby, Türkei (S. 126): Michael Schmidt-Klingenberg; für Traditionspflege, Rechtsextremismus, PDS, Kernenergie, Naturschutz, Bodenreform, Drogen, Kinderpornographie, Kriminalität, Chronik: Ulrich Schwarz; für Projekt Deutschland 2000, Trends, Medien, Geld, Autoindustrie, Atomenergie, Manager, Zeitungen, Internet, Japan: Gabor Steingart; für Tour de France: Alfred Weinzierl; für Panorama Ausland, Titelgeschichte, Rußland, Jordanien, Türkei (S. 125), Äthiopien, Niederlande: Erich Wiedemann; für Prisma, Prisma Computer, Telekommunikation, Atomrüstung, Medizin, Tiere: Jürgen Petermann; für Szene, Erziehung, Hochbegabte, Kulturpolitik, Revuen, Literatur, Bestseller, Stars, Humor, Fernseh-Vorausschau: Wolfgang Höbel; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Hohlspiegel: Petra Kleinau; für Personalien, Rückspiegel: Doja Hacker; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Gestaltung: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Dr. Fritz Rumlir; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (samtlich Brandstvierte 19, 20457 Hamburg)

TITELILLUSTRATION: Alfons Kiefer

stizverwaltung eingesetzt werden. Das Prinzip des gesetzlichen Richters garantiert zwar nicht Glücksfälle wie den Vorsitzenden Kubsch im „Mykonos“-Prozeß, es verhindert aber Willkür und Sonderrichter. Auch wenn es nicht dem Zeitgeist entspricht: Die Einhaltung der Form ist die Voraussetzung der Freiheit.

BERLIN

HANS-JOACHIM EHRIG
NEBENKLAGEVERTRETER IM MYKONOS-
UND IM LA-BELLE-PROZESS

Man kann es ihnen kaum verdenken

Nr. 30/1998, SPIEGEL-Gespräch mit Sibylle Knauss über die deutsche Erzählmisere

Frau Knauss könnte ein bißchen recht haben mit ihrer Vermutung, daß mancher deutsche Schriftsteller ein Problem mit den Begriffen „Unterhaltung“ und „Spannung“ hat. Doch der Kunde vermeidet nicht deshalb den Griff nach deutschsprachiger Lektüre – er findet einfach zu wenig. Die Verleger könnten einiges an diesem Kreislauf ändern, doch warum sollten sie das tun? Sie verhalten sich nicht anders als Unter-



J. SORDEL

Schriftstellerin Knauss

Unisono angestimmtes Gejammer

nehmer unter dem Diktat des Shareholder-value, und man kann es ihnen kaum verdenken.

MOERS

DR. FRITZ BÖLLING

Das Streben nach Political correctness äußert sich weniger in der zeitgenössischen deutschen Literatur als vielmehr in dem von Kritikern, Verlegern und Journalisten unisono angestimmten Gejammer über die Durchschnittlichkeit deutschsprachiger Autoren. Ich empfehle Frau Knauss wärmstens die Bücher von Ingo Schulze und Thomas Brussig, bevor sie eine ganze Autorengeneration der Mutlosigkeit bezichtigt.

GROSS-GERAU (HESSEN)

RALF SCHWOB

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält einen Beikleber der Deutschen Telekom, Bonn. Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Deutschen Bahn AG, Frankfurt/Main.

HOOLIGANS

Protokoll eines Verbrechens

Der Mordversuch an dem französischen Polizisten Daniel Nivel ist weitgehend aufgeklärt. Nivel war am 21. Juni nach dem Fußball-WM-Spiel Deutschland – Jugoslawien in Lens von deutschen Hooligans brutal zusammengeschlagen worden. Er liegt seitdem mit schweren Kopfverletzungen im Koma.

Die von der deutschen Polizei eingerichtete Soko „Lens“ und die Staatsanwaltschaft Hannover konnten nach wochenlangen Befragungen und anhand Hunderter Beweisfotos und -videos ein relativ exaktes Ablaufprotokoll des Mordversuchs erstellen: Eine kleine Gruppe von wahrscheinlich drei Hooligans, die von Polizeitrupps in eine schmale Straße gedrängt worden war, überannte dort postierte Gendarmen – darunter Nivel – müheelos. Eine zweite Schar von rund 20 Hooligans folgte und schlug Nivel, dessen beide Kollegen bereits die Flucht ergriffen hatten, schließlich zu Boden. Ein erster Hieb mit einem herumliegenden Werbeschild ließ den Polizisten in die Knie gehen. Dabei, so zwei Zeugen, verlor er seinen Helm. Die Menge wich daraufhin zunächst einen Meter zurück. Dann nahm einer der Schläger fünf Meter Anlauf, um Nivel mit voller Wucht gegen die Brust zu treten. „Das war der Frust“, so ein Täter später, „weil wir da nirgends rauskamen.“ Die nächsten Schläge streckten den Gendarmen vollends zu Boden.

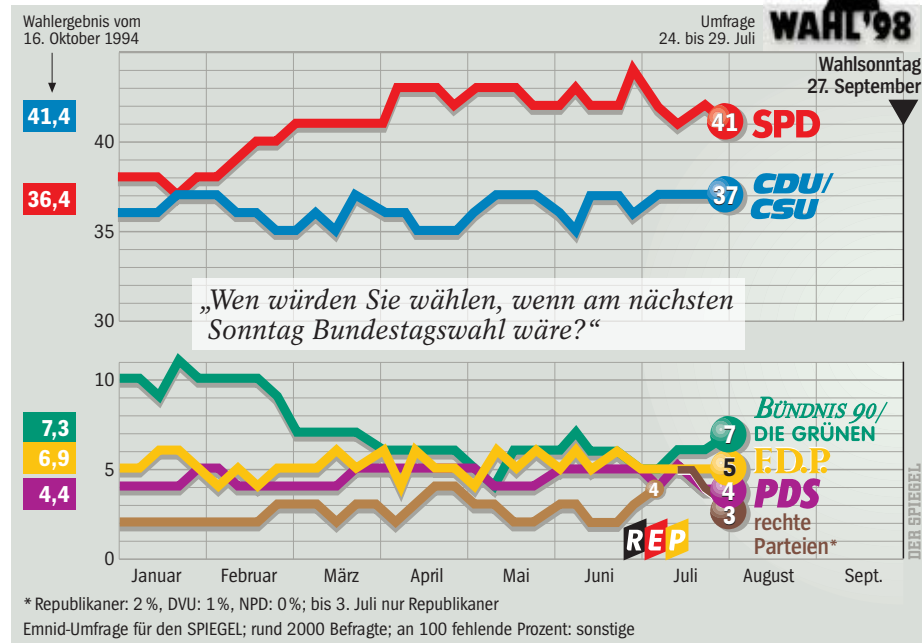


Verletzter Polizist Nivel

Nach weiteren Hieben, die er noch mit den Armen abzuwehren versuchte, „sackten ihm die Hände weg“, berichtet ein Teilnehmer. Als schließlich André Z., ein 27 Jahre alter Hooligan aus Gelsenkirchen, mit dem Tränengasaufsatz von Nivels Gewehr auf den Kopf des wehrlosen Polizisten einprügelte, so die Ermittlungen, hatte der offenbar schon das Bewußtsein verloren. Die in Hannover inhaftierten Hooligans André Z., Tobias R., 24, aus Hamburg und Frank R., 30, aus Gelsenkirchen stehen für die Fahnder als Haupttäter fest. Lediglich der Schläger, der Nivel mit dem Werbeschild zu Boden schlug, muß noch ermittelt werden.

Die beiden kurz nach der Tat verhafteten „Hauptverdächtigen“ Steffen Elschner und Markus Warnecke gelten mittlerweile nicht mehr als Haupttäter bei der Attacke.

Countdown für Bonn: noch 8 Wochen



NEONAZIS

Wiedersehen in Lichtenhagen

Im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen will die NPD am 19. September ihre Abschlußkundgebung für die Bundes- und Landtagswahl von Mecklenburg-Vorpommern veranstalten. Sie soll auf einem Parkplatz beim „Sonnenblumenhaus“ stattfinden, dessen vietnamesische Bewohner im Sommer 1992 mit Brandbomben und Baseballschlägern von Skinheads angegriffen worden waren. Während die Stadt Rostock noch mit der NPD verhandelt, tröstet sich Ministerpräsident Berndt Seite (CDU) damit, daß „die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf die platten Parolen der NPD nicht hereinfallen“ und deshalb der „Propaganda-Show“ fernbleiben würden. Allerdings kämpfte 1992 fast das ganze Viertel Seite an Seite mit den rechten Schlägern gegen die Polizei.

ABTREIBUNGSPILLE

RU 486 auch in Deutschland?

Nächstes Jahr soll die umstrittene Abtreibungspille RU 486 auch in Deutschland auf den Markt kommen – falls die SPD die Bundestagswahl gewinnt.



F. DECROCK / SPICA

Der Patentinhaber Edouard Sakiz, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Hoechst-Tochter Roussel Uclaf, hatte bislang den Zulassungsantrag für Deutschland von einer „moralischen Bürgschaft von höchster Regierungsautorität“ abhängig gemacht. Die Bundesregierung hatte sich jedoch stets geweigert, diese Bedingung zu erfüllen und

sich für die Freigabe einzusetzen. Christine Bergmann, im Schattenkabinett Gerhard Schröders für Familie zuständig, will das nachholen, falls die SPD an die Regierung kommt. In Frankreich, Schweden und Großbritannien ist das Medikament zwar zugelassen. Seit aber die Herstellerfirma Roussel Uclaf die Produktion auf Druck von Abtreibungsgegnern eingestellt hat, existieren lediglich Restbestände. Sakiz habe nun zugesagt, er wolle schon im September eine erweiterte Her-



Proteste gegen RU 486 in Frankreich (1993)

stellungszulassung für das Präparat mit einem zusätzlichen medizinischen Nutzungsbereich beantragen, berichtete die SPD-Abgeordnete Marliese Dobberthien nach einem Termin bei Sakiz. Eine neue Herstellerfirma sei bereits gefunden, sie werde jedoch geheimgehalten, um sie nicht den Angriffen militanter Abtreibungsgegner auszusetzen. Bereits im nächsten Jahr, so schätzt auch Bergmann, könnte die Pille auf dem deutschen Markt sein – vermutlich als „Exelgyn“.

Nachgefragt

Heiße Luft

„Sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder reklamieren den wirtschaftlichen Aufschwung mit einer Trendwende am Arbeitsmarkt für sich.“

Es gibt keinen Aufschwung am Arbeitsmarkt **39**

Der Aufschwung hat nichts mit der Politik zu tun **37**

Der Aufschwung ist ein Verdienst Helmut Kohls **11**

Der Aufschwung ist ein Verdienst Gerhard Schröders **4**

Weiß nicht, ist mir egal **7**

Ennid-Umfrage für den SPIEGEL vom 28. und 29. Juli; Angaben in Prozent; an hundert fehlende Prozent; keine Angabe; 1004 Befragte

GESUNDHEIT

Mahnen und sanieren

Dem Bundesgesundheitsminister droht neuer Streit um den Sinn des Krankenhaus-Notopfers. Grund: Der jährliche Obolus von 20 Mark, den die Krankenkassen von 1997 bis 1999 bei 36,5 Millionen gesetzlich Versicherten eintreiben sollen, wird unerwartet stark durch Verwaltungsaufwand verschlungen.

„Jede dritte bisher eingenommene Mark“, so ermittelte der SPD-Abgeordnete Klaus Lennartz aus Daten des Verbands der Angestellten-Krankenkassen (VDK), „floß nicht in die Instandhaltung von Krankenhäusern, sondern fiel für Zahlungsbescheide und -erinnerungen an.“ Rund 580 Millionen Mark, so die Rechnung, nahmen die Kassen als „Notopfer 1997“ bisher ein. Doch gut 175 Millionen Mark mußten sie wieder für die Verwaltung ausgeben, denn 40 Prozent der Versicherten warteten erst einmal das Erinnerungsschreiben ab, die Hälfte davon hat bis heute nicht bezahlt. Der VDK kalkuliert für jeden Bescheid Kosten zwischen drei und fünf Mark; pro Zahlungserinnerung werden weitere zwei Mark fällig.

DVU

Jung gegen Alt

In der rechtsextremen Deutschen Volkspartei (DVU) des Verlegers Gerhard Frey, 65, ist ein Generationen-Konflikt ausgebrochen. Jüngere Funktionäre wie der Berliner DVU-Chef Olaf Herrmann, 23, und der



LEINBERGER / ARGUM

Frey junior (1990)

Spitzenkandidat für die Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Sven Elske, 22, verlangen größere Eigenständigkeit der Landesverbände und fordern den Aufbau arbeitsfähiger Kreisverbände. Wachsende Spannungen verursacht auch Gerhard Frey junior, 29, der Sohn des DVU-Chefs, der sich immer stärker in den Vordergrund schiebt und junge Funktionäre um sich sammelt. Die „jungen Wilden“ sollen gegen die Altfunktionäre Stimmung machen. Frey junior will einen „linken Flügel“ der Rechten darstellen, um neue Wählerschichten zu erreichen. Frey senior meint denn auch, sein Sohn werde sich als Parteichef „nicht von seinem Vater einarbeiten lassen“.

SPD

Luft ablassen

Jost Stollmann, Schatten-Wirtschaftsminister im SPD-Team, will sich mit seiner schärfsten Kritikerin, der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer, aussprechen. Das Vier-Augen-Gespräch ist für Mitte August ge-

plant. „Aufgrund von Mißverständnissen hat es unnötige Kontroversen gegeben“, so Stollmann, „die möchte ich ausräumen.“ Vor allem die Gewerkschafterin hatte sich über Stollmanns flotte Sprüche über das Sozialsystem erregt. Mit Walter Riester, IG-Metall-Vize und Arbeitsminister im Schröder-Team, habe er bereits die gemeinsamen Vorarbeiten für ein Bündnis für Arbeit besprochen.

Am 19. August wird Stollmann gemeinsam mit Gerhard Schröder Wahlkampf in Berlin machen. Tags darauf soll er erstmals an einer Sitzung des Schattenkabinetts teilnehmen. Auch dort, so ein Teammitglied, wächst der „Verdruß“ über die provokanten Interviews des Unternehmers. Auf der gemeinsamen USA-Reise in dieser Woche will Schröder deshalb größere Partei-Disziplin von seinem Wirtschaftsminister einfordern. Stollmann müsse auch noch etwas von seiner „Aufgeblasenheit“ herunterkommen, heißt es in Schröders Umgebung. Der Kanzlerkandidat will sich bei seinem Kurzbesuch in Washington den Amerikanern als zuverlässiger außenpolitischer Partner empfehlen. „Es wird unter einer SPD-geführten Bundesregierung keinen Wechsel in der grundsätzlichen Orientierung der deutschen Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik geben“, lautet der Kernsatz des Vortrags, den er am Dienstagabend in der Georgetown University hält.



G. LUKAS

Stollmann

TERRORISMUS

RAF verzweifelt gesucht

Das Bundeskriminalamt (BKA) hofft, mit Hilfe von Stasi-Akten doch noch einige der spektakulärsten Terroranschläge der RAF aufzuklären. Die Fahnder haben die Berliner Gauck-Behörde gebeten, bei der Durchsicht von Akten nach Hinweisen auf Anschläge und nach verdächtigen Namen zu suchen, um „den potentiellen Täterkreis durch neue und fundiertere Erkenntnisse weiter einzugrenzen“.

Den Mitarbeitern der Stasi-Akten-Behörde liegt mittlerweile eine Liste mit Anschlägen, Raubüberfällen und konspirativen Wohnungen vor, die der RAF zugerechnet werden.

Das BKA konnte bisher nur ein einziges der seit 1985 verübten tödlichen Attentate aufklären. Mittlerweile räumen die Staatsschützer offen ein, daß sie nicht wissen, wer der letzten Generation der RAF überhaupt angehört.

Am Rande

Beam me down



Der Weltraum. Das Raumschiff. Die SPD. Und nur 45 Lichtsekunden bis zur Pointe. Das macht den Werbestrategen von der SPD-Kampa wirklich so schnell

niemand nach. Ein Kinospot für Millionen: Witzig. Spritzig. Schnell. Das Raumschiff rast durchs All. Eine Frau blickt durch die Glas-kuppel in unendliche Weiten. „Wir sind da, Käpt'n“, meldet sie. „Unten sieht es gar nicht gut aus.“ Der Kapitän hat stahlblaue Gerhard-Schröder-Augen. „Wir dürfen keine Zeit verlieren. Der Hilfstrupp muß runtergebeamt werden.“ Vier Astronauten in Raumanzügen rennen zum Transporter-Raum. „Be-eilt euch!“ ruft der Kapitän. „Klar-machen zum Beamen.“

Flirrend lösen sich drei der vier Astronauten auf. Einer bleibt zurück. „Die Energie reicht nicht“, ruft die Frau verzweifelt. Jetzt fährt die Kamera ganz nah an den Mann heran, der den Absprung nicht schaffte. Unter dem runden Helm schwitzt – Helmut Kohl.

„Die Zukunft“, höhnt die Stimme aus dem Off, „nicht jeder ist dafür geschaffen.“

Das sieht wirklich sehr komisch aus: Kohl im Raumanzug – zum Piepen. Aber warum gehört ausgerechnet er zu dem Hilfstrupp, der losgeschickt wird, weil es „unten gar nicht gut“ aussieht? Beim richtigen Raumschiff Enterprise sind es immer die Besten, die auf heikle Missionen gesandt werden.

Und warum bleibt Kohl oben? Weil die SPD es nicht schafft, ihn wegzukriegen, ganz einfach. „Die Energie reicht nicht“, träumt auch Peter Hintze.

PR-Agenturen ist es egal, ob sie Seife, Autos oder Politiker verkaufen. Aber mit *einem* Film Werbung für zwei konkurrierende Produkte zu machen – dieses Kunststück ist bisher noch keinem gelungen.

DDR-UNRECHT

Kein Prozeß gegen Mielke

Die Berliner Justiz gibt die Hoffnung auf, Erich Mielke noch einmal den Prozeß machen zu können. Bereits im Februar hatte der Berliner Facharzt für Psychiatrie und Neurologie, Edward Meyer, ein neues Gutachten über den Gesundheitszustand des ehemaligen DDR-Ministers für Staatssicherheit vorgelegt. Ergebnis: Es sei nicht davon auszugehen, daß der 90jährige sich „so weit erholt“, daß er verhandlungsfähig sei. Die Staatsanwaltschaft hatte den Greis erneut begutachten lassen, um zu klären, ob er wegen der Todeschüsse an der Mauer doch noch einmal vor Gericht gestellt werden könne. 1994 war das Verfahren gegen den ehemaligen Stasi-Chef wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt worden.



Mielke 1997, 1985



JUGENDKRIMINALITÄT

„Risiko reduziert“

Sozialdemokrat Christian Ude, 50, Oberbürgermeister von München, über die geplante Ausweisung des 14jährigen Straftäters Mehmet

SPIEGEL: Was bringt die Ausweisung?

Ude: Zwar keine befriedigende Lösung, aber eine Reduzierung der Risiken hier in München und eine präventive Wirkung auf viele andere, die nun wissen, welche Konsequenzen es haben kann, wenn man hier als Serientäter auftritt. Das wird viele Straftaten verhindern.

SPIEGEL: Ist es sinnvoll, einen 14jährigen in ein ihm fremdes Land abzuschicken?

Ude: Richtig integriert ist er auch hier nicht. Mehmeds Eltern haben in 30 Jahren nicht Deutsch gelernt. Für die stand fest, daß sie zurückgehen, die Frage war nur, wann. Sie haben ein Haus in der Türkei.

SPIEGEL: Der Junge ist hier geboren und zur Schule ge-

gangen. Was unterscheidet ihn von anderen jugendlichen Kriminellen?

Ude: Wenn sämtliche Stricke gerissen sind, also alle Versuche der Prävention, der Erziehung und der Besserung keinen Erfolg hatten – wie offensichtlich in diesem hoffnungslosen Fall – und man es zudem mit einem Serientäter jugendlichen Alters zu tun hat, ist die Ausweisung die Ultima ratio. Sie exportiert das Problem zwar nur, aber dafür werden die Risiken für die Opfer hier reduziert.

SPIEGEL: Warum hat der Staat einem hier geborenen Sohn ausländischer Eltern gegenüber weniger Verantwortung als gegenüber einem deutschen Jungen?

Ude: Die Verantwortung ist in beiden Fällen gleich groß. Aber wenn alle Instrumente versagt haben, hat der Staat im Ausländerrecht ein Instrument, das er bei Deutschen nicht hat. Das ist eine keineswegs gerechte Ungleichbehandlung, die aber im Gesetz vorgesehen ist. Hätte sich die Familie um die eigene Integration bemüht, gäbe es das ganze Problem nicht.



Ude



Kandidat Schröder (beim SPD-Forum „Politikwechsel“ in Berlin): Wie von einem berühmten Sanierer übernommen

MICHAELIS / PANDIS

WAHLKAMPF

Virtuos an der Luftgitarre

Auf die heiße Phase des Wahlkampfes hat sich die SPD seit letztem Jahr vorbereitet. In der „Kampa“ wird der Marsch ins Kanzleramt generalstabsmäßig geplant – doch Schröder hat so viele Berater um sich geschart, daß sie sich nicht mehr koordinieren lassen. *Von Cordt Schnibben*

Es ist eine der Szenen, die wie geschaffen sind, um einen spannenden Film über den historischen Zweikampf zweier großer Rivalen zu beginnen. Zwei Headquarters, zweihundert Meter Luftlinie voneinander entfernt, ein regnerischer Morgen. In der einen Wahlkampfzentrale läuft eine Pressekonferenz, geleitet von dem Strategen des Amtsinhabers. Er lobt seinen Boß, logisch, er redet ihn in den Himmel, klar.

In der anderen Kommandohöhe sitzt der Strategie des Herausforderers und wartet. Guckt aus dem Fenster, schaut hinüber zum Hochhaus der Gegner. Er hat einen Mann seiner Abteilung „Gegnerbeobachtung“ hinübergeschickt, einen Spion, der berichten soll, wie die Stimmung ist im Lager der Regierenden.

Im Hauptquartier des Herausforderers zählt eine Uhr die Stunden bis zum Au-

genblick der Entscheidung, 107 Tage, zeigt sie an diesem Morgen an, 7 Stunden und 13 Minuten. Die Digitaluhr hängt nicht in irgendeinem Büro, sie hängt an der Fassade, dem Gegner zugewandt. Sie zählt rückwärts, von 365 auf null. Wie beim Start einer Rakete, wie beim Einschlag eines Kometen.

Prächtige Voraussetzungen für einen schönen Showdown also – ja, wenn der Mann da drüben in der Pressekonferenz nicht Peter Hintze wäre, jener Generalsekretär der CDU, über den Helmut Kohls früherer Wahlkampfstrategie Peter Boenisch sagt, er habe einen „Unterhaltungswert von Null“ und er sei „wie ein Boxer, der pausenlos in die Luft schlägt“.

Der Mann, der in der Schaltzentrale der SPD aus dem Fenster starrt, ist Franz Müntefering, jener Geschäftsführer der SPD, der es immerhin schon bis in die Harald-

Schmidt-Show geschafft hat, weil er eine Frisur pflegt, über die man sich offensichtlich wochenlang lustig machen kann. Im Büro trägt er Jacketts, die der Kanzlerkandidat der SPD belächelt, und in der Freizeit trägt er Pullover mit blau-gelbem Rautenmuster, die Gerhard Schröder gern als „Designerklamotten von C&A“ verspottet.

Als Müntefering an diesem Morgen erfährt, daß Hintze in seiner Pressekonferenz die 25jährige Arbeit von Kohl als CDU-Vorsitzenden gewürdigt habe, läßt er eine Erwiderung streuen, die nur aus einem Satz besteht. Die Leistung Kohls sollte in die Geschichte eingehen, „und zwar möglichst bald“. So hört es sich an, wenn sich deutsche Generalsekretäre duellieren.

Einen „amerikanischen Wahlkampf“ haben die Vorberichterstatter der Medien den deutschen Wählern versprochen. Daraus

wird nichts. Hintze wird es nicht hinkriegen, Kohl wird es verpatzen, und auch die SPD wird es vermasseln.

Dabei hat Müntefering alles getan, die verschlafene Angestelltenpartei zu einer coolen Werbeagentur umzurüsten. Er ist durch die Welt gereist und hat in den USA, in England, in Schweden und den Niederlanden abguckert, wie man Konservative mit ihren eigenen Waffen schlägt; er hat die tausend wichtigsten Leute aus der Partei nach Bonn holen und schulen lassen in moderner Wahlagitation. Und vor allem hat er die „Kampa“ geschaffen, das neue Strategiecenter der SPD für die Wahl-Kampagne, das vielen Parteimitgliedern und den Leuten im CDU-Hauptquartier spanisch vorkommt.

Müntefering versammelte im September letzten Jahres 70 Parteiarbeiter und Meinungsforscher, Werber und Journalisten in einem häßlichen, flachen Gebäude in der Bonner Friedrich-Ebert-Allee und ließ sie den Marsch ins Kanzleramt planen. Neun Werbe-, PR- und Forschungsunternehmen setzen um, was sich die Strategen ausdenken. Von seinem Büro im zweiten Stock aus wendet sich Kampa-Leiter Müntefering jeden Morgen übers Computernetz an die 1000 Multiplikatoren der Partei, wünscht „einen arbeitsreichen Tag“ und speist die Tagesargumente in die Hirne. Kohl feiere sein Dienstjubiläum nicht groß, verbreitet Müntefering an diesem Morgen, weil die CDU Diskussionen fürchte „über Ruhestand und Rente“.

Intranet heißt das verschlüsselte Kommunikationsnetz der Partei, mit dem die Kampa die wichtigsten Mitglieder in den Bundesländern an der kurzen Leine der digitalen Argumentationshilfe führt. Details über Hintzes politische Laufbahn, seine wichtigsten Spitznamen („Der Maßdiener“, „Kohls Leichtgewicht“) sind dort ebenso zu finden wie Latrinen-Witze aus der CDU-

Zentrale: „Wenn Hintze aufs Klo geht, fragt er bei Kohl nach, wieviel Blatt er verbrauchen darf.“ Was man eben so braucht, wenn man als Wahlkämpfer am Samstagmorgen an der Straßenecke auf die vorbeihastenden Wechselwähler einreden soll.

102 Tage, 1 Stunde, 23 Minuten zeigt die digitale Fassadenuhr an, als Müntefering im Hof der Kampa feierlich die Wahlkampf-Plakate für die heiße Phase enthüllt. Die neue Parteisängerin Anne Haigis treibt die Gäste mit ihrem Lied „Keiner hält uns jetzt noch auf“ schnell in jene Ecke, die am weitesten von den Lautsprechern entfernt ist. Dort hat das Festkomitee das Freibier deponiert.

Mit gequältem Gesicht und solidarischem Lächeln versucht ein auffallend gut gekleideter Mann die Phonwellen zu ignorieren. Er ist der Star dieser Premiere. Kaum einer der 150 Gäste kennt ihn. Er heißt Detmar Karpinski und ist der Kreativ-Direktor des SPD-Wahlkampfes und der Werbeagentur KNSK, BBDO. Unter zehn Agenturen hat das SPD-Präsidium die Hamburger Werber ausgesucht, weil sie so wenig von Politik verstehen wie jeder Wähler.

Die Kreativen sind bekannt geworden, weil sie originell geworden haben für die Zigarette „Lucky Strike“, das Waschmittel

„Weißer Riese“ und die „Süddeutsche Klassenlotterie“.

Für die Werber sah die SPD Ende 1996, als sie den Auftrag übernahmen, aus wie eine von Termiten zerfressene Baracke: windschief, offene Tür, offene Fenster. Auf die Frage, ob die SPD noch eine Zukunft habe, antworteten damals nur 26 Prozent der Bevölkerung mit Ja. Ein von Selbstzweifeln durchlöcherter Haufen, dem man erst mal eine Kampagne zur Mitglieder-motivation verordnen mußte. 800 000 Parteimitglieder sollten veranlaßt werden, sich selbst mit der Frage zu beschäftigen: „Wollen wir überhaupt noch was?“ Die Antwort war der Wahlkampfslogan: „Wir sind bereit“.

Werbung für eine Partei, sagte Karpinski den Konkursverwaltern der SPD, müsse man anlegen wie für ein Markenprodukt, also vor allem langfristig. Wie bekommt man desinteressierte Bürger dazu, mit ihrer Stimme eine Partei zur Regierungspartei zu machen, der von 74 Prozent der Bevölkerung keine Zukunft gegeben wird – das war vor eineinhalb Jahren die Ausgangslage für die Werbeagentur.

Aus 20 politischen Themen ermittelten die Meinungsforscher 6 Bereiche, die den politikmüden Deutschen noch am ehesten interessieren: Arbeitslosigkeit, Sozialstaat,

Gesundheitspolitik, Familienpolitik, Jugendpolitik, Rentenpolitik. 2000 von denen, die der SPD Politik abkaufen sollen, wurden von den Forschern regelmäßig befragt – so kann man feststellen, wie man vorankommt bei der Überzeugungsarbeit und warum nicht.

Die Wähler sind Schröders heimliche Wahlkampfmanager, sie diktieren den Meinungsforschern, daß der Kandidat außenpolitisch unerfahren wirkt – also reist er nach Jerusalem, Warschau, Paris und am 5. August nach Washington. Sie finden seine programmatischen Vorstellungen unklar – also tourt er mit „Klartext“-Veranstaltungen durch die Städte.

200 der 2000 Durchschnittsbürger befragt die SPD auch immer mal wieder kurzfristig: zur Tempolimit-Forderung der Grünen oder zur Wirkung von Kohl-Auftritten. Nach dem Bremer Parteitag spielten die Meinungsforscher den Probenwählern einen 20minütigen Zusammenschnitt der Kohl-Rede vor und den „Tagesschau“-Beitrag über die Rede. Ergebnis: Je länger Kohl redet, desto mehr verliert er an Überzeugungskraft.

Politik zu verstehen als das Messen von Images, das Besetzen von Themen, das Verkaufen von Argumenten – darin verstand sich Karpinski sofort mit dem Kampa-Chef Müntefering und dessen Assistenten Matthias Machnig. Der 38jährige Soziologe ist für den Werber der ideale Kunde – beide



* Auf dem Dach der Kampa in Bonn.



L. CHAPERON / LASA (O.) M. URBAN

SPD-Wahlkampfteam*, SPD-Werbekarten
„Keiner hält uns jetzt noch auf“

Zu Besuch bei Tante Hilde

SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder tourte eine Woche durch Bayern – Flitterwochen mit Doris und den Wählern. *Von Jürgen Leinemann*

Eichstätt • Mensch, da ist er ja, Schröder, das alte Schlachtroß. Ungestüm umarmt der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Weinhofer den „berühmten Gast“ seiner Heimatstadt Eichstätt, als der aus dem Hotel „Adler“ auf den Marktplatz hinaustritt. Hat er nicht immer gesagt, der Weinhofer-Charly, daß es der Gerhard noch mal zu was bringen wird?

Freundschaft? Nostalgie. 1980 sind sie in den Bundestag eingezogen, Helmut Schmidt war Kanzler. Und als der Bayer seinem Partei- und Zechgenossen 1982 zum Schlachtfest in dessen niedersächsisches Heimatdorf Immensen eine handgearbeitete Strauß-Figur mitbrachte, hat er dazu prophezeit: „Ich sag’ dir, Gerhard, du wirst auch noch mal als Marionette geschnitzt werden.“ Inzwischen gibt es Schröder als Nußknacker.

diesem Jahr, und im Juli war damals die Wahl schon verloren“, sagt er. Warum es diesmal anders ist? „Wir“ haben keine großen Fehler gemacht. „Die anderen“ sind in viel schlechterer Form. Im Lande meint er „so was wie Aufbruchsstimmung“ zu spüren.

Eichstätt • Eigentlich brauchte man gar keine Großkundgebungen, sinniert der wahlkämpfende Landesvater aus Hannover und blinzelt durch den Rauch seiner Zigarre. Anstatt stundenlang mit dem Auto durchs Land zu hetzen, müßte man einfach den ganzen Tag hier im Café auf dem Marktplatz sitzen, „Grüß Gott“ sagen, Autogramme pinseln, und alle, alle kämen vorbei: Eine stete Prozession von Geistlichen und Genossen, Schülern, Honoratioren und Touristen, sogar Nieder-

Tanten seiner Ehefrau Doris Köpf, in deren Kreis der Kanzlerkandidat noch einmal seine Hochzeit nachfeiert.

Ach, wie sich doch alles aufs feinste fügt. Bruchlos vereinigen sich Familienglück, unser schönes Bayernland, der erfolgreiche Kandidat aus dem Norden und die Musi aus dem Süden zu einer wunderbaren Vorabend-Fernsehserie.

Cham • Am Anfang hat er die Bayern in den Bierzelten und Sälen noch als „liebe Genossinnen und Genossen“ angeredet. Das kommt aber nicht gut an, nicht einmal bei den eigenen Parteifreunden, die hier noch „die Roten“ heißen. Später sagt er: „Liebe Freundinnen und Freunde“, und manchmal, wenn er sich besonders gezielt an die Parteimitglieder wenden will, „liebe Freundinnen und Freunde im engeren Sinne“.

Daß er jetzt auf dem Volksfest – bejubelt von 6000 Biertrinkern – mit dem Bayerischen Defilermarsch ins Bierzelt eingeholt wird – so wie einst Franz Josef Strauß selig und heute Edmund Stoiber – das läßt ihn aufleben. Hier ist er Soz’, hier will er’s sein. „Genosse der Bosse“? Das sei „Papperlapapp“, sagt er, Auge in Auge mit der heißgeliebten arbeitenden Bevölkerung. Beifall ist ihm sicher. Mag sein, daß nur ein Viertel der Zuhörer das Parteibuch haben – na und? Das Milieu stimmt. Gerhard Schröder hält eine in der Wolle gefärbte sozialdemokratische Rede.

Eichstätt • Wenn er noch ein bißchen länger seinen Namen schreiben soll, bitte gern: „Ich kann das unbegrenzt simulieren.“ Für die Bildmedien lebt Gerhard Schröder auf, ob er sich nun ins Goldene Buch einträgt, für die ARD Filmausschnitte der Vergangenheit kommentiert oder für Roger Willemsen in einem Barock-Garten posiert – er weiß immer, wann er gesehen wird und wie er gesehen werden will.

Eichstätt ist eine Woche lang Fernseh-kulisse, Foto-Salon, Interview-Studio. Und Schröder – wiewohl in ständigem Telefonkontakt mit Bonn und Hannover – wirkt so autonom, als betriebe er den Wahlkampf ganz altmodisch als ambulantes Gewerbe.

Inhalte? Keine Außenpolitik, keine deutsche Einheit. Nur Innovation und Ge-



FOTOS: W. M. WEBER

Wahlkämpfer Schröder in Cham: „Liebe Freundinnen im engeren Sinne“

Eggenfelden • Spielt hier Bayern München? Die Rottgau-Halle des niederbayerischen Städtchens Eggenfelden ist weiträumig zugestellt. Schröder mobilisiert – 4000 Neugierige und Sympathisanten wollen den Niedersachsen sehen. Bis zur Wahl sind es an diesem Tag genau noch zwei Monate. Die SPD sieht sich auf der Siegesstraße.

In Schröder ringen Mißtrauen und Stolz. „Vor vier Jahren hatten wir im Januar einen ähnlichen Vorsprung wie in

sachsen darunter, vor allem aber „Tante Hilde“ aus Tagmersheim im Nachbarlandkreis Donau-Ries, die so wunderbar Enten brät.

Daß die Tante seiner Frau Doris in der Rede des Kandidaten auf dem Marktplatz einen zentralen Platz einnimmt, liegt nicht nur an ihren Kochkünsten. Sie symbolisiert vielmehr das ganze feinsinnige Unternehmen Eichstätt. Der eigentliche Grund für das Standquartier Eichstätt sind Mutter und Großmutter, Onkel und

rechtigkeit, zwei Themen, die Schröder aufscheinen läßt wie Mondphasen. Nimmt das eine ab, nimmt das andere zu. Nur der Kandidat selbst bleibt immer rund und schön.

Der SPD-Mann, von dem keiner zu behaupten wagt, er wisse, wofür der letztlich stehe, verfügt gleichwohl über die Gabe der ungetrübten Wirkung. Die erzeugt er mittels einer überwältigenden Schlichtheit. Er redet im Bierzelt nahezu ungebrochen in gleichmäßig angestrebter Tonhöhe. Sein Vokabular überfordert niemanden. Das Repertoire seiner Ge-

eint der Glaube an die Planbarkeit von öffentlicher Meinung: Mache diesen Kongreß, lanciere jene Nachricht, und du wirst diesen und jenen Ausschlag in den Meinungskurven bekommen.

Auf der Kampa-Party zu Ehren der ersten Wahlplakate werfen sich Karpinski und Machnig Sätze zu, die viele SPD-Wähler und viele SPD-Mitglieder nicht verstehen würden; so sprechen die Drehbuchschreiber für das, was den Bürgern erscheint wie das Ringen um politische Lösungen. Wer Karpinski und Machnig zuhört, schaut in die Regieräume der Bonner Imagefabrikanten. Angefangen vom Innovationskongreß der SPD im Mai 1997



Ehepaar Schröder*: Familienglück und Bayernland

sten beschränkt sich auf zwei, drei Varianten. Kein Fotograf, der eine verpaßt hat, muß sich deswegen grämen. Sie kommt mit Sicherheit wieder.

Bayreuth • Nein, als besonders bedrohlich kann es der Redner nicht erlebt haben, als während seiner Rede ein etwas wirr wirkender junger Mann auf die Bühne zustürmt und ruft: „Herr Schröder, Jesus liebt Sie.“ Der Kandidat, der sich an diesem Abend besonders staatsmännisch aufführt, weil die ARD ihn in Ausschnitten gegen Helmut Kohls Bemühungen um die Urlauber an der Nordseeküste schneiden will, ermahnt ihn etwas altväterlich, die Religion aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Von den Gefährten des Jesus-Freaks, von denen einer ein Messer mitführt, kann Schröder da noch nichts wissen. Und auf seine Sicherheitsbeamten war ja auch Verlaß. Dennoch dürfte er nicht nur die möglichen Stimmungsumschwünge der Wähler im Sinn gehabt haben, als er seine Rede mit der Warnung ausklingen läßt: „In zwei Monaten kann eine Menge passieren.“

* In einem Restaurant in Eichstätt am vorigen Montag.

folgt das öffentliche Gebaren der Partei einer Szenenanweisung, die der SPD im gesellschaftlichen Bewußtsein das Image sichert, für „Modernität“ und „Gerechtigkeit“ zu stehen.

Die wenigsten Wähler können genau sagen, für welchen Wechsel dieser gutgekleidete, markante, zupackend sprechende Kandidat steht. „Noch kein klares eigenständiges Kompetenzprofil“, attestieren die Meinungsforscher der Kampa ihm und der SPD. Viele Wähler haben aber gelernt, daß er die „innovativen Kräfte der Republik zusammenführen will“, wie es Machnig ausdrückt.

Das Geheimnis dieser kollektiven Lernprozesse liegt nicht in den 77 Millionen Mark, die die SPD ausgibt für Anzeigen, Kongresse, TV-Spots und andere Inszenierungen; sie hinterlassen im Bewußtsein nur dann Spuren, wenn sie von den Medien umgesetzt werden in Nachrichten, Storys und Kommentare.

Erfolgreiche politische Werbung muß so sein, wie die Werbung des Pulloverfabrikanten Benetton: Sie muß den Sprung schaffen in den redaktionellen Alltag der Medien, und das schafft sie nur, wenn sie das Sensations-, das Klatsch- oder gar das Informationsbedürfnis der Journalisten befriedigt.

All das hat die Werbestrategie der SPD seit Anfang 1997 geschickt bedient. Für sich genommen mögen ein Riesenkürbis, der für das Deutschland des nächsten Jahrtausends stehen soll, oder die übergroße Badehose des Kanzlers oder andere Scherze politische Kleinkunst sein, in der Summe lassen sie die SPD kreativer, offener und zukunftsorientierter erscheinen als die Regierungspartei.

Nur 30 Prozent der Wähler trauen der SPD zu, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, aber 41 bis 44 Prozent wollen sie derzeit wählen – das zeigt, wie wenig der Wähler heutzutage verlangt von einer Partei, die das Land regieren soll. Der CDU trauen nur noch 20 Prozent zu, die Wirtschaftskrise zu meistern.

Draußen zählt die Uhr noch *88 Tage, 8 Stunden, 55 Minuten*, drinnen sitzen die Abteilungsleiter der Kampa im War-Room, um wieder mal die heiße Phase des Wahlkampfes zu besprechen. Machnig, Münteferings Vollstrecker, hat die elf Leute um sich versammelt, die in den nächsten Wochen umsetzen sollen, was seit September letzten Jahres geplant worden ist.

Auf der Tagesordnung: Der „Dreispung“ von Schröder und Lafontaine am 23. August in Berlin, Bonn und München, die Choreographie der Medieneinfälle bis zum Wahltag. Und ein Stimmungsbericht aus dem Hochhaus gegenüber: Ein Schreiben trommelt die Anhänger zum Wahlkampfauftakt der CDU am 23. August in der Dortmunder Westfalenhalle, weil es darum gehe, „unsere freiheitliche Demokratie gegen den Kommunismus zu verteidigen“ und man verhindern müsse, daß Schröder „seine perfiden Weibergeschichten mit der Macht eines deutschen Bundeskanzlers intensiver betreiben kann“.

Richtig aufregen will sich keiner über diese Attacke, denn in den Planspielen über das Wahlkampfverhalten der Regierungsparteien waren die Spezialisten der Abteilung „Gegnerbeobachtung“ in ihren Rollenseminaren auch auf die Angriffspunkte „Kommunismus“ und „Weiber“ gestoßen und hatten solche Ausfälle vorhergesagt. Die Informanten der SPD in der CDU geben der Kampa zudem eine Woche vor überraschenden Plakataktionen oder ähnlichen Finten Bescheid.

Positive Schlagzeilen der Gegenparteien vorzusehen und deren Wirkung klein zu halten durch das Lancieren freundlicher Berichterstattung über die eigene Partei gehört zum Handwerk jedes Wahlkampfmanagers. Deshalb legte die SPD ihren Berliner Politikwechselkongreß kurz hinter den Leipziger FDP-Parteitag, deshalb ging der Generationswechsel in der nordrhein-westfälischen SPD von Rau zu Clement gleich nach dem Bremer Parteitag der CDU über die Bühne, deshalb wurden auch Kohls Euro-Feiern begleitet von SPD-Initiativen. Im Gegenzug verhinderte das Bundespresseamt erfolg-

reich Fotos von Kohls Staatsgästen Clinton und Jelzin mit Schröder – so geht es zu, wenn sich deutsche Kanzlerkandidaten duellieren.

Angst haben sie in der Kampa nicht vor Kohl, aber ängstlich wirken sie schon. Sie starren auf die Kurven des Meinungsforschungsinstituts und sind seelisch darauf eingestellt, daß die Werte für die SPD noch absacken werden. „Nicht panisch werden!“ ist schon als Parole ausgegeben worden und vor allem: „Nicht polemisch werden!“

Der Vorschlag des Fraktionsgeschäftsführers, die Negativrekorde der Regierung Kohl auf Plakaten unters Volk zu bringen, stößt in der Sitzung der Kampa-Leitung auf blankes Entsetzen. Zu stolz sind sie darauf, daß Schröder bisher wie ein geborener Kanzler durch den Vorwahlkampf spaziert ist. Da käme ein solches Oppositionsgebaren für Kohl wie gerufen.

Bei 38 Prozent lag die SPD im Oktober letzten Jahres, dann stiegen die Werte wie der Aktienkurs eines maroden Unternehmens, das von einem berüchtigten Sanierer übernommen wurde. Und nun zittern die Firmenmanager vor dem Crash, weil sie wissen, daß ihr Laden noch der alte ist und zu hoch bewertet wird.

Und was Schröder falsch machen kann, ist seinen Managern auch klar: in seiner Rolle als Hans Meiser der Republik, als Moderator aller Gutmütigen, Gutmeinenden und Gutwilligen zu konkret zu werden und relevante Wählergruppen zu verprellen.

Nach der verlorenen Wahl 1972 machten die CDU und ihre Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann die „Schweigespirale“ für den Sieg der SPD verantwortlich: Der eigentlich zur Union tendierende Wähler habe sich in der öffentlichen Meinung nicht wiedererkannt und habe deshalb, um zu den Gewinnern zu gehören, letztlich SPD gewählt. Schon vor der Wahl bastelt die CDU diesmal mit Noelles Geschäftsführerin Renate Köcher an einer Art „Show-Spirale“: Der Wähler werde von einer Medienstrategie geblendet, in der „die Wahlkampfführung selber als Ereignis inszeniert“ werde und Programme unwichtiger seien als Showeffekte.

Nur 36 Prozent der Bevölkerung glauben noch, daß sich Wähler in erster Linie von Inhalten beeinflussen lassen, meint die Wahlkampfberaterin Kohls, und deshalb setze die SPD auf „Medienwirkung“ und „die Entwicklung der Gesellschaft zur Oberflächlichkeit“. Die Strategin der Union attestiert der SPD, sich besser auf die Mediengesellschaft eingestellt zu haben, die von der CDU durch die Privatisierung des Fernsehens wesentlich geschaffen worden ist.

Wer sich in dieser Medienlandschaft durchsetzen will, braucht Ministerkandidaten, die auch in einer Daily-Soap auftreten könnten, braucht eine Politik, die man in einem 30-Sekunden-Spot erklären kann, und braucht Regisseure, die etwas

von Inszenierung verstehen – die CDU hat nichts von alledem.

Zur Inszenierung einer modernen Wahlkampfschlacht gehören kritische Journalisten, die das ganze Theater als Inszenierung geißeln, ebenso wie kritische Kandidaten, die Distanz demonstrieren zum Politiktheater. Darum sind öffentliche Auseinandersetzungen wie die über Schröders Wirtschaftsgröße Stollmann und seinen Bundeskulturintendanten Naumann von Kritikern betriebener Stimmenfang. Das Geschrei der Gewerkschaften und das Geraune der Feuilletons



SPD-Plakat, Partei-Geschäftsführer Müntefering:

nützt der SPD – solange die Wähler an Schröders Fähigkeiten glauben, die Schar seiner Freigeister zusammenzuhalten.

Die Wahlkampfuhr steht auf *80 Tage, 7 Stunden, 5 Minuten*, als Schröders persönlicher Medienagent, Uwe-Karsten Heye, mal wieder Hand anlegen muß an das Regierungsprogramm eines Schröder-Kabinetts. Am Abend soll das Ministerteam in der Bonner Saarland-Vertretung zusammenkommen, um den Entwurf eines Regierungspapiers zu beraten, das mal „Hundert-Tage-Programm“ hieß, aber nun ein Jahresprogramm werden soll. Die Haushaltsexperten der Fraktion haben auf die Bremse getreten.

Stollmann wird nicht an der Schattenkabinettsitzung teilnehmen, er ist nur als mächtiger Schatten anwesend. Im Pakt mit Lafontaine hat Schröder den Mann, der Deutschlands Wirtschaft umkrempeln soll, an der Partei und an der Kampa vorbei inthronisiert und läßt den Agent provocateur nun das Lernprogramm abspulen, das auf die SPD und die Gewerkschaften wirken soll wie eine Gehirnwäsche.

Das Programm lautet: In der heutigen Zeit gibt es nur eine Politik, und das ist die Politik aller vernünftigen Leute, egal in welcher Partei sie sind, und diese Politik findet man, indem man, unbehindert durch Wünsche, Traditionen und Parteitage, neue Lösungen für uralte Probleme findet.

Wie der Schwafler irgendeiner Sekte wirkt dieser Stollmann auf die politische Klasse der Republik, und an diesen Sound müssen sich auch die Kampa-Strategen erst gewöhnen. Er führt seinen eigenen Wahlkampf, und da auch Schröder weitgehend in eigener Regie agiert, ist für die Wochen

Die Kampa hat zwar die Schienen gelegt, auf denen die SPD ins Kanzleramt rollen soll, aber im Führerstand der Lokomotive steht nun Hombach und legt Kohlen nach. Er hat ein Gespür dafür, wann Schröder wie durch die Medien rauschen muß. Nach Kohls Parteitage-Rede platzierte er eine Antwort von Schröder als Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen“, die wöchentlichen SPD-Annoncen in der „Bild“-Zeitung jedoch, von der Kampa erdacht, stoppte er – Schröder soll den „Bild“-Lesern lieber in Interviews erscheinen.

Wechselwähler“ bei der SPD sein Kreuz macht, „um für die Gewinner gestimmt zu haben“. Das kriegt man hin – indem man über die Medien die richtige Mischung aus Zuversicht und Warnung streut.

Noch 67 Tage, 4 Stunden, 50 Minuten sind es bis zum Beginn der Stimmentzählung, als der Kandidat in Nürnberg einen seiner ersten kleinen Wahlkampfauftritte zelebriert.

In Bayern sind zwei Wochen vor der Bundestagswahl Landtagswahlen, und deshalb kann Schröder in der Meistersingerhalle vor 200 Frauen und ein paar



Latrinen-Witze per Intranet



CDU-Plakat, Generalsekretär Hintze: Angriffspunkte „Kommunismus“ und „Weiber“

bis zur Wahl noch mit mancher Überraschung zu rechnen.

Den Kontakt zwischen Schröder und der Kampa sollen Heye und Schröders langjähriger Büroleiter Heinz Thörmer gewährleisten. Sie haben ihre Büros im dritten Stock der Kampa erst im Mai bezogen und mußten sich einfinden in eine Wahlkampftruppe, die eigentlich damit rechnete, Lafontaine zum Kanzler machen zu sollen, und die Schröders Persönlichkeit nur aus Meinungsumfragen und Profiluntersuchungen kannte. „Wir mußten den Apparat neugierig machen auf den Kandidaten“, sagt Heye. Das ist gelungen, aber: Der Kandidat ist bis heute nicht sehr neugierig auf den Apparat.

Die großen Entscheidungen seiner Kampagne trifft Schröder ohne den Kampa-Chef Müntefering, und wenn er beispielsweise mit Jürgen Flimm berät, wie er die geistige Elite der Republik zu Verbündeten machen kann, sitzen nicht die Kampa-Strategen in der Runde, sondern Heye und Bodo Hombach, der frühere Wahlkampfleiter von Johannes Rau und jetzige Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen.

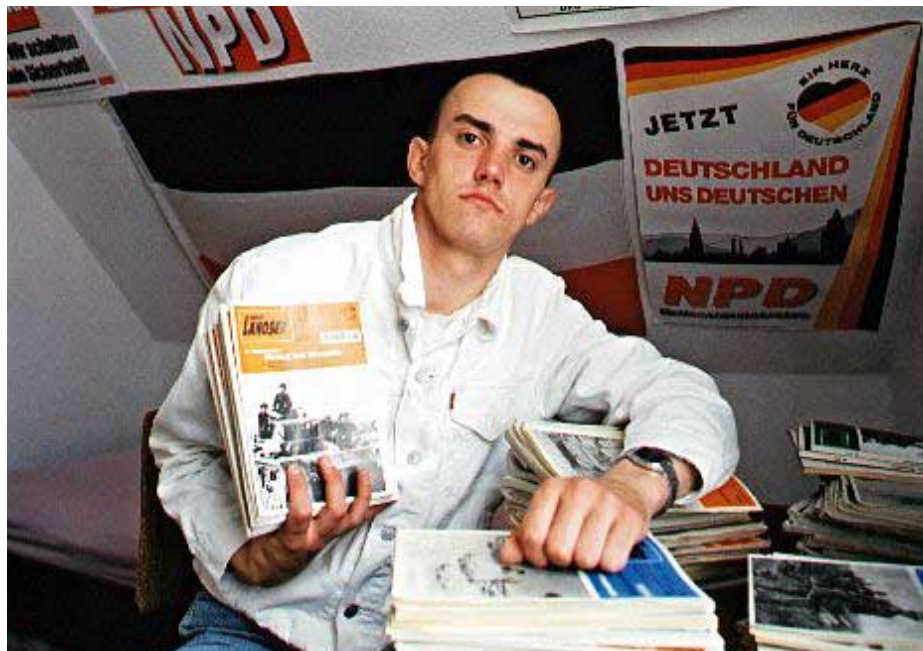
Eigentlich wollte ein siebenköpfiges Leitungsgremium alle Kräfte der SPD bündeln, sollte Partei, Fraktion und den Kandidaten koordinieren, doch seit dem Krönungsparteitag in Leipzig streben die Kräfte auseinander. Die Kampa organisiert die Wahlkampfveranstaltungen und die Wahlwerbung; der Kandidat, flankiert von Hombach und Heye, führt seinen Medienwahlkampf; die Fraktion bereitet das Regieren vor und verteilt in Gedanken gehobene Beamtenposten; und die Mitglieder des Präsidiums arbeiten die Enttäuschung darüber ab, wie wenige von ihnen in Schröders Schattenkabinett sitzen.

In der Kampa heißt es intern, die CDU werde 38 Prozent kriegen und die SPD 40 Prozent. Eine Regierung Kohl müsse den Wählern bis zuletzt als reale Gefahr erscheinen, warnt Hombach, sonst würden weniger Wähler als erwartet zur Urne gehen und Schröder die Stimme geben. Die Medien müssen bis zur letzten Woche so mit Ereignissen, Interviews und Prognosen gefüttert werden, daß „noch der letzte verunsicherte und schlecht informierte

Dutzend Männern eine Sparringsrunde einlegen. Drei Stunden lang hat er engagiert zugehört, hat den Frauenexpertinnen und Familienforschern gelauscht bei ihren Debatten über den „Menschenstandort Deutschland“ und die Notwendigkeit einer starken Frauenbewegung.

Dann hat er in schönen, einfachen Worten darüber geredet, wie schlau er zugehört hat. Zwischen seinen Sätzen tröpfelte sie zwischen die Wählerinnen und Wähler, die geheime Botschaft des Kandidaten, die in allen Reden, auf allen Plakaten, durch alle Auftritte verbreitet wird, ohne daß Schröder sie ausspricht. Sie lautet: „Ich weiß nicht genau, was ich nach dem 27. September als Kanzler machen werde, aber es wird unterhaltsamer für euch als mit dem alten Kanzler.“

Er ist gut. Er redet wie ein kluger Kanzler. Die Leute starren ihn an, als lauschten sie einem Burschen, der perfekt Luftgitarre spielt. Und am Ende klatschen sie so laut, als wünschten sie, ihn nach dem 27. September mal mit einer richtigen Gitarre zu erleben. ♦



NPD-Funktionär Reichow: „Das sind eben Tatsachenberichte“

TRADITIONSPFLEGE

Kampferprobte Verbände

Die Zeitschrift „Der Landser“, Fachorgan für die Verklärung der Wehrmacht, begeistert zunehmend junge Leser: Skinheads und Rechte in Ostdeutschland.

Im zweiten Stock eines unauffälligen Gebäudes im badischen Rastatt ist der Zweite Weltkrieg noch in vollem Gang. Fast jeden Werktag, Punkt 15.30 Uhr, bezieht in den Räumen der Verlagsunion Pabel Moewig, einer Tochter des Heinrich Bauer Verlags, der Wehrmachts-Oberfeldwebel Bertold Jochim, 76, seinen einsamen Posten.

Der Chefredakteur ist der letzte von einst 25 Kameraden, die 1957 die Zeitschrift „Der Landser“ aus der Taufe hoben. Nur eine Art Blitzmädel im Sekretariat deckt die Flanke an der Rotationsfront.

Wie in den Anfangszeiten kommen die Geschichten über „kampferprobte Verbände“, bestehend aus „Prachtkerlen“ voller „Manneszucht“, von ehemaligen Weltkriegssoldaten, die ihre militärromanisch geprägten Erinnerungen Jochim zur Gleichschaltung überlassen. Im Duktus der „Deutschen Wochenschau“ der Jahre 1939 bis 1945 werden „durchgesickerte Rotarmisten niedergekämpft“ und „Bunker unschädlich gemacht“. Es geht „gegen einen Feind, von dem sie keine Gnade zu erwarten haben“. Der „aufopferungsvolle Kampf im Westkaukasus“ wird im „Landser“

ebenso wie das „opferreiche Ringen“ vor Leningrad als „unvergänglicher Beweis stummer Pflichterfüllung“ gewürdigt. Themen wie Geislerschießungen, die systematische Ermordung von Juden, Terror der Einsatzgruppen von Wehrmacht und SS meiden Jochim und seine Autoren mit kameradschaftlichem Feingefühl. Trost bietet da nur bodenständige Sinnlichkeit, beispielsweise ein Russenmädchen „mit drallen Hüften und einem Busen, der Sprengsatz für die Bluse war“.

„Die Leser sind“, so der „Landser“-Chef stolz, „vor allem junge Leute.“ Die leben zu einem großen Teil im deutschen Osten und haben den Heftchen, deren Auflage von 500 000 Exemplaren in den fünfziger Jahren auf einen Bruchteil Ende der Achtziger fiel, zu neuer Blüte verholfen.

Rund 60 000 Stück werden Woche für Woche an Bahnhofskiosken von Berlin bis Guben vorwiegend an Jungs mit Glatzen oder strammgezogenen Scheiteln verkauft. Bei den Vorkäuffern für „national befreite Zonen“ gehören die Fronterlebnisse der Großväter zum geistigen Rüstzeug, auch wenn der Feind diesmal nicht in einem sowjetischen Panzer, sondern in der nächsten Döner-Bude sitzt.

Der Vorteil der feldgrauen Druck-Erzeugnisse: Sie gelten nicht als rechtsextremistisches Schriftgut und werden selbst im Knast an die Kundschaft ausgeliefert.

Immer wieder stießen Fahnder der sächsischen Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) bei Razzien auf Stapel von „Landser“-Heften – Ecke auf Ecke säuberlich gestapelt – neben Baseballschlägern und Butterflymessern. „Der Landser“ ist in der Szene bestens bekannt“, sagt Lothar Hafner, Pressesprecher des Landeskriminalamts Sachsen. Beim Verlag

gibt man sich in puncto Kundschaft ahnungslos, räumt aber ein, daß die Verkaufszahlen im Osten gut seien, weil es da „einen großen Nachholbedarf“ gebe.

Chefredakteur Jochim kann in seinem Produkt nichts entdecken, was Rechte freuen könnte. Er will die Hefte als eine Art pazifistischer Leidensprosa verstanden wissen: „Wir wollen der Nachwelt klarmachen, was sich hinter dem Begriff Krieg verbirgt, was die Menschen durchmachen mußten.“

Eine subtile Botschaft, die viele Leser offenbar nicht entschlüsseln können. „Eine pazifistische Tendenz sehe ich da nicht“, sagt Steffen Reichow, 21, „Landser“-Leser seit 1992 und Kreisvorsitzender der NPD im mecklenburgischen Neustrelitz.

„Das Heroische“ in den Heftchen habe ihm schon früh zugesagt. Der „Endkampf um das Reich 1945“ fasziniert den jungen Rechtsextremen bis heute. Bei Reichow halfen die „Landser“-Hefte mit, jene „Verschwörung der Großväter mit den Enkeln“ anzuzetteln, mit der Republikaner-Begründer Franz Schönhuber immer wieder gedroht hatte. Reichows Opa war bei der Waffen-SS. In Sachen Zweiter Weltkrieg pflegen die beiden einen kameradschaftlichen Konsens.

Reichow weiß, daß viele der jungen Kameraden, die wie er im März vergangenen Jahres unter Führung der NPD in München gegen die Wehrmachtsausstellung marschierten, ihre Weltsicht unter anderem mit Hilfe des „Landser“ erworben haben: „Das sind eben Tatsachenberichte und nicht die Lügen von Herrn Reemtsma.“

Er könne nichts dafür, beteuert Jochim, „wenn jemand unsere Botschaft mißverstehet“. Doch nicht nur der Heftinhalt, auch das Anzeigenumfeld ist weitgehend frei von wehrkraftzersetzenden Neigungen. Rechtslastige Kleinverlage offerieren dort Kassetten mit „Liedern, die wir einst sangen“, darunter völkische Schnulzen („Mein Kamerad“) des NPD-Barden Frank Rennie. Beliebte scheinen auch Bücher über „Verbrechen an der Wehrmacht“.

Jochim kontert jede Kritik mit dem Argument, daß die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften schon seit Jahrzehnten an den Heften nichts zu beanstanden habe. Die Prüfer, die der Frage nachgehen, ob ein Werk „sozial-ethisch desorientierend“ wirkt, haben zwar das „Landhaus des Grauens“ auf den Index gesetzt und schützen die deutsche Jugend vor dem Bumsfilm „Laß jucken Kumpel, Teil III“. Zum Bumbum aus deutschen Geschützrohren fällt ihnen offenbar nicht viel ein.

Vielleicht liegt es am publizistisch bombensicheren Unterstand, den Jochim gezimmert hat. „Der Landser“, so die in den Heften allgegenwärtige Parole, sei eine „stumme Anklage gegen kriegerische Gewalt in jeder Form“.

„Sehen nicht tatenlos zu“

Der Brandenburger Verfassungsschutzchef
Hans-Jürgen Förster über ein Verbot der NPD und
die Gefahr einer Braunen Armee Fraktion



A. SCHÖTZEL

Förster, 50, Jurist, parteilos, befaßte sich von 1977 bis 1983 in der Staatsanwaltschaft Lübeck unter anderem mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Von 1989 bis 1994 war er Pressesprecher des Generalbundesanwalts. Seit November 1996 ist er Chef des Verfassungsschutzes in Brandenburg.

SPIEGEL: Die NPD hat den früheren Rechtsterroristen Manfred Roeder als Bundestagskandidaten aufgestellt und gebärdet sich zunehmend neonazistisch. Wird nun über ein Verbot der NPD nachgedacht?

Förster: Mein Grundsatz zu Verboten gegen Extremisten ist: Darüber spricht man nicht, die macht man. Das larmoyante Wehklagen, daß die Gründe nicht ausreichen, ist ebensowenig hilfreich wie die konkrete Vorankündigung.

SPIEGEL: Gibt es denn noch Möglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots?

Förster: Besonders gefährlichen Verfassungsfeinden können nach Artikel 18 Grundgesetz bestimmte Grundrechte wegen Verwirkung aberkannt werden. Zum Beispiel die Freiheit der Meinungsäußerung wegen Mißbrauchs zum Kampf gegen die freiheitliche Demokratie. Bei Roeder, der angekündigt hat, er würde gegen ein Holocaust-Denkmal mit der Spitzhacke vorgehen, könnte ich mir das vorstellen.

SPIEGEL: Eher als ein Verbot der Partei?

Förster: Parteiverbote sind die Ultima ratio zur Verteidigung unserer Verfassungswerte – nach der von Carlo Schmid so

zusammengefaßten Lehre aus Weimar: Keine Toleranz gegenüber den Feinden der Toleranz.

SPIEGEL: Dieser Punkt ist bei der NPD noch nicht erreicht?

Förster: Ich halte die NPD für die mit Abstand gefährlichste Partei, obwohl sie die wenigsten Mitglieder hat. Sie setzt auf Aktionsbündnisse mit dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum, einschließlich Neonazis und gewaltbereiter Skinheads. „Nationaler Widerstand“ ist ihr Schlagwort dafür.

SPIEGEL: Wie die NSDAP ruft die NPD zum „Kampf gegen das System“, rühmt in ihrem Parteiorgan den „NS-Märtyrer Horst Wessel“ und die „nordische Rasse“. Ist damit nicht eine Bedingung für ein Verbot, nämlich die „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus“, offenkundig?

Förster: Seit dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD 1956 muß aber eine „aktiv kämpferische aggressive Haltung“ gegenüber der bestehenden Ordnung beweisbar hinzukommen.

SPIEGEL: Bei einer NPD-Kundgebung am 1. Mai in Leipzig prügelten sich Neonazis mit der Polizei.

Förster: Ob der Bund einen Verbotsantrag gegen die NPD stellt, ist eine politische Ermessensentscheidung. Vorrangig ist für mich auf jeden Fall die geistig-politische Auseinandersetzung mit ihren gefährlichen Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“.



NPD-Anhänger: „Die mit Abstand gefährlichste Partei“

Dazu gehört auch, den Rechtsextremisten durch ein energisches Vorgehen gegen illegale Gasterbeiter – etwa auf dem Bau – den Boden für ihre Hetze zu entziehen.

SPIEGEL: Seit 1992 wurden ein Dutzend Neonazi-Organisationen verboten. Macht der Rechtsstaat sich nicht lächerlich, wenn er der größeren NPD gestattet, was er kleineren Gruppierungen verbietet?

Förster: Diese Verbote konnten die Innenminister selbst erlassen. Auch wenn ich nicht glaube, daß sich der Staat in Sachen NPD lächerlich macht, bin ich insgesamt für eine Verbotsstrategie. Sie kann helfen, Leuten am Rande solcher Gruppen die Augen zu öffnen. Der Staat macht damit auch deutlich, daß er nicht gewillt ist, sich von den Nazi-Stiefeln auf der Nase herumtanzen zu lassen.

SPIEGEL: Die NPD nutzt derweil die Zeit, sich als Sammelbecken aller verfolgten Rechten zu präsentieren.

Förster: Wir schauen dem nicht tatenlos zu. Vielmehr sammeln wir Erkenntnisse, die die seriöse Entscheidung für oder gegen einen Verbotsantrag ermöglichen. Entgegen landläufiger Meinung glaube ich übrigens nicht, daß die Rechten für noch schlimmere Wahlerfolge eines charismatischen Führers bedürften – in Sachsen-Anhalt kam eine Partei „ohne Köpfe“ in den Landtag.

SPIEGEL: Wie sieht die Situation bei der DVU aus?

Förster: Man kann die rechtsextremen Parteien nicht isoliert sehen. Der Staat und der innere Friede hätten keinen Gewinn von dem Verbot nur einer Partei. Das wäre geradezu die Aufforderung, sich einer anderen zuzuwenden.

SPIEGEL: Könnte ein Verbot eine Braune Armee Fraktion im Untergrund fördern?

Förster: Das Argument, Verbote trieben Leute in den Untergrund, ist ebenso alt wie falsch. Es gibt nicht einen Rechtsextremisten, der nach einem Verbot aus dem Blickfeld der Sicherheitsbehörden

verschwunden wäre. Es gibt gegenwärtig keinen Untergrund, wie ihn die RAF hatte und brauchte, in den die Rechten gehen könnten.

SPIEGEL: Warum nicht?

Förster: Dazu fehlen insbesondere Logistik und Unterstützerumfeld. Allerdings besteht unabhängig von der Verbotsproblematik die Gefahr, daß sich wie früher bei den in der Legalität operierenden linksextremistischen Revolutionären Zellen eine Art Feierabendterrorismus im rechten Bereich entwickelt. Diese Sorge gründet sich vor allem darauf, daß sich in letzter Zeit bundesweit Waffenfunde bei bürgerlichen Neonazis häufen. ♦

PDS

Krenz vor Kohl

Die PDS ist eine Partei voller Widersprüche – so das Ergebnis einer Emnid-Umfrage.

Auch acht Jahre nach dem Einzug der PDS in den Bundestag hat sich das Wesen dieser Partei den meisten (West-)Politikern noch nicht erschlossen. Wie tickt die Basis dieser Partei, die von CDU-Generalsekretär Peter Hintze nur als Hort roter Socken, von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) als zuverlässiger Partner bezeichnet wird, wirklich?

Eine Emnid-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL unter PDS-Anhängern zeigt, daß sich von der PDS kein einheitliches Bild zeichnen läßt – sie steckt immer voller Widersprüche.

Der letzte SED-Chef Egon Krenz, im Jahr 1990 noch aus der Partei gefeuert, genießt unter PDS-Anhängern mehr Vertrauen als Einheitskanzler Helmut Kohl. Trotz der Vorliebe für Krenz will aber nur eine kleine Minderheit die DDR zurück – ganze 4 Prozent der Anhänger. Und nur 5 Prozent wählen die PDS aus Protest gegen die Wiedervereinigung.

Allerdings ist die „Bundesrepublik, wie sie heute ist“, nicht viel beliebter als die alte DDR. Nur 8 Prozent bevorzugen die real existierende BRD. Die übergroße Mehrheit (87 Prozent) wünscht sich eine Mischung aus BRD und DDR.

Die Umfrage widerlegt das Klischee, die PDS rekrutiere ihren Anhang vor allem aus den Verlierern der Einheit. 34 Prozent geben an, ihre Lebenssituation habe sich seit der Einheit verbessert, nur 28 Prozent glauben, sie habe sich verschlechtert. Die Partei erreicht auch nicht nur Menschen, die sich selbst für Linke halten. 48 Prozent des Gefolges sehen sich selbst als „politisch unabhängig“, 6 Prozent gar als „eher konservativ“.

Längst ist die PDS nicht mehr nur reine SED-Nachfolgepartei. 41 Prozent gaben an, sie hätten früher zur SED gehört. 31 Prozent erklärten, sie hätten schon einmal SPD gewählt, 15 Prozent sogar die CDU. Rechtsradikale Parteien lehnen 92 Prozent der PDSler ab, doch wollen von den 18- bis 25jährigen 9 Prozent „unter bestimmten Umständen“ extremistisch wählen, 6 Prozent sogar „auf jeden Fall“.

60 Prozent der PDS-Anhänger plädieren für Kooperation mit der SPD. Je jünger die PDS-Anhänger sind, desto mehr fordern sie den Handschlag mit den Sozialdemokraten: 77 Prozent der 18- bis 29jährigen sind für SPD/PDS-Koalitionen in den neuen Ländern.



93
Gregor Gysi, PDS

Buhmänner und Ikonen

Für zwölf Politiker aus Ost- und Westdeutschland sollten die befragten PDS-Anhänger angeben, ob sie ihnen vertrauen oder nicht.

Vertrauenswerte in Prozent



78
Regine Hildebrandt, SPD

Manfred Stolpe, SPD



64

Oskar Lafontaine, SPD



58

Reinhard Höppner, SPD



58



52

Gerhard Schröder, SPD



43

Joschka Fischer, B'90/Grüne



48

Kurt Biedenkopf, CDU



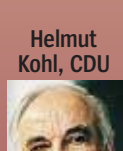
32

Wolfgang Schäuble, CDU

Egon Krenz, letzter SED-Generalsekretär



12



8

Helmut Kohl, CDU



9

Berndt Seite, CDU

Emnid-Umfrage unter PDS-Anhängern für den SPIEGEL, 1000 Befragte, Angaben in Prozent

Partei aus dem Osten

„Was sind die Gründe dafür, daß Sie PDS wählen?“

Weil die PDS...

aus dem Osten kommt und die Interessen der Ostdeutschen vertritt

51

stärker als andere Parteien sozial engagiert ist

49

in den Kommunen gute politische Arbeit leistet

46

ein gutes Programm hat

34

eine sozialistische Partei ist

32

gute Politiker hat

31

Aus Protest gegen...

die Bundesregierung

29

die Vorherrschaft des Westens über die Entwicklung im Osten

27

die Wiedervereinigung

5

Mehrfachnennungen möglich

PDS an die Macht

„Wie sollte sich die PDS in den ost-deutschen Bundesländern verhalten?“

Sie sollte...

in der Opposition bleiben

19

SPD-Regierungen tolerieren

19

mit der SPD Koalitionen bilden

60

„Sollte die PDS in den Kommunen oder auf Landesebene auch mit der CDU zusammenarbeiten?“

nur in den Kommunen

27

auch auf Landesebene

37

gar nicht

34

Sündenbock Kohl

„Wer hat am ehesten schuld an der Arbeitslosigkeit im Osten?“

die Einheitspolitik der Bundesregierung und Helmut Kohls

68

das kapitalistische System

55

das Wegbrechen von Absatzmärkten in Osteuropa

53

die marode DDR-Wirtschaft

16

die Ausländer

9

Mehrfachnennungen möglich

38 Kurden im Fiat

Illegale, die sich von kommerziellen Schleusern über die Grenze schleppen lassen, gehen ein hohes Risiko ein – doch das Geschäft boomt.

Der gepflegte Mann mit den höflichen Umgangsformen war bekannt bei der Freiburger Niederlassung der Autovermietung Alamo. Wie in den letzten zwei Monaten schon öfter, legte der Mittdreißiger auch am vorigen Montag seinen Führerschein und Personalausweis, ausgestellt in Bremerhaven, unaufgefordert vor und zahlte Gebühr und Kautions in Höhe von 800 Mark in bar.

Doch zum vereinbarten Rückgabe-Termin am vergangenen Donnerstag nachmittag wartete der sächsische Autovermieter Günter Straube vergebens auf seinen weißen Mercedes-Kleintransporter und den sonst so zuverlässigen Kunden.

Am Morgen war der Wagen im nahen Weißenborn mit über 100 Stundenkilometern gegen einen Mauerpfosten gerast. 7 Menschen starben, 20 wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt – die Ladefläche war vollgepfachtet mit illegalen Einwanderern, vermutlich Kosovo-Albanern.

Das Unglück ist der wohl schwerste Zwischenfall im Geschäft der Schlepper und Schleuser. Die kommerziellen Helfer der Flüchtlinge haben Konjunktur. Je dichter Grenzschutz und Zoll Deutschland gegen unerwünschte Einreisende abschirmen, desto besser laufen die Geschäfte.

Die Schleichwege planen die Schleuser inzwischen generalstabsmäßig. Die in Weißenborn verunglückten Flüchtlinge waren zunächst in Prag gesammelt und dann mit einem tschechischen Lastwagen zu einem Parkplatz auf dem Gelände der stillgelegten Grube Činovec gekarrt worden. Von da ging es zu Fuß über die nahe gelegene Grenze. Dort wartete der Kleinlastwagen aus Freiberg. Dem Bundesgrenzschutz (BGS) fiel der Mercedes-Transporter gegen halb fünf Uhr früh etwa 15 Kilometer hinter der Grenze auf: Die Rückfenster waren mit schwarzer Folie zugeklebt, die Heckklappteil ließ auf Überladung schließen.

Das BGS-Fahrzeug überholte. Den auffälligen Wagen wollten die Beamten in Weißenborn, etwa fünf Kilometer weiter an einer Bushaltestelle stoppen. Doch der Fahrer geriet in Panik, blendete kurz auf und raste an der Kontrollstelle vorbei. Ein

Beamter konnte sich nur durch einen Sprung an den Straßenrand retten.

Kurz danach flog der Wagen mit überhöhter Geschwindigkeit aus einer Kurve, die linke Seitenwand des Transporters war auf ganzer Höhe aufgerissen, viele der Flüchtlinge hinausgeschleudert.

Der verletzte Fahrer, ein 19-jähriger Tscheche aus Most, floh und wurde nach einer großangelegten Suchaktion mit Hunden



Verunglückter Kleintransporter: Konjunktur für kommerzielle Helfer

und Hubschraubern am Abend des Unfalltages im Grenzgebiet verhaftet. Auch der Mieter des Fahrzeugs wurde noch am selben Abend vorübergehend festgenommen.

Die Männer können den Fahndern womöglich Auskunft geben über die Organisatoren des boomenden Schleuser-Business. Über 4000 Flüchtlinge wurden im ersten Halbjahr 1998 allein an dem 160 Kilometer langen Abschnitt zwischen dem sächsischen Pirna und der bayerischen Landesgrenze aufgegriffen, 50 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Auch einige Kilometer weiter südlich, am 200 Kilometer langen bayerisch-tschechischen Grenzabschnitt, waren die Ermittler in den vergangenen Monaten erfolgreich. Für die Zeit von Dezember bis April, so verkündeten sie am vergangenen Freitag, konnten sie nahezu tausend Fälle nachweisen, in denen Schleuser zahlungswillige Kundschaft über die Grenzen gebracht hat-

ten. Afghanen vor allem, viele Rumänen, Bulgaren, vereinzelt auch Chinesen.

Als Schleuser wiederum taten sich – neben zwei Deutschen, die im Hintergrund operierten – überwiegend Tschechen hervor.

8288 von Schleppern eingeschleuste Flüchtlinge hatte der Bundesgrenzschutz im gesamten Jahr 1997 eingefangen. In diesem Jahr ist die Zahl zur Jahresmitte schon übertroffen.

Rund 50 000 Flüchtlinge, so schätzt man beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, sind im vergangenen Jahr illegal und gegen Geld nach Deutschland eingeschleust worden. Die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“ teilt diese Einschätzung: „Der allergrößte Teil muß auf fremdes Know-how zurückgreifen.“

Weil die deutschen Sicherheitsbehörden materiell und personell ständig nachbessern, sinnen auch die Schleuser nach immer neuen Finten.

Zu Hunderten brachten sie am 1. Mai Flüchtlinge an die polnische und tschechische Westgrenze – in der Annahme, das deutsche BGS-Personal sei durch die angekündigten Demonstrationen in Berlin in Anspruch genommen.

Zuweilen schicken sie, um das eigene Risiko gering zu halten, größere Gruppen auf die Reise. So strandeten Mitte Juni 102 Unglückliche an der Grenze zwischen Tschechien und der Slowakei. 48 Afghanen fielen Mitte Mai an der bayerisch-tschechischen Grenze erschöpft aus einem Fiat Ducato. Kurz darauf griffen bayerische Grenzwachter 34 Flüchtlinge und einen Schleuser auf; der Chauffeur dieser Truppe hatte sich auf einem Feldweg verfahren und den Wagen umgekippt. Auf der Autobahn zwischen Basel und Freiburg, im deutschen Südwesten, zog die Polizei 38 eingepferchte Kurden aus einem Fiat Ducato. Auch für einen Fehl-

schlag sorgen die teuren Fluchthelfer vor. Werden ihre Schützlinge aufgegriffen und zurückgeschickt, reisen die an einen vorher verabredeten Treffpunkt, werden in eine Unterkunft gebracht und unternehmen einen zweiten Anlauf. Weil die meisten Organisationen inzwischen eine Art „Ankunftsgarantie“ gewähren, bleibt der Preis trotz des höheren Aufwands unverändert.

Auf der Westroute über Italien und Frankreich, wo das Risiko besonders groß ist, werden die Emigranten oft allein auf die Reise schickt, ausgestattet mit Skizzen, Wege- und Verhaltensbeschreibungen.

Für den italienisch-französischen Grenzübergang ist vermerkt: „Du mußt versuchen, lautlos zu gehen und mit einem Tuch Mund und Nase zuzuhalten.“ Für den Übergang vom Elsaß nach Deutschland gilt als Maxime: „Das Taxi kostet 40 FF, der Zug 24 FF. Man kann die Fahrkarten auch im Zug kaufen.“

Als während der Fußball-Weltmeisterschaft und den begleitenden Krawallen alle Grenzschutzstellen längs der französischen Schlagbäume schwer aufrüsteten, reagierten auch die Schleuser: Wochenlang hielten sie die Flüchtlinge in Italien zurück, der illegale Grenzverkehr, so stellten die Beamten fest, tendierte gegen Null. Mittlerweile hat er sich wieder auf vertrautem Niveau eingependelt – ähnlich, wie es vor dem Sport-Spektakel bestand.

Die dichteren Kontrollen haben das Risiko für die Fluchthelfer erhöht – und damit auch den Preis. Die durchschnittlichen Tarife für kurdische Flüchtlinge, so beobachteten es jedenfalls die Grenzer, sind innerhalb weniger Wochen gestiegen: von rund 5000 Mark im Februar auf inzwischen 6200 Mark.

Das Netz der Fluchthelfer ist nicht leicht zu zerschlagen. Viele Organisationen und Nationalitäten mischen mit, die Zentralen liegen im Ausland. 20 Prozent der festgenommenen Schleuser im vergangenen Jahr waren Tschechen, jeweils zu 15 Prozent waren Deutsche und Polen beteiligt, zu etwa 10 Prozent Türken und Kurden.

Zu fassen sind allenfalls die kleinen Schleuser, die als Chauffeure arbeiten oder die Flüchtlinge zu Fuß über die Grenze bringen. „Vertreten ist alles“, berichtet ein Fahnder, „von Leuten, die relativ gut leben, bis hin zu ganz abgebrannten Typen.“

Abschrecken lassen sich die Fluchthelfer jedenfalls nicht, nicht von mehrjährigen Gefängnisstrafen, wie sie Ende vergangenen Jahres gegen einen Inder in Darmstadt ausgesprochen wurden, und auch nicht davon, daß im vergangenen Jahr über 2000 Schleuser verhaftet wurden. Allein in Sachsen warten derzeit an die 500 Schlepper auf ihr Verfahren.

„Wenn einer ausfällt, kommen drei nach“, meint ein erfahrener BGS-Beamter an der deutsch-tschechischen Grenze: „Der kriegt für eine Gruppe bis zu 2000 Mark, der ist doch saniert.“ ♦

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Tapfer gegen den Strom“

Grünen-Fraktionschef Joschka Fischer über seine wilden Jahre in Frankfurt, die Chancen von Rot-Grün und Gerhard Schröder

SPIEGEL: Herr Fischer, holt Sie mit Beginn der heißen Wahlkampfphase Ihre wilde Frankfurter Vergangenheit ein?

Fischer: Nein, denn ich habe aus meiner Vergangenheit nie ein Geheimnis gemacht.

SPIEGEL: In Zeitungsanzeigen der CDU werden Sie, der „Schatten-Außenminister“, als früherer „Straßenkämpfer“ vorgestellt. Die CDU verbreitet auch, Sie hätten 1976 in Frankfurt ein Plädoyer für den Einsatz von Molotow-Cocktails gehalten.

Fischer: Nach 22 Jahren werde ich jetzt zum erstenmal mit diesem Vorwurf konfrontiert.

Er wird allerdings nicht konkret. Wer behauptet was genau? Beim besten Willen kann ich mich nach dieser Zeit an die damalige Versammlung nicht mehr erinnern. Im übrigen habe ich nie bestritten, daß ich fast zehn Jahre lang auch unter Einsatz von Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik umstürzen wollte. Wir haben uns nicht an die Regeln des Strafgesetzbuchs gehalten. Zu dieser Zeit wurde manchmal sehr wild geredet. Auch da habe ich nichts zu verbergen.

SPIEGEL: Das sind „die Brüche“ in Ihrer Biographie, von denen Sie gelegentlich dunkel reden?

Fischer: Nichts ist da dunkel. Das haben wir gemacht. Aber von dieser Phase revolutionärer Politik haben wir uns abgewandt, weil wir erkannt hatten, daß sie letztendlich in den Terrorismus führt. Wenn es da Vorwürfe gibt, dann sollten die, die jetzt aus dem Dunkel agieren, sie konkret auf den Tisch legen.

SPIEGEL: Die CDU hat auch den Vorwurf wiederholt, Ihr Auto hätten Sie in den siebziger Jahren für den Transport der Waffe „zur Verfügung gestellt“, mit der 1981 der damalige hessische FDP-Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry ermordet wurde. Der Mord wurde bisher nicht aufgeklärt.

Fischer: Das ist das Infame. Sowohl die CDU als auch die „Frankfurter Allgemeine“, die das jetzt wieder aufgegriffen hat, wissen ganz genau, daß an diesen Vorwürfen nichts dran ist. Wahr ist nur, daß ein damals guter Bekannter von mir, Hans-Joachim Klein ...

SPIEGEL: ... Mitglied der Carlos-Terroristengruppe, der 1975 in Wien am Attentat auf die Minister der Opec-Staaten beteiligt war ...

Fischer: ... damals in der Szene Autos reparierte und mir einen neuen Motor einbauen sollte. Klein kam zur vereinbarten Zeit nicht zurück. Anfang der achtziger Jahre erfuhr ich dann, daß damals mit diesem Wagen Waffen transportiert wurden. Sie waren aus einer amerikanischen Kaserne gestohlen worden. Ein Vertreter des Generalbundesanwalts erschien 1983 bei



Grünen-Politiker Fischer: „In die Falle getappt“

mir in Bonn. Ich habe ihm erschöpfend Auskünfte gegeben, obwohl ich wegen meiner Immunität als Abgeordneter des Bundestages nicht dazu verpflichtet war. Mein Telefon war auch abgehört worden, wie ich einer offiziellen Benachrichtigung entnommen habe, ohne Erkenntnisse. Ich hatte ja auch nichts zu verbergen.

SPIEGEL: Aber als Sie dann 1985 Umweltminister in Hessen wurden, hat die CDU

Sie erstmals in Zusammenhang mit dem Karry-Mord gebracht.

Fischer: Jetzt läuft dasselbe Spiel, obwohl die Bundesanwaltschaft die CDU in Hessen schon damals genau informiert hat.

SPIEGEL: Sie glauben, mit den Anschuldigungen gegen den Straßenkämpfer Fischer sollen die Grünen getroffen und der SPD der mögliche Koalitionspartner untragbar gemacht werden?

Fischer: Das ist doch völlig klar. Die Koalition hat abgewirtschaftet und sieht ihre Rettung jetzt in einer Schmutzkampagne.

SPIEGEL: In der Gunst der Wähler ist Ihre Partei mit ihrem todesmutigen Bekenntnisdrang – etwa der Diskussion um Benzinpreise, Tempolimit oder Rekrutengelöbnis – derzeit mächtig abgesackt.

Fischer: Wir sind daran ein Stück weit selber schuld, das hätte nicht passieren dürfen. Aber manches wurde auch bewußt verdreht. So ist für mich zum Beispiel ein Tempolimit im Rahmen der Europäisierung von Verkehrspolitik selbstverständlich. Und mit Verlaub: Ich kämpfe im Wahlkampf noch ganz altmodisch für Inhalte.

SPIEGEL: Für Aufregung sorgt jetzt auch noch Ihre Fraktionssprecherin Kerstin Müller mit der Forderung, die lebenslange Freiheitsstrafe abzuschaffen. Das wird Ihnen aber viele Stimmen bringen.

Fischer: Sehr lustig. Alle seriösen Sachverständigen unterstützen unsere Forderung. Wir müssen angesichts des Dreckwahlkampfes der CDU verhindern, daß künftig für Straftäter nur noch der mittelalterliche Sühnegericht gelten soll.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich denn nun den rapiden Vertrauensverlust der Grünen?

Fischer: Mit den Ängsten vieler Menschen vor großen Veränderungen, die unausweichlich sind. Da sind wir in die Falle getappt, diese Ängste durch langfristige Grundsatzforderungen auch noch zu beflügeln. Außerdem kämpfen wir erstmals auf Bundesebene um die Macht und kriegen in diesem Härte-test von den anderen volle Breitseiten ab.

SPIEGEL: Für zwei von drei Deutschen sind die Grünen nicht regierungsfähig.

Fischer: Ärgerlich ist einfach, daß vieles, was wir etwa in der Steuer- und Finanzpolitik vorgeschlagen haben, durchaus von der Konkurrenz auch als realitätstauglich anerkannt wurde. Doch das wird jetzt durch selbstgemachte Fehler weggedrückt.

SPIEGEL: Im Osten gibt es die Grünen kaum mehr, und im Westen sind sie zeitweise nahe an der Fünf-Prozent-Grenze.

Fischer: Gemach, noch zu Beginn des Jahres wurden wir mit über zehn Prozent zu hoch bewertet, jetzt handelt man uns mit sechs bis sieben zu niedrig. Ich bin sicher, wir werden das in der heißen Wahlkampfphase herumdrehen.

SPIEGEL: Selbst Ihre Geschäftsführerin Heide Rühle gibt den Grünen für den Wiedereinzug in den Bundestag nur eine Fifty-fifty-Chance.

Fischer: Ich sehe das anders. Unsere individualistische Partei wird künftig geschlossen zusammenstehen, gewisse Eitelkeiten hintanstellen und sich auf die wichtigsten Botschaften konzentrieren. Dann können wir die für uns erreichbaren Teile der Wählerschaft auch mobilisieren. Die Stimmung war schlecht, ja. Aber sie wird mit jedem Tag besser.

SPIEGEL: Nur für SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder ist die Stimmung derzeit unverändert bestens. Der setzt sich von dem Gedanken an eine rot-grüne Koalition langsam ab, um nicht mit in den grünen Abwärtssog zu geraten.

Fischer: Vieles von dem, was Gerhard Schröder über uns absondert, ist von Hochmut und Überheblichkeit geprägt. Als es uns besser ging, waren auch wir bisweilen hochmütig. So ist eben der Mensch, er kann den Hals nicht voll genug bekommen. Und die schönen Umfragen, auf die Schröder baut, werden, wenn er nicht achtgibt, am Abend des 27. September nicht mal zum Deckblatt seiner Havanna taugen. Es gibt noch sehr viele unentschiedene Wähler. Das Finale entscheidet.

SPIEGEL: Das sagt der Kanzler auch, und es klingt nach letzter Hoffnung.

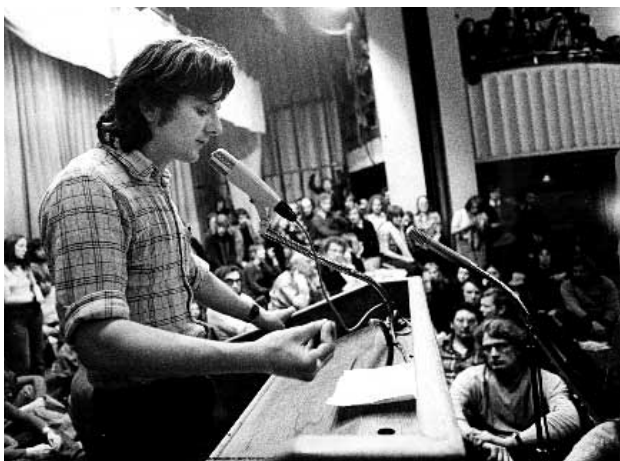
Fischer: Vorsicht, sage ich. Gerhard Schröder steht sehr gut da. Nur: Reinhard Höppner stand in Sachsen-Anhalt auch gut da. Ich halte die Chancen für Rot-Grün und den Machtwechsel für sehr gut. Dafür spricht die Grundstimmung in der Wählerschaft. Wir wollen Helmut Kohl aufs Altenteil schicken. Aber wir wollen uns dafür keinen jungen Kohl einhandeln. Wir wollen eine andere Politik, nämlich die ökologische und soziale Erneuerung dieser Republik.

SPIEGEL: Schröder ist dafür wohl nicht Ihr Wunschpartner?

Fischer: Die Beliebigkeit, die Schröder zum Politikstil erhebt, könnte ihm noch einmal sehr große Probleme bereiten. Denn wenn es ernst wird, wenn es darum geht, in dieser Republik den Karren aus dem Sumpf zu ziehen, dann sind nicht irgendwelche Mätzchen und taktische Feinheiten gefragt, sondern die Fähigkeit, ein hartes Reformprogramm mit strategischer Weitsicht durchzusetzen.



Wahlkämpfer Fischer*: „Wer mit uns koalitiert, wird den Atomausstieg entschlossen angehen



Apo-Aktivist Fischer*: „Sehr wild geredet“

SPIEGEL: Warum sollte Schröder dafür allein die Grünen brauchen?

Fischer: Weil es anders keine Reformmehrheit geben wird. Gewiß, wenn ich mir das Programm der SPD anschau, wird das in Teilen sehr schwierig werden. Aber es geht. Anders gesagt: Sollten die Grünen scheitern, dann ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Gerhard Schröder gescheitert.

SPIEGEL: Schröder und Oskar Lafontaine dürften ein rot-grünes Abenteuer kaum ohne ein Mehrheitspolster von wenigstens einem Dutzend Stimmen eingehen. Ihrem Parteifreund Jürgen Trittin reicht dagegen schon eine Stimme. Was gilt?

Fischer: Das weiß heute keiner genau, das wird in der Wahlnacht entschieden. Auf

Abenteuer wird sich niemand einlassen. Zwölf Apostel könnten ein Argument sein. Doch ziehen wir den Verräter Judas ab, sind wir schon bei elf. Eine ungerade Zahl, die Unglück bringt, also zehn. Das ist doch jetzt eine alberne Diskussion.

SPIEGEL: Ließe das Wahlergebnis nur Rot-Grün zu unter Tolerierung durch die PDS, würden Sie dann dieses Wagnis eingehen oder die SPD lieber in eine Große Koalition ziehen lassen?

Fischer: Eine tolerierte Regierung ist keine handlungsfähige Erneuerungskalition. Das sieht man in Italien, wo Premier Romano Prodi, von den Kommunisten toleriert, von einem Vertrauensvotum in das andere stolpert. Ich halte überhaupt nichts davon, das Magdeburger Modell auf die Bundesebene zu übertragen. Entweder gibt es eine rot-grüne Mehrheit, die handlungsfähig ist, oder die Grünen sind in der Opposition.

SPIEGEL: Die Möglichkeit einer Ampel, also Rot-Grün in Kooperation mit den Liberalen, steht für Sie nicht zur Debatte?

Fischer: Rechnerisch ein mögliches Wahlergebnis, doch wie soll das politisch laufen? Das Programm der FDP ist der immerwährende Machterhalt. Hinzu kommen jetzt unter Guido Westerwelle und Wolfgang Gerhardt vulgär-liberale Positionen in der Steuer- und Gesellschaftspolitik, die auf reinsten Thatcherismus hinauslaufen. Wie soll das mit den rot-grünen Reformvorstellungen zusammengehen?

SPIEGEL: Demnach deutet dann doch viel auf eine Große Koalition hin, die eine Mehrheit der Deutschen wünscht.

Fischer: Reicht es nicht für Rot-Grün, gibt es wohl die Große Koalition. Und mit ihr

* Oben: am 15. Juli in Frankfurt/Main; unten: 1973 auf einer Veranstaltung „Foltert die Polizei?“ in Frankfurt.



müssen“

den großen Stillstand mit Ausnahme der Innen- und Rechtspolitik. Da gibt es ja bereits heute ein reaktionäres Kartell der großen Parteien. Denn beim Schleifen der Freiheitsbastionen werden sich Unionisten und Sozis sofort einig sein im Kampf um die Lufthoheit über den Stammtischen.

SPIEGEL: Die Große Koalition Kiesinger/Brandt produzierte nicht nur Flops.

Fischer: Nein, irgend etwas werden die schon zustande bringen. Aber sie werden sich auch sehr schnell an den großen Widersprüchen in der Steuer- und Gesellschaftspolitik festfressen und keine substantielle Erneuerung dieser Republik hinbekommen. Entscheidende Reformen in Deutschland wurden stets mit sehr knappen Mehrheiten vorgenommen, denken Sie an die Ostpolitik.

SPIEGEL: Das rot-grüne Projekt verströmt nicht gerade Aufbruchstimmung.

Fischer: Das sehe ich ganz anders. Heute geht es um eine entscheidende Weichenstellung: Können wir den Grundcharakter der Bundesrepublik, nämlich eine wirtschaftlich erfolgreiche soziale Demokratie, unter den Bedingungen der Globalisierung erhalten? Ja oder nein? Diese Systemauseinandersetzung findet noch im Unterholz

statt. Die wird aber in den kommenden Jahren den Vordergrund bestimmen.

SPIEGEL: Viele Grüne haben aber Angst, ihre Partei werde im Regierungsbetrieb durch ständige Kompromißzwänge die Unverwechselbarkeit verlieren.

Fischer: Jede Partei, so ist das demokratische System konstruiert, erschöpft sich an der Regierung. Siehe die Regierung Kohl. Aber umgekehrt: Eine Partei, die nur opponiert, wird sozusagen immer nur bei Hofe vortragen können, wie es denn besser wäre. Sie kann nichts gestalten.

SPIEGEL: Was läßt sich denn gestalten, wenn Sie mit Schröder regieren: Weiter so in der Außenpolitik, Sozialpolitik mit scharfen Einschnitten, eine Prise Ökologie, Steuerpolitik ein bißchen gegen die Reichen, mühsame Verteidigung der Bürgerrechte?

Fischer: So lohnte sich das natürlich überhaupt nicht. Eine rot-grüne Regierung wird im ersten halben Jahr schon Ernst machen mit einem Bündnis für Arbeit. Eine positive Trendwende am Arbeitsmarkt ist die allererste Aufgabe. Und dazu brauchen wir eine Senkung der viel zu hohen Lohnnebenkosten, die über eine ökologische Steuerreform finanziert werden muß ...

SPIEGEL: ... mit dem Kanzlerkandidaten werden Sie da noch Probleme kriegen ...

Fischer: ... abwarten! Schröders vollmundige Wahlversprechen werden auch nicht billig. Dazu schweigt der Kandidat dröhnend. Und nun zu Punkt zwei: Flexiblere Arbeitsmärkte, das geht nur mit den Gewerkschaften, wie in Holland und Dänemark. Und Punkt drei: Eine Reform der Einkommensteuer, die vor allem wichtig ist für das Investitionsklima. Also ein Eingangsteuersatz um 18,5 und ein Spitzensatz von 45 Prozent, alles aufkommensneutral finanziert. Sofort machbar ist ein neues Staatsbürgerschaftsrecht und eine neue Energiepolitik.

SPIEGEL: Mit Schröder, der für den Ausstieg aus der Kernenergie letzthin noch 30 Jahre veranschlagte?

Fischer: Wer mit uns koalitiert, wird den Atomausstieg entschlossen angehen müssen. Unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität wird Atomstrom einfach zu teuer. Schröder wird auch einsehen müssen, daß

eine neue Verkehrspolitik dringend notwendig ist, um Investitionen zu mobilisieren, vor allem für den weiteren Ausbau der Schiene. Und schließlich müssen wir möglichst bald eine Renten- und eine Bildungsreform anpacken.

SPIEGEL: Schöne Überschriften, hinter denen sich einiger Konfliktstoff verbirgt.

Fischer: Diese Konflikte werden wir austragen müssen. Wenn Schröder den ausgelatschten Stiefel von Kohl weitermachen will und wenn das die Meinung der SPD ist, dann wären wir der falsche Partner.

SPIEGEL: Der Kandidat hat sich insbesondere von ökologischen Lieblingsthemen der Grünen abgesetzt. Vorrang haben für Sozialdemokraten Arbeitsplätze.

Fischer: Für mich auch. Mir geht es nicht darum, die SPD in der Wolle grün zu färben. Sie ist von ihrer Geschichte her die Partei der organisierten Arbeitnehmerschaft und der sozialen Gerechtigkeit. Dieses Spannungsverhältnis mit uns ist nicht zu leugnen.

SPIEGEL: Entscheidende Ressorts, Beispiel Wirtschaft und Finanzen, will die SPD keinesfalls aus der Hand geben. Könnte es Ihnen in Bonn ähnlich ergehen wie den Grünen in NRW, die der frühere SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement bis zur Schmerzgrenze gereizt hat?

Fischer: Machen Sie sich mal keine Sorgen. Partnerschaften zeichnen sich durch gleiche Augenhöhe aus, gerade in Erkenntnis der Unterschiede des Gewichts. Es muß jedem klar sein, was jeweils für den anderen unverzichtbar ist. Eines wird es garantiert nicht geben: Die Grünen beschaffen die Mehrheit, und ansonsten sind sie nur zuständig für das Tralala. Ich habe meine Erfahrungen mit einer Demütigungskoalition, damals in Hessen. Das ging schief.

SPIEGEL: Ihr ehemaliger Parteifreund Otto Schily wirft den Grünen beim Thema Innere Sicherheit „Mangel an Realitätssinn“ vor: Schneller abschieben, härter durchgreifen, kriminelle Kinder wegsperren – wie paßt das mit den Grünen zusammen?

Fischer: Wir halten überhaupt nichts davon, rechten Parolen hinterherzulaufen. Ich hatte gedacht, es hätte sich auch bei der SPD herumgesprochen, daß Gefängnisse die Kaderschulen des Verbrechens sind. Man muß doch nur mal in die USA fahren, um zu sehen, daß dort die Sozialpolitik zur Kriminalitätspolitik geworden ist, mit enormen Kosten. Da schwimmen wir lieber tapfer gegen den Strom.

SPIEGEL: Da werden Sie aber gegenüber den Sozialdemokraten einen schweren Stand haben.

Fischer: Wenn schon. Die reaktionäre Wende der SPD in der Innenpolitik zeigt deren Gelüste nach einer Großen Koalition. Aber Schröder und der SPD muß klar sein: Eine solche großkoalitionäre Politik wird es mit uns nicht geben.

SPIEGEL: Herr Fischer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Fischer (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Gewisse Eitelkeiten“

* Mit Redakteuren Olaf Ihlau und Paul Lersch in Fischers Urlaubsort in der Toskana.

EUROPA

Reisen und aufschreiben

Massenaufmarsch im Namen des Föderalismus: Alle Bundesländer schicken eigene Vertreter nach Brüssel. Das Recht dazu bekamen sie wegen der Einführung von Binnenmarkt und Euro.

Gleich bei der Deutschen Botschaft in Brüssel, in einem versteckten Hauseingang, residiert Herr Schwall. Das Türschild weist ihn als „Beobachter der Länder bei der Europäischen Union“ aus.

Ernst Schwall ist der Brüsseler Horchposten des deutschen Föderalismus im Herzen der Europäischen Union. Daß ihn kaum jemand kennt, stört ihn nicht weiter. Der Mann mit dem gepflegten Bürstenschnitt und der gedämpften Stimme wirkt, wie er sagt, „nach innen“.

Der Auftrag des unauffälligen Emissärs besteht im Verfassen von Protokollen. Bei den Ministerratssitzungen der EU sitzt er, einen Block auf den Knien, und schreibt in steiler Handschrift mit.

Schwall notiert keineswegs allein. Protokolle von denselben Sitzungen fertigt auch ein Vertreter der Deutschen Botschaft an, dessen Berichte ebenfalls an die Länder gehen. Neben dem Bundesrats- und dem Botschaftsvertreter wirken Referenten für die Minister des Bundes und Referenten der Länder bei den Brüsseler Ratstagungen mit. Auch sie schreiben auf, auch ihre Berichte gehen in die Heimat, zum Bund wie zu den Ländern.

Als gäbe es nicht schon genug Abgesandte in Brüssel, leistet sich jedes einzelne deutsche Bundesland dort auch noch so etwas wie eine eigene Botschaft. Die 16 Ländervertretungen residieren in ansehnlichen flämischen Stadtvillen mit kunstvoll ausgestatteten, aber nur selten genutzten Ministerzimmern. Ihre Leiter bekleiden zu meist den Rang eines deutschen Ministerialdirigenten, aber mit Brüssel-üblich erhöhtem Monatsgehalt in Höhe von rund 20 000 Mark.

In ihren Dependancen beschäftigen die deutschen Länder 140 Bedienstete. Sie stellen damit mehr Personal als die Deutsche Botschaft mit ihren 120 Beamten, die laut Vertrag die Bundesrepublik gegenüber der Europäischen Union vertritt. Hamburg und Schleswig-Holstein teilen sich immerhin eine Villa. Dafür leistet sich Berlin eine zusätzliche „Repräsentanz der Wirtschaft“, andere Bundesländer wollen mit solchen Büros folgen. Schon hat auch der Gemeinde- und Städtebund seinen Wunsch nach einer eigenen Vertretung in Brüssel bekundet.

Da kommt im Namen des deutschen Föderalismus im EU-Moloch Brüssel ziemlich viel zusammen. Denn zu den Proto-

kollierenden und Residierenden muß man eine weitere Heerschar von rund 300 deutschen Länderbeamten zählen, die ständig zwischen ihren Dienstsitzen und den Brüsseler Konferenzräumen pendeln. Als reisende „Bundesratsbeauftragte“ üben sie in rund 400 Arbeitsgruppen der EU-Kommission und des Rates die segensreiche Tätigkeit der föderalen Sachwalter aus.

Sie tummeln sich in wichtigen Regulierungsgremien wie dem „Ausschuß für die Ausbildung von Hebammen“, diskutieren über die Vorentscheidungen einer „Frühstücksrichtlinie“ mit oder über „Audiovisuelles Eureka“. Auch haben sie an der EU-Richtlinie über die Euro-Einheitsbreite von Traktorsitzen mitgewirkt, ein Regelwerk von 350 Seiten. Sie sind die Angehörigen der „nationalen Beteiligungsbürokratie“, wie die deutsche EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies im Zorn den steten Strom der Bürokraten aus der Heimat nennt.

Kein Gremium koordiniert die fliegende Brigade. Kein Rechnungshof hat die Exzesse des deutschen Föderalismus je geprüft. Vom Kommen und Gehen der fahrenden Amtskollegen wissen meist auch die Büros der Länder in Brüssel nichts. Die Reisekosten werden in den Länderetats versteckt.

In bitterem Amtston monierte schon 1995 eine interne Studie des Bundesrates das Treiben in Brüssel: „Die Anzahl der Ländervertreter steht nicht in einem zwingenden Zusammenhang mit der Qualität ihrer Arbeit oder der Effektivität dieses Mittels.“ Geschehen ist seither wenig.

Kein anderes Mitgliedsland der Europäischen Union ist in den EU-Mitwirkungsgremien so stark repräsentiert wie Deutschland. Die Delegationen im Mini-



Gemeinsame Brüsseler Repräsentanz von Hamburg und Schleswig-Holstein: „Die Dinge gestalten, solange sie noch Plastilin sind“

sterrat sind nicht selten 20 Köpfe stark; in den Vorentscheidungs-gremien der Kommission erscheinen deutsche Beamte im Doppel- oder Dreierpack, seit sich die Länder beim Vertragsschluß von Maastricht die Mitentscheidung in Angelegenheiten der EU ausbedungen haben.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber feierte den neugeschaffenen Grundgesetzartikel 23 seinerzeit als „Sieg für Bayern“. Die Partizipation der Länder in den Räten der EU war der Preis, den Helmut Kohl für den Binnenmarkt und den Euro zahlte. Er stellte damit die heimischen Länderregenten vorübergehend ruhig. Auf das schwer durchschaubare Geflecht der Brüsseler Basardemokratie trifft seither die Vielfalt des deutschen Föderalismus – zwei hochkomplizierte Entscheidungssysteme, deren gemeinsame Schnittmenge zuweilen im Chaos liegt.

Die 16 deutschen Bundesländer haben natürlich einen guten Grund, in Brüssel vertreten zu sein: Sie kommen ihren Interessen nach. Denn in der EU-Kapitale gibt es einiges zu holen, zum Beispiel Subventionen.

Bremen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beziehen bis zu einem Drittel ihrer Beihilfen für Wirtschaft und Landwirtschaft, für strukturschwache und ländliche Gebiete aus dem Etat der EU-Kommission. In manchen Bereichen wie dem Tourismus erhalten die neuen Bundesländer sogar bis zu 50 Prozent ihrer Fördergelder aus Brüssel.

„Wir wollen die Dinge hier mitgestalten, solange sie noch Plastik sind“, meint der Leiter der „Landesvertretung des Freistaates Bayern in Brüssel“, Hubertus Deßloch, frohgemut. Der ehemalige EU-Beamte arbeitet im Länderbüro von einem schweren Eichenschreibtisch aus für Bayern, die weiß-blaue Fahne sowie je ein Bildnis des Ministerpräsidenten Stoiber und des Bundespräsidenten hinter sich.

Deßloch kennt die kleinen Dienstwege in der EU-Hauptstadt, wie eine diplomatische Umschreibung für erfolgreiches Lobbyistentum heißt. „80 Prozent der Entscheidungsmaterien sind geregelt, wenn die Kommission ihre Vorschläge im Rat zur Abstimmung vorstellt“, sagt er.

Derzeit rangeln die EU-Beamten um die Neufassung der Förderkriterien bei Landwirtschaft und regionalen Strukturfonds für die Zeiten nach der Agenda 2000. Wer die richtigen Sachbearbeiter in den Generaldirektionen kennt, weiß mehr und kann vielleicht eingreifen.

Folker Schreiber, der Botschafter Nordrhein-Westfalens in Brüssel, tummelt sich derzeit auf „vielen, kleinen Dienstwegen“ für die künftigen Struktur- und Regionalfonds. Er schließt Allianzen mit anderen Stahl- und Kohleregionen aus Frankreich und Großbritannien. Als Gemeinschaftslobby wollen sie sich für künftige Problemgebiete EU-Gelder sichern.



Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, Leiter Schreiber: „Allianzen schmieden“



Ganz ungemeinschaftlich versuchte andererseits das Land Nordrhein-Westfalen vor kurzem das Land Bayern bei der Ansiedlung einer aus Bayern stammenden Papierfabrik im Ruhrgebiet auszusteichen: Die Düsseldorfer konnten für die 800-Millionen-Investition mit EU-Geldern locken, die Bayern nicht mehr erhielt. Schließlich blieb die Firma dann doch daheim.

Für die Länderkonkurrenz hat der Europa-Referent der bremischen Wirtschaftsbehörde, Peter Frankenfeld, eine knappe Formel parat: „Jeder fährt eben auf Sicht.“ Bremen bezieht jedes Jahr rund 40 Millionen Mark von der EU.

„In Schwadronenstärke latschen die Deutschen mittlerweile durch Europa. Doch sind sie damit auch effizient?“ fragt ein hochrangiger EU-Beamter. Deutsche Sitzungsteilnehmer plagen noch heute die Erinnerungen an die Streitigkeiten, die sich Bund- und Länderbeamte kurz nach der Wiedervereinigung bei der EU-Kommission über die Förderung für die neuen Bundesländer lieferten. Damals ging es um „harte“ oder „weiche“ Kriterien, nach denen die Mittel vergeben werden sollten. Mit Hilfe der EU siegten manche Länder über den Bund.

Ähnliche Konflikte leisteten sich die Deutschen bei der Zuständigkeit für Europol. Das Bundesinnenministerium und das Bundeskriminalamt reklamierten die Europolizei für sich. Die Vertreter des Bundesrates erinnerten an die Hoheit der Länder. Zuweilen muß der deutsche Botschafter den irritierten Mitgliedstaaten bei den Ratstagungen den jeweiligen deutschen Standpunkt erklären.

Im Urteil über den Massenaufmarsch der konkurrierenden Beamten in Brüssel sind sich deutsche Europa-Kenner einig: „Es ist die alte deutsche Krankheit: Eine schwache Zentralgewalt, und die Glieder tanzen auf

dem Haupt herum“, meint der CDU-Europaabgeordnete Elmar Brok. Der Sozialdemokrat Gerd Walter, Kieler Justiz- und Europaminister und 15 Jahre lang Europaparlamentarier, stimmt zu: „Wir haben den nationalen Hühnerhof und machen es uns damit schwerer als nötig.“ Die Mitwirkung von Bund und Ländern in der EU solle in Deutschland koordiniert werden, meint Walter, und nicht auf der Brüsseler Bühne.

Die Deutschen könnten von den Nachbarn Geschick in der EU-Politik lernen. Die Franzosen lassen ihre Brüsseler Belange von einem machtvollen, beim Premierratsminister in Paris ressortierenden Ministerbüro aus koordinieren. Wichtige Direktorenposten in der Brüsseler Administration haben sie mit Seilschaften aus dem Grandes Ecoles, den nationalen Kaderschmieden für die höchsten Posten in Wirtschaft und Staat, besetzt. Ähnlich zentralistisch gehen die Briten bei der Besetzung von EU-Schlüsselpositionen vor. In London ist ein Staatssekretär im Außenministerium für europäische Angelegenheiten zuständig.

Die Briten wundern sich über Ländervertreter, die in den deutschen Delegationen die Haltung des Bundesrates wutschnaubend durchzusetzen versuchen. Französische Tischnachbarn bevorzugen süffisante Kommentare: „Aha, der deutsche Föderalismus.“

Die „Querelles Allemandes“ haben auch schon zu einem Ukas des Auswärtigen Amtes geführt. Seither ist gesichert, daß die Vertreter der Bundesregierung bei Verhandlungen vorn am EU-Tisch sitzen dürfen, während die Vertreter der Länder mit der zweiten Reihe vorliebnehmen müssen. Bei Kultur- und Bildungsfragen allerdings gerät die europäische Sitzgeographie schon wieder durcheinander: Weil dort die Hoheit bei den Ländern liegt, haben sie auch Anspruch auf den ersten Platz. ♦



Mark kostet, müssen sie billigen. Da schließt der Hardthöhen-Chef gern freundliche Kompromisse mit den beiden Nordlichtern.

Den Steuerzahler kostet der Deal allerdings fast 400 Millionen Mark.

Chancenlos stemmte sich der Haushaltsexperte der Grünen, Oswald Metzger, gegen die „Erpressung der Lobbyisten“. Das Ergebnis war schon vor der Abstimmung im Ausschuß klar. Metzger: „Sieg auf der ganzen Linie für die Küsten-Gang.“ Wieder einmal.

Die „Küsten-Gang“, im Bonner Jargon auch als „Küsten-Mafia“ bekannt, das sind – im harten Kern – etwa 20 Parlamentarier aus Deutschlands hohem Norden: Abgeordnete aus Schleswig-Holstein und Bremen vor allem. Dazu einige Freunde aus dem nördlichen Niedersachsen und aus Hamburg.

Sie sitzen im Haushalts- und im Finanzausschuß, führen stille Gespräche mit dem Verteidigungs- oder dem Verkehrsminister und haben dabei, jenseits der politischen Farbenlehre, meist ein gemeinsames Ziel: den steten Fluß von Steuergeldern in die Küstenregion zu erhalten. Das funktioniert seit vielen Jahren prächtig.

Gerühmt unter den Nordlichtern wird etwa noch heute der standhafte Bremer Bürgermeister Hans Koschnick. Er stimmte 1985 der Frühpensionierung von 1200 Bundeswehr-Offizieren als einziger Sozialdemokrat im Bundesrat zu und half so Helmut Kohl gegen eine Attacke des bayerischen CSU-Chefs Franz Josef Strauß. Der wollte dem Bonner Regenten mit einem Nein seine Macht vor Augen führen.

Einen Tag nachdem der Bremer Senat die Kohl-Koalition vor der Abstimmungsniederlage bewahrt hatte, bestellte Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) bei der Bremer MBB-Werft zehn Minenkampfböote, Auftragswert: 1,2 Milliarden Mark.

Die Bremer Vulkan-Werft, das hatte das Bonner Kabinett schon vorab zugesagt, durfte als Generalunternehmer zwei weitere Fregatten für die Marine bauen – für 1,07 Milliarden Mark.

Solche Drogen machen süchtig. Deswegen hängt die Nordregion bis heute am Bonner Tropf, muß alljährlich neu um Staatsaufträge, Zuschüsse und Steuergelder kämpfen.

Allerdings: Im Wettlauf um Subventionen bringen es auch andere Regionen und Branchen zur Meisterschaft.

Mit großem Getöse fordern beispielsweise Bergleute und Bauern ihre Alimente ein. Sie bedrängen Bonn mit Motorradaufmärschen oder Traktorblok-

Fregatte in der Kieler HDW-Werft (1996): Steter Fluß von Steuergeldern

LOBBY

Gang von der Küste

Eine große Koalition von Bundestagsabgeordneten aus dem Norden verschafft der Industrie an der Küste immer neue Subventionen.

Der Verteidigungsminister wollte es mal billig machen. Zwei gebrauchte Airbus-Modelle, für 134,8 Millionen Mark günstig bei der Lufthansa zu haben, wünschte sich Volker Rühe (CDU) für die Flugbereitschaft.

Doch der Haushaltsausschuß ging auf das Sonderangebot nicht ein. Der Bundesrechnungshof habe jüngst nachgewiesen, daß die Maschinen eh nur auf dem Rollfeld stünden oder mal Blaskapellen, mal tonnenweise Bier zur „Truppenbetreuung“ über den Atlantik transportierten.

Statt dessen empfahlen die Parlamentarier dem Minister wärmstens, ein Schiff zu bestellen, einen 255 Millionen Mark teuren „Einsatzgruppenversorger“. Doch das Schiff brauchte der Bundeswehrchef nicht – jedenfalls nicht zur Zeit. Eines von der Sorte habe er ja schon. Wegen seiner knappen Finanzlage wolle er das zweite lieber erst „nach 2002“ ordern.

In diesem Sommer kurz vor der Wahl bekam Rühe beides: die Airbusse – so beschlossen im

Bundestags-Haushaltsausschuß – und das Schiff dazu. Die Bundestagsabgeordneten Dietrich Austermann (CDU) und Jürgen Koppelin (FDP) können stolz darauf sein, wieder einen lukrativen Auftrag für die Werften in ihrer schleswig-holsteinischen Heimat herausgeschlagen zu haben.

Die zwei kontrollieren den Bewilligungsausschuß des Parlaments für den Rühe-Etat. Alles, was mehr als 50 Millionen



Minister Rühe (M.), Abgeordneter Koppelin (r.): Stille Gespräche

* Am 1. Juli mit Dirk Rathjens (2. v. r.), Vorstandsmitglied der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, in der HDW-Werft in Kiel.

kaden. Und deren Fürsprecher im Parlament werfen sich mit markigen Worten und phantasievollen Argumenten immer wieder in die Verteilungsschlacht um die Steuergelder.

Die Lobbyisten der Schiffbauer und Schiffseigner machen es leiser, aber nicht weniger effizient. Mitunter gelingen ihnen so die seltsamsten Coups.

In diesem Sommer etwa beschloß der Bundestag ein Gesetz, das Finanzminister Theo Waigel zunächst – vorsichtshalber nur intern – als „pervers“ beschimpfte und von dem die Sozialdemokraten fürchteten, es werde die Hälfte der heute noch unter der schwarzrotgoldenen Flagge fahrenden deutschen Seeleute zum Arbeitsamt treiben. Zugestimmt hat die SPD den zwei phantastischen Geschenken für die deutschen Reeder trotzdem.

Die dürfen nun Steuern nach der Tonnage, also der Ladekapazität ihrer Handelsschiffe, zahlen, egal welchen Gewinn sie damit machen. Und von den Lohnsteuern, die sie ihren Seeleuten von der Steuer abziehen, müssen die Reeder künftig nur noch 60 Prozent ans Finanzamt abführen. 40 Prozent dürfen sie selbst einstecken. Ungefährer Wert der Schenkung: 250 bis 280 Millionen Mark pro Jahr.

Tonnagesteuer und Lohnsteuereinbehalt, warnten die Experten im zuständigen Bundesrats-Unterausschuß, „widersprechen dem System des deutschen Steuerrechts“, gäben „zu neuen Steuersparmodellen Anlaß“ und würden „zu massiven Gestaltungsmaßbräuchen“ motivieren.

„Das Ritual ist immer dasselbe“, spottet der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Kossendey aus Niedersachsen („Ich bin bloß 30 Kilometer von der Küste entfernt“) über die Aktivitäten seiner Nord-Kollegen: Erst töne FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt, für die Werften- oder Reeder-Subventionen gebe es kein Geld mehr. Heldenhaft streicht er die Mittel aus seinem Etat. „Dann kommen seine FDP-Freunde“ und „arbeiten es im Ausschuß wieder in den Haushalt rein“.

Hinter den aktiven Küstenfreunden stehen mächtige Unions-Granden für die Nordhilfen ein. Der frühere Finanzminister Gerhard Stoltenberg zum Beispiel oder die einflußreichen Kohl-Spezis Rudolf Seiters und Manfred Carstens. So vergißt auch CDU-Verkehrsminister Matthias Wissmann schnell sein Credo, Subventionen „wo immer möglich“ abzubauen, wenn der kalte Wind von der Küste droht.

Bei der Opposition sorgen etwa der Niedersachsen Ernst Kastning oder die Ostholsteinerin Antje-Marie Steen für die Küste, und dahinter steht der Block der SPD-regierten Nordländer.

Wenn es um Geld für die Küste geht, hat der langjährige FDP-Haushälter Wolfgang Weng immer wieder erlebt, „spielen

die alle prima zusammen“. Die Küstenfreunde schaffen es sogar locker, so Weng, nicht verbrauchte Zuschüsse „in den nächsten Etat rüberzuretten“.

Zu früh jubelten Waigels Haushaltsexperten im vorigen Sommer über ihre Erfolge beim Subventionsabbau im Etat 1998: „Besonders deutlich ist der Rückgang bei den Hilfen für die Luftfahrt und den Schiffbau.“ Damit die Koalitionsabgeordneten auch tapfer dabeiblieben, ließ Waigel ihnen ausdrücklich das marktwirtschaftliche Glaubensbekenntnis aufschreiben: „Dauerhafte Erhaltungshilfen verzögern den Strukturwandel“, so seine Botschaft, „und beeinträchtigen so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.“

Drei Monate später sah alles etwas anders aus. „Ein Kraftakt der Unionsabgeordneten war notwendig“, triumphierten nun die CDU-Lobbyisten Austermann und Wolfgang Börnsen, Vorsitzender des Gesprächskreises Küste der CDU/CSU-Fraktion, im Parteiblättchen „Deutschland Union Dienst“, „um die Wettbewerbshilfe für den deutschen Schiffbau zu sichern.“

Ob es um den Erhalt des zollfreien Einkaufs auf den Fähren – ein Anachronismus im EU-Binnenmarkt – oder um die finanzielle Förderung der Windkraft-Rotoren an der Küste geht, die Lobby mischt kräftig mit. Das meiste fällt – anders als bei der Kohle oder den Agrarhilfen – nur selten öffentlich auf.

28 Millionen Mark habe die Küstengänge gerade wieder für die Projektierung neuer Korvetten den Werften zugespielt, erzählt zum Beispiel staunend der SPD-Wehrexperte Manfred Opel. Eine fragwürdige Sache, denn damit würden nun Details für Schiffe geplant, die erst nach

2004 gebaut werden sollen. Bis dahin habe der technische Fortschritt in der Rüstungsbranche alles überholt. „Was die machen“, so Opel, selbst aus Husum, aber kein Gang-Mitglied, „grenzt an Erpressung.“

Das geben die Küstenhelfer sogar zu, bringt es doch Ruhm und Stimmen im Wahlkreis. Sein Votum für den „Eurofighter“ im vorigen November, brüstete sich Freidemokrat Koppelin vor Freunden aus der Heimat, habe er sich von der Hardthöhe entlohnen lassen: Ruhe mußte den ersten Einsatzgruppenversorger ordern.

Das zweite Schiff war im Deal gegen die Bewilligung der Airbusse fällig. Die Gefälligkeit des Verteidigungsministers gegenüber maritimen Aktivisten ist schriftlich festgehalten.

„Entgegen der ursprünglichen Aussage des Bundesministeriums der Verteidigung“, daß es das teure Boot jetzt nicht wolle, schrieb die parlamentarische Staatssekretärin im Finanzressort, Irmgard Karwatzki, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, sei „nunmehr das baugleiche zweite Schiff hoch priorisiert worden“. ♦

Hinter den aktiven Küstenfreunden stehen Unions-Granden für die Nordhilfen ein

Das Rentensystem steht vor dem Bankrott. Bislang fehlte der Regierung die Kraft zu einer durchgreifenden Reform – zu mächtig ist die Wählerklientel der Alten. Doch schon bald nach der Wahl könnte das Verfassungsgericht einen Neuanfang erzwingen. „Projekt Deutschland 2000“, Teil 3: Wege aus dem Rentendebakel.

Aktien statt Almosen

Die rot-gelbe Krawatte ist korrekt gebunden, der graue Zweireiher sitzt perfekt. Auch das Reihenhaus des Versicherungskaufmanns Ingo Fuhrmann, 56, im Düsseldorfer Süden wirkt adrett.

Kurz: Der Mann sieht nicht aus wie ein Chaos, ein Querulant, ein Spinner. Das gibt ihm in seinem großen Kampf vielleicht eine winzige Chance.

Fuhrmann hat sich nämlich vorgenommen, die deutsche Rentenversicherung ins Wanken zu bringen, und das möglichst vor dem Bundesverfassungsgericht. Was er in ein paar Jahren von der Zwangsversicherung zurückbekommt, hält er für ungenügend.

Immer wieder hat er alles nachgerechnet, und das Ergebnis hat ihn empört: „Das

ist nicht mal die Hälfte von dem, was ich eingezahlt habe“, sagt er.

Es liegt am System, und nicht nur das Beispiel des Versicherungsangestellten Fuhrmann belegt: Das System ist am Ende. Seit Jahrzehnten werden Renten in Deutschland nach einem Umlageverfahren berechnet und gezahlt. Die Beiträge der Beschäftigten und ihrer Arbeitgeber fließen in einen großen Gemeinschaftstopf, aus dem die Renten für die nicht mehr Tätigen gezahlt werden.

Dieser sogenannte Generationenvertrag funktioniert nicht mehr. Immer mehr Menschen hören früher auf zu arbeiten, gleichzeitig leben Rentner im Schnitt wesentlich länger als zu Reichskanzler Bismarcks Zeiten – und immer weniger jüngere Menschen müssen mit ihrem Einkommen den Rententopf füllen.

Längst belegen Wissenschaftler mit Zahlen, daß Deutschland dringend ein neues System der Alterssicherung braucht. Nur der zuständige Minister verkündet noch immer mit dem Zorn des Gerechten, der seine Stirn rötet, die Renten seien sicher.

Mit dieser demagogischen Haltung hat Norbert Blüm, Helmut Kohls dienstäl-



tester Minister, bislang eine zupackende Reform des Rentensystems verhindert. Für Leute wie Fuhrmann, die Blüms leeren Versprechungen längst nicht mehr trauen, gibt es deshalb auch kein Entrinnen aus der Rentenfalle.

Die „Zwangsmitgliedschaft in einem Enteignungssystem“ sei nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz in Artikel 3 des Grundgesetzes zu vereinbaren, klagt Fuhrmann – Beamte und die große Mehrheit der Selbständigen seien in Deutschland schließlich von solchen Verlustgeschäften auch befreit.

Doch in mehreren Instanzen ist er mit seinem Ansinnen bereits gescheitert. Nun hofft er auf Bescheid von höchster Stelle, den Verfassungsrichtern aus Karlsruhe. Aussichtsreich wäre das nur, wenn die glauben, daß der Fall von allgemeinem Interesse sei – und deshalb verweist Fuhrmann selbst auf seine Durchschnittlichkeit.

Der Versicherungskaufmann sieht sich als Repräsentanten einer großen Zahl von Beitragszahlern, die hilflos und mit Groll beobachten, wie sich die gesetzliche Rentenversicherung zum Verlustgeschäft entwickelt. Wenn er in Rente geht, wird Fuhrmann etwa 400 000 Mark an Beiträgen gezahlt haben. Seine Rente wird gerade mal 2270 Mark betragen. Hätte er das Geld an der Börse anlegen können, stünde er mit Zins und Zinsszins deutlich besser da.



Rentenpolitiker Blüm: Das System ist am Ende

„Vielleicht bin ich ja chancenlos“, sagt Fuhrmann. „Aber allein mit meiner Empörung bin ich nicht.“ Da hat er recht. Die Sorge um die Alterssicherung ist längst Tagesthema. Zwar hat den Rentenwahlkampf angeblich keiner gewollt – doch seit ein paar Wochen ist er da.

Ständig rechnen andere Institute und Experten vor, was viele Politiker am liebsten gar nicht hören wollen: Bleibt bei der Rente alles, wie es ist, bahnt sich spätestens im Jahr 2030 ein Kollaps an.

In drei Jahrzehnten nämlich dürfte es nach allen Prognosen fast genauso viele Erwerbstätige wie Rentner geben. Dann werden entweder die Sozialabgaben auf über 50 Prozent der Gehälter hochschnellen, oder die Leistungen sinken auf das Niveau staatlicher Almosen.

Minister Blüm wird schon bald seine Lebenslüge eingestehen müssen. „Die staatliche Rentenversicherung“, so Grünen-Fraktionschef Joschka Fischer, „ist bankrott.“

Schon drängeln sich all jene Lobbyisten, die nach dem Zusammenbruch beste Geschäfte erwarten. Massiv werben Banken und Versicherungen nicht nur für private Vorsorge, sondern auch für den Abschied vom alten Umlagesystem. Die Deutsche

Bank, immer vorn dabei, gründete sogar eigens ein Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Es geht um einen gewaltigen Markt. Kapitaldeckung hieße, in vereinfachter Form: Die Beiträge zur Altersvorsorge, die ein Arbeitnehmer zahlt, werden nicht an die heutigen Rentner ausbezahlt, sondern gewinnbringend – zum Beispiel an den Weltbörsen – angelegt.

Der Beitragszahler bekommt sie eines Tages, so wie er es von einer Lebensversicherung kennt, mit einem Gewinnanteil wieder ausbezahlt, oder er bezieht daraus eine versicherungsmathematisch berechnete regelmäßige Rente.

Der Kapitalstock könnte in Pensionsfonds aufgebaut werden, so wie es in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien geschieht. Solche Fonds werden innerhalb und außerhalb der Unternehmen gebildet, manchmal werden ganze Branchen im Chemiefonds oder im Fonds der Automobilindustrie zusammengefaßt.

Gleichzeitig muß für all jene, die nicht in der Lage sind, genug Beiträge für eine Alterssicherung aufzubringen, eine Mindestrente geschaffen werden. Darin sind sich alle

Kritiker des herrschenden Systems einig. Ohne eine solche Mindestsicherung würden viele ihren Lebensabend in Armut verbringen müssen.

Der Unmut über die Zauderer in Bonn wächst. Gerade jetzt, wo die Deutschen einen gewaltigen Boom an den Börsen erleben, schwindet ihr Verständnis für die schlappen Leistungen der gesetzlichen Rentenkasse; die Alterssicherung in kapitalgedeckten Systemen erscheint da verlockender. Bei gleichem Geldeinsatz ließen sich drastisch höhere Altersbezüge erzielen – auch ohne staatliche Milliardenzuschüsse.

Die groß angekündigte Rentenreform der Bonner Koalition macht das bestehende System noch unattraktiver – denn wieder mal trifft sie vor allem die jüngeren Versicherten. Sie müssen Höchstbeiträge zahlen und werden im Alter Minirenten beziehen – während es gleichzeitig den jetzt lebenden Rentnern, was ihnen gegönnt sei, gutgeht wie noch nie.

Gerade die Rentenkasse hat immer wieder die Politiker verlockt, wichtige Wählergruppen aus ihr zu bedienen oder Finanzierungsprobleme zu lösen. Kein anderes Sozialsystem hat so viel Geld, bei kaum einer politischen Maßnahme sind die Folgen erst mit so viel Zeitverzögerung

„Wir waren Pioniere“

Die Chilenen haben ihr Rentensystem umgestellt – mit Erfolg.

Der Nordpol ist unten, die Antarktis oben. José Piñera hat die Welt auf den Kopf gestellt. Gleich am Eingang des Zimmers des früheren Arbeitsministers von Chile hängt die Karte von Nord- und Südamerika verkehrt herum an der Wand. „Das erinnert daran, daß man fast alle Dinge auch ganz anders sehen und denken kann“, erklärt Piñera den ungewöhnlichen Wandschmuck.

In Chile hat Piñera das Udenkbare getan: 1981 schaffte er das alte chilenische Rentenmodell, ein Umlagesystem wie in Deutschland, ganz einfach ab. Möglich war das, weil das brutale Militärregime des Diktators Augusto Pinochet auf Widerstände keinerlei Rücksicht nahm.

Piñera, damals gerade 30 und soeben mit Harvard-Diplom aus Amerika zurückgekehrt, entwarf am Reißbrett ein neues Modell. Er gehörte zu den „Chicago Boys“ – jenen liberalen Ökonomen, die Pinochet anheuerte, um die Wirtschaft seines Landes gewaltsam umzubauen.

Und offenbar ist außer Repressalien auch etwas Gutes dabei entstanden: Nicht nur die demokratischen Nachfolgeregierungen Chiles haben das neue System übernommen, auch sechs andere lateinamerikanische Länder und mittlerweile sogar Hongkong. Piñera ist stolz: „Wir waren Pioniere.“

In Chile zahlen die Versicherten ihre Beiträge nicht wie in Deutschland für die Vorgänger-Generation, sondern sparen für sich selbst. Jeder muß zehn Prozent seines Monatslohns an einen privaten Pensionsfonds seiner Wahl abführen, 13 Anbieter wetteifern um die Gunst der Chilenen.

Wer in den Ruhestand geht, bekommt seine Ersparnisse entweder ausbezahlt oder kann sie in eine Lebensversicherung umwandeln, die monatlich Unterhalt zahlt.

Selbst Kritiker wie Andras Uthoff, Rentenexperte bei der Wirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für Lateinamerika, geben zu, daß die Versicherten damit bislang gut gefahren sind: Die Durchschnittsrendite der ersten 16 Jahre lag bei 11,5 Prozent.

Allerdings mußten alle Chilenen zusätzlich für die Ansprüche der Rentner aus dem alten Umlagesystem zahlen.



Rentenreformer Piñera
Das Udenkbare getan

Wer zum Zeitpunkt der Reform bereits Beiträge eingezahlt hatte, durfte zwischen altem und neuem System wählen. Für alle Wechsler wurden die vergangenen Versicherungsjahre angerechnet. Die Kosten dafür trug der Staat, er finanzierte den Übergang durch eine höhere Mehrwertsteuer und Privatisierungserlös.

Die Politik hat sich auch danach nicht völlig aus der Alterssicherung zurückgezogen. Die Kontrollen und Vorgaben für die Fonds sind streng: Sie müssen jeden Versicherten aufnehmen, dürfen maximal 20 Prozent der Mittel im Ausland anlegen und sind verpflichtet, alle drei Monate über ihre Anlagestrategien und die erzielten Renditen zu berichten.

Geht ein Fonds pleite, müssen andere Anbieter dessen Kunden mitsamt Rentenansprüchen übernehmen. Für solche Fälle bilden alle Fonds gemeinsam Rücklagen, eine Art Feuerwehrfonds. Außerdem zahlt der Staat eine Mindestrente von umgerechnet 210 Mark für jeden, der keinen vollen Pensionsanspruch erreicht. Davon allein kann allerdings auch in Chile niemand leben.

„Den Ärmern hat das System nichts gebracht“, sagt Uthoff – etwa den 1,7 Millionen Chilenen nicht, die sich als Straßenverkäufer, Landarbeiter oder mit anderen Tagelöhner-Jobs durchschlagen und nicht versichert sind. Nur: Ein Umlagemodell würde daran nichts ändern.

Die Chilenen selbst verunsichert eher, daß ihr System nach

15 Erfolgsjahren neuerdings schwächelt und in den vergangenen Monaten sogar Verluste machte. Die chilenische Wirtschaft wächst nicht mehr so schnell wie früher, vielen Exportunternehmen hat die Asienkrise zugesetzt. Mit den Gewinnen der Betriebe sanken die Erträge der Fonds. Im Grunde geht es ihnen wie jedem privaten Anleger auch: Maximale Renditen und minimales Risiko sind selten gleichzeitig zu haben.

Julio Bustamante, Chef der staatlichen Kontrollbehörde, will den Fonds jetzt mehr Freiheiten gewähren. Er hofft, daß sie dann auch weniger Geld für Werbung verschwenden. Wegen der strengen Vorgaben sind die Anlagestrategien und damit die Leistungen der Fonds nahezu identisch. Sie versuchen deshalb, mit Fahrrädern, Fernsehern und anderen Geschenken einander Kunden abzuwerben. 1997 wechselten 65 Prozent der Versicherten mindestens einmal im Jahr den Fonds.

Nach einer gescheiterten Präsidentschaftskandidatur in Chile leitet der Ex-Minister und Rentenpionier Piñera inzwischen das amerikanische Cato Institute, das sich sozialpolitischen Fragen widmet. In aller Welt wirbt er für sein Rentensystem. Piñeras Ehrgeiz: „Vielleicht wird unsere Reform das erste Sozialmodell, das von Lateinamerika nach Europa exportiert wird und nicht umgekehrt.“

Rentensysteme im Vergleich

	 CHILE
Rentensystem	Renten werden aus dem eingezahlten Kapitalstock der Versicherten finanziert.
Beiträge	10 % des Nettolohns
Altersgrenze	Frauen: 60 Jahre, Männer: 65 Jahre
Leistung	Nach 40 Versicherungsjahren Auszahlung als Lebensversicherung oder gestaffelte Auszahlung je nach Kapitalrendite: 3 % Rendite: ca. 55 % des letzten Gehalts 5 % Rendite: ca. 94 % des letzten Gehalts
Geltungsbereich	Pflichtversicherung für alle Arbeitnehmer

spürbar. Und nur wenige Menschen verstehen, was dort vor sich geht.

Daß die Politiker sich ungern von dem althergebrachten Rentensystem trennen wollen, erscheint dem Darmstädter Ökonomen Bert Rürup deshalb begreiflich. „Im klassischen Umlagesystem“, so Rürup, „läßt sich viel besser Sozialpolitik und Umverteilung betreiben.“

Immer wieder fielen Entscheidungen über die angeblich von politischer Willkür unabhängige Rentenversicherung genau so aus, wie es den Regierenden am besten ins Wahlkalkül paßte. Unerfreuliche Änderungen werden aufgeschoben, erfreuliche vorgezogen. Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble wollte die jüngste Rentenreform der Koalition eigentlich schon 1998 wirken lassen – nun tritt sie erst Anfang 1999 in Kraft, also nach der Wahl.

Seit Anfang Juli gilt allein der Teil des Reformpakets, der sich für Wahlplakate eignet: Die Verbesserungen für Rentnerinnen, die Kinder großgezogen haben. In den Vorjahren profitierten die ostdeutschen Rentner oder auch Mitarbeiter von Großunternehmen, die früher aus dem Job aussteigen wollten.

Mit Vorruhestand und Frühverrentungen entstand eine neue Schicht der sogenannten jungen Alten, die noch weit von Pflegebedürftigkeit entfernt sind, gebildet, reiselustig und konsumfreudig. Die muß ein Politiker, der wiedergewählt werden will, sorgsam pflegen.

Fast jeder dritte Wahlberechtigte wird bei der Bundestagswahl über 60 sein. Vor allem aber stellen die Alten den heimlichen Rückhalt der Parteiapparate dar. Die Rentner kleben Plakate und sammeln als Kassierer Beiträge ein. Sie backen für das Weihnachtsfest im Ortsverein den Kuchen und schwitzen im sommerlichen Wahlkampf auf den Marktplätzen der Provinz.

Für jeden Parteistrategen sind sie damit unersetzlich. „Früher gingen die Jusos auf



SPD-Wahlkämpferin: „Heute kommen wir“

die Straße, heute kommen wir“, tönt Liesel Schäfer, 68, Vorstandsfrau bei der SPD-Altenorganisation 60 plus.

Die überwältigende Mehrheit der Ruhestandler hat wenig Grund, sich zu beklagen. „Altersarmut ist in Deutschland zur Zeit kein Problem“, sagt Ökonom Rürup. Nach einer Studie des Frankfurter Instituts für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung sank allein in Ostdeutschland die Armutsquote der über 60jährigen binnen 4 Jahren von 4 auf

2,2 Prozent, während sie bei den unter 6jährigen von 4,2 auf 6 Prozent stieg.

Auch der Anteil der Alten an den Sozialhilfeempfängern liegt unter dem Bevölkerungsschnitt. Mehr als ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger war im vergangenen Jahr jünger als 18 Jahre. Der Anteil der Sozialhilfeempfänger über 65 liegt hingegen bei nur bei 6,4 Prozent. Die Forscher sprechen deshalb längst von einer „Infantilisierung der Armut“.

Doch die Politiker erzählen vorzugsweise das Gegenteil. „Schamlos“ sei es, „Renten von 900 Mark, wie sie die älteren Frauen im Durchschnitt erhalten, zu kürzen“, poltert beispielsweise SPD-Parteichef Oskar Lafontaine bei seinen Wahlkampfauftritten – und macht so aus einer richtigen Zahl eine falsche Botschaft.

Von Rente plus Wohngeld allein lebt schließlich nur ein kleiner Teil der Rentnerinnen. Oft wird ein Haushalt durch zwei Renten finanziert, häufig kommen Einkünfte aus Vermögen, Vermietungen, Betriebsrenten oder Nebenjobs hinzu.

Nach einer Infratest-Untersuchung aus dem Jahr 1995 verfügen alleinlebende westdeutsche Rentnerinnen über ein Durchschnittseinkommen von 2075 Mark. Rentnerinnen in den neuen Bundesländern kommen auf 1813 Mark.

Zahlen über Durchschnittsrenten führen ohnehin meistens in die Irre. Hierbei werden nämlich die Minirenten von all jenen mitgezählt, die nur ein paar Jahre Beiträge gezahlt haben, aber deswegen nicht unbedingt schlecht abgesichert sind.

So weist die Statistik auch Arbeitsminister Blüm als Kleinrentner aus: Vor seinem Einstieg in die Politik hatte er ein paar Jahre als Werkzeugmacher bei Opel gearbeitet und damit bescheidene Rentenansprüche erworben.

Männer mit Renten unter 500 Mark im Monat stehen laut Infratest zumeist gar nicht schlecht da. Oft sind es ehemalige Selbständige oder Beamte, die zu Beginn ihrer Laufbahn für ein paar Jahre Rentenbeiträge eingezahlt haben. Ihr durchschnittliches Netto-Haushaltseinkommen liegt bei monatlich 3232 Mark.

Arbeitsminister Blüm hat wenig getan, um mehr Klarheit zu schaffen. Über die tatsächliche Finanzausstattung der Rentner gibt es nur vage Aussagen – ein Zahlenwirrwarr mit fatalen Folgen für die Politik.

Schon längst hätten die großen Parteien beispielsweise die Versorgung von Witwen und Waisen neu regeln müssen. So hatten



DEUTSCHLAND

Gesetzliche Rentenversicherung, Umlagesystem nach dem sogenannten Generationenvertrag

Arbeitnehmer und -geber je 10,15 % vom Bruttoverdienst des Arbeitnehmers
Bemessungsgrenze: 8400 Mark im Monat
Staatszuschuß: ca. 20 % der Rentenzahlungen

65 Jahre (gilt für die Frauen ab dem Jahr 2000)

Abhängig von Versicherungsdauer und Einkommen. Nach 45 Versicherungsjahren 70 % des durchschnittlichen Nettoverdienstes. Schrittweise Reduzierung auf 64 % bis zum Jahr 2030. Derzeitige rechnerische Höchstrente: 3726 Mark im Monat.

Alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer



DÄNEMARK

Staatliche Grundrente für alle, Zusatzrente für Arbeitnehmer

Keine, da steuerfinanziert; für die Zusatzrente zahlen Arbeitnehmer 17 Mark, Arbeitgeber 34 Mark monatlich.

Männer und Frauen: 67 Jahre

Nach 40 Jahren Wohnsitz in Dänemark: Einheitsrente von 985 Mark im Monat für alle, Alleinstehende erhalten eine Zulage von 390 Mark. Zusatzrente für Arbeitnehmer: 315 Mark im Monat.

Alle Einwohner Dänemarks

„20 Jahre geschlafen“

Norbert Walter über den Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung

Walter, 53, ist Chefökonom der Deutschen Bank in Frankfurt.

SPIEGEL: Viele Länder stellen zur Zeit ihre staatliche Alterssicherung um: Sie führen kapitalgedeckte Systeme ein, bei denen jeder für sich selbst spart. Wie lange würde so ein Umbau in Deutschland dauern?

Walter: 50 Jahre müssen wir mindestens einkalkulieren. Wir können die heutigen Rentner ja nicht einfach auf sich selbst verweisen. Auch diejenigen, die in den nächsten 10, 15 Jahren in Rente gehen, werden mit Eigenvorsorge allein nicht genug Rücklagen aufbauen können. Die jüngere Generation muß also für die bestehenden Ansprüche der Älteren noch eine Weile zahlen und gleichzeitig selbst vorsorgen.

SPIEGEL: Warum sind Sie trotz dieser schwierigen Perspektive so entschieden für einen Systemwechsel?

Walter: Unattraktiv ist doch vor allem das bestehende System. Und der Umstieg auf ein kapitalgedecktes

System zeigt im Grunde nur die Doppelbelastung, die sowieso auf den Beitragszahler zukommt. Bei den meisten Vorschlägen für die Reform unseres heutigen Rentensystems wird die wahre Dramatik doch nur versteckt.

SPIEGEL: Mit welchen Beitragssätzen müßten die Versicherten denn in Ihrem Szenario rechnen?

Walter: Am Anfang würde die Belastung bei etwa 24 Prozent liegen, wovon aber 4 bis 5 Prozent schon für den Aufbau eines eigenen Kapitalstocks verwendet werden könnten. Nach und nach verschiebt sich dieses Verhältnis zugunsten der privaten Vorsorge. Meine Idealvorstellung wäre, daß am Endpunkt mit Beiträgen von etwa 15 Prozent des Gesamteinkommens das Versorgungsniveau von heute gesichert würde. Damit wären wir, wenn gleichzeitig Leistungen eingeschränkt werden, in etwa 20 Jahren auf dem Beitragsniveau von heute.

SPIEGEL: Einige Experten glauben, daß in 50 Jahren das schlimmste Miß-

verhältnis zwischen jungen Beitragszahlern und Rentnern schon wieder überwunden ist. Lohnt sich der ganze Aufwand des Umbaus dann überhaupt?

Walter: Fest steht: Wir haben heute schon eine ungünstige Altersstruktur und werden in 30 Jahren eine noch viel ungünstigere Altersstruktur haben. Ich sehe auch keine Anzeichen für eine Besserung in der Zeit danach.

SPIEGEL: Ist nicht ein kapitalgedecktes System genauso anfällig für die Überalterung der Gesellschaft, weil die Zinsen sinken, wenn alle gleichzeitig für die Rente sparen?

Walter: Wir werden mit Sicherheit nicht auf Dauer die gleichen Zinsen erzielen. Wenn wir in 20 Jahren auf zwei Drittel der heutigen Renditen kommen, können wir ganz zufrieden sein. Dem Problem könnten wir uns entziehen, wenn wir Geld in Ländern anlegen, die weniger Probleme mit der Überalterung haben als wir.

SPIEGEL: Plädieren Sie trotz der Asienkrise dafür, Rentengelder in der Zweiten und Dritten Welt anzulegen?

Walter: Natürlich spricht aus heutiger Sicht viel dagegen. Es wäre aber dumm, solche Anlagen heute schon völlig auszuschließen. Ich könnte mir vorstellen, daß internationale Instanzen wie der Währungsfonds aus den vergangenen Krisen gelernt haben. Mit besseren Kontroll- und Warnmechanismen wären die Risiken überschaubar.

SPIEGEL: Ließen sich die Risiken nicht besser verringern, wenn verschiedene Rentensysteme kombiniert würden?

Walter: Deutschland wäre auf jeden Fall besser dran, wenn wir schon heute ein echtes Drei-Säulen-Modell in der Altersvorsorge hätten. Leider haben wir nur eine stattliche erste Säule, die gesetzliche Rentenversicherung, und daneben eine dürre Spindel, die private Vorsorge. Die betriebliche Altersvorsorge war schon immer dürr und droht jetzt schwindstüchtig zu werden. Die Politik hat bei uns 20 Jahre lang geschlafen.



Banker Walter

F. SCHÜCKE - M. JUSCHKE

es Union und SPD gewollt, und so hatte es das Parlament auch schon 1992 gebilligt – als Auftrag an die Politik für die jetzt laufende Legislaturperiode.

Geschehen ist seitdem nicht viel. Bei der sogenannten Rentenreform der Koalition klammerte Blüm das heikle Thema, das leicht Moraldebatten über den Wert von Ehe und Familie auslöst, wieder aus. Angeblich fehlen Daten über die Situation der Hinterbliebenen.

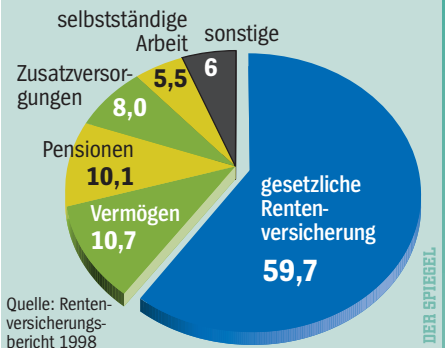
Bis zum Schluß stritten Union und FDP darüber, ob sie es mit ihrer Reform auch schaffen würden, die Ausgaben spürbar zu senken. Die Liberalen drängten auf eine Absenkung des Rentenniveaus auf 64 Prozent bis zum Jahre 2015, der Union ging das zu schnell.

Schließlich verständigten sich die Parteien darauf, die gleiche Rentenformel einfach anhand verschiedener Datensätze verschieden zu interpretieren: Obwohl beide Seiten von der gleichen Reform sprachen, behauptete die eine Seite fortan, das Ziel sei 2015 erreicht, die andere Seite sprach von 2030. Was stimmte, wußte hinterher keiner ganz genau.

Dabei wäre es leicht, etwas mehr Transparenz zu schaffen. In Ländern wie Norwegen und den Vereinigten Staaten führte der Staat zum Beispiel offizielle Generationsbilanzen ein, die angeben, welche Einnahmen und Ausgaben jeweils Jung und Alt betreffen.

Rente ist nicht alles

Brutto-Einkommen westdeutscher Zwei-Personen-Rentnerhaushalte nach Einkommensarten in Prozent



In Deutschland stößt der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen, der sich mit solchen Modellen für die Bundesrepublik einen Namen gemacht hat, meist nur auf Desinteresse: „Von den Ministerien gab es null Resonanz.“

Weil in Bonn nichts geschieht, verabschiedet sich wer kann auf eigene Faust aus dem maroden Rentensystem. Etwa 5,6 Millionen Arbeitnehmer entziehen sich nach Schätzungen des Arbeitsministeriums schon heute ihrer Beitragspflicht und sind in versicherungsfreien 620-Mark-Jobs tätig – notfalls, wider geltendes Recht,

sogar in mehreren zugleich. So bringt sich das System selbst in eine miserable Lage: Je höher die Beitragslasten sind, desto mehr Mitglieder der Zwangsversicherung steigen aus. Je mehr Beitragszahler gehen, desto höher ist die Last derer, die bleiben.

Auch Gutverdienende gehen, wenn sie können – beinahe unbemerkt hat sich eine kleine Gruppe längst aus dem Umlagesystem ausgeklinkt. Eine halbe Million Ärzte, Apotheker, Architekten, Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sind

Angestellten-Jobs in Beamtenstellen umzuwandeln, damit Beitragsgeld gespart werden kann. Erst nach massivem öffentlichem Protest nahm sie die Entscheidung zurück.

Gerhard Grandke, Oberbürgermeister der Stadt Offenbach und ebenfalls SPD-Politiker, läßt sich von solcher Kritik nicht irritieren. Er will 390 seiner Angestellten nur deshalb zu Beamten machen, weil dadurch weniger Beiträge an die Sozialkassen anfallen würden.

Selbst der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) macht mit. Etwa ein gutes Viertel der Mitarbeiter ist nicht in der gesetzlichen Zwangsversicherung, sondern sichert sich lieber privat ab. Das sei notwendig, heißt es beim VDR, um Spitzenkräfte zu bekommen oder sich gegen Abwerbeversuche zu stärken.

Im Ausland ist der Ausstieg für alle längst zur Regierungspolitik geworden. Immer mehr Länder verabschieden sich vom klassischen Umlageprinzip und stellen auf ertragreichere, kapitalgedeckte Systeme um – manchmal auf einen Schlag, häufiger jedoch Schritt für Schritt.

Den Anfang machte Chile (siehe Kasten Seite 48). Schon 1981 führte der damals 30jährige Arbeitsminister José Piñera ein System privater Pensionsfonds ein, die wie Lebensversicherungen auf Zwang funktionieren. Seitdem übernahmen nicht nur mehrere lateinamerikanische Nachbarländer das Modell. Hongkong machte es genauso, Anfang 1999 wird Polen sein System ebenfalls komplett umstellen.

In anderen Ländern werde der Streit um die Zukunft der Rente „weniger ideologisch“ ausgetragen, glaubt der schwedische Ökonom Karl Gustav Sherman, der gerade in Stockholm eine große internationale Konferenz über die Zukunft der Rente organisierte. „Warum müssen die Deutschen das eigentlich so verbissen sehen?“

Schließlich zeigen gerade Deutschlands Nachbarländer, daß die Umstellung auf Lebensversicherungen, Betriebsrenten oder andere Vorsorgeinstrumente keineswegs Abschied von Sozialpartnerschaft bedeuten muß.

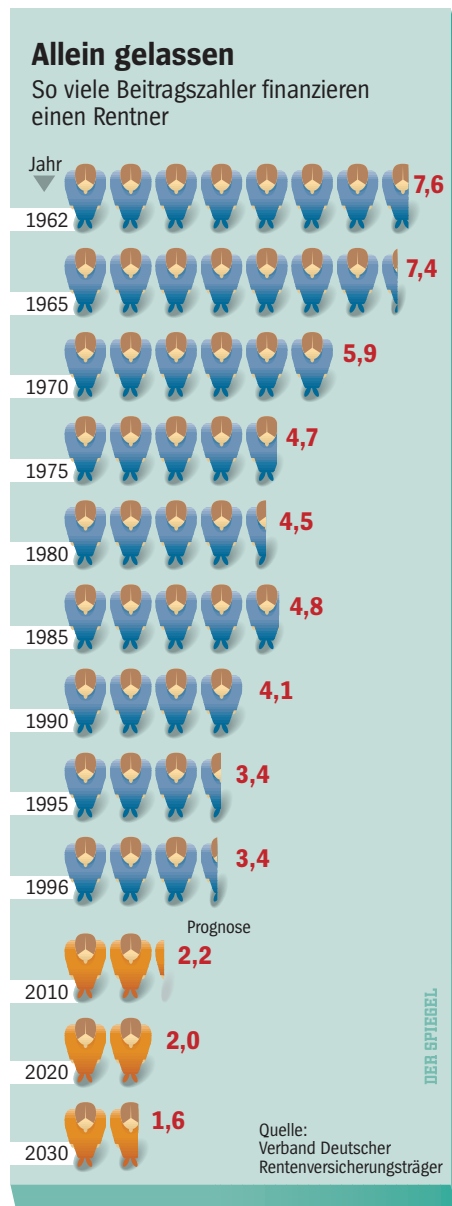
In den Niederlanden verständigen sich Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam über die Altersvorsorge. Der Staat zahlt nur noch eine konstante Mindestrente, die durch Betriebsrenten und privat finanzierte Zusatzrenten ergänzt wird. „Cappuccino-System“ nennen das die Niederländer: Kaffee für alle, die Sahn leisten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das verzierende Kaffeepulver muß jeder selbst bezahlen. Außerdem wird der Staat als Aufsicht gebraucht: Die Höhe der Pensionsrückstellungen und die Beitragsätze sind für Arbeitnehmer und die meisten Betriebe vorgeschrieben.

Das Schweizer Beispiel zeigt, daß auch beim Mischsystem ein Ausgleich zwischen Gutverdienenden und sozial Schwächeren gelingt. Erstens zahlt in der Schweiz grundsätzlich jeder Beiträge in einen Pensionsfonds für die Altersvorsorge. Für Beamte, Soldaten oder Freiberufler gibt es keine Ausnahmen.

Zweitens kennt die Schweiz keine Obergrenze für die Beitragssätze. Während in Deutschland bei Einkommen über 8400 Mark die Beiträge nicht mehr prozentual zum Gehalt weiter steigen, muß in der Schweiz selbst ein Spitzenverdiener volle 8,4 Prozent des Einkommens einzahlen. Die Gegenleistung ist vergleichsweise mager: Im Ruhestand bekommt er höchstens den Betrag von zwei Mindestrenten – umgerechnet gerade mal 2360 Mark.

Selbst diejenigen, die für rigorosen Umbau auf Kapitaldeckung plädieren, halten die Umstellung auf einen Schlag nicht für machbar: „Für Deutschland kann das keiner ernsthaft wollen“, sagt der Münchner Ökonomeprofessor Hans-Werner Sinn. „Die Kosten des Übergangs sind einfach viel zu hoch.“

Allenfalls in 50 Jahren sei das machbar, glaubt auch Norbert Walter, Chefökonom bei der Deutschen Bank (siehe Interview



mit dem Segen des Gesetzgebers ausstieg und nutzen Berufsständische Versorgungswerke. Die funktionieren nach dem Kapitaldeckungsverfahren und bieten den Mitgliedern entsprechend attraktive Leistungen an.

Auch die Politik macht beim stillen Exodus aus dem Zwangssystem immer wieder mit. Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) gestattete der Landesbank Schleswig-Holstein, etliche



Mitglieder der CDU-Seniorenunion bei Kohl-Rede*

* In Erfurt am 7. Juli.

Seite 50). „Die Alternative heißt nicht Kapitaldeckung oder Umlagefinanzierung“, sagt Grünen-Fraktionschef Fischer. „Wir brauchen künftig beides.“

Die Vorbereitungen für ein echtes Mischsystem laufen längst – weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit – innerhalb und außerhalb der Parteien. So tagte bis Mitte Juli eine Kommission des Bundesfinanzministeriums, in der fast alles versammelt war, was in der Finanzwelt Rang und Namen hat: Spitzenkräfte von Banken und Versicherungen, Fondsmanager und Börsianer.

Der Auftrag der Gruppe war, Spielregeln für die Geldsammelstellen der Zukunft zu entwickeln. Die Politik wollte Vorschläge für betriebliche Pensionsfonds, die schon bald auch in Deutschland wichtige Instanz für die Altersvorsorge werden könnten. Die Voraussetzungen dafür hat das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz gerade geschaffen.



Lehrlinge im Bergbau: Generationenvertrag am Ende

In den Vereinigten Staaten oder Großbritannien verfügen die Chefs solcher Fonds über eine beträchtliche Macht: Sie können Druck auf die Unternehmen ausüben, in die sie investieren, und sie feuern auch schon mal, wie kürzlich in Kalifornien, mit einem Schlag das Spitzenmanagement.

Kommissionsvorsitzender Wolfgang Gerke, Professor für Bank- und Börsenwesen an der Universität in Erlangen-Nürnberg, kann sich vorstellen, daß schon in ein paar Jahren die Chefs der größten Investment- und Pensionsfonds auch in Deutschland bekannter sind als der Vorstandssprecher der Deutschen Bank. „Vielleicht dauert es zehn Jahre, vielleicht auch nur fünf“, so Gerke, „aber mit dem Umbau der Alterssicherung bekommen wir in Deutschland wahrscheinlich auch eine ganz andere Shareholder-Kultur.“

Womöglich kommt Bankern und Börsianern dabei

noch eine andere, ebenfalls vertraulich tagende Instanz zu Hilfe: Das Bundesverfassungsgericht wird eine Trendwende in der Rentenpolitik vermutlich bald erzwingen. Eine Vorgabe aus Karlsruhe über die Besteuerung von Renten stehe „unmittelbar bevor“, kündigte Verfassungsrichter Paul Kirchhof, Berichterstatter in steuerrechtlichen Urteilen, bei einer Bonn-Visite eher beiläufig an.

Es wäre eine kleine Revolution für das deutsche System der Altersvorsorge. Werden Renten voll besteuert, müßten gleichzeitig die Beiträge vollständig steuerfrei gestellt werden – und damit vermutlich auch Aufwendungen für die private Vorsorge, die damit schlagartig attraktiver würden. Diesen Auflagen aus Karlsruhe könnte sich eine neue Regierung wohl kaum entziehen.

„Dann stimmen endlich die Bedingungen“, meint Manfred Laux, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften. „Das ist dann der Startschuß für echte, große Pensionsfonds.“

Schon spekulieren die Banker über Entscheidungen einer möglichen SPD-Regierung nach der Bundestagswahl. In einem neuen Bündnis für Arbeit könnte auch über die Zukunft der Rente verhandelt werden.

Der Gesetzgeber müßte dann Steuervorteile für die neuen Pensionsfonds zulegen. Die Gewerkschaften verzichten auf Lohnzuwächse zugunsten von Rückstellungen für das Alter, die Arbeitgeber schaffen günstige Bedingungen für die Vorsorge im Betrieb. Die Regierung müßte eine Mindestrente für besonders Bedürftige einführen.

„Es gibt ein Konzept, es gibt Erfolgsbeispiele im Ausland, es gibt eine echte Aufbruchstimmung“, sagt Investmentbanker Laux. „Niemand kommt daran vorbei“, glaubt der Optimist: „Da ist es schon fast egal, wer die Wahl gewinnt.“



Heikle Themen wie die Versorgung von Witwen und Waisen ausgeklammert



GAMMA / STUDIO X

Tschernobyl-Reaktor (1987): „Wir ahnten damals nicht, welches Unheil auf uns zukam“

KERNENERGIE

Ganz oben ansetzen

Erstmals hat ein Gericht einen an Krebs erkrankten Deutschen als Opfer des Reaktorunfalls von Tschernobyl anerkannt.

Wie lange werde ich noch leben?“ Der blasser Mann mit spärlichem Haarflaum auf dem Kopf und grauem Kinnbart zuckt die Schultern: „Vielleicht zwei, vielleicht sogar drei Jahre. Wer weiß.“ Die Chemotherapie jedenfalls haben die Ärzte erst einmal eingestellt, „weil sie nichts mehr bringt“. Jetzt versucht er den Krebs in seinem Körper mit drei Mistelspritzen pro Woche im Zaum zu halten.

Langsam, aber sicher gehen Klaus Neukirch, 61, im Ringen gegen seine schwere Krankheit die Kräfte aus. Den Kampf um sein Recht gibt der todgeweihte Mann jedoch noch lange nicht auf. Jetzt erreichte der studierte Jurist, der jahrzehntelang in der Wirtschaft arbeitete und sich erst nach der Wende als Anwalt registrieren ließ, einen Etappensieg. Im Rechtsstreit Neukirchs gegen die Berufsgenossenschaft für Fahrzeughaltung, die den Krebs des Thüringers nicht als Berufskrankheit akzeptierte, fällt das Sozialgericht der Stadt Nordhausen ein bisher einmaliges Urteil: Die tödliche Krankheit des Mannes sei eine direkte Folge der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl vor zwölf Jahren. Klaus Neukirch wurde als erstes deutsches Strahlenerkrankter des Super-GAU anerkannt.

Als am 27. April 1986 im Atomkraftwerk Tschernobyl ein Reaktor in die Luft flog,

arbeitete Neukirch als Betriebsdirektor beim VEB Kraftverkehr Mühlhausen. „In Mühlhausen hatten wir 100 Lkw, die meist in Osteuropa unterwegs waren“, erzählt Neukirch, „damals im April ahnten wir noch nicht, welches Unheil auf uns zukam.“

Erst Anfang Mai, als einige der Ostlastautos aus dem Mühlhäuser Betrieb an der deutsch-deutschen Grenze bei Herleshäusen vom Bundesgrenzschutz zurückgeschickt wurden, weil sie radioaktiv belastet waren, gab der Kombinatssdirektor in Erfurt die Anweisung, daß alle Lkw gereinigt werden müßten.

„Unsere Männer standen ohne jede Schutzvorkehrungen da und spritzten die Laster so lange mit Wasser-schläuchen ab, bis die Geigerzähler nicht mehr knisterten. Dosismessungen wurden nicht durchgeführt“, erinnert sich Otto Zöllner, 65, heute Rentner, damals Werkstattmeister beim Kraftverkehr Mühlhausen.

Zöllners Brigade wusch innerhalb von sechs Wochen etwa 300 kontaminierte Fahrzeuge, die in der Region um Tschernobyl unterwegs gewesen waren. Neukirch führte die Aufsicht und überwachte den Austausch von etwa 150 Luftfiltern. „Keiner von uns machte sich Gedanken. Die Sowjetunion hatte das Übel vertuscht, und die DDR tat es ihr gleich. Nur das Westfernsehen holte uns aus dem Tal der Ahnungslosen.“

Im September 1992 stellten die Ärzte bei Neukirch Darmkrebs fest. Bei einer Operation in der Göttinger Universitätsklinik diagnostizierten die Mediziner zudem Prostatakrebs. „Ich grübelte und grübelte und las alles, was ich über die Folgen der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki in die Hände bekam“, sagt

Neukirch, „der Verdacht kam in mir auf, daß der Krebs etwas mit meiner Arbeit zu tun haben könnte.“

Er fand heraus, daß sechs ehemalige Kollegen inzwischen an Krebs gestorben waren. Ein Zufall? Warum erfreut sich sein Kollege Otto Zöllner, der zweifellos noch dichter an den radioaktiv verseuchten Lastautos arbeitete, bester Gesundheit, während andere an der furchtbaren Krankheit qualvoll starben?

Als die Berufsgenossenschaft im Juni 1996 den Antrag Neukirchs ablehnte, seinen Krebs als Berufskrankheit anzuerkennen, ging er vor Gericht. Mehrere Gutachter vertieften sich in die medizinischen Unterlagen des Patienten Neukirch.

Der Experte der Berufsgenossenschaft, Professor Rainer Winkler, Chefarzt im Martin-Luther-Krankenhaus in Schleswig, räumte ein, daß „eine erhöhte genetische Disposition“ des Klägers „durch eine derartige Bestrahlungsdosis gleichsam aktiviert werden konnte“. Trotzdem kam Winkler zu dem Schluß: „Eine im wissenschaftlichen Sinne zweifelsfreie Kausalisierung zwischen den Krebsleiden und der Strahlenexposition ist jedoch nicht nachweisbar. Weit wahrscheinlicher ist, daß es sich um schicksalhafte Leiden handelt.“

Die Nordhäuser Richter jedoch folgten in ihrem Urteil den Argumenten des Professors Horst Kuni vom Medizinischen Zentrum für Radiologie an der Universität Marburg. Der sah einen Zusammenhang zwischen der Arbeit Klaus Neukirchs und dem Ausbruch der Krankheit: Das Zusammentreffen der zwei Krebsarten, unter denen Neukirch leide, habe eine für seine Altersgruppe „kumulative Wahrscheinlichkeit von nur 1,1 Prozent“. Mit großer Wahrscheinlichkeit sei die überhöhte Strahlendosis, die der Patient während seiner Arbeit bekommen habe, Grund für den Krebs.



B. BOOTLANDER

Patient Neukirch

Die Berufsgenossenschaft hat gegen den Spruch des Gerichts Berufung eingelegt. Sie fürchtet den Präzedenzfall. 15 weitere krebserkrankte ehemalige Kollegen haben sich bei Neukirch gemeldet. Der will eine Lobby für die Opfer aufbauen. In Briefen an die Bonner Umweltministerin und in Petitionen an den Bundestag fordert er eine bundesweite Beratungsstelle für Strahlenerkrankte.

Die Mühlhäuser Staatsanwaltschaft prüft jetzt, ob sie ein Ermittlungsverfahren wegen schwerer Körperverletzung gegen die Kombinatssleitung einleiten wird. „Da mußte man aber“, meint Neukirch, „ganz oben ansetzen – bei Egon Krenz zum Beispiel, der im Politbüro als für die Sicherheit Verantwortlicher Informationen über den GAU von Tschernobyl unterschlagen hat.“ ♦

NATURSCHUTZ

Potentiell vorhandene Tiere

Tierfreunde wollen das erste grenzüberschreitende Gewerbegebiet Europas stoppen: Dort sollen Feldhamster siedeln. Gesehen hat sie bislang kaum jemand.

Für diese Arbeit“, sagt Leo Backbier, „muß man fast ein Detektiv sein.“ Der korpulente Mann hockt am Rande eines Haferfeldes bei Aachen und bohrt leicht außer Atem mit einem Stöckchen in einem Erdloch.

„Mehr als 15 Zentimeter tief, 6 Zentimeter Durchmesser“, murmelt Backbier, „zweiter Eingang im 60-Grad-Winkel. Leider keine frischen Kotpuren.“ Dennoch: „Die Indizien“, verkündet der Experte der niederländischen „Hamsterwerkgroep Limburg“, „sprechen dafür, daß dies ein Hamsterbau ist.“

Cricetus cricetus, der Feldhamster, ist im deutsch-niederländischen Grenzgebiet zwischen Aachen und Heerlen zu einem Politikum geworden. Die Frage, ob und wenn ja, wie viele Exemplare der schwarz-gelbbraunen Nager in der Horbacher Börde bei Aachen leben, beschäftigte seit 1996 nicht nur insgesamt drei Gutachter-Kommissionen. Auch die Petitionsausschüsse des Düsseldorf-Landtags und des Europäischen Parlaments widmen sich der Sache.

Ausgelöst wurde die Hamster-Debatte durch Beschwerdebriefe einer Aachener Bürgerinitiative. Deren Mitglieder hoffen,

ein deutsch-niederländisches Pilotprojekt stoppen zu können: das erste grenzüberschreitende Gewerbegebiet Europas (Gesamtinvestitionen rund 125 Millionen Mark) zwischen Aachen und Heerlen. Treibende Kraft der Truppe ist der pensionierte Lehrer Wilhelm Heinemeyer. Seit mehr als 20 Jahren kämpft er mit Slogans wie „Aachens Nordwesten will man verpesten“ gegen ein Gewerbegebiet vor seiner Haustür. Er hamstert Argumente gegen neue Gewerbeflächen – aus Prinzip. „Durch Zufall“, gibt Heinemeyer zu, hätten er und seine Mitstreiter vor zwei Jahren die Bremswirkung kleiner Nagetiere entdeckt.

Eine niederländische Europa-Abgeordnete, erinnert sich der Protestler, gab den entscheidenden Tip: Die besten Chancen, das ungeliebte Projekt zu verhindern, biete das neue EU-Umweltrecht. Heinemeyer und Co. („Wir haben gar keine Ahnung von Hamstern“) fanden heraus: In der strengen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) firmiert der Feldhamster, einst weit verbreitet in vielen europäischen Agrarlandschaften, unter den geschützten Tieren. Seitdem haben sich die Aachener Ge-



Suchobjekt *Cricetus cricetus*
Alptraum für deutsche Handwerker

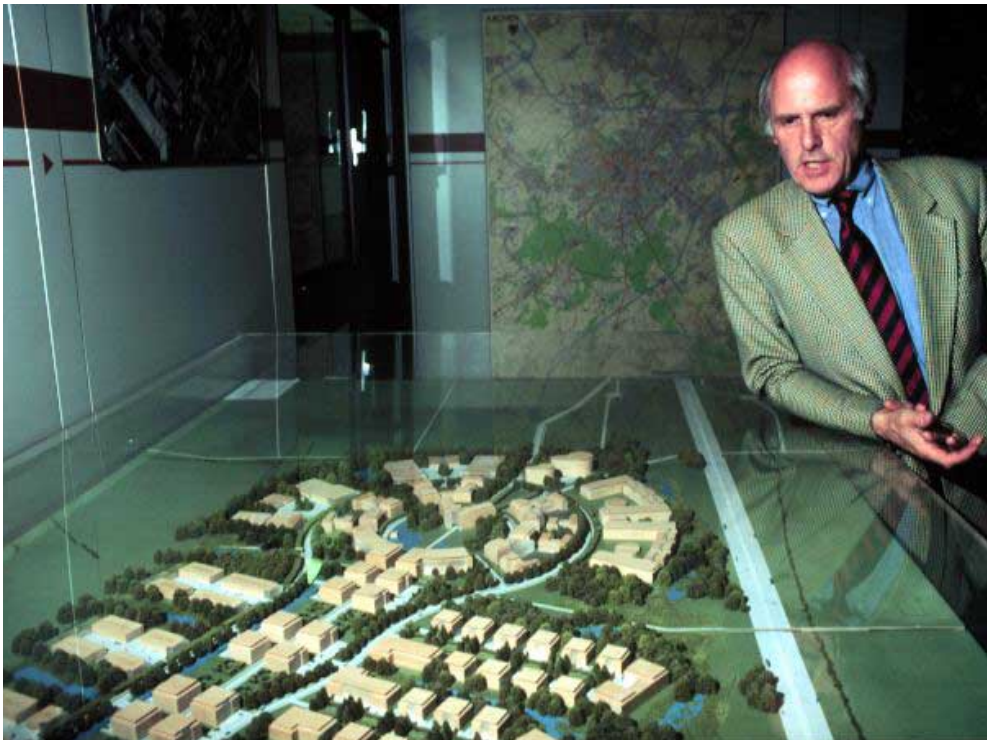
werbegebietsgegner mit passionierten Hamsterschützern wie Backbier zusammengetan.

Daß der vierbeinige Vielfraß – er bunkert bis zu 65 Kilo Getreide in seinem Winterbau – strengen Schutz verdient, ist unumstritten. Moderne Mähdrescher ernten so gründlich, daß für das „Tier des Jahres 1996“ immer seltener genügend Körner übrigbleiben. Zwei von drei der meerschweinchengroßen Nager verhungern im Winter. Naturschützer erklärten den Feldhamster bereits zum Verlierer der deutschen Einheit (SPIEGEL 8/1996). Wenn nun Grüngebiete an den Grenzen zu den europäischen Nachbarn verschwinden, so fürchten sie, muß ihr Schützling auch noch unter dem Zusammenwachsen Europas leiden.

Vorausgesetzt, er ist im Bereich des künftigen Gewerbegebietes überhaupt noch vorhanden. Drei Gutachten, in Auftrag gegeben von den Städten Aachen, Heerlen und der Entwicklungsgesellschaft für das Gewerbegebiet, kamen zu dem Schluß: Die Nager haben, gezwungen durch eine immer intensivere Landwirtschaft, offenbar von sich aus das Feld geräumt. 1996 fanden Forscher sieben Hamster-Wohnungen in der Horbacher Börde. Im Frühjahr 1998 wurde nur noch ein verlassener Jungtierbau ausfindig gemacht.

Richard Raskin, promovierter Biologe und Mitautor der Untersuchungen: „Alles deutet darauf hin, daß es hier keine überlebensfähige Hamster-Population mehr gibt.“ Um zu testen, ob die Höhlen noch bewohnt sind, stopfte Raskin Kräuterstengel in die Eingänge – nichts passierte. „Feldhamster sind reinliche Tierchen“, erklärt der Biologe, „sie würden das Zeug sofort wegräumen.“

Inzwischen ist ein Expertenstreit entbrannt, an dem sich auch der



Aachener Planungsamtschef Thywissen: „Die leben hier nicht mehr, basta“

BODENREFORM

Kampf ums Erbe

Zwischen 10 000 und 20 000 Familien fürchten um ihr rechtlich verbrieftes Erbe aus der DDR-Bodenreform. Die neuen Länder treiben rigoros ehemaliges Staatsland ein.

Naturschutzbund Deutschland (Nabu) beteiligt. Die Hamster-Gutachten, bemängeln Kritiker, seien zu falschen Jahreszeiten und „husch, husch“ erstellt worden. Das will Raskin nicht auf sich sitzenlassen: „Allein für die jüngste Untersuchung sind wir 80 Stunden lang insgesamt 140 Kilometer durchs Gelände gelaufen.“ Um ganz sicher zu sein, daß die Hamster sich nicht nur vorübergehend davongemacht haben, schlägt er eine weitere Expertise zum Sommerende vor.

Die Verantwortlichen der Stadt Aachen sind die Hamster-Diskussion leid: „Die leben hier nicht mehr, basta“, befindet Planungsamtschef Theodor Thywissen. Er redet lieber darüber, wie umweltgerecht das Gewerbegebiet werden soll – „sogar mit Teichen“. In den seichten Gewässern, spottet Thywissen, „können die Hamster dann ihren Rettungsschwimmer machen“.

Dennoch wurden Ausgleichsflächen bereitgestellt, damit sich die „potentiell vorhandene Tierart“ (Han Hardy, Chef der Entwicklungsgesellschaft für das Gewerbegebiet) künftig anderswo tummeln kann. Den Nagern – sollte es sie doch geben – werde es künftig bessergehen als zuvor, versichert Hardy. Nur eines wurde bei den Planungen offenbar vergessen: „Ob sich Hamster umsiedeln lassen“, so ein Nabu-Funktionär, „hat bundesweit noch niemand erprobt.“

Weil es bei der EU noch keinen Termin für eine Entscheidung über die Hamster-Petition gibt, treibt einige Aachener Planer schon die Sorge um, daß in der Zwischenzeit fest einkalkulierte EU-Fördermittel verfallen könnten. Ein hoher Verwaltungsbeamter: „Das wäre höchst heikel. Wir rechnen fest mit insgesamt 60 Millionen Mark Zuschüssen, vor allem aus EU-Programmen.“

Bei deutschen Wirtschaftsvertretern scheint die Hamster-Frage geradezu alptraumhafte Visionen auszulösen. Gut möglich, warnt der Aachener Dieter Philipp, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, daß auf niederländischer Seite des Gewerbegebietes künftig Unternehmen siedeln – „und auf der deutschen Hamster“.

Hamster-Freund Backbier würde in diesem Fall die Deutschen beneiden. Schwer atmend erhebt er sich von seinem Spähposten. Vor einem Jahr, schwärmt er, habe er in diesem Terrain einmal eines der Suchobjekte gesichtet („Ein ganz schickes Tierchen“). Backbier ist überzeugt, daß das Erdloch zu seinen Füßen von einem Junghamster stammt, der nur just im Moment anderswo umherspaziert. „Ich werde mich hier auf die Lauer legen“, kündigt er an. Natürlich unter Beachtung konspirativer Regeln: „Man muß aus Nordostrichtung gegen den Wind heranpirschen, sonst wittert der was.“ ♦

Mitunter zieht er sogar die Anschaffung einer Kalaschnikow in Erwägung – jedenfalls im Geiste. Mit der robusten russischen Maschinenpistole, stellt sich der wütende ostdeutsche Handwerker dann vor, würde er Haus und Hof gegen die Angreifer verteidigen.

Der Zorn des Mecklenburgers Norbert Denz richtet sich nicht, wie sonst üblich, gegen Alteigentümer aus dem Westen, sondern gegen den Fiskus seines Heimatlandes. „Betrüger“ seien da am Werk, schimpft er, „hinterhältige Juristen“. Was den Mann so in Rage bringt, ist ein jahrelanger Rechtsstreit mit der Landesregie-

schaft, der Familie ihren Vermögensanspruch. 600 000 Mark aus den Grundstückserlösen forderte ursprünglich der Fiskus, rund 230 000 Mark sind dem Land bereits gerichtlich zugesprochen worden.

Seither hat Denz den Glauben an den Rechtsstaat verloren. Er kann nicht verstehen, warum er und seine Mutter nicht über die Grundstücke und Verkaufserlöse verfügen können, obwohl das Amtsgericht Bad Doberan sie als rechtmäßige Erben im Grundbuch eingetragen hat.

Doch genau diese Grundbucheintragung hat das Land angefochten – wie in Tausenden ähnlicher Fälle in Ostdeutschland.

In allen neuen Ländern durchforsten Ministeriale die Grundbuchämter auf der Suche nach Bodenreformland, das aus der Sicht der Landesregierungen zu Unrecht vererbt wurde. Insgesamt geht es nach internen Schätzungen um eine Fläche in etwa der Größe Thüringens, die der Staat überprüft. Schätzungsweise 10 000 bis 20 000 Familien müssen um ihren Besitzstand fürchten.

Die Länder berufen sich auf die geltende Rechtslage – die allerdings verwirrend genug ist. Im Kern geht es um die Frage, ob Bodenreformland Volleigentum oder lediglich Arbeitseigentum war.

Bodenreformparzellen von fünf bis acht Hektar wurden 1945 bis 1949 in der sowjetisch besetzten Zone nach Besatzungsrecht an Kleinst- und Neubauern vergeben – als Volleigentum, wie die heutigen Erben meinen. In einer mit einer roten Sonne verzierten Urkunde wurden die Bodenreformgrundstücke damals als „persönlich vererbbares Eigentum“ übereignet, beglaubigt durch Unterschrift und Siegel des Landrates und Provinzpräsidenten.

Die letzte SED-geführte DDR-Regierung von Hans Modrow erklärte im März 1990 die Bodenreformgrundstücke zu bürgerlichem Eigentum der Verfügungsberechtigten, frei verkäuflich, vererb- und verpachtbar. Im Vertrauen darauf ließen sich Zehntausende in die Grundbücher eintragen, viele von ihnen sogar erst nach der Wiedervereinigung in neuumstrukturier-



Grundstückserbe Denz: „Hinterhältige Juristen“

rung, die ihm und seiner Mutter Grund und Boden streitig macht – immerhin rund 7000 Quadratmeter Land. Dem Großvater von Denz war das Stück Erde im hügeligen Umland von Rostock 1945 im Zuge der Bodenreform „zugewiesen und übereignet“ worden. So steht es im Grundbuch des Amtsgerichts Bad Doberan.

Im Vertrauen auf die Grundbucheintragung verkauften Mutter und Sohn Denz vier Parzellen an Eigenheimbauer. Norbert Denz gab seinen Beruf als Schlossermeister auf, betätigte sich fortan als Grundstücksentwickler. Den Acker, auf dem zu DDR-Zeiten der Raps blühte, ließ er in Bauland umwandeln und erschließen, baute selbst zwei Häuser.

Doch seit 1996 ist der Traum vom ganz persönlichen Aufschwung Ost des Norbert Denz ausgeträumt. Seitdem bestreitet das Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch den Minister für Landwirt-



Demonstration zur Bodenreform (1945): „Persönlich vererbbares Eigentum“



Propagandaplakat
„Nur Arbeitseigentum“

ten Grundbuchämtern, nicht selten unter den Augen von Rechtspflegern und Richtern aus dem Westen der Republik.

Doch nach Ansicht der neuen Länder waren Zigtausende dieser Eintragungen schlicht ein Irrtum. Nach Auffassung der Ministerialbürokratie besaßen die Nutzer die Bodenreformparzellen lediglich als „Arbeitseigentum“, wie Mecklenburgs Landwirtschaftsminister Martin Brick (CDU) betont, eine Art Staatslehen, das nach dem Krieg von Bodenreformkommissionen an Personen verteilt wurde, die darauf Landwirtschaft betreiben sollten. Fiel damals die landwirtschaftliche Nut-

zung weg, mußte der Boden wieder an den Staat zurückübertragen werden.

Der Bundestag zementierte diese Rechtsauffassung 1992 durch ein Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB). Danach gilt als Bodenreformerbe nur, wer vor dem 15. März 1990 zum Zeitpunkt des Erbantritts in der DDR-Landwirtschaft arbeitete. Viele Bauernkinder waren aber längst in anderen Berufen tätig. Deswegen wird ihnen jetzt das Erbe aberkannt.

Das sei, schimpft der Verein zur „Verteidigung der Bodenreform“ in Rostock, eine „dritte Enteignung“. Doch der Gesetzgeber hat nur das noch einmal präzisiert, was schon zu DDR-Zeiten Recht war. Mehrere Verordnungen seit 1951 ließen einen Besitzwechsel nur zu, wenn der neue Nutzer oder der Erbe selbst in der Landwirtschaft tätig war. Andernfalls fiel der Boden an den DDR-Staat zurück.

Deshalb ließ auch die PDS 1992 im Rechtsausschuß des Bundestages die Änderungen passieren. „Niemand soll heute zu Boden kommen, der ihm nicht auch in der DDR zugestanden hat“, begründet das PDS-Bundesvorstandsmitglied Lutz Scherling aus Schwerin die damalige Haltung der Postkommunisten. Inzwischen ist den SED-Nachfolgern die eigene Haltung peinlich. Sie werfen den christ- und sozialdemokratisch geführten Landesregierungen im Osten vor, den Boden zu „vergesellschaften“. Die strittigen Erbsprüche, fordern sie jetzt, müßten anerkannt werden.

Doch damit dürfte sich die PDS kaum durchsetzen. Sogar die SPD-Regierung von Sachsen-Anhalt hat, trotz der PDS im parlamentarischen Beiboot, schon Hand auf 8500 Hektar Land gelegt. Mecklenburg-

Vorpommern hat bereits Anspruch auf 2250 Parzellen angemeldet oder den Nutzern angeboten, sie könnten die von ihnen bewohnte Immobilie zum Verkehrswert kaufen. Und selbst die SPD-Regierung des Manfred Stolpe in Brandenburg, die gern die „Unabänderlichkeit der Ergebnisse der Bodenreform“ (Landwirtschaftsminister Gunter Fritsch) beschwört, will knapp fünf Prozent der Bodenreformparzellen.

Für die öffentliche Hand ist das Vorgehen ein lukratives Geschäft. Denn von Erben, die wie Familie Denz im guten Glauben Bodenreformland weiterverkauft haben, treibt das Land nicht den ursprünglichen Wert des Ackerlandes, sondern sogar den Erlös für das Bauland ein.

Besonders zartbesaitet sind die staatlichen Bodeneintreiber nicht. Bei Bernau hat die Tochter einer vermeintlichen Bodenreformerbin im guten Glauben ihr Grundstück mit einem Einfamilienhaus bebaut. 350 000 Mark an Krediten und Hunderte Stunden an Eigenarbeit stecken in der Immobilie. Jetzt meldet das Grundstücks- und Vermögensamt Frankfurt (Oder) Landesansprüche an. Ersatzweise sollen die Nutzer Haus und Gelände zum heutigen Verkehrswert erwerben – für die verschuldete Familie „völlig illusorisch“.

Die neuen Bundesländer müssen allerdings fürchten, daß auch Theo Waigel Ansprüche erhebt. Denn bis heute ist ungeklärt, wer als Rechtsnachfolger des DDR-Bodenfonds das Vermögen einstreicht, die Länder oder der Bund. Das entsprechende Bundesgesetz steht noch aus.

„Nur nicht daran rühren“ ist einstweilen die Devise der ostdeutschen Finanzbeamten. Denn so lange sprudelt die Geldquelle weiter. ♦

DROGEN

„Gepäck der Polizei“

Strafverfolger nutzen die Lufthansa für den kontrollierten Drogenschmuggel. Der Stoff steckt in unbegleitetem Gepäck – im Flugverkehr gilt das als Todsünde.

Die Nachricht für den V-Mann kam per Telefon aus Kolumbien: An Bord der Maschine des Lufthansaflugs 531 von Bogotá nach Frankfurt befand sich ein blauer Samsonite-Koffer, Ticketnummer 489344. Das Gepäckstück gehöre keinem der Passagiere und lagere im hinteren Teil des Flugzeugs – in einem Container mit der Bezeichnung AKE. Inhalt: 32 Kilo Kokain. Die Ware sei für einen Abholer am Zielort bestimmt.

Polizei und Zoll in Frankfurt hatten am 8. Juni vergangenen Jahres keine Mühe, den so präzise beschriebenen Koffer sicherzustellen. Auch eine weitere angekündigte Kokainlieferung von mehr als 30 Kilo ging den Beamten fünf Tage später am Flughafen ins Netz. Für den Stoff hätten Dealer auf dem Schwarzmarkt rund sechs Millionen Mark kassieren können.

Was die Gemeinsame Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER) von Polizei und Zoll als Erfolg feierte, wirft für die Lufthansa bis heute eine Reihe unangenehmer Fragen auf: Wie häufig befördert die Airline Reisegepäck, das kurzfristig an Bord kommt, aber keinem Passagier gehört? Betätigt sich der jahrzehntelang staatliche, seit Oktober vollständig privatisierte Flugkonzern als Hilfsorgan der Sicherheitsbehörden? Weiß die Lufthansa, was in ihren Maschinen transportiert wird? Unbegleitetes Gepäck gilt spätestens seit der Katastrophe von

Lockerbie als Todsünde im Luftverkehr. Beim Absturz eines Pan-Am-Jumbos im Dezember 1988 über Schottland kamen 270 Menschen ums Leben. Ursache war eine Bombenexplosion in einem Koffer, der keinem der Passagiere gehörte. Die Attentäter hatten ihn offenbar ins Flugzeug geschleust.

Um ein zweites Lockerbie zu verhindern, müssen die Airlines jeden Koffer an Bord ihrer Maschinen genau identifizieren können. Checkt ein Fluggast mit Reisegepäck ein, ohne danach in die Maschine zu steigen, darf auch sein Koffer nicht mitfliegen. Notfalls wird das Gepäckstück nach der Endkontrolle ausgeladen – auch wenn sich der Abflug dadurch verzögert.

Wie genau die Lufthansa über die unbegleiteten Drogenkoffer aus Kolumbien Bescheid wußte, wollen die Verantwortlichen nicht offenlegen. „Das grundsätzliche Vorhaben“, unter verdeckter GER-Aufsicht Kokain in deutschen Fliegern zu transportieren, sei zwar „im Mai 1997 avisiert worden“, sagt Ulrich Martens, Leiter der Lufthansa-Konzernsicherheit. Doch die Unternehmensführung habe die Pläne „nicht gebilligt oder unterstützt“.

Allerdings räumt Martens ein, daß die zuständigen Entscheidungsträger nur nach internen Debatten und „Kontaktaufnahme mit unseren lokalen Repräsentanten“ zur harten Linie fanden. Erst im Juli habe

das Management „abschließend entschieden, daß Lufthansa wissentlich keine Rauschgiftsendungen“ auf der Bogotá-Route akzeptieren werde.

Ein Problem aber bleibt: Wenn es Gepäck gibt, das unter den Augen lokaler V-Leute der Polizei ins Flugzeug gelangt, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die Dealer etliche Koffer unbemerkt nach Deutschland schaffen. Und wo sich Drogen an Bord schmuggeln lassen, können auch Bomben im Frachtraum landen.

Bei der Lufthansa nimmt man das Thema ernst. „Um das Einschmuggeln von Gepäck zu verhindern“, erklärt Martens, habe die Airline insbesondere in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá „weitergehende organisatorische Maßnahmen ergriffen“ – über die Details schweigt der Sicherheitschef.



Flugzeug-Katastrophe von Lockerbie 1988
Bombe im Koffer

Aus Sicht der Ermittler sind die angekündigten Kokainkoffer ein kriminalistisches Instrument, das Fahndungserfolge erst ermöglicht. Ulrich Leistner, Chef der Rauschgiftabteilung der Frankfurter Staatsanwaltschaft, ist sicher: „Ohne kontrollierte Transporte könnten wir die Bekämpfung des Großhandels völlig seinlassen.“

Ein Gesetz, das den staatlich überwachten Drogenschmuggel regelt, gibt es nicht. Lediglich die „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren“ behandeln dieses heikle Thema. Danach kommen kontrollierte Transporte „nur in Betracht, wenn auf andere Weise die Hintermänner nicht ermittelt oder Verteilerwege nicht aufgedeckt werden können“. Außerdem sollen die Fahnder stets in der Lage sein, die Täter und ihre illegale Ware zu ergreifen. Am Ende muß die Strafverfolgung stehen. Das können die Staatsanwälte nur durch eingespielte Kontakte ins Ausland gewährleisten – wenn überhaupt.

Ob die Ermittler ihre hochgesteckten Ziele wirklich erreichen, ist umstritten. Oberstaatsanwalt Leistner macht für sich geltend, daß seine Verfahren immer wieder zu Strafurteilen führen. So verurteilte das Frankfurter Landgericht kürzlich sechs Kokainhändler zu mehrjährigen Haftstrafen. Daß es sich bei den Deals „um polizeilich überwachte Geschäfte handelte“, werteten die Richter als Milderungsgrund.



Flughafen Bogotá: „Erfolge mit inszenierten Straftaten“

Der vom Gericht als Hintermann genannte Kolumbianer Javier Darío Caro Maya ist allerdings noch auf freiem Fuß. Die Justiz sucht den Mann, der auch in mehreren anderen Drogenverfahren eine wichtige Rolle spielt, mit Haftbefehl.

Kritiker wie die Frankfurter Rechtsanwältin Gabriele Steck-Bromme halten es nicht für Zufall, daß der Boß bislang ungeschoren blieb und nur die niedrigeren Chargen der Caro-Maya-Truppe angeklagt wurden. Steck-Bromme ist überzeugt: „Die kontrollierten Transporte legen keinerlei Strukturen offen.“ Vielmehr handele es sich um „inszenierte Straftaten“, die auch den Zweck hätten, mit kleinen Fischen „Fahndungserfolge zu produzieren“.

Abwegig ist der Vorwurf nicht. Der kontrollierte Drogenhandel war, wie Ermittler selbstkritisch einräumen, jahrelang eine beliebte Methode, „Kilos zu machen“ – schön für die Statistik, für die Zerstörung illegaler Handelswege aber bedeutungslos.

Doch die wilden Zeiten sind angeblich vorbei. Harald Hans Körner, Leiter der hessischen Zentralstelle für die Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität, bezeugt: „Wir haben mit der Polizei in den vergangenen Jahren eine erbitterte Diskussion über die Methoden geführt.“ Noch immer will Körner allerdings nicht ausschließen, daß Fahnder und ihre V-Leute „die zulässigen Grenzen der Tatprovokation“ gelegentlich überschreiten.

Typisch für die Szene ist auch das diffuse Licht, das über den kontrollierten Koksimporten aus Kolumbien liegt. Was die Frankfurter GER mitsamt der zuständigen Staatsanwaltschaft wie selbstverständlich praktiziert, liegt nach Auffassung des Bundeskriminalamts im benachbarten Wiesbaden etwas außerhalb der Legalität.

BKA-Vize Bernhard Falk verweist darauf, daß überwachte Drogenlieferungen aus dem Ausland nur erlaubt sind, „wenn die zuständigen Stellen dort zustimmen“. Das aber sei in Kolumbien nicht möglich, „weil Polizisten, die solche Transporte durchgehen ließen, sich strafbar machen würden“.

Falk kennt die Verhältnisse nicht nur vom Hörensagen. Bei Gesprächen, die er Anfang Juni in Kolumbien führte, wurde auch das Thema Kokainlieferungen erörtert. „Für die internationale Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität wäre die Möglichkeit der kontrollierten Ausfuhr aus Kolumbien ein wichtiger Schritt“, sagt der Spitzenbeamte.

Die Ermittler in Frankfurt halten dagegen die BKA-Position für „etwas theoretisch“. Absprachen im Einzelfall seien schon heute möglich und rechtmäßig.

„Nicht ganz nachvollziehbar“ finden die Staatsanwälte auch die Bedenken der Luft hansa. Die angekündigten Kokainkoffer seien ja, argumentiert ein Strafverfolger, nicht wirklich unbegleitet: „Das ist Gepäck der Polizei.“ ◆



Frei erhältliche Kinderaktfotos: „Eine Art Einstiegsdroge für Pädophile“

KINDERPORNOGRAPHIE

„Nur die kleinen Fische“

Forderungen nach einer härteren Gangart in Sachen Kinderpornographie sind wohlfeil. Die gesetzlichen Grundlagen sind widersprüchlich. Auch im Vollzug gibt es Defizite.

Wieder einmal war die Union zweiter Sieger. Als Spitzenpolitiker von CDU und CSU am vergangenen Dienstag in München den ersten Teil ihrer Wahlplattform präsentierten, war ihnen die Verärgerung deutlich anzumerken.

Mit einem Katalog repressiver Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit“ hatte die SPD ihnen tags zuvor die Schau gestohlen. Während sich Wolfgang Schäuble über den „charakterlosesten Wahlkampf, der mir je untergekommen ist“, ereiferte, versuchte CSU-Generalsekretär Bernd Protzner, Boden zurückzugewinnen. In manchen Bereichen könne die Union „noch nachlegen“.

Ein aktuelles Beispiel, wo dies dringend notwendig sei, hatte er gleich zur Hand: Der Kinderpornoskandal von Zandvoort mache deutlich, daß man auch in diesem Bereich mit Großem Lauschangriff und Videoüberwachung ans Werk gehen müsse.

Wahlkampfgetöse. Das Beispiel Zandvoort und die damit zusammenhängenden Verhaftungen in Neuwied und Hamburg haben deutlich gemacht, daß ganz normale Polizeiarbeit und gezielte Internet-Fahndung, wie sie in München bereits betrieben wird, weitaus erfolgreicher sind als elektronischer Schnickschnack (SPIEGEL 31/1998).

Das Hauptproblem für die Ermittler sind oft nicht mangelnde gesetzliche Grundlagen, sondern die Tücken und Feinheiten

der weltweiten Computerkommunikation. Beispiel: der Chat-Raum „Frischfleisch“ bei AOL, dem zweitgrößten Provider in Deutschland. Wer sich hier per Modem einwählt, hat nur eines im Sinn – Kinderpornographie.

Auf dem Bildschirm erscheint groß ein Textfenster, in dem man sieht, was die anderen Teilnehmer gerade eintippen. Rechts daneben wird eine Liste der Anwesenden angezeigt. In den Pornoräumen ist allein dieses Fenster wichtig, denn es geht nicht um Texte. Wer sich hier versammelt, will Bilder oder kurze Videosequenzen tauschen. Ein Teilnehmer schreibt dazu die Namensliste ab und schickt allen andern per E-Mail ein pornographisches Bild. Jeder Empfänger schickt nun eine Antwort nebst Bild an alle anderen – im Nu hat ein gewaltiger Ringtausch stattgefunden. Geld spielt dabei keine Rolle, die Eintrittskarte in den Club sind Kinderpornobilder aus dem Bestand der Teilnehmer.

„Frischfleisch“ ist kein offizieller Bestandteil des Angebots von AOL. Die Kunden haben jedoch die Möglichkeit, selber Räume unter beliebigen Namen einzurichten. Eine AOL-Netzpatrouille wacht darüber, daß solche Tauschzirkel möglichst schnell geschlossen werden – um die Arbeit zu erleichtern, sind bestimmte Raumnamen gar nicht erst zugelassen.

Trotz Computerunterstützung ist das Sisyphusarbeit: Kaum ist ein Raum ge-

schlossen, wird wenig später ein neuer eröffnet. Und leichte Wortverdrehungen – „Binkerkilder“ statt „Kinderbilder“ – rutschen durch die elektronische Vorzensur.

Ähnliche Chat-Möglichkeiten gibt es auch bei anderen Online-Diensten wie CompuServe Deutschland und T-Online. Gäbe es genügend Fahnder, sie könnten jeden Tag einige Dutzend Anzeigen schreiben. Denn trotz der in den Chat-Räumen gebräuchlichen Phantasienamen hinterläßt jeder Teilnehmer eine Datenspur, die zu den realen Personen führt.

Über die Provider können Internet-Fahnder der Polizei dann die persönlichen Daten der Kunden ermitteln. Doch nicht alle Netzanbieter überzeugen durch Hilfsbereitschaft. Schließlich verdienen sie durch die Teilnehmergebühren am Pornotauschmarkt kräftig mit.

Problematisch für die Fahnder sind vor allem die sogenannten Fake-Accounts: Da alle Online-Anbieter neue Kunden gewinnen wollen, vergeben sie großzügig bis zu 50 Freistunden kostenlos an interessierte Surfer. Erst danach werden Mitgliedsbeiträge fällig. Wer also Name, Adresse und Bankverbindung geschickt genug fälscht, kann mitunter monatelang surfen und tauschen, ohne daß der Schwindel auffällt.

Belastet ist das Verhältnis zwischen Fahndern und Anbietern vor allem durch eine Anzeige der bayerischen Internet-Ermittler gegen den ehemaligen CompuServe-Deutschland-Geschäftsführer Felix Somm. Das Münchner Amtsgericht hatte ihn im Mai wegen des Vertriebes von Pornographie mit Kindern und Tieren zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verdonnert. Kritik an dem Urteil war auch aus den Reihen der Union laut geworden.

Hildebrecht Braun (FDP), Vorsitzender der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, glaubt, daß angesichts der praktischen Probleme die CSU-Forderungen nach härteren Strafen für Kinder-schänder an der Wirklichkeit vorbeigehen. „Das sind typische Scheinlösungen, mit denen bestimmte Gruppierungen im Wahlkampf den Eindruck erwecken wollen, sie täten mehr als andere.“

Natürlich brauche man bei Straftaten gegen Kinder „die ganz große Strafkulisse“. Mit den Gesetzesverschärfungen im Strafrecht sei das jedoch bereits geschehen. Durch das 27. Strafrechtsänderungsgesetz von 1993 wurde das Strafmaß für die Verbreitung von Kinderpornographie auf

maximal fünf Jahre erhöht und auch der bis dahin legale Besitz entsprechenden Materials unter Strafe gestellt. Seit 1. April dieses Jahres beträgt die Höchststrafe für den „gewerbs- und bandenmäßigen Handel“ mit Kinderpornographie zehn statt bisher fünf Jahre.

Dennoch bleibt eine Grauzone, die den Fahndern die Arbeit erschwert. Das bloße Fotografieren oder Filmen nackter Kinder ist nicht strafbar. Geahndet werden nur solche Bilder, die „den sexuellen Mißbrauch von Kindern zum Gegenstand“ (Paragraph 184, Abs. 5, StGB) haben. „Die eher harmlosen FKK-Fotos, eine Art Einstiegsdroge für Pädophile“, so ein Brancheninsider, „bringen das meiste Geld.“ Der Berliner Peter S. hat solche Bilder über Jahre hinweg vertrieben – mit dem Segen des Berliner Landeskriminalamts, dem er seine Ware zur Unbedenklichkeitsprüfung vorgelegt hatte.

Klaus Finke, Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung pornographischer und jugendgefährdender Schriften bei der Staatsanwaltschaft Hannover, klagt über unterschiedliche Altersgrenzen in den Porno- und Prostitutionsparagraphen des Strafgesetzbuches: „Wer einen pornographischen Film mit Darstellern unter 16 Jahren dreht, macht sich strafbar. Diejenigen, die einen solchen Film besitzen oder vertreiben, können wir aber nicht belangen – es sei denn, die Darsteller sind nachweislich jünger als 14 Jahre.“

Für die Ermittler, sagt Finke, bedeute dies, daß sie „oft nur an die kleinen Fische“ herankommen: „Im Bereich der Filme mit über 14- und unter 16jährigen können wir nur diejenigen erwischen, die die Streifen gedreht haben.“ Ihre Auftraggeber, die die Filme vertreiben und häufig selbst schneiden und bearbeiten, sind fein raus: „Wir müßten ihnen nachweisen, daß sie zu Aufnahmen mit unter 16jährigen angestiftet haben, und das“, so Finke resi-

gniert, „klappt fast nie.“ Hinzu kommt: Viele der einschlägigen Streifen werden in Tschechien, Ungarn oder in der Dritten Welt gedreht. Das Alter der Akteure ist kaum nachprüfbar.

Bei der Firma Gero-Video Produktions GmbH in Düsseldorf, einem der größten Vertriebe für Homosexuellen-Pornos in Europa, konnten die Fahnder bislang nichts Strafbares finden. Mehrere Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Uwe Tomek, seit Ende 1994 Inhaber der Firma, gibt sich als Saubermann. Ohne juristischen Druck, betont er, habe er rund 340 Pornovideos „mit jüngeren Models“ vom Markt genommen. Filme mit „knapp über 14jährigen“ gebe es nicht mehr im Sortiment.

Die Funde in Zandvoort haben Gero-Video dennoch ins Gerede gebracht. Der mutmaßliche Kinderschänder Robby van der Plancken, der in Italien einsitzt, weil er seinen Partner Gerrit Jan Ulrich erschossen haben soll, ist in mindestens fünf Gero-Streifen zu sehen. Tomek: „Die Filme sind vor meiner Zeit 1993 von einer holländischen Produktionsfirma gekauft worden.“ Seines Wissens habe es keinerlei persönliche Kontakte zwischen Gero-Video und van der Plancken gegeben.

Der frühere Inhaber Georg G. wurde im Frühjahr dieses Jahres zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt, weil er Sex mit 15jährigen Jungen hatte. In der vergangenen Woche machte der 61jährige in Südfrankreich Urlaub. Das dazu nötige Kleingeld kommt weiterhin auch von Gero-Videos: Nach wie vor erhält G. Einspielgelder aus Verleih und Vorführung.

Norbert B., der in Schwerin wegen Pornoaufnahmen mit unter 16jährigen einsitzt, verkaufte regelmäßig Filme an die Düsseldorfer Firma, als sie noch im Besitz von G. war. Tomek („Ich würde nie Geschäfte mit Herrn B. machen“) nahm nach 1994 zwar einige Videos von B. aus dem Programm. Andere Produktionen des 1997 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilten Kinderpornogra-

phen, räumt Tomek ein, werden aber immer noch verbreitet – unter geändertem Titel.

Wie hilflos deutsche Pornofahnder, trotz vorhandenem gesetzlichen Instrumentarium, gegenüber den Produzenten von Streifen mit Darstellern zwischen 14 und 16 Jahren mitunter agieren, zeigt der Fall Dieter H. Der gebürtige Kölner war im November 1997 im belgischen Eupen zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, weil er laut Urteil



Ex-Gero-Inhaber G.
Sex mit 15jährigen Jungen

„Jugendliche unter 16 Jahren zur Herstellung von pornographischem Material“ mißbraucht hatte.

Der Richterspruch erging in Abwesenheit des Angeklagten. Dieter H. war nach einem Haftprüfungstermin gegen Zahlung von umgerechnet 50 000 Mark Kaution freigekommen und hatte sich Richtung Deutschland abgesetzt. Seitdem hat der 47jährige nicht mehr viel zu befürchten. Als Bundesbürger darf er laut Grundgesetz nicht ins Ausland ausgeliefert werden.

Der Ermittlungseifer hiesiger Behörden hielt sich bislang in Grenzen. Die von den Belgiern um Amtshilfe gebetene Staatsanwaltschaft Köln sieht laut „Kölner Stadtanzeiger“ lediglich einen „Ermittlungsbedarf wegen des verbotenen Versandhandels von Pornographie“. Der wird mit maximal einem Jahr Haft geahndet.

Gewerbs- und bandenmäßiger Handel kommt nach Angaben der Staatsanwaltschaft als Strafbestand nicht in Frage, weil die Darsteller angeblich älter als 14 Jahre waren. Daß mindestens einer der Akteure in den von H's Firma „Auditer Holding GmbH“ produzierten Videos, nach Angaben der belgischen Ermittler, erst 13 Jahre alt war, scheint die Staatsanwälte in der Domstadt nicht sonderlich interessiert zu haben. Dieter H. ist noch immer auf freiem Fuß und arbeitet zur Zeit in einem hannoverschen Pornovertrieb. ♦

* Am vergangenen Dienstag in München.



CDU/CSU-Presskonferenz*: *Großer Lauschangriff und Videoüberwachung*

KRIMINALITÄT

„Und dann – Endlösung“

Erteilte ein CDU-Schatzmeister einem vermeintlichen Russen-Mafioso per Handy einen Mordauftrag? Die Staatsanwaltschaft schwankt zwischen Posse oder Verbrechen.

Im Polizeiprotokoll scheint die Sache eindeutig. Unter der Rubrik „Tatort“ notierten die Fahnder „38871 Darlingrode, Zehnbergstraße 4“. Als „Tatzeit“ ermittelten die Spezialisten des Berliner Landeskriminalamtes (LKA) „Sonntag 29. 3. 98, 11.31 Uhr“. Als „Tatmittel“ gilt ein D-1-Handy – mit ihm soll ein Mordauftrag erteilt worden sein.

Das Telefonat hatten die Fahnder eher zufällig mitgehört. In einer ganz anderen Sache, zur Aufklärung einer Gewalttat im Berliner Bau-Milieu, hatten sie Anschlüsse von Geschäftspartnern des Getöteten angezapft.

Der Anrufer aus dem Nordharz war schnell ermittelt – ein gewisser „Wulfert, Manfred“ hatte nach Überzeugung der lauschenden Polizisten mit einem Russen namens „Andrej“ leicht verklausuliert die Tötung eines Menschen verabredet.

Die nähere Überprüfung des vermeintlichen Auftraggebers machte die Ermittlung zur Politaffäre: Denn Wulfert, 48, gehört zur Spitze der CDU in Sachsen-Anhalt. Der Schatzmeister der Magdeburger Union diene seiner Partei bis April als umweltpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion.

Die Debatte um Wulfert trifft die Unions-Christen im Vorwahlkampf hart. „Die emotionale Situation ist für uns verhee-

rend“, bekennt Landesgeschäftsführer Bernd Reisener. Nur zögerlich gestanden die Bonner Parteioberen und der sachsen-anhaltinische Oppositionsführer Christoph Bergner ein, schon vor der Landtagswahl im April von den Vorwürfen gewußt zu haben. Die Wahlschlappe der CDU kostete Wulfert zwar sein Mandat, aber als Landes-Kassenchef durfte er bis zur vorvergan-



CDU-Politiker Wulfert, Kaufmann Lucks
„So was in seiner Position“

nen Woche weitermachen. Bergner, einer von vier Vertretern des CDU-Parteichefs Kohl, verteidigt sich, man habe die Ermittlungen nicht behindern wollen.

Er sieht sich in seiner Vorsicht bestätigt: Erst nach weiterer gründlicher Prüfung will die Staatsanwaltschaft Halberstadt entscheiden, ob gegen Wulfert Anklage erho-

ben wird. Oberstaatsanwalt Helmut Windweh: „Die Lage wird von Tag zu Tag verworrener, durch den Dschungel müssen wir erst durch.“

Die juristischen Schwierigkeiten des Falls liegen in der Bewertung der Ernsthaftigkeit der Akteure. Nach derzeitigem Stand spricht aus Sicht der Ermittler manches dafür, daß nur Wulfert den Mord-Plot auch tatsächlich wollte. Zeugenaussagen und die abgehörten Telefonate belegen, daß der Russe wohl nur zum Schein auf das Angebot einging, er informierte sogar das potentielle Mordopfer, den Bremer Kaufmann Detlef Lucks.

Seit dem Konkurs seines kleinen Metallbaubetriebes scheint Wulfert ein Mann mit finanziellen Sorgen zu sein – was der bestreitet. Bei Lucks pumppte er sich jedenfalls nach dessen Darstellung 50 000 Mark – für vier Wochen. Als Wulfert an-

geblich nicht wie vereinbart zurückzahlte, kam es zum Krach: Lucks drohte, in Sachsen-Anhalt vor der Wahl eine Broschüre über Wulferts Geschäftsgebaren verteilen zu lassen.

Eine seltsame Rolle spielt auch der Berliner Bauunternehmer Hanno Matthes. Erst hatte er Wulfert und Lucks zusammengebracht, dann stellte er für Wulfert den Kontakt zu „Andrej“ her. Der Russe heißt mit Nachnamen Sokolow und ist wegen kleinerer Diebstähle, Betrug

und Körperverletzung vorbestraft. In den Polizeiakten bringt er es auf immerhin vier Alias-Namen, darunter sogar den des Zarenreiches Romanow.

Hielt der Unionsmann ihn für ein Mitglied der Russen-Mafia und damit für geeignet, den lästigen Gläubiger Lucks ins Jenseits zu befördern? Am Ende des



BILD AM SONNTAG

Russe „Andrej“ Sokolow (r.), Freunde: „Gib mal einen Zwanziger, und ich klatsche den“

von der Polizei mitgeschnittenen knappen Gesprächs kam Wulfert nach Auffassung der Berliner Russen-Fahnder ziemlich unmißverständlich zur Sache: „Den nehmen Sie sich zur Seite und dann – Endlösung.“ Sokolow zischte: „Das besprechen wir nicht am Telefon.“ Insgesamt 20 000 Mark Entlohnung, darunter Bares, ein Auto, ein Handy und ein Hotelaufenthalt, wurden nach Erkenntnissen der Berliner Ermittler vereinbart. Auf die Hotelsuite, spottet Matthes, habe sein russischer Freund bestanden, weil „er mal so richtig baden wollte, mit Whirlpool und so“.

Telefonisch buchte ein „Herr Wulfert von der CDU“ im Berliner Grand Hotel Esplanade die feine Suite 375 – für 13 Tage à 1050 Mark, inklusive Frühstück. Als Gast meldete er „Mr. Blezovsch“ an, einen „Angehörigen des russischen Umweltmi-

nisteriums“. Gemeint war wohl Sokolow. Wulfert dementiert die Reservierung.

Die alarmierten LKA-Fahnder warteten aber vergebens. Als sie abrückten, schärfen sie dem Sicherheitsmanager des Hotels noch ein, Wulfert nicht zu informieren. Die Berliner Fahnder unterrichteten Anfang April die Kollegen im sachsen-anhaltinischen Halberstadt. Landtagspräsident Klaus Keitel wurde eingeschaltet, die Immunität Wulferts eilig aufgehoben. Die Ermittler besorgten sich einen Beschluß zur Telefonüberwachung und überlegten sogar, Wulferts Auto zu verwanzeln.

Aber noch während die Halberstädter ihr weiteres Vorgehen planten, ließ Berlin den Bauunternehmer Matthes und seinen Sokolow verhaften. Ein 15 Mann starkes Spezialkommando rückte vor dem Gasthof „Jägerheim Ützdorf“, nördlich von Berlin,

an und sprengte die Tür zum Zimmer des vermeintlichen Mafioso. Sokolow ging verletzt zu Boden.

Der Russe wurde beschuldigt, den Auftrag, „einen Menschen aus Habgier zu töten, angenommen zu haben“. Matthes wanderte wegen „Nichtanzeige eines Verbrechens“ in den Knast. Erst nach drei Wochen Untersuchungshaft kam er frei. Nur der angebliche Auftraggeber Wulfert blieb, worüber die Berliner sich wunderten, unbehelligt. Zu einem Vernehmungstermin Anfang Juni erschien er erst gar nicht. Bis heute sieht die Staatsanwaltschaft Halberstadt „keinen dringenden Tatverdacht“.

Als die Berliner Strafverfolger die protokollierten Telefonate genauer prüften, fanden sie schnell heraus, daß sich hinter dem Rücken Wulferts eine richtige Posse abgespielt hatte. Matthes und Sokolow unterrichteten Lucks sofort über den Plot. Lucks war empört: „Da kommt dieser Sack daher und denkt, wenn er einen um die Ecke bringen läßt, ist er die Probleme los. Und so was in seiner Position.“

Der ausgesuchte „Killer“ höhnte am Telefon gegenüber seiner Freundin über „das Kriechtier“ Wulfert, „ein richtiger Osttyp“, der nur über seinen Gläubiger gemammert habe. „Ich habe zu ihm gesagt: Gib mal einen Zwanziger, und ich klatsche den.“ Im Russischen gebrauchte Sokolow die Vokabel „chlopnutj“ – den Dolmetschern des LKA war die ganze Bandbreite der Deutung bekannt: „Klatschen, knallen“ steht im Moskauer Ganovenjargon für „abmurksen“.

Der Überlebende Lucks erfuhr von den Verhaftungen und stellte Wulfert zur Rede: „Was Sie da geplant haben, finde ich gar nicht so witzig.“ Wulfert wehrte sich: „Damit habe ich doch gar nichts zu tun.“ Auf Anraten seines Anwalts verweigert Wulfert derzeit jede weitere Aussage. ♦

POST

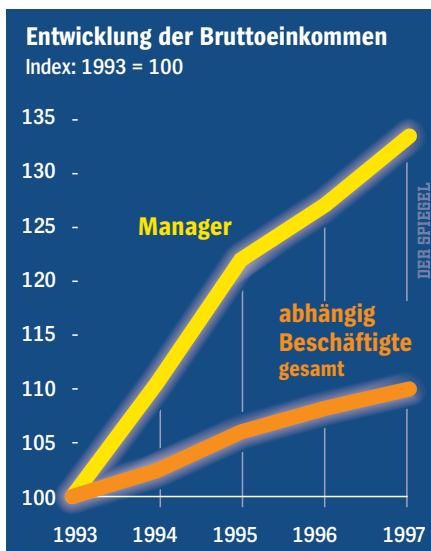
Hartes Management

Zwischen der Deutschen Post AG und der Postgewerkschaft ist ein Streit über eine Mitarbeiterinformation entbrannt. Darin hatte PostExpress-Geschäftsführer Wolfgang Albeck die Frankfurter Gewerkschaft mit „Drückerkolonnen“ und „Organisatoren von Kaffeefahrten“ verglichen, die eine bewußt „verfälschte Informationspolitik“ betrieben, um die „Angst der Mitarbeiter“ anzuheizen. Vorausgegangen war dem Schreiben eine Gewerkschaftskampagne gegen den geplanten Arbeitsplatzabbau bei der Post. Die Gewerkschaften fordern nun eine offizielle Entschuldigung von Postchef Klaus Zumwinkel für die „verbale Entgleisung“ seines Spitzenmanagers.

MANAGERGEHÄLTER

Glückliche Vorstände

Die Gehälter von Führungskräften sind seit 1993 mehr als dreimal so stark gestiegen wie die Arbeitseinkommen im volkswirtschaftlichen Durchschnitt. Nach einer Untersuchung der Kienbaum Vergütungsberatung haben Vorstände 1997 im Schnitt jährlich 1,368



Millionen Mark verdient, 1993 waren es noch 1,025 Millionen Mark – ein Zuwachs um über 33 Prozent. In der Bevölkerung sind die Bruttoarbeitseinkommen dagegen nur um rund zehn Prozent gestiegen, von 45 786 Mark 1993 auf 50 160 Mark 1997. Für die Zukunft erwartet Kienbaum, daß die Kluft weiter wächst. Dann können Vorstände auch Aktienoptionen zu Geld machen.



Beisheim, Conradi in Köln



METRO

Beisheim plant Online-Shopping

Bei einem unter großer Geheimhaltung veranstalteten Gesellschaftertreffen in Köln haben Metro-Gründer Otto Beisheim und Aufsichtsratschef Erwin Conradi über die Multimedia-Zukunft des weltweit zweitgrößten Handelskonzerns (Nettoumsatz 1997: 56,8 Milliarden Mark) diskutiert. Mitglieder der Gesellschafterfamilien Schmidt-Ruthenbeck und Haniel waren ebenfalls anwesend. Das Ergebnis der mehrstündigen Debatte vom vergangenen Mittwoch: In den Datendienst Primus-Online sollen nach der Startphase in zwei Schüben nochmals je 50 Millionen Mark investiert werden, nachdem bereits 100 Millionen Mark bewilligt wurden. Eine abschließende Entscheidung steht noch aus. Mit dem Geld wollen Metro und die Daimler-Benz-Interservices als Ge-

sellschafter von Primus-Online unter anderem bis 1999 einen Lebensmittellieferservice übers Internet aufbauen. Das Angebot, das mit US-Partnern betrieben werden soll, wird 7000 Artikel umfassen, die die Kunden per Mausklick nach Hause bestellen können. „Neue Medien werden den Handel massiv verändern“, so Conradi gegenüber dem SPIEGEL, „wir wissen nur noch nicht, wann und wie, wollen aber frühzeitig dabei sein.“ Zur Probe hat sich Conradi am letzten Mittwoch selbst eine Musik-CD online bestellt. Auch Beisheim, ein „moderner und technikbegeisterter Mensch“ (Conradi), wurde wohl von der Internet-Euphorie gepackt – sein Kommen in Köln sagte der 74jährige Milliardär mit Wohnsitz in Lugano und den USA per E-Mail zu.

SUBVENTIONEN

Streit um Berlin

Eine Auseinandersetzung zwischen Bonn und Brüssel über die deutschen Investitionshilfen für Ostdeutschland erschwert Investitionen in Berlin. EU-Wettbewerbskommissar Karel Van Miert besteht darauf, die relativ reiche Hauptstadt von der zehnprozentigen Zulage auszunehmen. Unternehmer, die für 1999 die Hilfe beantragen, werden von den Finanzbehörden deshalb mit dem Bescheid abgewiesen, „mangels EU-Testat“ dürfe das Gesetz über die Investitionszulage „derzeit nicht angewendet werden“. Weil sich Bonn nicht rechtzeitig auf Kompromisse einließ

und eine Lösung bis zur Bundestagswahl im September verbaut ist, wandern etliche Firmen, die Investitionen in Berlin planten, nun ins Umland ab.

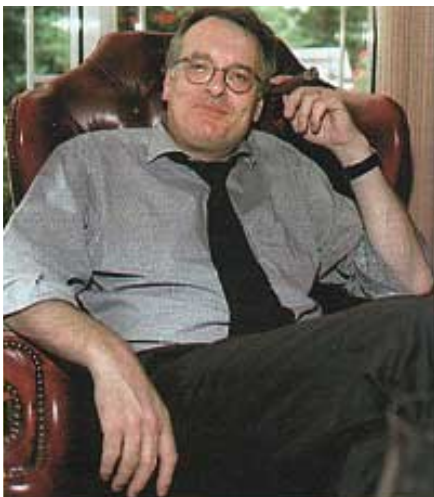


Baustelle am Potsdamer Platz

BILD

Nicht mit links

Die früheren „Bild“-Chefredakteure Hans-Hermann Tiedje, 49, und Peter Bartels, 54, arbeiten wieder für ihre alte Zeitung – diesmal als Anzeigentexter im Dienst der CDU. Seit Mitte Juni erscheint dreimal in der Woche auf Seite zwei des Boulevardblatts auf Parteikosten (offizieller Preis: jeweils rund 60 000 Mark) ein seitenbreiter Kasten mit Schlagzeilen, die unter Tiedjes Leitung entstehen. Kohls Wahlkampf helfer wird von rund zehn Journalisten unterstützt – unentgeltlich, wie es heißt. Darunter sind neben Bartels der ehemalige Regierungssprecher und „Bild“-Chef Peter Boenisch, Radiomanager Georg Gafron und Medienkritiker Reginald Rudolf. Das „Team Tiedje“, wie die Riege in der CDU-Zentrale genannt wird, geht mit der Opposition recht rüde um. Da wird etwa unter dem Motto „Unser Land in deren Hand?“ die Vergangenheit des Grünen-Sprechers Jürgen Trittin („früher



Tiedje

Kommunist“) zum Thema, die des SPD-Rechtsexperten Otto Schily („früher Sympathisant der linken Szene“) oder das Vorleben des PDS-Chefs Gregor Gysi („ein Mann Mielkes“). Ein anderes Mal heißt es in Riesenlettern: „Mein Aufschwung. Mein Euro. Meine Einheit. Meine Güte, Schröder!“ Mit flapsigen Sprüchen sollen die Kernaussagen der Union vermittelt werden: „Zukunft schafft man nicht mit links ... Eigentlich schafft man überhaupt nichts mit links.“ Die Kampagne soll den ganzen Wahlkampf begleiten und womöglich durch eine eigene CDU-Wahlkampfzeitung erweitert werden. Als deren Chefredakteur ist Bartels im Gespräch, der mit Tiedje gemeinsam Ende der achtziger Jahre die „Bild“-Zeitung geführt hat.



Disney-Cartoon, Dornemann



D. HOPPE / NETZHAUT

BERTELSMANN/DISNEY

Einigung in Sicht

Bertelsmann und Disney sind sich über die Zukunft der RTL-Sender weitgehend einig: Der Micky Maus-Konzern soll nach Informationen aus der Bertelsmann-Zentrale langfristig seine Beteiligungen im werbefinanzierten deutschen Fernsehen der Bertelsmann-Tochter CLT-Ufa überlassen. Im Gegenzug bekommt der US-Multi mehr Geld für seine Filme und Serien. Damit werden auch zwei Prozesse der Firmen in Los Angeles und Luxemburg hinfällig, bei denen es um Nachforderungen Disneys für alte Verträge mit der CLT ging. Im Zuge der vorläufigen Einigung besprach Bertelsmann-Vorstand Michael Dornemann mit den Amerikanern, daß Disney seine 50-Prozent-Beteiligung an Super RTL abgibt. Die CLT-Ufa, dann Alleineigner, will den defizitären Kindersender als Abspielkanal für RTL-Filme nutzen. Attraktive Disney-Programme wie „Duck Tales – Neues aus Entenhausen“ von Super RTL sollen das Programm von RTL 2 stärken, besonders am Vorabend. An RTL 2 hält Disney zwar noch 24 Prozent; für diesen Anteil ist aber eine „Put-Call-Option“ vereinbart. Die CLT-Ufa übernimmt im Jahr 2000 dieses Paket, wenn nur einer der beiden Partner das will. Künftig soll RTL 2, so das Konzept, in Abstimmung mit dem Hauptsender RTL dessen Ressourcen nutzen. RTL-2-Miteigner Heinz Bauer (Anteil: 32 Prozent) soll bereits sein Okay signalisiert haben. Mit dieser Gesamtlösung würde Dornemann de facto eine Fernsehfamilie aus RTL, RTL 2 und Super RTL etablieren.

KIRCH-GRUPPE

Kommt Murdoch?

Leo Kirch, 71, bereitet den Einstieg ausländischer Investoren in seinen Film- und TV-Konzern vor. Eine wichtige Rolle spielt dabei der italienische Unternehmer Silvio Berlusconi. Dessen TV-Chef Fedele Confalonieri bekannte jetzt in einem Interview, Berlusconi und Kirch würden den „harten Kern“ eines neuen europäischen Medienkonzerns bilden; er sehe zudem „die Möglichkeit gemeinsamer Projekte“ mit dem US-Medienunternehmer Rupert Murdoch. Ein Einstieg bei Kirch wird offenbar über Luxemburg geplant: Als rechtlicher Rahmen soll Berlusconis Firma Rete Invest dienen, die möglicherweise zur Zwischenholding für die Kirch-Investoren erweitert wird. Bei dem Projekt, das intern „Traviata“ heißt, sollen Berlusconi und Murdoch zusammen mit dem saudischen Prinzen Walid, der unter anderem auch an deren Unter-

nehmen beteiligt ist, rund 20 Prozent an der Kirch-Gruppe erwerben. Geschätzter Preis: 1,5 Milliarden Dollar. Damit hätten Berlusconi und Murdoch Zugang zu Kirchs Rechthandel sowie zu den Sendern Sat 1, DSF und DF 1. Später sollen möglicherweise weitere Kirch-Anteile über die Frankfurter Börse verkauft werden. So könnte Kirch seine hohen Investitionen in Programm und Technik finanzieren.



Murdoch, Kirch

DPA

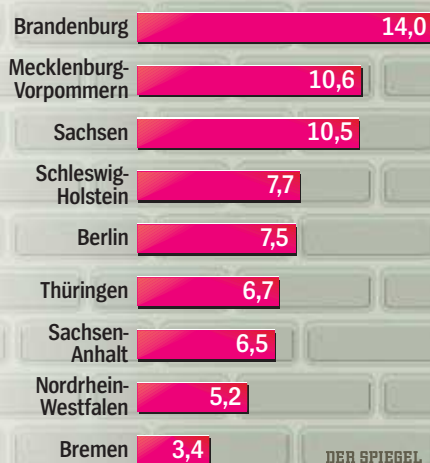
A. FROESE

IMMOBILIEN

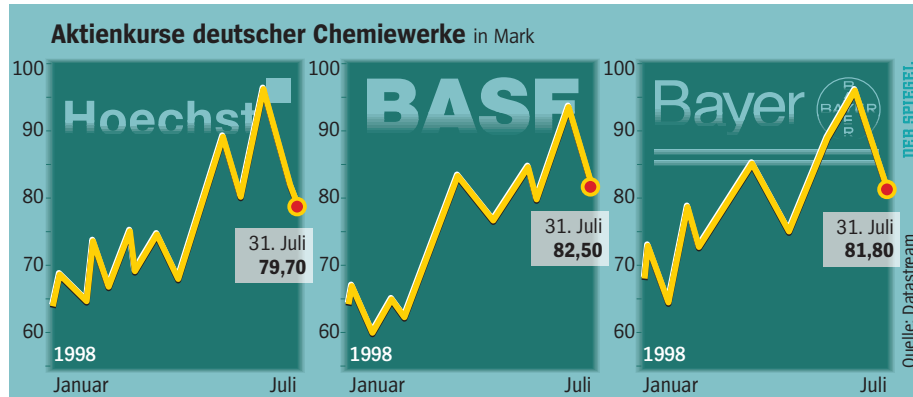
Brandenburg vorn

Selbst wenn der große Bau-Boom vorbei ist – in Ostdeutschland entstehen immer noch, gemessen an der Bevölkerungszahl, weit mehr Wohnungen als im Westen. Das Land Brandenburg steht mit 14 Baugenehmigungen je 1000 Einwohner an der Spitze, das Schlußlicht bildet Bremen mit 3,4 Genehmigungen. Westdeutsche Investoren, die den größten Teil der Bauherren im Osten stellen, lassen sich durch zunehmende Leerstände und rückläufige Immobilienpreise nicht abschrecken. Das Institut für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen hat für 1997 im Osten bei Eigentumswohnungen einen Preisrückgang um fünf und bei Einfamilienhäusern um drei Prozent registriert; die

Baugenehmigungen je 1000 Einwohner, 1997



Preise rutschen auch 1998 weiter ab. Auch die Kürzung der Steuervergünstigungen hat die Investitionsbereitschaft nur gedämpft: Vielen Steuersparern scheint eine Abschreibung von 25 Prozent immer noch attraktiv.



CHEMIE

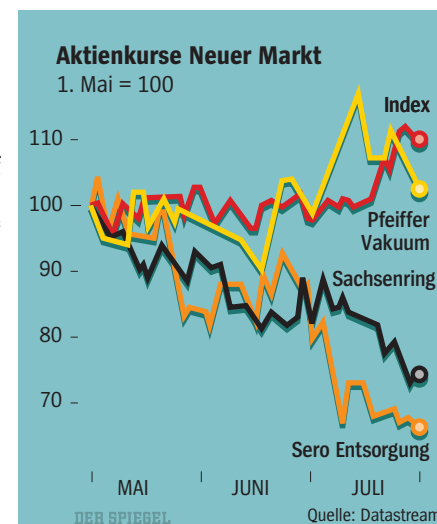
Gewinn durch Fettsucht

Bevor die Chemieriesen Bayer, BASF und Hoechst im August ihre Halbjahreszahlen vorlegen, sind die Kurse zurückgegangen – so wie der gesamte Aktienmarkt. Doch die Aussichten sind positiv. Peter Blair von Salomon Smith Barney setzt für BASF (derzeit 82,50 Mark) ein Kursziel von 95 Mark: Der Konzern profitiere von der erfolgreichen US-Einführung von Meridia, einem Mittel gegen Fettsucht. Bei Bayer (Kursziel: 100 Mark) sehen die Investmentbanker Fortschritte beim Umbau des Chemiegeschäfts und hoffen auf einen Verkauf der Fototochter Agfa. Favorit von Salomon ist Hoechst, deren Wert (aktuell 79,70 Mark), nicht zuletzt wegen Unternehmensverkäufen oder dem Börsengang von Tochterfirmen, auf 115 Mark steigen soll.

BÖRSE

Neue Las-Vegas-Stimmung?

Am Neuen Markt ist die Luft zunächst raus. Seit zwei Monaten bleibt der Index etwa auf dem gleichen Niveau. Werte wie Sero Entsorgung ließen deutlich nach. Ein Aufschwung Mitte Juli endete mit einem Rückschlag. Die Konsolidierung war überfällig, erklären Analysten: Die enormen Gewinne einzelner Werte seien durch Zahlen nicht gerechtfertigt. Doch der Neue Markt bietet womöglich wieder neue Chancen. Drillisch und LHS, aber auch Qiagen gelten als Kandidaten mit weiterem Potential. Niemand will ausschließen, daß sich die „Las-Vegas-Stimmung“ wiederholt. „Der Neue Markt bleibt sicher interessant“, sagt Barbara Haas von Salomon Smith Barney.



FONDS

Heikle Hitlisten

Hitlisten mit den leistungsstärksten Fonds können leicht in die Irre führen. Die Anbieter ordnen ihre Fonds selbst in die Statistiken des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften ein, auf denen die Ranglisten vieler Fachzeitschriften beruhen. Die Fondsgesellschaften könnten „selbst am besten beurteilen“, in welche Kategorie ihr Produkt paßt, sagt Verbandssprecher Günter Schardt. Damit aber entsteht in den Hitlisten leicht ein schiefer Eindruck. So belegt der Allianz-

Flexi-Rentenfonds unter der Rubrik „Rentenfonds“ oder „Renten“ in mehreren Rankings den ersten oder zweiten Platz. Kein Wunder, denn mit einem Investment von bis zu 25 Prozent in Aktien ist dieses Produkt natürlich leistungsstärker als ein reiner Rentenfond. Solche Beimischungen sind zwar zulässig und werden in den jeweiligen Prospekten auch ausgewiesen. Ihre Höhe ist aber gesetzlich nicht geregelt. Der Kölner Finanzberater Eckhard Sauren nennt zahlreiche weitere Fälle: So besteht der Adig Plusfonds, der in Hitlisten als leistungsstärker Mischfonds (aus Aktien und Renten) firmiert, faktisch zu 90 Prozent aus Aktien. Und der Sieger eines Zeitschriften-Wettbewerbs in der Rubrik „Aktien International“, der Postbank Dynamik Global, legt zu rund 50 Prozent in Deutschland an.

Kalkül oder Kaufrausch?

Zwei Sieger und eine Niederlage: Daimler-Benz-Chef Schrempp treibt die Pläne für die Fusion mit Chrysler voran – und hofft auf Supergewinne. BMW bekommt die Nobelmarke Rolls-Royce – fast zum Nulltarif. VW-Vorstandschef Piëch kauft Bentley – und zahlt zuviel.

Der vergangene Dienstag war einer der erfreulichsten Tage für Jürgen Schrempp. Schon morgens, vor der Vorstandssitzung, erhielt der Daimler-Benz-Vorsitzende einen aufheiternden Anruf von BMW-Vorstand Wolfgang Reitzle. Der Münchner berichtete Schrempp von der spektakulärsten Wende in der Übernahmeschlacht um Rolls-Royce.

Ihr gemeinsamer Wolfsburger Rivale, VW-Chef Ferdinand Piëch, der für 1,44 Milliarden Mark die Marken Rolls-Royce und Bentley gekauft hat, muß Rolls-Royce an BMW abgeben – und die Münchner werden schon mal zum Bergsteigen verabreden, genossen gemeinsam die Niederlage des VW-Vorsitzenden. Schrempp gratulierte: „Da habt ihr den Piëch aber gewaltig über den Tisch gezogen.“

Schrempp und Reitzle, die sich privat schon mal zum Bergsteigen verabreden, genossen gemeinsam die Niederlage des VW-Vorsitzenden. Schrempp gratulierte: „Da habt ihr den Piëch aber gewaltig über den Tisch gezogen.“

Die beispiellose Übernahmeschlacht um Rolls-Royce ist nun entschieden. Die deutsche Automobilindustrie hat sich wohl noch nie so stark verändert wie in diesem Jahr.

VW hat die Marke Bentley und das britische Motorenwerk Cosworth erworben. BMW erhält die Marke Rolls-Royce. Die Volkswagen-Tochter Audi übernimmt Lamborghini. Daimler-Benz wird mit dem US-Konzern Chrysler fusionieren.

Als sei dies nicht genug, tauchen beinahe im Wochenrhythmus neue Übernahmegerüchte auf, in dessen Zentrum immer wieder der VW-Konzern steht. VW sollte danach wahlweise Scania, Volvo oder MAN übernehmen. Nichts ist bislang passiert. Und jetzt kündigt VW-Chef Piëch an, eine „enge Verflechtung“ von VW und BMW sei denkbar.

BMW dementierte sofort. BMW-Vorstände sind überzeugt, der VW-Chef wolle damit nur von seiner Niederlage im Kampf um Rolls-Royce ablenken (siehe Seite 74).

Hinter der schlagzeilenträchtigen Entwicklung steckt ein gewaltiger Strukturwandel in der weltweiten Autoindustrie. Die Zahl der selbständigen Hersteller ist von 52 im Jahr 1964 auf nur noch 18 im Mai dieses Jahres zurückgegangen. Wegen der guten Konjunktur, so VW-Chef Piëch, „haben einige noch nicht erkannt, in welch

kritischer Lage sie sich befinden“. Überleben könnten nach seiner Ansicht langfristig „höchstens fünf bis zehn“.

Ein deutscher Konzern zählt auf jeden Fall dazu, und nicht nur als Überlebender, sondern als einer, der das Tempo vorgibt: Daimler-Benz. Durch ihre Fusion mit Chrysler verschieben die Stuttgarter die Gewichte der Branche. Sie rutschen, gemessen am Umsatz, auf Rang drei vor, hinter General Motors und Ford, weit vor VW und BMW.

Die Größe allein aber ist es nicht, die Schrempp euphorisch sagen läßt: „Wir schaffen den führenden Automobilkonzern des 21. Jahrhunderts.“ Daimler-Chrysler wird, so eine Studie von J. P. Morgan, „profitabler sein und schneller wachsen als die konkurrierenden Massenhersteller und besser positioniert sein für Konjunkturschwankungen“.

Schrempp ließ sich in der Vorstandssitzung am Dienstag über die Vorbereitungen des Mega-Deals berichten. Die Manager beider Konzerne haben mögliche Gemeinschaftsprojekte entdeckt, mit denen sie die Kosten um Milliarden senken, neue Märkte erobern und den Gewinn der beiden

Daimler-Benz

Umsatz 1. Halbjahr 1998: **67,7 Milliarden Mark**

Gewinn 1. Halbjahr 1998: **2 Milliarden Mark**

Mitarbeiter: **300 000**

Kein Kaufpreis,
Kosten für Anwälte,
Investmentbanken:
**ca. 300
Millionen
Mark**

FUSION



Chrysler

Umsatz 1997: **121,4 Milliarden Mark**
Beschäftigte: **121 000**

BMW

Umsatz 1. Halbjahr 1998: **30,9 Milliarden Mark**

Gewinn 1. Halbjahr 1998: **511 Millionen Mark**

Mitarbeiter: **117 000**

Kaufpreis:
**120
Millionen
Mark**

KAUF

Rolls-Royce

BMW sichert sich die Rechte an der Marke Rolls-Royce ab dem Jahr 2003.



bereits jetzt hochprofitablen Konzerne noch ordentlich steigern können.

- Chrysler, bei Dieselmotoren bislang schwach, kann die Weiterentwicklung stoppen und künftig von den Aggregaten der Stuttgarter profitieren.
- Daimler-Benz stellt die Entwicklung eines Frontantriebs für die C-Klasse und die Konstruktion einer Großraumlimousine ein. Chrysler ist Spezialist beim Frontantrieb und mit dem Modell Voyager sehr erfolgreich bei den Minivans.
- Chrysler muß sich nicht um die Entwicklung des alternativen Antriebs per Brennstoffzellen kümmern. Hier hat Daimler ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem kanadischen Spezialisten Ballard.
- Mercedes braucht eine weitere Produktionsstätte für den in den USA gebauten Geländewagen. Die M-Klasse kann künftig im Chrysler-Werk in Graz montiert werden.
- Mercedes verfügt über ein gutes Vertriebsnetz in Asien. Es fehlen aber preiswerte Nutzfahrzeuge und Personenwagen, um auf höhere Stückzahlen zu kommen. Künftig können die Stuttgarter in Asien auch billigere Chrysler-Modelle anbieten.

Schon 1999, im ersten Geschäftsjahr des neuen Konzerns, will Daimler-Chrysler rund 2,5 Milliarden Mark durch den gemeinsamen Einkauf sparen, mittelfristig rund 5 Milliarden Mark im Jahr.

Die Gewinnaussichten des neuen Konzerns sprengen den Rahmen des bislang in Deutschland Vorstellbaren. In diesem Jahr werden Daimler und Chrysler, addiert, noch rund 16 Milliarden Mark Gewinn erwirtschaften. Für 1999 geben die Analysten von M. M. Warburg in einer Studie für Daimler-

Chrysler eine Gewinnprognose von 20 Milliarden Mark ab. Im Jahr 2000, so die Analysten, sollen es sogar 23 Milliarden sein.

Blendende Aussichten also – wenn da nicht die Erfahrungen anderer Konzerne wären, die mit großen Erwartungen fusionierten und dann kläglich scheiterten. Daimler-Vorstand Eckhard Cordes, der zusammen mit Schrempp den Deal ausgehandelt hat, stellte eine alarmierende Statistik zusammen: Über 70 Prozent der Fusionen erreichen nicht die angekündigten Ziele.

Konzernplaner Cordes analysierte auch die Gründe des Scheiterns. An erster Stelle: der Machtkampf um die Führung des fusionierten Unternehmens. Das Gerangel der Top-Leute sorgt dafür, daß manches Fusionsprojekt schon in der Vorbereitung scheitert (Glaxo Wellcome und Smithkline Beecham) oder stark belastet wird (Krupp-Thyssen).

Der Daimler-Chef und sein Kollege Robert Eaton von Chrysler haben „diese Klippe bereits umschifft“, sagt Schrempp. Die neue Führung legten sie als erstes fest. Für eine Übergangszeit von drei Jahren stehen die beiden gleichberechtigt an der Spitze, dann übernimmt Schrempp die Führung. Im Vorstand sind Chrysler- und Daimler-Manager gleich stark vertreten.

Doch dies ist, so Schrempp, nur „die Startaufstellung“. Darin sind die Posten des Vertriebs-, des Pkw- und des Finanzvorstands doppelt besetzt. Die Manager wissen, daß in absehbarer Zeit nur Platz für jeweils einen auf diesen Positionen ist. Machtkämpfe sind programmiert.

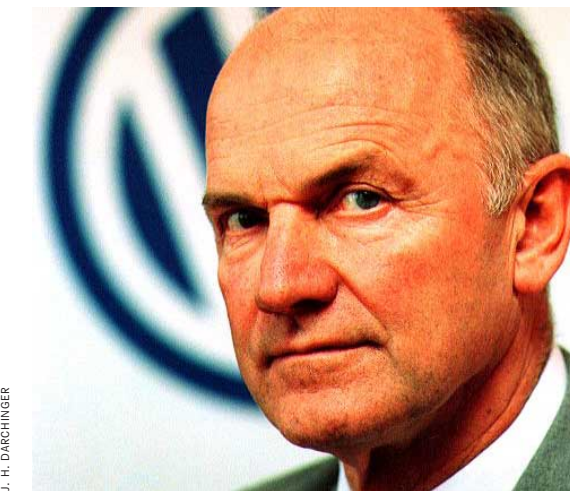
Den großen Sparmöglichkeiten nach der Fusion stehen zudem nicht minder große Risiken gegenüber. Beide Konzerne können sich gegenseitig auch entscheidend schwächen.

Mercedes-Entwickler werden die aufwendige Daimler-Technik künftig auch in Chrysler-Modelle einbauen wollen. Damit erhöhen sie die Kosten der US-Fahrzeuge.

Es ist fraglich, ob amerikanische Kunden bereit sind, dafür einen höheren Preis zu zahlen. Der gemeinsame Einkaufschef, Chrysler-Manager Gary Valade, wird billigere Chrysler-Lieferanten auch für Mercedes-Fahrzeuge nutzen wollen. Doch wenn



Daimler-Benz-Chef Schrempp



VW-Chef Piëch



BMW-Chef Pischetsrieder

Volkswagen

Umsatz 1. Halbjahr 1998: **65,9 Milliarden Mark**

Gewinn 1. Halbjahr 1998: **831 Millionen Mark**

Mitarbeiter: **280 000**

KAUF

Kaufpreis
insgesamt:
**1,95
Milliarden
Mark**

VW kauft:

Rolls-Royce

Kaufpreis: **1,44 Milliarden Mark**

Verkaufte Autos 1997: **1918 Stück**

Beschäftigte: **2500**

Ab 2003 geht die Marke Rolls-Royce an BMW über.
VW behält das Namensrecht an der Marke Bentley.



Audi kauft:

Motorenfabrik Cosworth

Kaufpreis: **350 Millionen Mark**

Umsatz 1997: **349 Millionen Mark**

Beschäftigte: **1300**

Audi kauft:

Lamborghini

Kaufpreis: **155 Millionen Mark**

Umsatz 1997: **75 Millionen Mark**

Gewinn 1997: **235 000 Mark**

Beschäftigte: **310**

„Das ist ein echter Piëch“

Will der VW-Chef tatsächlich eine „Verflechtung“ mit BMW?

Zwei Tage kassierte VW-Chef Ferdinand Piëch Spott, weil er die gerade erworbene Marke Rolls-Royce wieder an BMW verloren hat. Nach der „teuren Schlappe“ („Wirtschaftswoche“) ging Piëch in die Offensive.

Bis zur Übergabe von Rolls-Royce an BMW Ende des Jahres 2002 müssen die Münchner und VW bei Rolls-Royce zusammenarbeiten. Daraus könnte sich, so Piëch in einem Interview mit der „Welt“, „eine enge Verflechtung“ von VW und BMW ergeben.

„Über eine Fusion dürfen Sie spekulieren“, sagt Piëch. Es gebe ein anderes „Denkmodell“. Als die Allianz und die Münchener Rückversicherung jeweils 24,9 Prozent der Aktien des anderen übernahmen, sei durch wechselseitige Beteiligung ein „Gigant“ entstanden. Dies wäre, so Piëch, „übertragbar“.

Der größte Anteilseigner von BMW, die Familie Quandt, dementiert das Gerücht. Und BMW-Chef Bernd Pischetsrieder kommentiert lachend: „Das ist ein echter Piëch.“ BMW hält Piëchs Aussagen für ein Ablenkungsmanöver, mit dem der VW-Chef seine Niederlage im Poker um Rolls-Royce vernebeln wolle.

Piëch ließ beim Kauf zwei Punkte ungeklärt: Er erwarb die Namensrechte von Rolls-Royce nicht mit, und es war ungewiß, ob BMW weiterhin Motoren und Getriebe an Rolls-Royce liefert, bis VW diese durch eigene Fabrikate ersetzen kann.

Beide Risiken hatte Piëch unterschätzt. Er wollte die Namensrechte, die beim Triebwerkshersteller Rolls-Royce Plc. liegen, anschließend kaufen, und er betrachtete die Drohung von BMW, die Motorenlieferung zu kündigen, als „Säbelrasseln“.

Doch der Triebwerkshersteller Rolls-Royce Plc. war nicht bereit, die Namensrechte an VW abzugeben. Und Pischetsrieder kündigte den Liefervertrag zum Juli 1999. Bis dahin wäre es VW nicht gelungen, den Antrieb für Rolls-Royce und Bentley zu ersetzen. Die Fabrik hätte stillgestanden.

Piëch mußte sich mit Pischetsrieder einigen. Bis Ende 2002 liefert BMW weiter Motoren an Rolls-Royce und darf anschließend die Marke übernehmen. VW bleiben für 1,44 Milliarden



Die Chefs von Rolls-Royce, BMW und VW*
„Sie dürfen spekulieren“

Mark nur die zweite Marke, Bentley, und eine Fabrik in Crewe. Hätten die Chefs von BMW und VW sich früher geeinigt, sagt selbst Piëch, „wäre der Preis viel niedriger ausgefallen“.

Ärger im Aufsichtsrat droht ihm dennoch nicht. Der starke Mann dort, Gerhard Schröder, sagt: „Das erfolgreiche VW-Management“ müsse man bei Problemen „auch mal schützen“.

Betriebsrat Klaus Volkert kritisiert Piëch ebenfalls nicht. Er hofft auf ein Gegengeschäft: VW soll den Beetle, der in Mexiko gebaut wird, auch in Wolfsburg produzieren. Der Vorstand signalisiert Entgegenkommen. Wenn die Belegschaft auf einen Teil ihrer Zuschläge für Samstagsarbeit verzichtet, wird der Beetle 1999 in Wolfsburg montiert.

* Sir Ralph Robins, Bernd Pischetsrieder, Ferdinand Piëch am vergangenen Dienstag in London.

die Qualität nicht höchsten Ansprüchen genügt, wird das Daimler-Image schnell Schaden nehmen.

„Es wird verdammt schwierig“, sagt BMW-Chef Bernd Pischetsrieder, die beiden bei Technik und den Marken so unterschiedlichen Konzerne Daimler und Chrysler „unter einen Hut zu bringen“. Der BMW-Vorsitzende glaubt, daß sein Unternehmen nach der Rover-Übernahme und dem Erwerb von Rolls-Royce ausreichend stark ist, um den Verdrängungswettkampf zu überstehen.

Größe allein, sagt Pischetsrieder, ist nicht gleichzusetzen „mit Stärke und wirtschaftlicher Vernunft“. Ford und General Motors haben gerade wegen ihrer Größe Probleme. Die Riesenkonzerne seien schwer zu steuern. Man werde sich schon bald fragen, so Pischetsrieder, „ob nicht dieses Fusionsfieber völlig unsinnig war“.

Daimler-Chef Schrepp sieht die Gefahren. „Eine unserer größten Aufgaben ist es“, sagt er, „die Identität der Marke Mercedes-Benz zu sichern.“

Ende August, beim nächsten Treffen der Daimler- und Chrysler-Vorstände, wollen die Spitzenleute weitere Gemeinschaftsprojekte besprechen.

Eine erste Bewährungsprobe hat die Partnerschaft bestanden. Auf der Teststrecke in Untertürkheim konnten Chrysler-Manager die Mercedes-Modelle probefahren. Anschließend setzten sich die Chrysler- und Daimler-Vorstände in einen Bus, der sie zum nächsten Termin bringen sollte.

Nachdem ihm Schrepp ein Zeichen gegeben hatte, drückte der Fahrer unvermittelt aufs Gas und raste über die Steilwand der Teststrecke. Die überraschten Vorstände hielten sich verkrampt an den Sitzen fest, um nicht durcheinanderzupurzeln.

Ein kleiner Scherz unter Automannern. Die Chrysler-Vorstände haben ihn verstanden und gelacht – zumindest hinterher. ♦



Rolls-Royce Silver Seraph

Scurriler Kampf um die Luxusmarke

ATOMENERGIE

Der Ausstieg ist möglich

SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder plant den zügigen Rückzug aus der Kernkraft. Energieexperten rechnen vor: Relativ rasch könnten alle Reaktoren abgeschaltet werden.

Über eine Zukunft ohne Atomstrom mag Otto Majewski, Chef des Münchner Bayernwerks, kein einziges Wort verlieren: „Zu solchen hypothetischen Überlegungen“, sagt er, „äußern wir uns nicht.“

Anderswo klingt es genauso stur. „Für eine preisgünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung“, so Roland Farnung, Chef des Essener Stromkonzerns RWE Energie, sei die Kernkraft einfach „unverzichtbar“.

Die Herren werden umdenken müssen. Das Ende der Kernkraft rückt näher – zumindest wenn SPD und Grüne die Bundestagswahlen im September gewinnen.

Seit dem Skandal um die verstrahlten Nuklearcontainer drängen nicht nur die Grünen auf den kurzfristigen Atomausstieg. Auch SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder läßt derzeit eine Strategie für den „schnellstmöglichen Weg“ aus der Kernkraft entwickeln. Mehrere Experten, darunter ein ehemaliges Vorstandsmitglied aus der Strombranche, sind für ihn aktiv.

Zwar hat es Schröder nicht ganz so eilig wie die Grünen. Noch genießt er – öffentlich zumindest – seine Lieblingsrolle als Freund der Wirtschaft und Provokateur der Ökopartei. „Der Ausstieg“, verkündete der SPD-Kanzlerkandidat erst vor kurzem, „dauert so lange wie der Einstieg.“

Doch in Wahrheit ist Schröder entschlossen, die Kernkraft abzuwickeln – „im Konsens“ mit den Energiekonzernen, sagt er, denn dann „geht es schneller“.

„Wir werden“, so ein Schröder-Berater, den Stromkonzernen „zwei Szenarien vorgehen: Eines bedeutet Krieg und eines Frieden“. Auf diese Weise sollen die Atomstromer schon bald zu der Einsicht gedrängt werden, „daß Beharren für sie die schlechteste Alternative ist“.

Spielen die Konzerne mit, könnten sie ein Ende des teuren Dauerstreits um die Nuklearentsorgung erreichen. Der strahlende Müll aus allen 19 Meilern soll dann nicht mehr quer durch die Republik nach Gorleben und Ahaus verfrachtet werden, die Polizeieskorte und das öffentliche Demonstrationsritual wären überflüssig.

Möglichst rasch, so die Planspiele in Hannover, könnten nach einer Einigung an allen Kraftwerksstandorten kleinere Zwischenlager entstehen, damit der Streit um die Castor-Transporte ein Ende findet. Zü-

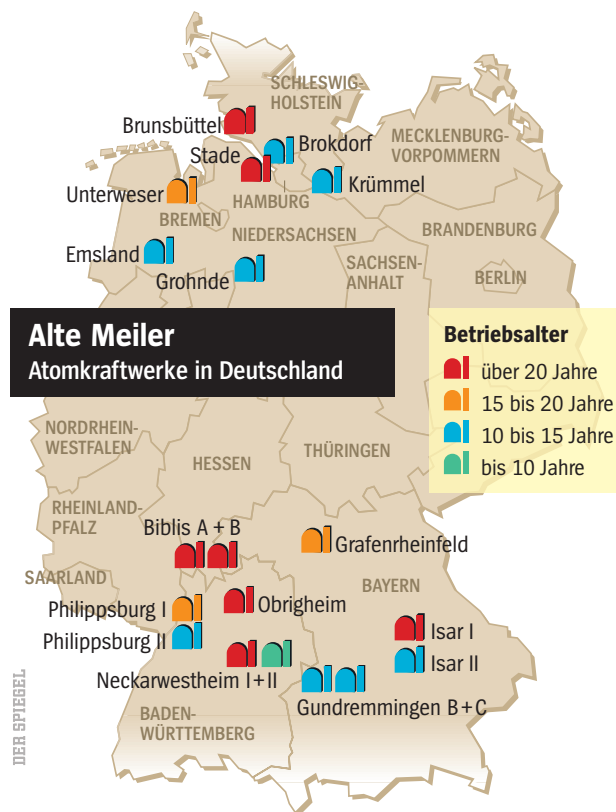
gig sollen die Behörden Genehmigungen für die neuen Lager erteilen. „Das“, so der Schröder-Berater, „muß nicht allzu lange dauern, wenn die Politik es nur will.“

Erweisen sich die Konzerne jedoch als sperrig, drohen ihnen schmerzhaft Nadelstiche. Eine der möglichen Strafen: Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in Frankreich und Großbritannien wird gesetzlich verboten. Dann wären die Stromer gezwungen, einen Teil ihrer Milliarden-Atomrückstellungen aufzulösen und zu versteuern.

Wichtigstes Ziel eines Kanzlers Schröder in den geplanten Verhandlungen mit den Energieunternehmen ist eine Vereinbarung über Restlaufzeiten für alle Atomkraft-



Castor-Transport (im März): Ist ein Ende des



werke. Bereits innerhalb der ersten Legislaturperiode, so die Pläne, werden die sechs ältesten Meiler – Obrigheim, Stade, Biblis A und B, Neckarwestheim 1 und Brunsbüttel – abgeschaltet.

Im Gegenzug soll als maximale Laufzeit für die weniger betagten Kernkraftwerke

die „großzügige Frist“ von maximal 40 Jahren gesetzlich festgeschrieben werden. Die beiden jüngsten Nuklearblöcke, Neckarwestheim 2 und Emsland, dürften dann sogar bis 2028 am Netz bleiben – für die Grünen natürlich eine Horrervision.

Doch ganz so lange mußte die Ökopartei, so die Überzeugung des Schröder-Experten, nicht warten. Denn seit FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt im April den Stromwettbewerb eröffnet hat, werden die Milliarden-Investitionen in Atomkraftwerke immer riskanter. Verglichen mit den Stromerzeugungskosten moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke ist Atomstrom schon heute zu teuer. Im Zuge des europäischen Preiswettbewerbs würden auch die neuen Reaktoren wahrscheinlich aus rein ökonomischen Gründen eher abgeschaltet.

Nur für bereits abgeschriebene Kraftwerke gilt: Sie liefern konkurrenzlos billigen Strom. Auch dieser Vorteil ist allerdings keineswegs von unendlicher Dauer. Denn sobald größere Reparaturen anfallen, können die Kosten explodieren. Aus diesem Grund traf der Energieriese Preus-



teuren Dauerstreits in Sicht?

senElektra bereits im Frühjahr 1995 eine wichtige Entscheidung: Nach 24 Betriebsjahren legten die Strommanager den Meiler Würigassen still, weil die anstehende Nachrüstung des Reaktordruckbehälters zu teuer geworden wäre.

Das ökonomische Ende der Atomkraft, beschleunigt durch gezielten Druck des Staates – darauf setzt Schröder. Seine Strategie dauert länger, hat aber einen entscheidenden Vorteil: Sie vermeidet Milliarden-Überweisungen aus öffentlichen Kassen an die Stromkonzerne. Denn in einer unfreiwillig freiwilligen Stilllegungsvereinbarung zwischen Staat und Unternehmen sollen die Energieversorger auf Schadensersatz verzichten.

Die Grünen dagegen scheinen zur Konfrontation mit den Konzernen entschlossen. Sie wollen es auf ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ankommen lassen. Längst sind unter Federführung von Hessens Umweltministerin Priska Hinz die Vorarbeiten für ein Atomausstiegsgesetz abgeschlossen.

Wichtigste Vorgabe: So schnell wie möglich und ohne Entschädigung der Stromer sollen alle Kernkraftwerke dichtgemacht werden. Bis 2004, so sieht das Paragrafenwerk vor, werden schrittweise alle 19 Meiler abgeschaltet. Drei Regelungen geben den Ausstiegstakt vor:

- Nachträglich werden die bislang unbefristet erteilten Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke auf 25 Jahre begrenzt.
- Lediglich eine „angemessene Übergangsfrist“ von zwölf Monaten soll den Weiterbetrieb gestatten.

- Doch spätestens fünf Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes erlöschen sämtliche Genehmigungen automatisch.

Die Verfassungsmäßigkeit der Regelungen ließen sich die Grünen vom Kasseler Juraprofessor Alexander Roßnagel testieren. Der Jurist glaubt, auch gegen mögliche Schadensersatzklagen der Unternehmen gerüstet zu sein.

Denn natürlich würden die Stromkonzerne in Karlsruhe sich auf das geltende Atomgesetz berufen. Darin wird ihnen „eine angemessene Entschädigung in Geld“ versprochen, falls ihre Betriebsgenehmigungen widerrufen werden.

Als Hauptargument für die Verfassungsmäßigkeit einer „baldigen Beendigung der Kernenergienutzung“ beruft sich der von den Grünen angeheu-

erte Experte auf eine „neue Sicherheitsphilosophie“. „Der Gesetzgeber“, so heißt es in seinem Gutachten, werde künftig eben „das Gewicht des Schadenspotentials erheblich höher“ und sei daher zur Änderung der Gesetze geradezu gezwungen. Zudem, so die Begründung weiter, sei die atomare Entsorgung „weltweit noch nirgendwo gelöst“. Fazit: Eine Entschädigung ist nicht erforderlich.

Ob die Argumentation des Kasseler Juristen vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen kann, ist zweifelhaft. Die höchsten deutschen Richter müßten letztlich klären, wie weit die grundgesetzlich verbrieft Eigentumsgarantie im Falle der Stromkonzerne reicht.

Roßnagels Position gilt nicht als herrschende Meinung unter Juristen. Der Stromriese RWE Energie drohte schon einmal, daß der fällige Schadensersatz „in die Milliarden“ gehen werde.

Auch unabhängige Institute haben sich angesichts eines denkbaren Regierungswechsels mit dem Atomausstieg befaßt. Technisch, so urteilt Hans-Joachim Ziesing vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), „ist ein Ausstieg binnen fünf Jahren möglich“.

Ersatz für den Atomstrom, so das DIW-Szenario, könnten 25 neue Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 10 000 Megawatt schaffen. Investitionen von rund sieben Milliarden Mark, so kalkuliert Ziesing, würden fällig. Die Rechnung an die Energieverbraucher fiele mit einem Strom-

preisanstieg von 1,5 Prozent binnen fünf Jahren nicht allzu üppig aus.

Auch die Fachleute vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie halten den „kurzfristigen Kernenergieausstieg“ für machbar. In einer noch unveröffentlichten Studie für das WDR-Umweltmagazin „Globus“ interessierten sie sich besonders für die wohl unangenehmste Begleiterscheinung eines raschen Meilersterbens: den Ausstoß von CO₂-Gasen.

Der Ersatz durch fossile Energieträger wie Gas oder Kohle würde den Ausstoß des Klimakillers Kohlendioxid um rund 105 Millionen Tonnen jährlich nach oben treiben. Konsequenz: Deutschland würde sein auf der internationalen Klimakonferenz gegebenes Versprechen, eine CO₂-Minderung von 25 Prozent bis zum Jahr 2005, weit verfehlen.

Dagegen hilft, so das Fazit der Wuppertaler Experten, vor allem eines: Haushalte und Unternehmen müßten rasch zu eisernem Stromsparen ermuntert werden. Potential dazu gibt es reichlich, allein durch den Stand-by-Betrieb von Fernseh- und Rundfunkgeräten oder Computern wird Jahr für Jahr soviel Energie verschwendet wie zweieinhalb Atomkraftwerke liefern.

Die nötige Aufklärung könnten – wie in den USA – auch die Stromfirmen selbst leisten. „Am besten“, sagt Peter Hennicke, Autor der Studie, funktioniere der fällige Umbau des Energiesektors, „wenn man die Energieversorgungsunternehmen mit im Boot hat“. Die Einsicht klingt, als stamme sie von Schröder.

In Wahrheit liegen auch die Positionen der Realo-Grünen nicht allzu weit ent-

fernt von den Plänen Schröders. Ihn interessiere weniger, meinte Fraktionschef Joschka Fischer, wann das letzte Atomkraftwerk „dichtgemacht wird, sondern vor allem, wann mit dem Abschalten des ersten begonnen wird“.

Schröder ist überzeugt, auch im Falle einer Großen Koalition mit dem heutigen Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble das Ende der Atomkraft aushandeln zu können. Selbst der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber geht auf Distanz zu den Stromkonzernen. Nach dem jüngsten Atommüllskandal ließ der CSU-Vize mehrere Flächen für Reaktorneubauten aus den amtlichen Planungen des Freistaats streichen.

Die Atomindustrie spürt das Rumoren, und so ganz ohne Not wollen es sich die Konzernchefs nicht mit der Politik verderben. Schon zeigt sich der eine oder andere geschmeidig. „Wenn die Gesellschaft die Kernenergie ablehnt“, sagt PreussenElektra-Lenker Hans-Dieter Harig, „werden wir den Strom eben unter den dann gegebenen Bedingungen erzeugen.“ ♦

„Wir werden den Konzernen zwei Szenarien vorhalten: Eines bedeutet Krieg, das andere Frieden“



K. MEHNER



D. BEMANN

Besetzer „Herbertshof“ in Potsdam, Arabicum: „Meisterwerk von unschätzbarem kunsthistorischem Wert“

MANAGER

Kampf ums Arabicum

Dresdner-Bank-Chef Walter macht mobil gegen Hausbesetzer: Die Villa der Familie des Bank-Gründers soll geräumt werden – im Interesse der Erben.

Fast komplett war der Vorstand der Dresdner Bank auf dem Golfplatz am Wannsee in Berlin versammelt. Die Herren wollten am vergangenen Dienstag gemeinsam einputten. Der Abschlag des Turniers war für 13 Uhr angesetzt.

Nur einer fehlte: Bernhard Walter, der Vorstandssprecher, hatte einen Termin von höchster Priorität. Im Konferenzsaal der Niederlassung seiner Bank am Brandenburger Tor hörte der Chef des zweitgrößten deutschen Kreditinstituts dem 82-jährigen Fred Gann aus Mexiko-Stadt zu. Der war mit seiner in London lebenden Schwester Marion Whitehorn angereist – und bat den Bankchef um eine Gefälligkeit.

Die beiden sind Enkel des jüdischen Bankiers Eugen Gutmann – jenes Mannes, der 1872 die Dresdner Bank gründete. Ihr Vater, Herbert Gutmann, saß von 1909 bis 1931 im Vorstand des Instituts; die Nazis zwangen ihn und die Kinder zur Flucht nach England und Amerika.

Zurück blieb das Haus der Familie, der „Herbertshof“ in Potsdam. Die Villa im Landhausstil verfügt über 80 Zimmer, eine Turnhalle und einen Wassergarten. Einst machten die vornehmen Banker hier ihre Geschäfte, zumindest mit den exklusiven Kunden aus London und New York.

Nach der Flucht der Familie fiel die Immobilie der NS-Frauenschaft in die Hände, später betrieben die Kommunisten darin ein Altersheim. Erst 1992 bekamen Gann und Whitehorn das Gebäu-

de zurück. Doch bis heute blieb ihnen der Eintritt verwehrt.

Eine Gruppe von Hausbesetzern, laut Polizeibericht neun Männer und zwei Frauen im Alter zwischen 19 und 31 Jahren, hat es sich in der einstigen Luxusvilla bequem gemacht. Standesgemäß sind Fenster und Türen mit Stahlrollen, der Garten mit Stacheldraht gesichert. Besucher werden mit Zurufen („Verpißt euch“) begrüßt und durch vom Balkon geworfene Flaschen auf Distanz gehalten.

Seit sieben Jahren schon hausen hier die ungebetenen Gäste, die laut Polizei aus Potsdam, Rathenow, Berlin und Neuss stammen. Jetzt soll geräumt werden, fordern die Erben. Und Walter soll den Behörden Dampf machen.

Atemraubende Bilder der alten Herrlichkeit haben Bruder und Schwester für Walter mitgebracht. Obenauf das Foto vom sogenannten Arabicum, ein in „syrischem Rokoko“ gefalteter Doppelraum, nach Aussagen des Potsdamer Stadtkonservators Andreas Kalesse „ein innenarchitektonisches Meisterwerk von unschätzbarem kunsthistorischem Wert“.

Sieben Millionen Dollar wollte ein Kaufinteressent 1994 für das Anwesen zahlen – allerdings ohne Bewohner. Mit Hausbesetzern war ihm die Villa nur eine Million Mark wert. Das wiederum war der Familie zuwenig, der Verkauf kam nicht zustande.

Ohnehin kann kein Investor die Villa besichtigen. Außer den ungewollten Bewohnern haben das Gebäude in den letzten Jahren nur Polizisten betreten. Vor zwei Monaten durchsuchten sie das Haus nach Kriegswaffen, nahmen die Besetzer fest. Die Beamten fanden defekte russische Panzerminen, eine Präzisionsschleuder, allerlei Diebesgut und Haschisch. Nach kurzer Zeit war die Besetzerschar wieder frei.

Mit ihrer Empörung sind die Erben nicht allein. Walter sagte ihnen Hilfe zu. Noch vor seinem Urlaub will er sich um die Sa-

che kümmern: Rechtsanwälte seines Hauses sollen aktiv werden, außerdem versprach er Gann, politische Kontakte zur brandenburgischen Landesregierung zu nutzen und bei der Suche nach einem neuen Käufer behilflich zu sein.

Auch der mit Walter angereiste Bernhard Freiherr von Loeffelholz, Chef der Kulturstiftung der Dresdner Bank, empörte sich aufs heftigste: „Ein unglaublicher Vorgang. Ich werde den Herrn Stolpe fragen, wieso das Haus nicht geräumt wird.“

So einfach ist die Sache freilich nicht. Eine Räumung im Wahlkampf wäre politisch brisant, zumal die Rechtslage gar nicht so eindeutig ist.

Die Hausbesetzer haben nämlich ein „dauerhaftes Nutzungsrecht“, erklärt Jann Jakobs, der Potsdamer Jugenddezernent, weil die Eigentümer sie längere Zeit geduldet hätten. Tatsächlich besaßen die Gutmann-Erben bereits eine Räumungsverfügung, von der sie in der vierwöchigen Frist allerdings keinen Gebrauch machten.

„Wir waren einfach zu weit weg, um uns darum zu kümmern“, sagt Fred Gann, „außerdem hätten wir das Gebäude später sichern müssen – sonst wären die Besetzer doch gleich wiedergekommen.“

Eine neue Verfügung zu erwirken dauert bis zu anderthalb Jahre, so schätzt Dezernent Ja-

kobs. Und Geerd Piorkowski, der Sprecher der Potsdamer Polizei, erklärt: „Teil der Räumungsverfügung muß auch ein Nutzungskonzept sein – und das gibt es nach unseren Informationen zur Zeit nicht.“

Jetzt hoffen die Erben darauf, daß der mächtige Bankchef die Sache richten wird – und daß Walter das Haus möglicherweise sogar für die Bank erwirbt, um es als Gästehaus nahe der Hauptstadt zu nutzen.

„Ich glaube, es ist eine Art Wiedergutmachung für ihn“, sagt Fred Gann, „schließlich hatte die Dresdner Bank in der Hitler-Zeit so ein ‚Rüfchen‘, daß sie den Nazis sehr geholfen hat.“ ♦



M. DÄRCHINGER

Bankchef Walter

ZEITUNGEN

Gute Zeilen, böse Zeilen

**Comeback des Boulevard-Genies
Franz Josef Wagner: Mit
süffigen Schlagzeilen mischt er
den Berliner Pressemarkt auf.**

Oh, diese Hitze. Franz Josef Wagner, 54, stöhnt und versucht das tropische Klima mittags in eine Zeitungszeile zu pressen. „Ja, daß es gleich so heiß ist ...“, improvisiert er drauflos. Und dann hat er's: „Heute könnten Palmen wachsen in Berlin“.

Aber nein, korrigiert er sich Sekunden später, er hat ja erst gestern das Wetter betitelt: „Gute Sonne: Wannsee 33 Grad – Böse Sonne: 110 Hitzetote in den USA“.

Gute Zeilen, böse Zeilen – Chefredakteur Wagner, dem der Anblick von Urlaubsbildern Urlaub genug ist, mischt seit einigen Wochen den Berliner Zeitungsmarkt auf. Der Zuwanderer aus München will in der Hauptstadt ein modernes Boulevardblatt machen – lokal und weltstädtisch, schräg und hintergründig zugleich.

Die „B.Z.“, seit Anfang Juli unter Wagners Obhut, ist zwar noch die größte Zeitung am Ort. Doch die Auflage des Axel-Springer-Blatts fiel unter die 300 000er-Grenze (siehe Grafik).

Da kam Springer-Zeitungsvorstand Claus Larass auf die Idee, seinen Freund Wagner zu engagieren. Der frühere „Bild“-Reporter und Buchautor („Das Ding“) amtierte schon zweimal als Chefredakteur bei der Illustrierten „Bunte“ – und war dort zeitweilig sogar der Chef von Larass.

Der Mann polarisiert wie kein zweiter im Mediengewerbe. Fans halten ihn für genial, für einen Dichter des Boulevards, der in drei Zeilen eine Story voller Gefühl erzählen kann. Feinde schimpfen ihn einen Chaoten, der seine Redaktion in langen Nachtschichten ausbeutet und Märchen präsentiert, nur weil sie sich so schön lesen.

In Berlin geht es Wagner darum, „den alten Mythos der ‚B.Z.‘ wiederzubeleben“, wie er sagt. Die Zeitung brauche Genies und begabte 20- bis 30-jährige mit frischem Schreibstil, kurz, Leute wie damals in den Fünzigern, als die jungen Journalisten Karl-Heinz Hagen und Günter Prinz eine muntere „B.Z.“ machten. Auch Filmemacher Billy Wilder und Aufklärungspapst Oswald Kolle schrieben für das Blatt. Danach freilich vermuffte die „B.Z.“ mit der Stadt, über die sie schrieb.

Wagner nahm zum Start erst mal die Serie „Berliner Bettgeflüster“ aus dem Blatt, die über sexuelle Praktiken von Paaren in Neukölln und am Prenzlauer Berg berich-

tete. Er druckt lieber die Memoiren des Berliner Alt-Playboys und Gastronomen Rolf Eden. Schon dessen Rolls-Royce, so die Zeitung, rieche „nach Geld und Sex“.

Einen Metropolen-Journalismus sieht Wagner da entstehen, „etwas unerhört Neues“. Auf keinen Fall will er eine zweite „Bunte“ produzieren, auch wenn Ex-Chefredakteurin Beate Wedekind eine Kolumne bekommen soll. Demonstrativ liegt die „New York Post“ in seinem Büro oben auf dem Zeitungsstapel.

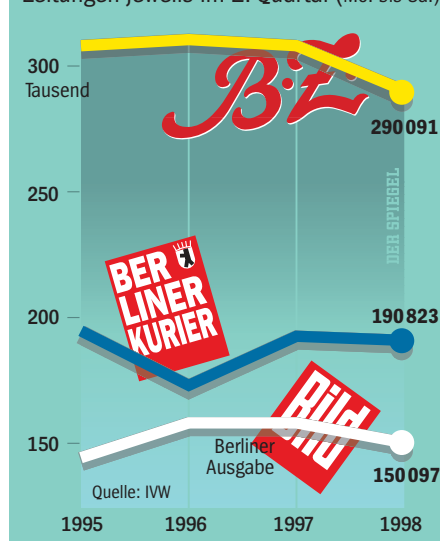
Dank Wagner hat die „B.Z.“ seit einigen Wochen zumindest eine Menge süffiger Zeilen zu bieten. Unter Journalisten gilt das Blättchen schon wieder als kultig.

„Danke, lieber Gott, für den Wannsee“ steht über einer Bade-Reportage. Eine Prominentenserie heißt: „Die mächtigsten Schreibtische der Stadt“, eine Story über Pädophilen-Bars wird mit „Nachts im Revier der kaputten Männer“ verkauft. Und zu den Bayreuther Festspielen titelt „B.Z.“: „Der Hügel ruft! Deutschlands Elite verneigt sich vor Wagner“. So etwas kann nur er, der „Popstar unter den deutschen Chefredakteuren“ („taz“).



„B.Z.“-Chefredakteur Wagner: „Mythos wiederbeleben“

Berliner Straßenkampf
Verkaufte Auflage von Boulevard-
Zeitung jeweils im 2. Quartal (Mo. bis Sa.)



Laufend stellt er den Lesern bizarre Fragen. „Warum frißt die Großstadt so viele junge Seelen?“ heißt es in einem Stück über Drogenkinder. „Genügt einem Baby Männer-Liebe?“ fragt er den frauenlosen Schlagersänger Patrick Lindner. Und von den Teenies will er wissen: „Wie viele Babys wurden auf der Love-Parade gezeugt?“ Dagegen wirkt „Bild“ fast schon bieder.

Im Interview beim Regierenden Bürgermeister fragte Wagner, ganz Volkes Stimme, ob Eberhard Diepgen in seinem Büro die Zeit habe, „über Moral und Unmoral dieser Stadt“ nachzudenken. Nicht die Politik sei sein Thema, erklärt Wagner später, seine Favoriten seien Graffiti, Hundekot, Verbrechen, junge Arbeitslose.

Ob er Berlin wirklich versteht? Wagner selbst bekennt, frühere Aufenthalte als Chef der „Super-Zeitung“ (1991) und Entwickler einer Illustrierten (1997) hätten nicht gereicht: „Auch wenn ich alle Filme mit Marilyn Monroe gesehen habe, weiß ich noch nicht, wie sich ihr Haar anfühlt.“

Demnächst will er, immerhin, aus dem Hotel ausziehen und eine Wohnung mieten, am liebsten in Kreuzberg. Vergessen ist die „Panik der Leere“, die er nach seinem Burda-Ausstieg im Herbst 1997 spürte. Verdrängt hat er das Projekt eines neuen Romans. Verworfen ist das Angebot, die Moderationen der ARD-Lottoshow zu betexten.

In der Berliner Redaktion, die er mit einem Küchenkabinett von Beratern regiert, läßt es „der geläuterte Teufel“ („Zeit“) zwar nach eigenem Bekunden erst mal langsam angehen: „Ich hab‘ doch noch gar nicht in die Texte eingegriffen.“ Doch schon wieder spaltet der Ausnahmejournalist: in entschiedene Kritiker, die über seine Allmachtsphantasien im Redaktionsalltag klagen, sowie in Bewunderer, die den erhöhten kreativen Ausstoß loben.

Das Risiko des Scheiterns ist Wagner bewußt. Lauten Presserummel will er deshalb vermeiden, den früher von ihm gehaßten Redaktionsschluß wird er – mit Rücksicht auf die Kosten – diesmal einhalten: „Ich schmeiß‘ keinen Ausdruck mehr“, verspricht er sich und seinem Vorstand.

Und weil der Himmel über Berlin auch am frühen Nachmittag noch immer wolkenlos ist, will er das Wetter doch noch einmal plazieren, ganz vorne, ganz groß.

„Hitze-Terror: Berlin heißer als Kairo, Bahamas, Bombay“, schlagzeilt er für den nächsten Tag.

Weil ihm das noch immer nicht reicht, beschwert er sich auf Seite eins über „so viel nackte Haut in der Stadt“. Sein Fazit des Tages: „Männer ganz irre“. ♦

INTERNET

„Einfach verrückt“

Spekulationsirrsinn in den USA: Internet-Firmen, die keinen Gewinn machen, werden so hoch gehandelt wie Konzerne. Hauptursache des Booms – die Unkenntnis der Analysten.

Es ist eben doch leicht, Millionär zu werden. Die Dryer-Brüder Jeff, 28, und Brad, 31, haben es ohne viel Aufwand geschafft.

Ohne Startkapital, Business-Kontakte und ohne irgendeine spezielle Ausbildung gründeten sie in einem kleinen Ort in Kansas ihre Firma, betrieben sie eine Weile und verkauften sie im April – für 33 Millionen Dollar, fast 60 Millionen Mark.

Der Weg zum großen Geld war keineswegs beschwerlich für Jeff und Brad. Ihr Unternehmen, Silicon Investor, ist im Prinzip nichts als eine schlichte Internet-Seite, auf der Leute gegen einen Mitgliedsbeitrag miteinander über Aktien schwatzen können. Die Dryers beschäftigten zum Zeitpunkt des Verkaufs einen Angestellten; ob sie überhaupt Geld verdient haben mit ihrer Website, weiß keiner so genau.

Es interessiert auch niemanden. Denn in dem einzigartigen Business, in dem Brad und Jeff sich tummeln, wird der Wert einer Firma nicht mehr in Profiten gemessen. Das Internet rechnet anders. Es hat einen eigenen Markt eröffnet, vermutlich muß den Lehrbüchern der Wall Street bald ein Kapitel hinzugefügt werden.

Silicon Valley in Kalifornien
Firmen ohne Profite

Dort nämlich, an der Nasdaq, dem amerikanischen Handelsplatz für Technologie-Unternehmen, erreichte der Internet-Wahnsinn im Juli seinen Höhepunkt: Die Kurse drehten durch, entfachten einen heftigen Sturm auf sämtliche Aktien, die auch nur irgendwie mit dem weltweiten Daten-netz zu tun haben, und der blies sie aufwärts in die entfernten Galaxien des wirklich großen Geldes.

Als alles wieder ruhiger war, hatte der Markt entschieden, daß Yahoo, Anbieter einer Navigationshilfe, mit der Surfer ihren Weg durch die Datenflut des World Wide Web finden können, fast neun Milliarden Dollar wert sei – mehr als der Medienkonzern New York Times Co. mit seiner immerhin drittgrößten Tageszeitungsaufgabe in den Vereinigten Staaten, mehreren Magazinen und vielen Fernseh- und Radiostationen. Der Yahoo-Kurs war von weniger als 22 Dollar Mitte Juni 1997 auf 207 Dollar hochgerast, plus 840 Prozent.

Der zweite große Gipfelstürmer war der Online-Büchervertrieb Amazon.com. Ihm hatte das schnelle Geld der Investoren und Wall-Street-Händler einen höheren Marktwert zuerkannt als den beiden größten US-Buchhandelsketten zusammen: sieben Milliarden Dollar.

Die Aktie, die voriges Jahr beim Börsengang für 18 Dollar angeboten und zwischen-

durch auf gut 8 Dollar abgerutscht war, schnellte hoch bis auf 147 Dollar. Insgesamt legte der Kurs in den zurückliegenden zwölf Monaten um über 1100 Prozent zu.

„Heißer kann es nicht mehr werden“, befand das „Wall Street Journal“, und der Finanzdienst „Barron's Online“ meinte, daß dieser „Spekulationsirrsinn“ selbst diejenigen überrasche, die in den Sechzigern mit kanadischen Öl-Werten und Anfang der Neunziger mit Biotechnologie-Aktien gehandelt haben.

Auch den Analysten werden die himmelhohen Kurse kleiner Internetfirmen, die oft im kalifornischen Silicon Valley ihren Standort haben, langsam unheimlich. Arthur Newman von Gerald Klauer Mattison etwa hat beschlossen, sich mit Aktien zu solch astronomischen Preisen gar nicht mehr abzugeben. „Das ist einfach verrückt“, meint auch Michael Murphy, Herausgeber des „California Technology Stock Letter“. „Alles, was das ‚.com‘-Siegel hinter dem Firmennamen trägt, läuft“, sagt er. „Es wird zum Laufen gebracht, völlig egal, was die Firma für einen Unternehmensplan hat oder wie sinnvoll es ist, was sie tut.“

Das, was Murphy und die anderen Investment-Experten am meisten verstört an diesem Börsenboom, ist die Tatsache, daß die meisten Internet-Firmen keinen Profit





O. LAUDE / GAMMA / STUDIO X

Yahoo-Homepage, Vorstandschef Google: „Augäpfel“ als Maßeinheit für Erfolg

machen. Amazon.com zum Beispiel hat seit der Firmengründung vor vier Jahren noch keinen Cent verdient. Jedes Vierteljahr mußte der Gründer und Chef Jeff Bezos, 34, Verluste in bis zu zweistelliger Millionenhöhe melden. Erst im Jahr 2001, rechnen die Analysten, werde der Büchervertrieb profitabel arbeiten – vielleicht.

Yahoo hat, als eine der wenigen Ausnahmen, im letzten Vierteljahr wenigstens ein bißchen Gewinn gemacht: 8,1 Millionen Dollar konnte Vorstandschef Tim Koogle vermelden, allerdings auch nur, wenn man die 44 Millionen nicht mitrechnet, die das Unternehmen für den Kauf einer anderen Web-Firma ausgegeben hat. Und selbst dann wäre ein höherer Marktwert als jener der New York Times Co. nicht gerechtfertigt. Der Medienkonzern hat im letzten Jahr immerhin 262 Millionen Dollar Gewinn nach Steuern gemeldet.

Selbst in Deutschland ist ein Anflug von Internet-Hype zu spüren: Als Intershop Communications, Anbieter von E-Commerce-Software, an die Börse ging, schoß die mit 100 Mark schon hoch bewertete Aktie um 150 Prozent nach oben.

Das Augenmerk der Anleger konzentriert sich auf die wenigen scheinbar sicheren Gewinner aus dem E-Commerce-Segment wie Amazon.com und Navigationshilfen wie Yahoo, Lycos, Infoseek und Excite, so daß diese Firmen die ganze Wucht der Dollar abbekommen. Ein beträchtlicher Teil des Handelsvolumens wird vermutlich nicht von ernsthaften Investoren bewegt, sondern von sogenannten Short-Sellern, Profi-Spekulanten, die damit die seriösen Fonds anlocken. Deren Manager müssen ebenfalls Superrenditen nachweisen, wollen sie beim Kleinanleger bestehen.

Wie verrückt die Anleger reagieren, zeigt das Beispiel der Firma Zapata Corp., ein Produzent von Fischöl und Wurstpellen aus Houston. Das Unternehmen hat den Aktienkurs verdoppelt, indem es sich umbenannte in „Zap“, wohl deshalb, weil das cooler klingt, vor allem aber, weil der Vorstand ankündigte, 21 Webseiten kaufen zu wollen.

Ein wichtiger Grund für den Internet-Boom liegt darin, daß niemand den Markt einschätzen kann. Selbst die Analysten tun

sich schwer, versagen doch bei all diesen Firmen ihre klassischen Modelle. Hier spielen weder Cash-flow noch Umsatzhöhe eine Rolle, auch an dem bewährten Verhältnis von Aktienpreis zu Profiten können sie sich nicht orientieren, weil es Profite ja kaum gibt. Zwar haben Online-Händler wie Amazon.com feststellbare Verkaufszahlen und Umsätze – allerdings weiß niemand, wie sich der E-Commerce-Markt insgesamt verhalten wird.

Zum Beispiel wird das Datenetz in Zukunft dem Online-Kunden die Möglichkeit bieten, Preise verschiedener Anbieter in Höchstgeschwindigkeit miteinander zu vergleichen. Das drückt die Preise und damit die Gewinnspanne. Ist Amazon.com dann wirklich groß genug, um dem Wettbewerb gegen die ganz Großen standhalten zu können?

Und Service-Websites, Unternehmen wie Yahoo also, verfügen im Prinzip nur über eine einzige Methode, Geld zu verdienen: Sie verkaufen Anzeigen, die sie auf ihren Seiten platzieren. Die müssen sie den klassischen Medien abjagen.

Ein schwieriger Job, denn immer noch sehen sich zwar 1,6 Milliarden Menschen weltweit die TV-Serie „Baywatch“ an. Die globale Internetnutzer-Schar dagegen macht gerade mal vier Prozent davon aus, hat Gary Chapman von der University of Texas in Austin ausgerechnet.

Um die Anzeigenkunden zu überzeugen, haben solche Internet-Firmen neue Maßeinheiten erfunden. Sie heißen „Page Views“, „Eyeballs“ oder „registrierte User“ und sind das Äquivalent zur Auflage von Zeitungen. Je mehr Eyeballs, Augäpfel also, eine Website auf sich zieht, desto teurer kann sie eine Anzeige verkaufen. Daher rührt auch der Erfolg von Yahoo: Die Firma berichtet stolz von 115 Millionen Besuchern pro Tag und Seite.

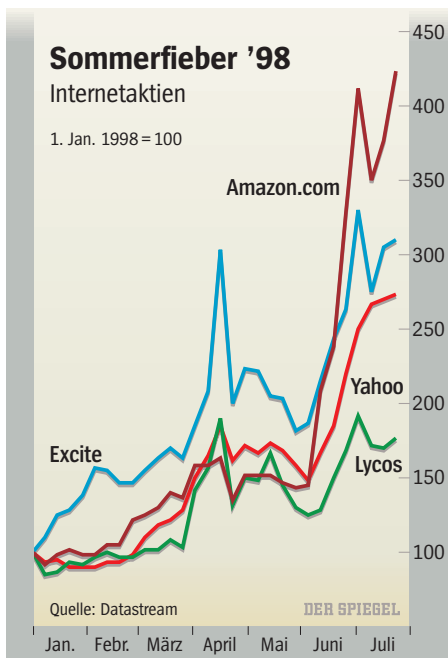
Daher aber auch die hohen Verluste solcher Firmen: Sie müssen viel Geld ausgeben, um die kostbaren Nutzeraugen auf sich zu ziehen, indem sie ihre Seiten immer attraktiver machen und immer lauter dafür werben.

Den Analysten und Investoren bleibt nichts anderes übrig, als sich auf diese Maßeinheiten ökonomischen Erfolgs zu verlassen. Allerdings sind die Daten eher holprige Brücken zu der erhofften virtuellen Zukunft, in der kaum jemand mehr Papierzeitungen liest und in echten Geschäften einkauft, sondern sich über Yahoo und Konsorten in der Welt orientiert.

Vorletzte Woche wurde klar, wie sehr sich die Analysten und Investoren auf die flüchtigen Eyeballs verlassen: Infoseek, eine beliebte Suchmaschine, meldete zwar eine satte Umsatzsteigerung und geringere Verluste als erwartet, aber gleichzeitig zum erstenmal nach all den Jahren stetigen Zuwachses einen geringeren Verkehr auf seiner Seite. Der Aktienkurs knickte ein.

Nach dem Sommerfieber folgte für viele Internet-Firmen womöglich bald schon der Temperatursturz. Denn Microsoft hatte seine neue Internet-Strategie angekündigt, die die Website des Software-Giganten in ein echtes Portal verwandeln soll, mit Reisebüro, Autohändler, eben allem, was die Nutzer wollen.

„Das war eine Kriegserklärung an die gesamte Industrie“, so Michael Murphy vom „California Technology Stock Letter“. Er sieht schwarz für die Investoren, deren Geld in den entsprechenden Aktien steckt. „Viele von ihnen werden sich wiederfinden mit einem nutzlosen kleinen Stück Papier in der Hand.“





Triumph-Model Tanaka bei BH-Anprobe: Die Beine länger, die Gesichter schmaler, die Brüste größer

JAPAN

Der Trick mit dem Klick

Überraschungserfolg für Triumph: Der Miederwarenhersteller aus München sorgt ausgerechnet in Japan mit schrillen BH-Innovationen für Aufsehen.

Tenshi-no-bura“ heißt das neueste Wunderwerk, zu deutsch: „Engel-BH“. „Den haben wir speziell für japanische Busen entwickelt“, sagt Koichiro Yoshikoshi, Japan-Chef des deutschen Unterwäsche-Herstellers Triumph. Binnen weniger Wochen verkaufte er sein pfiffiges Mieder rund einmillionenmal. Der Trick ist simpel, aber wirkungsvoll: Der Engel-BH besitzt vorn in der Mitte einen Klick-Verschluß, mit dem sich der Brust-Ausschnitt stufenweise vertiefen läßt. So kommen auch kleine Oberweiten ganz groß raus.

Mit einer geschickten Werbekampagne überzeugte Triumph die Japanerinnen, daß sie den teuren BH (Preis: 67 Mark) unbedingt brauchen. Selbst die Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai“ bejubelte den Engel-BH als cleveres Produkt und titelte: „Freie Wahl in drei Stufen“.

Im vergangenen Jahr verdiente Triumph in Japan mit seiner größten Auslandstochter 35 Prozent des gesamten Übersee-Umsatzes. Mit Produktinnovationen und einem kämpferischen Management-Stil setzt der mittelständische Familienbetrieb selbst dem japanischen Branchen-Riesen

Wacoal mächtig zu. Mittlerweile ist Triumph in Japan zur größten ausländischen Unterwäsche-Marke aufgestiegen.

Schon seit 1964 arbeitet das Unternehmen in Japan. Doch in dem schwierigen und gegen Ausländer abgeschotteten Markt wollte zunächst nichts so recht gelingen.

Die Deutschen mußten sich in asiatischer Geduld üben – 20 Jahre kämpften sie mit Verlusten. Damals führten die meisten Kaufhäuser nur Produkte japanischer Hersteller, die ihr Territorium zäh gegen ausländische Eindringlinge verteidigten.

Das größte Problem aber bereitete den Deutschen die menschliche Natur: Der Körperbau der damals meist noch kleinsten Japanerinnen ließ die Aussichten auf ein boomendes BH-Geschäft als äußerst fraglich erscheinen.

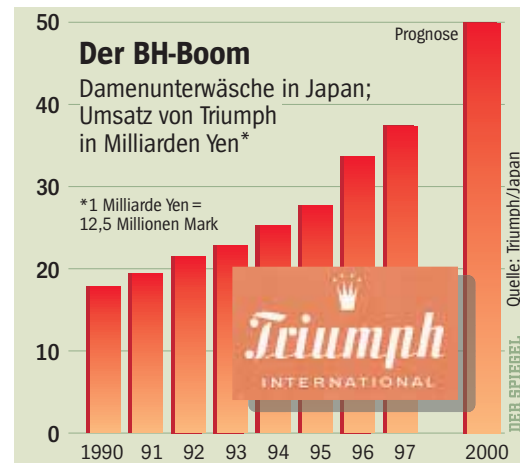
Als der Münchner Triumph-Boß Günther Spießhofer Anfang der sechziger Jahre nach Japan aufbrach, erklärten ihn deutsche Branchenkollegen für verrückt: „Die sagten: ‚Was willst du da verkaufen? Japanerinnen haben doch keinen Busen‘“, erinnert sich Spießhofer. Der Mann ließ sich nicht entmutigen. Seine

Antwort damals: „Dann machen wir ihnen eben einen.“

Selbst Koichi Tsukamoto, der kürzlich verstorbene Gründervater von Wacoal, konnte die Japanerinnen nur schwer überzeugen, daß sie überhaupt einen BH brauchen. Im Land des Kimonos, wo die konturlose Verhüllung als weibliches Schönheitsideal galt, wirkte der BH so überflüssig wie Messer und Gabel in der Sushi-Bar.

Wer einen größeren Busen hatte, wollte ihn verstecken. Die Kaufhäuser verkauften Büstenhalter höchstens schamhaft in einer Ladenecke, verschlossen in Glasvitrinen.

Der ehemalige Soldat Tsukamoto kam 1949 als erster auf die Idee, für seine weiblichen Landsleute Büstenhalter zu basteln. Für den BH „made in Japan“ – innen Drahtgeflecht, außen Baumwolle – nahm



er an seiner eigenen Frau Maß. Doch ein Geschäft wurde daraus nicht.

Auch die Großkonzerne, die sich Anfang der sechziger Jahre in dem Markt versuchten, der keiner war, mußten Niederlagen einstecken. Japan, so schien es, war für die BH-Hersteller ein verlorenes Land.

Der Münchner Spießhofer machte sich trotzdem an die Arbeit. Voller Hoffnung beobachtete der BH-Fabrikant, wie sich Nippons Alltag verwestlichte: Statt Fisch und Reis aßen junge Japaner lieber Hamburger, statt grünem Tee tranken sie nun auch Cola, statt auf dem Fußboden zu hocken, bevorzugten sie Stuhl und Bett.

Frohe Kunde für die BH-Industrie verhiess auch das firmeneigene Institut für Human-Forschung des Konkurrenten Wacoal: Mit japanischer Liebe zum Detail vermißt das Institut seit 1964 tausend Japanerinnen pro Jahr an 50 Körperstellen. Fazit: Japanische Gesichter werden schmaler, die Beine länger – und die Brüste größer. Bei der Körbchen-Größe wuchsen japanische Busen vom Miniwert „AA“ auf „C“ und „D“.

Mit der Busen-Größe änderten die Japanerinnen auch ihre Einstellung zum BH: Nun verlangten sie Modelle, die ihre Brüste nicht mehr schamhaft zur Seite drückten, sondern aufsässig betonten. Von Mitte der achtziger Jahre an nahm das Japan-Geschäft von Triumph explosionsartig zu. Seit Anfang des Jahrzehnts hat die Firma den Umsatz sogar mehr als verdoppelt.

Die Konkurrenz war ebenfalls aufgewacht, es entbrannte ein heftiger Wettbewerb, wie er nur in Japan denkbar ist. Alle sechs Monate wirft die Branche seither neue Modelle auf den Markt. Japanerinnen können zwischen 45 Farbtönen wählen – von violett bis vanillegelb, knallgrün bis kobaltblau. Dagegen wirken die in Deutschland vorherrschenden BH-Farben – weiß, beige und schwarz – so trist, als hätte sie der Papst verordnet.

Wer in Japan Damen-Unterwäsche verkaufen will, muß sich mit den Managern der Warenhäuser gut stellen. Alle drei Jahre verteilen sie ihre Verkaufsflächen unter den Marken-Anbietern. Wer dabei die besten Flächen erhält, entscheidet sich meist beim Golfspiel.

Noch wichtiger sind Qualität und Schnelligkeit: Von seinem modernen Vertriebszentrum Kakegawa in der Mitte Japans beliefert Triumph innerhalb eines Tages das ganze Land. Die Produktion hat Triumph vor fünf Jahren aus Japan in asiatische Billiglohnländer ausgelagert. Insgesamt beschäftigt die deutsche Mutter rund 30 000 Mitarbeiter in Asien.

Wie in einem riesigen Paket-Postamt sortieren in Kakegawa 300 Packerinnen Büstenhalter und Slips. Damit die Unterwäsche nicht in der Schwüle des japanischen Sommers schimmelt, ist jeder Pappkarton mit Alufolie ausgelegt.

Die meisten Arbeiterinnen sind sogenannte Parto – Teilzeitkräfte, die zwar acht

Stunden am Tag arbeiten, aber nur zum niedrigen Stundenlohn von neun Mark. Um Kosten zu senken, hat Triumph in Japan die Zahl der Festangestellten in fünf Jahren von 150 auf 99 reduziert.

In den engen Bergtälern nahe der Ortschaft Kakegawa, in denen Bäuerinnen traditionell grünen Tee anpflanzen, werben an jeder Kreuzung riesige Tafeln mit dem halbnackten Triumph-Model Michelle für den Münchner Investor. Und auch an den Strommasten weisen Schilder den Weg zu „Torimpu“, wie die Firma in Japan heißt.

In Kakegawa unterzieht Triumph alle neuen Produkte für den japanischen Markt einem Härte-test. Wie bei Autos und Fernsehern gelten Japaner auch bei Unterwäsche als extrem „urusai“ (mäkelsüchtig), sagt Werkleiter Nobuyoshi Sakoda: „Wenn sich auch nur ein Faden aus dem Gewebe löst, gibt es einen Aufstand.“

Neue BH-Modelle läßt er meist stundenlang in Waschmaschinen schleudern. Danach testet er sie mit UV-Strahlen auf Farbechtheit. „Eigentlich sollte man einen BH nicht in die pralle Sonne hängen“, sagt Sakoda, „aber die Japanerinnen tun es trotzdem.“



Triumph-Japan-Chef Yoshikoshi, BH-Modelle: „Freie Wahl in drei Stufen“

Sakoda dient Triumph seit über 30 Jahren, für eine japanische Firma hat er nie gearbeitet. Doch wenn es darum geht, Konkurrenten Marktanteile abzugeben, erwacht auch in ihm der Urinstinkt des Firmenkriegers: Dann ergreift ihn eine fast kindliche Besessenheit, Gegner mit technischen Spielereien zu übertrumpfen.

In all den Jahren kam so manche Weltinnovation zustande. In der Firmen-Galerie führt Sakoda stolz einen BH vor, der beim Öffnen des Verschlusses „Eine kleine Nachtmusik“ von Mozart spielt. Es waren die japanischen Triumph-Tüftler, die einen

BH mit zwei Reiswein-Behältern erfanden: Wenn sich die Brust erwärmt, tröpfelt Sake aus dem Mieder.

Mit dem „Yokozuna-BH“ ehrte Triumph den Aufstieg eines populären Sumo-Ringers zum Großmeister. Klar, daß Triumph in Japan zur Fußball-Weltmeisterschaft auch mit einem BH im schwarzweißen Karo-Design für Schlagzeilen sorgte.

Gemessen an Nippons Branchenriesen Wacoal ist Triumph zwar noch immer klein; im wichtigen Geschäft mit den Warenhäusern setzt die Japan-Tochter im Vergleich zu Wacoal knapp ein Drittel um. Dennoch nimmt der Riese den deutschen Konkurrenten ernst. „Triumph ist ein gefährlicher Rivale“, sagt Wacoal-Manager Tadashi Nishitani. An der Wand seines Tokioter Büros prangt in großen schwarzen Schriftzeichen „katsu“ – siegen.

Der „Engel-Klick“ hat Wacoal schwer getroffen. Jetzt wollen die Japaner eine Truppe von 2700 BH-Verkäuferinnen mit dem eigenen „Slender“-BH in die Warenhäuser schicken. Das Modell soll ebenfalls über einen Vorderverschluß verfügen, „der den Ausschnitt schön zur Geltung bringt“, wie der Firmenboß beschreibt.

Der örtliche Triumph-Chef Yoshikoshi versorgt seine 1600 Kaufhaus-„Beraterinnen“ bereits mit Gegenargumenten für die Werbeschlacht. Er weiß: In der Krise zählt jeder verkaufte BH und jeder Slip doppelt.

Auch im Fernsehen hält Triumph tapfer dagegen. Seit Wochen wirbt das „Campaign-Girl“ Keiko Tanaka – mit knappem Höschen, BH und Strapsen bekleidet – um die weibliche Kundschaft. Fröhlich trällert sie auf japanisch den Firmen-Song: „Ich bin so glücklich, so glücklich mit Triumph, immer lächelnd wollen wir unsere Brust strecken.“ ♦

HELDEN

Little Nemo ganz groß

Hinterher will es natürlich wieder keiner gewesen sein: Für schlaue Sprüche oder tückische Taten geradestehen, das mag nicht jeder. Was tun? Schon Homers Held Odysseus kam auf eine List, die noch heute so manchen Philosophen ins Grübeln bringt: Gefangen und bedroht vom rüden Zyklopen Polyphem, stellte er sich dem Unhold als „Niemand“ vor – und konnte nach seiner Flucht schadenfroh zusehen, wie der tumbe Riese vergeblich nach ihm herumfragte. Logiker tun den Trick des Odysseus gewöhnlich als ein simples Spiel mit „scheinbaren Eigennamen“ ab. Oft haben sie damit auch recht, etwa bei der Antwort auf den Kinderspruch „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?“ oder in der Western-Klamotte „Mein Name ist Nobody“. Doch nun packt der Germanist Hannes Fricke, 31, noch ganz andere literarische Späße aus. Da erfanden etwa ein paar spöttische Kirchenkenner um 1500 einen „Sankt Niemand“ und dichteten um ihn eine ganze Heiligenlegende samt – leerem – Konterfei zusammen. Der couragierte Humanist Ulrich von Hutten ließ einen Nemo „gegen die wilden Türken in den Krieg“ ziehen und rüffelte so die Untätigkeit von Europas Monarchen. Und in der Neuzeit ist unter den Literaten eine wahre Niemand-Inflation ausgebrochen: Von den fabelhaften U-Boot-Reisen des Kapitän Nemo bis zu Bert Brechts hintersinnigen „Geschichten vom Herrn Keuner“ oder Winsor McCays märchenhaften Bilder-

geschichten über die Traumreisen des „Little Nemo“ – allerorten in der Weltliteratur scheint der seltsame Kerl sein Unwesen zu treiben. Der Lyriker Paul Celan, der ein ganzes Buch rätselhaft bitterer Gedichte „Die Niemandrose“ nannte, machte ihn sogar zur Symbolgestalt verlore-

ner Hoffnungen und stimmte ein schwermütiges „Gelobt seist du, Niemand“ an. Hat Fricke bei seinem Streifzug irgendeinen Niemand ausgelassen? Nobody is perfect, würde der Forscher zugeben. Darum beendet er seine vergnügliche Schattenparade auch mit dem Satz: „Wie es jetzt weitergehen soll, weiß niemand.“

Hannes Fricke: „Niemand wird lesen, was ich hier schreibe“. Über den Niemand in der Literatur“. Wallstein Verlag, Göttingen; 560 Seiten; 78 Mark.



Nazi-Darsteller Vaughn (o.), Fox, Sharif

AUSSTELLUNGEN

Spiel mit dem Nazi-Chic

Ein gewisser „dunkler Glanz“ gehe von den Ledermänteln und den feldgrauen Uniformen aus, behauptet Jeremy Millar, Kurator der renommierten Londoner Photographers' Gallery. Die Soldatenkleidung der Wehrmacht, Klamotten von SS-Verbänden hätten längst Sex-Appeal erworben, seien zum Fetisch erhoben worden und hätten einen „Nazi-Chic“ begründet. Zusammen mit dem New Yorker Fotografen Piotr Uklanski will er das vom Samstag dieser Woche an in einer Ausstellung belegen. 100 Fotografien prominenter Schauspieler in Nazi-Kluft – etwa Robert Vaughn, Edward Fox oder Omar Sharif – sollen bei den Besuchern widersprüchliche Emotionen der „Abscheu“ vor dem Dargestellten, aber auch der „Identifizierung“ mit den Stars hervorrufen. Fotograf Uklanski, 1969 in Warschau geboren, hofft, die Betrachter könnten erkennen, in welchem Ausmaß das heutige Geschichtsbild ein Produkt der Filmindustrie ist. Um die Sorge zu entkräften, die Ausstellung könne sich zu einem „Magnet für Neo-Nazi-Andachten“ entwickeln, will Millar zusammen mit den Bildern ein Sortiment seriöser Geschichtsdarstellungen über Nazi-Zeit und Holocaust bereithalten.

FREIZEIT

Quer durch die Beete

Die Hobbygärtnerin Carola Rückert führt gern Fremde durch ihr Pflanzenreich, „aber an manchen Tagen wird es selbst mir zuviel“. Dann drängen sich bis zu 250 neugierige Besucher zwischen ihren Rosenbüschen und Prachtstauden im oberfränkischen Rödental. Verantwortlich für den Ansturm ist der Gartenbau-Ingenieur Ronald Clark, 42, der jetzt einen „Reiseführer zu privaten und öffentlichen Parks und Gärten in Deutschland“ geschrieben hat. In dem fruchtbaren Garten-Guide (Titel: „Gärten 1998/99“, Callwey Verlag) werden 850 Privatgärten und öffentliche Parks vorgestellt, darunter mehr als 100 Heim- und Kleinanlagen, die öffentlich zugänglich sind. Den „naurnahen Sammlergarten“ des Ehepaars Knospe im niedersächsischen Hinte

etwa empfiehlt Clark wegen einer besonders schönen „Miniaturnaturblumenwiese“. Clark will aber „keine Hitliste der schönsten Gärten des Landes“ bieten, sondern einen Leitfaden zur „Gartenkultur, die man keinesfalls mit Gartenkunst verwechseln sollte“.



Privatgarten in Niedersachsen

„Mein Kind ist mir unheimlich“

Sie lernen mit vier Jahren Chinesisch und Japanisch, interessieren sich für Politik und Philosophie, aber leiden häufig auch unter ihrer Intelligenz: hochbegabte Kinder. Unterforderung, so zeigen neue Studien, führt zu Wutanfällen, Depressionen und Lernstörungen.

Marcel war schon als Baby seltsam. Er schlief nie länger als zwei Stunden am Stück, krabbelte und sprach früh, spielte ungern mit anderen Kindern und bekam regelmäßig Wutanfälle. Beim Frühstück fragte er: „Wie funktioniert ein Atomkraftwerk? Wie funktioniert der Luftausgleich bei tauchenden Walen?“

Erzieher und Lehrer reagierten meist unwirsch auf den Wissensdurst des Kleinen. Die Eltern überlegten besorgt, warum sich ihr Sohn bei gleicher Erziehung so anders entwickelte als seine ältere Schwester. „Bei ihr“, erinnert sich Vater Helmut Mang, 42, „verlief alles ganz normal.“

Weil weder Erzieher noch Grundschullehrer Rat wußten, schleppten die Eltern Mang ihren Sohn zu etlichen Kinderpsychologen, ließen ihn verschiedene Therapien machen. „Aber an seinem Zustand“, erklärt Marcells Mutter Regina Mang, 34, „änderte sich nichts. Er nervte und gab uns das Gefühl, alles falsch zu machen.“

Die Lösung schließlich, Marcel war neun Jahre alt, brachte ein umfassender Intelligenztest: Marcel hat einen Intelligenzquotienten von 139 und gehört somit zu den zwei bis fünf Prozent hochbegabten Kindern, die es, wie Experten schätzen, pro Geburtenjahrgang in Deutschland gibt. „Also, blöd bin ich nicht“, sagte Marcel erleichtert.

Der inzwischen Elfjährige wäre gern wie andere Kinder auch: nicht so kompliziert. Er spielt Schach, liest jede Menge Sachbücher, interessiert sich für Geschichte und Computerspiele. Die Diagnose Hochbegabung, erklärt Lastwagenfahrer Mang freimütig, habe ihn ziemlich überrascht. „Leider kam sie Jahre zu spät.“

Mit hochbegabten und somit außergewöhnlichen Kindern befaßte sich die amerikanische Psychologieprofessorin Ellen Winner. Ihr neues Buch beschreibt, wie hochbegabte Kinder wirklich sind, wie es um ihren psychischen Zustand und ihre Sensibilität steht und was betroffene Eltern tun können, um Tragödien in der Schule zu vermeiden*. Winner schildert zwar nur amerikanische Fälle, aber viele ihrer Erkenntnisse sind allgemeingültig.

* Ellen Winner: „Hochbegabt. Mythen und Realitäten von außergewöhnlichen Kindern“. Aus dem Amerikanischen von Maren Klostermann. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart; 424 Seiten; 78 Mark.



Hochbegabte beim Chinesisch-Unterricht: „Machen Sie sich nichts draus“

Hartnäckig hielten sich bisher falsche Vorstellungen vom Wesen der Hochbegabung, so Winners These, „vielleicht, weil Begabungsforschung ein heikles, politisch brisantes Thema ist und häufig als elitäre Verirrung gebrandmarkt“ werde.

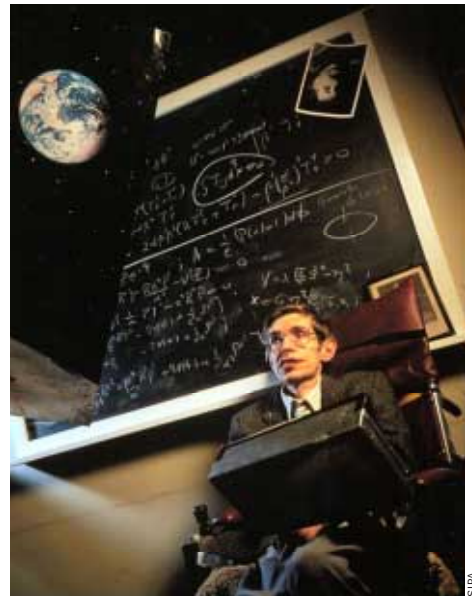
Winners Buch und regelmäßige Kongresse machen deutlich, daß betroffene Eltern und Experten mehr und mehr an die Öffentlichkeit wollen. Das Thema sei zwar nicht mehr so tabuisiert wie noch vor wenigen Jahren, berichtet Susanne Matz vom Verein Hochbegabten-

und um Legastheniker. Hochbegabung heißt, daß ein Kind aus der Norm fällt. Diese extreme Begabung kann wie eine Behinderung sein.“

Winner belegt anhand von neuen Untersuchungen, daß hochbegabte Kinder keineswegs immer universell hochbegabt sind, psychisch längst nicht so robust, wie man bisher angenommen hatte – und daß sie auch nicht zwangsläufig kreative und brillante Erwachsene werden.

Viele Hochbegabte, sagt Matz, steigen in der Schule ab oder landen in der Son-

Die Allround-Überflieger kommen als schlaue Babys zur Welt und entwickeln dann kontinuierlich eine wütende Wißbegierde, einen Hunger nach geistigem Input. Nicht alle fallen so spektakulär auf wie die Engländerin Rosalind Selfe (IQ 173), die als Elfjährige ein Mathematikbuch veröffentlichte. Doch für die meisten hochbegabten Kinder gilt: Sie sprechen früh, sind sehr konzentriert beim Spielen, mit vier schreiben, lesen und rechnen viele, lernen Japanisch, Chinesisch oder Russisch.



Genies Schumann, Picasso, Hawking: Wütende Wißbegierde und Hunger nach geistigem Input

förderung in Flensburg, „aber Aufklärung tut not“.

Bis heute geht man in den USA mit dem Thema unbefangener um als in Deutschland. Hierzulande werden höchstens 20 Prozent aller hochbegabten Kinder erkannt, noch weniger werden gefördert. Die Gründe dafür liegen in der Vergangenheit: Die Bemühungen der Nationalsozialisten, den arischen Übermenschen heranzubilden, diskreditierten jedweden Elite-Gedanken. Die 68er-Bewegung erhob Chancengleichheit und Bildung für alle zum Ideal. Diesem Gleichheitsgedanken hängen viele Pädagogen heute noch an. In den USA hingegen gibt es zur Züchtung von überdurchschnittlich intelligentem Nachwuchs längst Samenbanken mit Top-Erbgut. Und während dort und in Japan frühzeitig Begabungstests stattfinden, kümmern sich hier nur eine Handvoll Schulen und einige fleißige Vereine um die Frühzünder.

„Elitenförderung“, wenn sie diesen Begriff höre, sagt Sozialpädagogin Matz, „da wird mir immer ganz schlecht“. Ihr Zorn richtet sich gegen das Bildungssystem, das weder in Ausbildungs- noch Fortbildungsrichtlinien für Erzieher und Lehrer das Thema Hochbegabung vorsieht. Matz: „Lehrer kümmern sich um Lernschwache

derschule, weil sie auf chronische Leistungsunterforderung mit Aggressivität reagieren. Ein trauriger Fall ist Arno Funke, der berühmte Kaufhaus-Erpresser „Dagobert“, der die Polizei zwei Jahre lang höchst geschickt foppte und dem man nach seiner Festnahme einen IQ von 145 bescheinigte.

Aus „hochbegabt“ kann schnell „schwer erziehbar“ werden – das gilt vor allem für Jungen. Sie werden rebellisch, während Mädchen sich eher zurückziehen oder mit Anorexie und Bulimie reagieren. Das mag mit ein Grund sein für das weltweit verbreitete Zahlenverhältnis von vier zu eins – danach kommen auf ein hochbegabtes Mädchen vier hochbegabte Jungen. Ein weiterer Grund ist, daß Väter sich mit hyperintelligenten Töchtern schwerer tun als mit Jungen, entsprechend weniger Mädchen, so folgern die Experten, würden gefördert.

Matz bietet Fortbildungen für Erzieher und Lehrer und berät verzweifelte Eltern. Sie weiß von Schulverweisen, Selbstmordversuchen, Psychatrieeinweisungen. 17 Beratungsstellen hat der Hochbegabten-Verein mit Hauptsitz in Bochum inzwischen bundesweit eingerichtet – längst nicht genug, wie Matz findet, die die Zahl aller Hochbegabten zwischen 6 und 16 Jahren bei 300 000 vermutet.

Sie haben ein erstaunliches Gedächtnis, interessieren sich für Erwachsenen-Themen wie Ethik, Religion, Umweltpolitik. Sie sind friedliebend und haben einen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn. Allerdings werden sie häufig als Klagscheißer und Streber verspottet.

Berühmte Genies, von denen manche als Wunderkinder gelten und andere nicht, kennt man vor allem aus den Bereichen Naturwissenschaft, bildende Kunst, Literatur und Musik. Der Erfinder der Relativitätstheorie, Albert Einstein, gehört ebenso dazu wie der gelähmte Astrophysiker Stephen Hawking. Picasso, Goethe und Clara Schumann zählen zu ihnen wie auch Felix Mendelssohn-Bartholdy, der mit 17 Jahren die Ouvertüre zum „Sommer-nachtstraum“ komponierte, und natürlich Mozart, der als Vierjähriger bei falschen oder zu lauten Tönen zu weinen begann.

„Mein Kind ist mir unheimlich“ ist der Satz, den Matz am häufigsten hört. Leistungsversessene und überehrgeizige Eltern hingegen sind sehr viel seltener, als man annimmt. Das sei ganz einfach zu erklären, findet Matz: „Hochbegabung ist teuer.“

Um ehrgeizige Eltern auszusondern, die ihre Kinder gern drillen, empfiehlt sie seriöse Testdiagnostik. Ab einem Testergebnis von rund 130 sprechen Experten von

außergewöhnlicher Begabung. Die kleinen Schrauben im Kopf auszulasten, so Matz, sei für Eltern „die einzige Möglichkeit, um Ruhe einkehren zu lassen“.

„Machen Sie sich nichts draus“, tröstete ein Lehrer Marga Gootjes-Schwarz, 48, die gleich drei hochbegabte Kinder hat. Alle drei erschienen den Lehrern fehlangepaßt: Mal reagierten sie aggressiv, mal gelangweilt und apathisch auf die Monotonie in der Schule. Schließlich drückte sich der Frust der Kinder deutlich wahrnehmbar körperlich und seelisch aus. Die Kinder litten unter Durchfall, Bauchschmerzen oder Depressionen und verweigerten den Schulunterricht zeitweise ganz.

Inzwischen haben die Eltern die Hochbegabung ihrer drei Kinder schwarz auf weiß, was sie mit durchaus gemischten Gefühlen erfüllt. Denn mangels Fördermöglichkeiten in unmittelbarer Umgebung sahen sie sich gezwungen, einen Kredit aufzunehmen: Eine Tochter geht auf eine Schule für Hochbegabte in Braunschweig, ihre Schwester befindet sich auf einem entsprechenden internationalen Internat in Schottland, und der zehnjährige Bruder besucht ein katholisches Gymnasium. Die monatlichen Gesamtkosten betragen rund 8000 Mark.

Zeitweise, so Gootjes-Schwarz, fühle sie sich wie unter Schock. Freunde seien längst neidvoll auf Distanz gegangen, an Geld und Unterstützung fehle es immerzu, und schließlich sei die Ausbildung der Kinder ja noch nicht beendet. „Verflucht noch mal“, sagt Gootjes-Schwarz, „manchmal fragen mein Mann und ich uns: Hätte es ein IQ von 100 nicht auch getan? Und mußten es gleich drei sein?“

Ebenfalls leidgeprüft ist Evelyn Schönhage, 49. Die Mutter, die im hessischen Pohlheim lebt, erhielt einen Brief vom Kultusministerium, in dem es lapidar heißt, im Bundesland Hessen gebe es „keine gesonderten Programme zur Förderung von besonderen Begabungen“. Die Förderung sei „Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen ihres Unterrichtsauftrages“. Keine Fördermöglichkeit? In ganz Hessen nicht? „Sehr befremdlich“, findet Frau Schönhage diesen Brief. Und was heißt schon „Aufgabe der Lehrer“: Die Schule, die ihr überdurchschnittlich intelligenter Sohn Oliver, 9, besucht, erlaubt bislang nicht, daß er eine Klasse überspringt. Schönhage: „Man läßt diese Kinder verkümmern, und womöglich landen sie irgendwo als Hilfarbeiter.“

Eine Chance für hochbegabte Kinder, für die es sonst so gut wie nichts an Einrich-



Hochbegabtes Kind Marcel: „Also, blöd bin ich nicht“

tungen gibt, ist der Kindergarten des „Christlichen Jugendwerks Deutschlands“ (CJD) in Hannover. Der republikweit einzige sozial-integrative Kindergarten ist ein wohldurchdachtes Pilotprojekt, finanziert durch die großzügige Stiftung des ehemaligen Hertie-Eigners Hans-Georg Karg. Rund die Hälfte der 85 hier betreuten Kinder ist hoch begabt, angeschlossen an das Modell ist ein nachmittägliches Programm, das Kurse in Chinesisch, Spanisch, Biologie, Theater bietet. Separation lehnt Leiterin und Psychologin Christa Hartmann ab, weil sie will, „daß die Kinder ein realistisches Abbild unserer Gesellschaft erleben“.

Für Betroffene, die nicht im Großraum Hannover leben, sieht der Kindergarten Ferienkurse vor, um Kindern aus dem gesamten Bundesgebiet die Chance zu geben, wenigstens einmal im Jahr ein stimulierendes Angebot unter Gleichgesinnten wahrzunehmen.

Hartmann, die auch Beratungen für ältere Kinder anbietet, bedauert, daß viele Eltern zu spät zu ihr kämen, nach entnervenden Schul-Odysseen und vergeblichen Therapieversuchen. Daß herzerreißende Weinkrämpfe, Wutanfälle, Nägelkauen oder Bettnässen Reaktionen auf die ständige Unterforderung eines Kindes sein können, diese Idee liegt erst einmal nicht nahe. „Nicht kindergartenfähig“, heißt es allzuoft, und von da an erleben die meisten Kinder jahrelang, daß ihre Schwächen bearbeitet werden und niemand ihre Stärken sieht.

In Nürnberg wird gerade ein zweiter Kindergarten des CJD gebaut. Auch dort wird nicht Leistung im Vordergrund stehen, sondern das Bemühen, die hochsensiblen kleinen Geschöpfe in ihrer Persönlichkeit zu stabilisieren. Das Konzept funktioniert offenbar. „Früher“, sagt Niko, 11, der im hannoverschen Kindergarten einen Theaterkurs besucht, „fand ich mich nicht gut zurecht in der Welt. Heute weiß ich: Ich bin hochbegabt, aber sonst ganz normal.“

ENTERTAINER

Wischmop auf Krankenschein

Um Guildo Horn ist es still geworden. Mit Recht, meinen Spötter. Mit Absicht, sagt sein Manager, der diese Woche neu durchstarten will. Nur wohin?

Mit Flutwellen und Trends verhält es sich ähnlich: Sie kommen überraschend, reißen alles mit, ebbten wieder ab und hinterlassen oft eine Spur der Verwüstung. Das Büro der Deutschen Schlageragentur sieht aus, als sei jeder Gedanke an Aufräumarbeiten hoffnungslos.

Die Kölner Hinterhof-Baracke ist vollgemüllt mit Umzugskisten, Kitsch und Krempel. Mittendrin sitzt Horst Köhler alias Guildo Horn, selbsternannter „Meister“ und Schlager-Schamane – heiser, müde, ausgelaugt. Er ist Auslöser und Opfer einer Katastrophe, die vor Monaten die ganze Nation in einen schnulzenschmetternden Kindergarten verwandelte.

Damals erregte dieselbe Frage Feuilletons wie Frisiersalons: Darf ein schmerzbäuchiger Schwitzbold, dessen Haar so schütter ist wie seine Stimme, Deutschland beim Schlager-Grand-Prix vertreten?

Er durfte, weil man mit seiner Hilfe endlich einmal Sinn für Humor beweisen konnte. Nach seinem finalen siebten Platz in Birmingham war der Trierer Volksfreund nach eigenem Empfinden „derart omnipräsent, daß ich mein eigenes Gesicht nicht mehr sehen konnte“. Die in seinem Hausflur marodierenden Fans hatte er bald ebenso satt wie die meist viel zu klebrigen Nußecken, die ihm überall aufgedrängt wurden.

Deshalb legte Horns Manager Johannes Kram eine Vollbremsung hin, bei der die Berichterstatter glatt aus der Kurve getragen wurden. Seither findet die massenmediale Meister-Show weitgehend ohne Mitwirkung des Hauptakteurs statt.

Bei einer Emnid-Umfrage landete Horn nur auf Platz 108 der erotischsten Männer – zwei Plätze hinter Kanzler Kohl. „Playgirl“ machte ihm ein Angebot für Nacktaufnahmen, was vor allem Werbung für das Frauenblatt war. Der Mainzer Minister Rainer Brüderle (FDP)

drängte sich bei der Eröffnung eines Freizeitparks neben Horn, um auch mal kultig zu wirken. Zwei Hamburger sicherten sich die Rechte am Namen „Guildos Nußecke“.

„Es ist unter aller Kanone“, schimpft Horn heute, „wie dreist manche Leute versuchen, aus meinem Namen Kapital zu schlagen.“ Aber wofür soll man mit diesem Wischmop-Gesicht eigentlich werben, wenn doch eine aktuelle Image-Analyse warnt, daß 60 Prozent es „langweilig“ bis „gar nicht sympathisch“ finden?

Mittlerweile grinst der Meister von den Flaschenhälsen einer Party-Spirituose, die eine Trierer Sektkellerei in vier Farb- und Geschmacksverirrungen feilbietet. Ergee bezahlt den Sänger samt seiner „Orthopädischen Strümpfe“-Band für eine Sockenkollektion – und das, obwohl er auch bei „Bild“ den traditionellen Neu-Star-Absturz erlitt.

„Guildo aufgelaugt: Da gab's was auf die Nuß?“ titelte das Blatt, nachdem er sich vor seiner Wohnung mit einem Paparazzo rangelte. Ursache des Ausrasters: Familienvater Horn, 45, war mit einer Blondine namens Susi erwischt worden, die angeblich „süße 19“ ist und nicht nur auf des Meisters Musik „total abfährt“.

Was soll nun folgen? Nußecken-Allergie? Amokfahrt mit eine Horde süßer 15jähriger durch Phantasialand? Oder die

Schlagzeile „Der Meister gesteht: Mama, ich bin eine Frau“? Eigentlich reicht es.

Der von Manager Kram gerade akribisch zusammengetragene Hornsche Zitatenschatz „von A–Z“ outet seinen Schützling nicht nur als gelegentlichen Windelträger, Marschmusik-Hörer und Jogginghosen-Fetischisten, der seinen Körpergeruch zu schätzen gelernt hat. Unter M wie Mutter steht da: „Sie hat gedient und geliebt und ist somit selbst zu einer Ikone im Dienst des deutschen Schlagers geworden.“ Unter P wie Prävention: „Mich müßte es auf Krankenschein geben.“ Und unter V wie Vorlieben: „Es gibt attraktive Männer, und es gibt attraktive Frauen.“

Eine solche Mischung aus Mutti-Muff, Therapeuten-Größenwahn und Hose-runter sollte noch für ein paar Schlagzeilen reichen, bis die in den Januar verschobenen Dreharbeiten zum ersten Guildo-Film (Horn als singender Friseur!) beginnen.

Diese Woche will er erstens eine Goldene Schallplatte in Empfang nehmen und zweitens seine neue Single „Tanz den Horn“ vorstellen, die wie eine Mischung aus Torfrock und drogenfreiem Billy Idol klingt – von dem Punkrocker borgte er sich auch dessen „Rebel Yell“-Melodie. Dazu wurde ein Formationstanz entwickelt: Die epilepsieähnlichen Verrenkungen sollen

mit Hilfe des Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverbandes eine breite Mitmach-Schar finden. Ob der krude Ententanz-Ersatz einschlagen wird, ist mehr als fraglich.

Die Agentur dpa zitiert neuerdings anonyme Konzertbesucherinnen, die Horns Bühnen-Strips „eklig“ finden: „Einen Schwabbelbauch kann ich mir auch zu Hause ansehen.“ Und der Berliner „Tagesspiegel“ wundert sich plötzlich über die „trübe verschleierte Gefühlswelt, die da bedient wird“.

Vielleicht war der ganze Rummel nur ein Mißverständnis. Vielleicht verkörpert Horn nur das Prinzip Geisterbahn: Beim ersten Mal gruselt man sich; beim zweiten Mal wird gelacht; ein drittes Mal gibt es nicht, weil schon die nächste Jahrmarktsattraktion wartet.

„Ich bin eine Ware“, weiß Horn. Aber wer kauft einen Scherzartikel, der letztlich genauso unlustig ist wie all jene totgeglaubten Schlager-Grufties, die momentan im Windschatten des Meisters ihre Rentenkasse aufbessern?

Unter Z wie Zukunft beweist Horns Zitaten-Alphabet wenigstens seherische Qualitäten: „Vielleicht fahre ich später Taxi oder einen Lkw.“ ♦



Schlagerstar Horn: Tanzlehrer für Ententanz-Ersatz eingespannt

TOUR DE FRANCE

„Sklaven nützen uns nichts“

Opel-Aufsichtsratschef Hans Wilhelm Gäb über Sportsponsoring in Zeiten des Dopingbetrugs, über Krisenmanagement und Erfolg um jeden Preis

Gäb, 62, gilt als Initiator des jährlich 50 Millionen Mark teuren Opel-Sportsponsorings. Der gelernte Journalist, Vizepräsident von General Motors Europe, kam als Tischtennispieler zu Meisterehren und war bis 1994 Chef des Tischtennis-Bundes.

SPIEGEL: Herr Gäb, Sie kontrollieren als Opel-Aufsichtsratschef die Geschicke eines der größten deutschen Sportsponsoren. Wenn Sie Chef der Deutschen Telekom wären, hätten Sie den Radrennstall von der Tour de France abberufen?

Gäb: Ich würde nicht aussteigen, wenn ich der Überzeugung wäre, daß die Fahrer meines Teams mit Doping niemals zu tun hatten. Die Telekom setzte ihre Hoffnung sicherlich auf die bisher unangetastete Integrität von Jan Ullrich.

SPIEGEL: Die Generaldirektion der spanischen Lotterie Once hat ihr Team vorzeitig nach Hause geholt.

Gäb: Das kann eine notwendige Entscheidung sein. Wer als Sponsor nicht absolut sicher sein kann, daß in seinem Team Sauberkeit herrscht, der muß zurück – wer Doping toleriert, ruiniert sein Firmenimage.

SPIEGEL: Wann wird das Werbefeld Sport für einen Sponsor gefährlich?

Gäb: Wenn es sich mit Unfairneß, Regelverletzungen oder gar Illegalität assoziieren läßt. Wir sind Sportsponsor, weil wir ein Umfeld von Spannung und Dramatik suchen, in dem aber auch die Gesetze von Fair play, Chancengleichheit und anständigen Gewinnern und Verlierern gelten. Umgekehrt: Die Funktionäre müssen verstehen lernen, daß sie diese Prinzipien und die Unabhängigkeit des Sports schützen müssen, wenn sie seinen wirtschaftlichen Wert bewahren wollen. Von gekauften und prinzipienlosen Hochleistungssklaven empfängt der Sponsor doch kein positives Licht mehr; sie nützen uns nichts.

SPIEGEL: Wie kann der Radsport sich nach den Vorfällen der letzten drei Wochen von seinem Stigma befreien?

Gäb: Hunderttausende von völlig unge-dopten Menschen betreiben Radsport als ehrlichen Wettbewerb und als Fitneß-Hobby. Wir diskutieren also über eine kleine Elite von Funktionären, Veranstaltern und Fahrern, die allerdings den gesamten Sport diskreditieren und offensichtlich keine Kraft zu einer Selbstreinigung haben. Sie scheinen nicht mehr zu begreifen, daß Doping immer auch Betrügen heißt. Der Eindruck hat sich verfestigt, daß man ihr System und ihre Denkweise tatsächlich erst durch Polizei und Gesetz aufbrechen kann.

SPIEGEL: Hat das Krisenmanagement der Tour de France versagt?

Gäb: Der Tour-Direktor Leblanc ist als ehemaliger Tour-de-France-Fahrer und wirtschaftlicher Interessenvertreter des Veranstalters doch Gefangener eines geschlossenen Systems. Wie soll er da Krisenmanager sein? Diese Rolle mußte er kampfflos an die französische Justiz abgeben.

SPIEGEL: Das enge Geflecht der Interessen läßt einen ehrlichen Kampf gegen unlauteren Wettbewerb nicht zu?



Tour-Direktor Leblanc, streikende Radprofis:

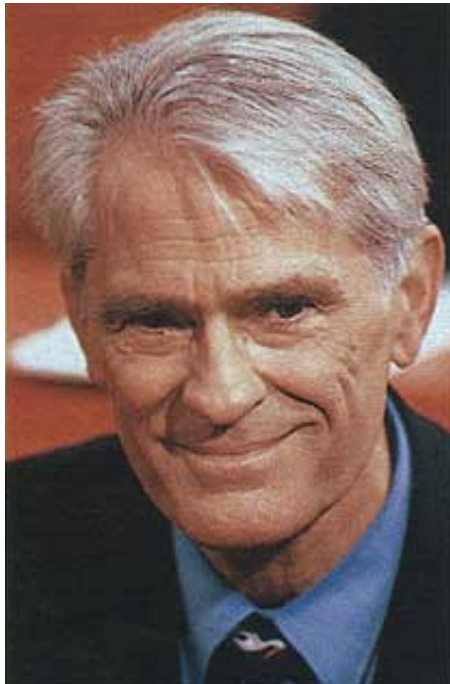
Gäb: Eine öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt tritt als Teamsponsor der favorisierten Mannschaft auf und investiert damit in Einschaltquoten und Marktanteile. Deutlicher läßt sich nicht dokumentieren, daß selbst einflußreiche Medien heute bereit sind, Teil des Geschäfts zu werden. Diese Entwicklung schwächt ihre verfassungsrechtlich definierte Unabhängigkeit und muß die berichtenden TV-Journalisten unweigerlich in einen Gewissenskonflikt führen. Sollen sie etwa möglicherweise fragwürdige Vorgänge in einem Team oder Sport kritisieren, den ihr Arbeitgeber finanziert?

SPIEGEL: Der Betrug gehörte bislang zum System. Als die Mauer des Schweigens fiel, haben die Fahrer sich nicht über das Doping entrüstet, sondern über die Ermittlungsmethoden und die Berichterstattung ...

Gäb: ... was ganz sicher den Korpsgeist einer Gruppe ausdrückt, die schlußendlich nicht durch Doping zu einer verschworenen Gemeinschaft wird, sondern durch gemeinsame Abenteuer in einer Extremsportart. Auch die Fahrer, die nicht dopen, haben bisher die Spielregeln dieses Geschäfts akzeptiert. Deswegen gibt es keine Angriffe gegen Kollegen, es gibt eher Mitleid mit den Erwischten. Das Unrechtsbewußtsein ist eben auf breiter Front verschwunden.

SPIEGEL: Also sind die Fahrer doch eher Täter als Opfer des Systems?

Gäb: Anfangs sind sie Sportler mit Ehrgeiz, Enthusiasmus und unbegrenzter Leidenschaft für ihr Hobby. Wenn dann der Traum einer Profikarriere wahr wird und der Fahrer plötzlich mit Geld, Doping und dunklen Machenschaften konfrontiert wird, erwarten wir dann nicht viel von einem 20-jährigen, wenn er Widerstand gegen das System



Sportförderer Gäb

„Sponsoren fordern nicht zum Betrug auf“



„Gefangener eines geschlossenen Systems“



Französische Polizisten vor Once-Team-Bus: „Keine Kraft zur Selbstreinigung“

leisten soll? Das würde Aufgabe des geliebten Sports, sportlicher Perspektiven und wirtschaftlicher Sicherheit bedeuten, vor allem auch Konfrontation mit einflußreichen Drahtziehern. So verwischen dann die Grenzen zwischen Opfern und Tätern.

SPIEGEL: Üben die Sponsoren nicht den entscheidenden Druck aus, der die Fahrer zu Vasallen des Systems macht?

Gäb: Der Sponsor verspricht Geld gegen Hochleistung, er fordert nicht zum Betrug auf. Und er geht nicht davon aus, daß Erfolge mit illegalen Mitteln erzielt werden.

SPIEGEL: Aber in gewissen Sportarten weiß der Sponsor, daß Höchstleistung nur mit Doping möglich ist. Er akzeptiert ein Branchengesetz.

Gäb: Es müßte sich um einen Sponsor handeln, der unmoralisch und auch noch dumm ist. Seine Firma ist doch am Ende genauso bloßgestellt und geschädigt wie der gedopte Athlet.

SPIEGEL: Aber wenn der Athlet keine Höchstleistung bringt, findet er auch keinen Sponsor.

Gäb: Wenn ein Manager in der Industrie Topleistungen bringt, wird er erstklassig bezahlt – aber wenn er betrügt, fliegt er. Ich wünsche manchmal, der Sport hätte Kontroll- und Revisionssysteme, wie sie in großen Aktiengesellschaften üblich sind.

SPIEGEL: Wenn die Verbände des Problems nicht Herr werden, kann der Staat helfen?

Gäb: Er muß wohl. Es gibt viele Sportarten ohne Dopingprobleme, und es gibt Sportverbände, die den Kampf gegen Doping ernst nehmen. Aber dort, wo Doping offenkundig ein Problem ist, fehlen wirklich effektive Kontrollen, und es fehlt das Droh-

potential. Erst wenn Doping durch das Gesetz als ein betrügerisches und kriminelles Delikt bestraft wird, entsteht die Chance für einen Neuanfang und für die Gewährleistung jener Chancengleichheit, von der der Sport lebt.

SPIEGEL: Brauchen wir einen deutschen Sportminister?

Gäb: Für eine eindeutige Gesetzgebung, die Mithilfe beim Doping und seine passive Duldung unter Strafe stellt, brauche ich keinen neuen Minister. Ein eigenes Sportministerium hätte allenfalls den Vorteil, die gesellschaftspolitische Bedeutung des Breitensports besser sichtbar machen zu können. Denn der Sport abseits der Glitzerwelt der Profis muß ein stabilisierender Faktor der Demokratie bleiben, weil seine Prinzipien und Regeln Menschen unterschiedlicher Nationalität, sozialer Herkunft und politischer Überzeugung zu Toleranz und Rücksichtnahme führen.

SPIEGEL: IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch hat sich für die Freigabe von Dopingmitteln, die nicht gesundheitsschädlich seien, ausgesprochen.

Gäb: Ich hoffe, daß der Herr Samaranch die Größe hat, seinen Standpunkt zu revidieren. Eine ärztlich kontrollierte Dopingfreigabe kann es so wenig geben wie eine gesetzlich geregelte Kriminalität.

SPIEGEL: Trotz Dopingskandal fesselte Ullrichs Duell mit dem Italiener Pantani 6,3 Millionen Zuschauer. Bedient der Sport also nur die Wünsche des Publikums?

Gäb: Ich halte die generelle Kritik an den Medien für ungerechtfertigt und pha-

risäerhaft. Sie müssen über das berichten, was eine Majorität der Kunden interessiert.

SPIEGEL: Sponsoren wollen mit den moralischen Werten des Sports glänzen. Zugleich ist ein Michael Schumacher, der Konkurrenten von der Piste rammt, als Partner heißbegehrt. Warum wird er trotz seiner Rücksichtslosigkeit als Star verehrt?

Gäb: Im Fußball ist das „taktische Foul“ seit langem allenfalls noch ein Kavaliersdelikt. Und wenn Schumacher bei 280 km/h Herrn Frentzen „übersieht“ und ihn unter beiderseitiger Lebensgefahr in die Wiese schießt, dann wird das verziehen – weil dieser Teufelskerl ja zum Schluß gewinnt. Das Motto „Erfolg um jeden Preis“ gewinnt im hochdotierten Sport an Boden.

SPIEGEL: Das Spektakel Sport ist zum Konsum- und Genußmittel verkommen?

Gäb: Ich setze eine andere These dagegen: Sport bietet noch echte, spannende Unterhaltung. Warum erfährt beispielsweise der Fußball diesen unglaublichen Boom? Ein Fußballspiel ist nicht vorhersehbar, nicht programmierbar, es ist authentisch.

SPIEGEL: Auch im Fußball zielt die beabsichtigte Umwandlung der Champions League in eine europäische Superliga ohne Qualifikation und Auf- und Abstieg auf reine Gewinnmaximierung. Ihre Werbepartner FC Bayern, AC Milan und Paris-Saint-Germain rechnen bereits die Erträge hoch.

Gäb: Ich kann mir nicht vorstellen, daß Vollblut-Wettkämpfer wie Beckenbauer, Rummenigge oder Hoenes eine Liga ohne Auf- und Abstieg akzeptieren würden. Sport lebt durch das Element Sieg und Niederlage. Würde dieses Element bedeutungslos, wäre das Unternehmen Opel nicht mehr Partner des Sports. ♦

„Ich hoffe, daß der Herr Samaranch die Größe aufbringt, seinen Standpunkt zu revidieren“



Telekom-Fahrer Riis am Auto der Tour-Direktion: Zur Stimme der Bummelstreiker ernannt

REUTERS

Arsch beiseite

Mit vereinten Kräften hat sich das Team Deutsche Telekom gegen das Thema Doping zur Wehr gesetzt. Jan Ullrichs Einbruch kam wie gerufen.

Nach 149 Kilometern im Vierteltempo rollt Jan Ullrich auf eine Problemzone zu: den Zielstrich in Aix-les-Bains. Als habe er einen Elektroschalter an seinem Lenker umgelegt, öffnet sich für Ullrich eine Gasse durch den Wall von Menschen; einen halben Kilometer lang und einen halben Meter breit. Erst vor dem Mannschaftsbus steigt er vom Rad. Zuvor entledigt sich Ullrich seiner Rennutensilien: Handschuhe, Kappe, Wasserflasche.

Der deutsche Held mag nicht mehr. Es ist zum Heulen: Der Italiener Pantani ist diesmal besser, und die Welt drum herum auch nicht mehr, wie sie vor einem Jahr noch war. „Was soll denn der Sport noch“, mault Ullrich und wischt sich den Schweiß von der Stirn, „wenn die Sportler alle abgeführt werden?“

Vom besudelten Image der Radsportler abzulenken lag Mitte der letzten Tour-Woche ohnehin im Zuständigkeitsbereich des Teams Deutsche Telekom – denn über Nacht war Ullrichs Ko-Käpt'n Bjarne Riis zur Stimme der Bummelstreiker ernannt worden. Und der verfügte gleich im Namen aller Kollegen: „Keine Fragen mehr zum Thema Doping.“

So könnte es eigentlich auch im Telekom-Hausbrauch formuliert sein. Denn ganz oben auf der internen Doping-Liste der Bonner Funker steht der Begriff Doping, Schmutz ist Sache der anderen und damit auch deren Problem: Beim deutschen Rennstall macht sich verdächtig, wer über die Verwandtschaft von Pedalen und Ampullen öffentlich nachdenkt.

Selbst den Obersten des Kommunikationsmultis entglitt bei dem Thema gelegentlich die Sprache. Jürgen Kindervater beispielsweise, diensthöchster Öffentlichkeitsarbeiter des Konzerns, trat in den schweren Tagen von Frankreich gern als Presse-Kritiker auf. Die „Süddeutsche Zeitung“ hatte den vergleichsweise harmlosen Sachverhalt berichtet, daß Walter Godefroot, Sportlicher Leiter beim Team Telekom, seit 20 Jahren mit dem inhaftierten Festina-Masseur Willy Voet befreundet ist. Kindervater verbreitete daraufhin, dies sei „eine Lüge“. Dabei hatte Godefroot sein Verhältnis zu Voet bei einer offiziellen Pressekonferenz selbst kundgetan.

Den Emissär der „Berliner Zeitung“ sprach Kindervater sehr direkt an: „Schieben Sie Ihren Arsch beiseite, Sie Lügner!“ Der Reporter hatte sich erlaubt, eine Medikamenten-Episode mit Telekom-Sprinter Erik Zabel aus dem Jahr 1994 zu erwähnen und dabei irrtümlich behauptet, als Konsequenz daraus sei der Sprinter damals gesperrt worden.

Auch Zabel zeigte sich in der Wortwahl nicht gerade zimperlich. Er nannte den Sportredakteur einen „Kinderschänder“ und „einen derjenigen, die die Tour de France kaputtzuschreiben“.

Wer macht wen kaputt? Als Zabel von der Verhaftung des Festina-Fahrers Alex Zülle erfuhr, legte er so etwas wie eine Ehrenerklärung für den Schweizer ab: Er kenne Zülle schon so lange, „ich kann mir nicht vorstellen, daß der irgend etwas genommen haben soll“.

Als Zülle später gestand, daß er sich regelmäßig das verbotene Erythropoietin (Epo) gegönnt habe, war Zabel froh, daß er seinen Exkurs mit einem kleinen Nebensatz beendet hatte: „Ins Feuer legen“ würde er seine Hände „natürlich nur für mich und meinen Zimmergenossen“.

Also strenggenommen nicht einmal für Ullrich. Der teilte sich während der Tour de France mit dem Kollegen Jens Heppner die Hotelzimmer und betrieb Aufklärung über seine Eßgewohnheiten in Zeitungskolumnen. Nach der Galibrier-Etappe habe er „zwei riesige Teller Müsli verputzt“, danach „sah ich fast wieder aus wie neu“.

Acht Minuten und 57 Sekunden hatte Ullrich an diesem Tag beim Anstieg nach Les-Deux-Alpes auf Pantani eingebüßt. Die Augen quollen ihm zu vor Anstrengung, und zum erstenmal in seiner Karriere war er verwundbar.

Es war eine Niederlage, die wie gerufen kam. Ullrichs Leiden habe ihn „menschlicher gemacht“, fand sein Manager Wolfgang Strohband, „auch für die Sponsoren“. Gewinnen solle der deutsche Held ohnehin besser erst wieder nächstes Jahr, wenn Gras über den ganzen Schweinkram gewachsen sei.

„Denn wer in Paris in diesem Jahr das Gelbe Trikot überzieht“, sagt Strohband, „der ist doch für alle der König der Gedopten.“ ♦

Alles verstehen, alles verzeihen

Die Tour de France ist unsterblich. Von Hans Halter

Das älteste, schönste, härteste Radrennen der Welt – und nun das: Wie der zornige Gott Jahwe über die Hethiter ist Marie-George Buffet über die Tour gekommen. Frankreichs neue – kommunistische – Sportministerin, eine Jeanne d'Arc im Kampf gegen Doping, trachtet der Tour nach dem Leben. An ihrer Seite ein belgischer Masseur, der die Interna verraten hat; scharfe Untersuchungsrichter aus der Provinz; dazu Kripokommissare, mit denen nicht gut Kirschen essen ist.

Nun heißt es schon: Die Tour ist tot. Diese Nachricht ist stark übertrieben. In Wahrheit ist die Tour unsterblich.

Da mag „Le Monde“ leitartikeln, was es will. Früher hat dieses Blatt über die Tour gar nichts berichtet, aus Hochmut, weil das nur „Zirkus“ sei. Jetzt wollen die Pariser Intellektuellen dem Volksvergnügen den Garaus machen.

Auf, Kinder des Vaterlandes! Ihr Fußballweltmeister, Verkünder der Menschenrechte, Söhne Napoleons! Euer Staat zeigt sich diesmal als kaltes Ungeheuer, läßt seine „CRS“-Polizisten von der Kette, diesen schwarzen martialischen Orden. Soll nicht mehr gelten, was der große Franzose Descartes vielleicht auch gemeint haben mag: Ich trete, also bin ich?

Seit es die Tour de France gibt, seit 1903, dopen sich ihre Akteure. No dope, no hope. Die Tour ist überhaupt nur möglich, weil – nicht etwa: obwohl – gedopt wird. Über 60 Jahre lang war das erlaubt. Seit gut 30 Jahren ist es offiziell verboten. Macht aber nichts: Große Radrennfahrer haben gedopt, damals und heute.

Sie sind deshalb mindestens einmal bestraft worden: Merckx und Gimondi, Anquetil und der Deutsche Altig. Den nannte der Tour-Arzt „die rollende Apotheke“, denn in Altigs Urin drängelten sich schon mal zwölf verschiedene Arzneistoffe. Lieber tot als Zweiter.

„Der Radsport“, sagt Ludwig Prokop, einst Weltpräsident der Sportärzte, „ist die Brutstätte

des Doping.“ Jeder, der sich für die Zweiradartisten interessiert, weiß das. Natürlich auch ausdauernde SPIEGEL-Leser: 1955 hieß die Story „Fahren mit Dynamit“ (Heft 32) und erzählte vom Weltmeister Ferdi Kübler, der bis zum Eichstrich voll war mit Amphetaminen. 1980 (Heft 27) galt es das Rätsel zu lösen, wie und woher das viele Nikotin in die Blase und in den Urin des Favoriten Didi Thureau gekommen sein mochte. Der verachtete Zigaretten. Sein Betreuer rauchte Kette (ja, ja, wieder Rudi Altig).

Die Radfahrer mögen das nicht lesen. Sie beschweigen das Doping, auf Gegenseitigkeit. Kein Profi fühlt sich betrogen, weil ein anderer Profi gedopt ist. Die Sorge gilt nur dem eigenen Weg zur Bestform: Habe ich alles gedrückt, geschluckt, getrunken, was gut, teuer und verboten ist? Hätte es ein bißchen mehr sein sollen?

Im Feld geht der mißtrauische Blick zu den Konkurrenten: Auf Hintern, so dick wie bei einem Brauereipferd (Anabolika); auf runde Gesichter und entzündete Augen (Cortison); auf herauspringende Schläfenadern (Amphetamine). „Jede Sportgruppe“, sagt Telekom-Arzt Dr. Lothar Heinrich, „führt eine Apotheke mit sich.“ Logisch. Sie ist die Spitze des pharmazeutischen Eisbergs. Den unsichtbaren Teil verwalten

die „Pfleger“, Betreuer und Masseure. Gewöhnlich füllt deren Notfall-Reserve einen Schrankkoffer.

Models schlucken Abführmittel, Künstler koksen, und selbst die Kaffeetanten dopen ihre 18 Kehlkopfmuskeln mit Koffein, weil sich sonst der ersehnte unstillbare Wortfluß nicht einstellt.

Warum sollte ein Radprofi sich vor ein paar kleinen Tabletten fürchten, wo er doch sein Leben bei 100 Stundenkilometern 19 Millimeter schmalen Gummireifen anvertraut? Wo er doch, mit seinem Winterspeck, auch das wärmende Unterhautfettgewebe abtrainiert und dann bergab so bitterlich friert, daß seine steifen Finger nicht mal mehr den Schalthebel bedienen können.

Im Ernst kann doch niemand erwarten, daß diese Extremsportler, gequält von tropischer Hitze und Eiseskälte, Regen und Sturm, auf alle Linderungsmittel verzichten. Auf den „Pot belge“ etwa, die Kreation dieser Saison: eine perfekte, korrekt dosierte Mischung aus Koffein, Amphetamin, Kokain und Heroin.

Kann man vom Radfahrerleben, das so gewaltig ist, auch noch fordern, daß es drogenfrei sein sollte? Wo doch schon jeder Profi sein Herz opfert, weil der hohle Muskel sich zu einem „Ochsenherz“ vergrößert, das in Ruhe so selten schlägt wie das einer Riesenschildkröte.

Die wirkliche Gefahr ist nicht das Doping, es ist das Radrennfahren.

Im Troß der Tour – 4000, meist Männer – neidet kaum einer den Profis die Drogen. Bis zu diesem Jahr funktionierte das Kartell der Mitwisser, dem alle angehören: die Funktionäre, Ärzte, Dopingkontrolleure, Journalisten.

Und die Zuschauer? Warum sind sie süchtig nach der Tour? Weil sich in den Radprofis der Wunsch nach Stärke und tödlichem Risiko personifiziert, die Angstlust, das Mysterium. Eine faszinierende Grenzerfahrung, die durch Television keinen Schaden nimmt, wie die Einschaltziffern beweisen.

Die Tour ist ein Fest fürs Leben. Sie ist tot? So ein Blödsinn. Das Volk läßt die Tour nicht sterben. Denn alles verstehen heißt alles verzeihen. Vive le Tour! Vive la France!



Tour-Helden Pantani, Ullrich: Ein Fest fürs Leben

Halter ist SPIEGEL-Reporter, Arzt und Radsportfan.

ÄGYPTEN

http://www.terror

Die radikale ägyptische Islamistenorganisation Gamaa islamiya, die auch für Terroranschläge gegen westliche Touristen verantwortlich ist, bedient sich modernster Kommunikationstechnik zu Propagandazwecken und zum Informationsaustausch mit ihren im Untergrund agierenden Anhängern. Jetzt haben die Fundamentalisten auch ihre eigene Internet-Website. Den ägyptischen Sicherheitsbehörden ist es bislang nicht gelungen, die Codes und geheimen Paßwörter zu dechiffrieren, mit denen sich die Islamisten weltweit austauschen. Die auf arabisch verfaßte Website bietet auch Hilfe bei der Anwerbung neuer Mitglieder und Know-how für Terroranschläge – etwa durch Anleitungen zum Bau von Handgranaten.

<http://www.almurabeton.org>

RUSSLAND

Formel 1 in Moskau

Führende Politiker der russischen Hauptstadt planen den Bau einer permanenten Automobil-Rennstrecke – vom Jahr 2001 an wäre dann Moskau Austragungsort für die Formel 1, deren Expansion gen Osten im nächsten Jahr mit einem Großen Preis von China eingeleitet werden soll. Schamil Tarpischtschew, korruptionsumwitterter Ex-Sportberater von Boris Jelzin, heute Berater von Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow, bezeichnet das Milliarden-Vorhaben als „Investition in die Entwicklung dieser Stadt“. Der Grand-Prix-Kurs soll von der russischen Öl- und Gasindustrie finanziert werden. Tarpischtschew, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, versteht die Initiative auch als Signal für weitere Großprojekte: Moskau will sich um die Olympischen Spiele 2012 bewerben.



Tarpischtschew

D. DONSKI

SPANIEN

Neues Bollwerk gegen Afrikaner



Grenzposten in Ceuta



Noch gründlicher als bisher schottet sich die Festung Europa gegen illegale Einwanderer aus Afrika ab: Mit finanzieller Hilfe der Europäischen Union erweitern die spanischen Behörden in ihrer Enklave Ceuta an der marokkanischen Küste ihr Sicherheitssystem aus Zäunen, Überwachungskameras und Bewegungsmeldern. Das acht Kilometer lange Bauwerk – Kostenpunkt etwa 65 Millionen Mark – soll den Flüchtlingsstrom eindämmen, der sich in den europäischen Vorposten auf afrikanischem Boden ergießt.

Ein erster Zaun, der 1993 nach dem Konzept des Bollwerks zwischen den USA und Mexiko errichtet worden war, erwies sich als zu durchlässig. Illegale Einwanderer gelangten nächtens durch Löcher im Gitter unbemerkt nach Ceuta. Die Guardia Civil vor Ort mißt dem neuen Bauwerk aber nur begrenzte Wirkung zu. Sie rechnet damit, daß künftig mehr Illegale den teuren und gefährlichen Seeweg über die Straße von Gibraltar zum spanischen Festland riskieren werden.

J. SIMMONDS

POLEN

Widerstand aus dem Äther

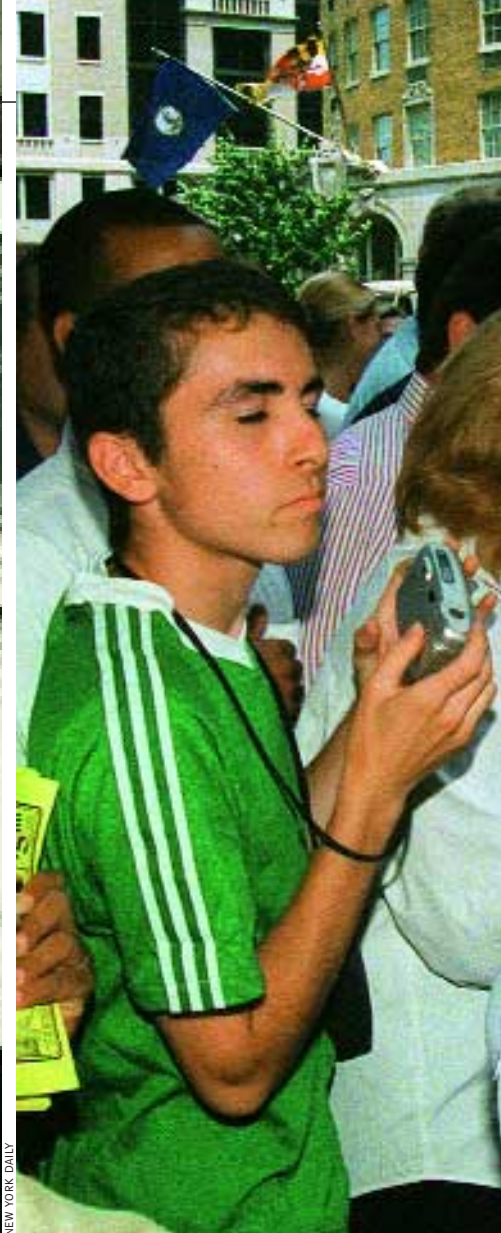
Im ostpolnischen Bialystok soll im Herbst Radio Freies Belarus auf Sendung gehen. Bei dem Projekt, das die totale Medienherrschaft des belorussischen Diktators Alexander Lukaschenko durchbrechen will, hat der Kalte-Krieg-Sender Radio Free Europe Modell gestanden. Die Nachrichten aus Politik und Wirtschaft, die Interviews und Kommentare sollen von belorussischen Journalisten unter der Leitung von Schanna Litwina verfaßt werden. Litwina arbeitete früher beim populären Radio 101,2 in Minsk, das von Lukaschenko wegen



Belorussischer Staatschef Lukaschenko (M.)

REUTERS

Kritik an dessen exzentrischem Führungsstil geschlossen wurde. Finanziert werden soll der Sender unter anderem von der EU und von der Soros-Stiftung.



NEW YORK DAILY

Gegenspieler Clinton, Lewinsky, Starr: „Ich hatte keine sexuelle Beziehung zu dieser Frau, ich habe niemals jemandem gesagt, er solle

„Das Ding muß vom Tisch“

Die Sex-Affäre um Bill Clinton und seine ehemalige Praktikantin Monica Lewinsky spitzt sich zu: Sonderermittler Kenneth Starr zwingt ihn zur Aussage und hat sie als Kronzeugin gewonnen. Die mutmaßliche Ex-Geliebte hat gar ein angeblich beflecktes Kleid als Beweis mitgebracht.

Im Südsudan sterben Tausende einen schrecklichen Hungertod. Im Kosovo führt Serbiens Präsident Slobodan Milošević wieder einmal die Weltgemeinschaft vor. In Rußland unterbricht Boris Jelzin seinen Urlaub, um Putschgerüchte aus der Welt zu schaffen. In Japan kämpft ein neuer Regierungschef gegen den dramatischen Yen-Verfall.

Auch die einzige verbliebene Weltmacht hat ein Thema, aber was für eines: In Washington dreht sich alles um ein Kleid, das eine pummelige junge Frau, Ex-Praktikan-

tin im Weißen Haus, ihrer Mutter zur zeitweiligen Verwahrung geschickt hat und das sie jetzt einem Ermittler übergab. Darauf sollen sich Spuren befinden, die ein Team von DNS-Spezialisten im FBI-Labor womöglich genetisch schlüssig als Präsident Bill Clintons Sperma identifizieren könnte. Dazu dürfte Sonderstaatsanwalt Kenneth Starr den Präsidenten um Blut- oder Speichelpollen bitten – zum letzten Beweis.

Schon heute beschäftigt die angebliche oder tatsächliche Sex-Affäre den mächtig-

sten Mann der Welt zeitlich mehr als die Weltkrisen vom Balkan bis nach Fernost. Anwälte bitten im Weißen Haus um Sondersitzungen mit dem Präsidenten, diskutiert werden wohl zentrale Probleme; ob etwa oraler Sex mit „wirklichem“ Sex gleichzusetzen ist und wie viele Stunden der Chef im Weißen Haus mit seiner Praktikantin allein im Oval Office – gängige Scherzbezeichnung: Oral Office – verbracht hat. Die Affäre könnte Bill Clinton sein Amt kosten.

Ach Amerika, du hast es besser?



lügen, nicht ein einziges Mal, nie – diese Anschuldigungen sind falsch“

„Indispensable“, weltweit unentbehrlich, hat der US-Präsident vor kurzem stolz sein Land genannt. Und in der Tat, die Vereinigten Staaten strotzen vor Kraft: Kein Konkurrent reicht an die amerikanische Wirtschaftsmacht heran. Unter Bill Clinton ist das Land in einer beeindruckenden Boom-Phase; das Etat-Defizit ist einem Überschuss gewichen, Steuern werden gesenkt, die Arbeitslosigkeit sackte auf ein Rekordtief. Die Globalisierung trägt das Etikett „Made in USA“. Aus dieser Führungsrolle als einzige Supermacht, wirtschaftlich, militärisch, kulturell, wächst politische Kraft: Zwar können längst nicht alle Probleme der internationalen Politik mit Hilfe Washingtons gelöst werden, aber ohne Washington scheint keines mehr lösbar.

Doch nun scheint zunehmend fraglich, ob sich der Herr im Weißen Haus angesichts der zeitlichen Belastung durch die angebliche Sex-Affäre und die juristischen Zwänge überhaupt noch voll um die Probleme der internationalen und nationalen Politik kümmern kann.

Steif, graugesichtig und mit tiefen Furchen auf der Stirn verkündete am Mittwoch vergangener Woche David Kendall, persönlicher Anwalt Bill Clintons, sein Klient, Mr. President, werde am 17. August als Zeuge in der Sex-Affäre um Monica Lewinsky aussagen. Sonderermittler Kenneth Starr werde Clinton im Weißen Haus vernehmen, das Verhör solle per Video aufgezeichnet und anschließend der zuständigen Grand Jury, einer Art Untersuchungsausschuss, vorgespielt werden. Bevor Anwalt Kendall wieder in Deckung huschte („Weitere Statements wird es nicht geben“), behauptete er noch, der Präsident werde selbstverständlich freiwillig reden.

Da konnten sich viele der Reporter ein Grinsen nicht verkneifen. Mindestens sechsmal hatte Starr zuvor Clinton vergebens um eine Aussage gebeten. Nun hatte der Fahnder dem Präsidenten eine gerichtliche Vorladung geschickt.

Es ist eine juristische Zwickmühle, aus der Clinton nur eine kleine Chance hat herauszukommen. Der letzte Präsident, der es wagte, eine ähnliche Anordnung ju-

ristisch zu bekämpfen, war Watergate-Drahtzieher Richard Nixon. In höchster Not widersetzte er sich dem Verlangen der Justiz, ihn belastende Tonbänder herauszugeben. Damit zeigte er, daß er was zu verbergen hatte. Einer Amtsenthebung kam er damals im letzten Moment mit dem Rücktritt zuvor.

Aber was für ein Unterschied in der Qualität der Affären zwischen Watergate, der Urmutter aller Washingtoner Skandale, als es um den versuchten Diebstahl brisanter politischer Papiere ging, und Monicagate, einer Sex-Geschichte zwischen zwei Erwachsenen, die nun die Nation bewegt.

Dem Präsidenten Clinton bleibt jedenfalls nicht die Schande erspart, als erster Staatschef in der Geschichte der Vereinigten Staaten für eine Jury auszusagen, die ihn als möglichen Angeklagten sieht – und zwar unter Eid. Immerhin wird er, jedenfalls formal, nicht zwangsweise vor die Geschworenen zitiert, darauf hat sich der Sonderstaatsanwalt eingelassen.

Die Affäre um Sex, Tonbandmitschnitte und Lügen nähert sich einem Showdown:



D. BRACK / BLACK STAR

Watergate-Drahtzieher Nixon*
Dem Rausschmiß zuvorgekommen



C. STOUTON / LIFE MAGAZINE

Kennedy-Brüder*, Freundin Monroe
Alle ins Bett gezerrt

Starrs Recherchen, von den meisten Kennern der Materie längst abgehakt, haben neue Wucht bekommen. Er hat neue Zeugen, mußte in Washington schon zwei Jurys gleichzeitig beschäftigen, um all die Aussagen zu hören, und kann möglicherweise verheerende Indizien vorlegen.

„Es würde mich überraschen, wenn Starr die Sache bis September trudeln ließe“, meint der republikanische Senator und Vorsitzende des Rechtsausschusses, Orrin Hatch, „das Ding muß jetzt vom Tisch.“ Gefährliche Zeiten: In vier Monaten sind Kongreßwahlen, bei denen die Demokraten ihre verlorenen Mehrheiten zurückzugewinnen hoffen.

Starr hat in den letzten Tagen nicht nur das Clinton-Verhör durchgesetzt, sondern vor allem dessen mutmaßliche Ex-Geliebte Lewinsky, 25, als Kronzeugin gewonnen. Sie kam nicht freiwillig, Starr mußte sie

erst hart rannehmen: Als Zeugin im inzwischen eingestellten Sex-Verfahren der kalifornischen Hausfrau Paula Jones gegen Clinton hatten Lewinsky und der Präsident unter Eid ausgesagt, es habe nie eine Affäre zwischen ihnen beiden gegeben.

Doch ihrer Vertrauten Linda Tripp, einer ehemaligen Mitarbeiterin im Weißen Haus, hatte Lewinsky bei stundenlangen Anrufen den Sex mit „dem großen Er“, „dem Widerling“ gebeitet. Sie wußte nicht, daß Tripp mitschnitt und daß schließlich gar FBI-Agenten live mitlauschten. So konnte Starr anschließend drohen, Lewinsky eine Klage wegen Meineids anzuhängen.

Allerdings bot Starr ihr Straffreiheit an, wenn sie nur all die hübschen Geschichten von den Tonbändern noch einmal vor Gericht erzähle: daß Clinton ihr sehr wohl an die Wäsche gegangen sei zum Beispiel. Zudem wollen die Ankläger hören, daß Getreue des Präsidenten sie aufgefordert hätten, falsch auszusagen. Lewinskys neue Anwälte Plato Cacheris und Jacob Stein, juristische Spitzenkräfte, handelten den Deal für ihre Mandantin aus.

Die Zeugin wird vor der Grand Jury jetzt wohl nicht nur bezeugen, daß sie ab 1995 über 18 Monate hinweg eine Affäre mit dem „Alpha-Rüden der Vereinigten Staaten von Amerika“ (Insider-Spott) hatte. Sie werde, so sickerte durch, den Geschworenen wohl auch sagen, Clinton habe sie persönlich zum Lügen gedrängt. Wenn zwei Leute in einem Raum seien und etwas passiere, aber beide bestritten es, so soll er gesagt haben, dann gebe es keinen Weg, das Gegenteil zu beweisen.

Bliebe es nur bei Lewinskys Worten, stünde Aussage gegen Aussage – kaum Gefahr also für Clinton. So konnte sein Sprecher Mike McCurry vergangene Woche zunächst noch gelassen flunkern, der Präsident sei nach dem Deal um Lewinskys Straffreiheit erfreut, „daß die Dinge gut für sie laufen“. Doch dann kursierte plötzlich wieder ein scheinbar längst erledigtes Gerücht aus den Anfangstagen der Affäre durch die US-Hauptstadt. Damals hieß es, Lewinsky habe ihrer Freundin Tripp auch von einem Kleid erzählt, das sie niemals waschen wolle, weil sich Spermaspuren des Präsidenten darauf befänden.

Nun hat sie das befleckte Kleid Starr übergeben. Zudem soll sie Kassetten aus ihrem Anrufbeantworter auf den Tisch gepackt haben – und auf denen ist angeblich Clinton zu hören. Lewinsky soll die Indizien mit Hilfe ihrer Mutter Marcia Lewis versteckt haben. Auch der Mutter sicherte Starr, das paßt ins Bild, Straffreiheit zu.

Unvergessen ist Clintons dramatischer Fernsehauftritt Ende Januar: „Ich will, daß Sie mir zuhören, ich sage es jetzt noch einmal“, hatte Clinton verkündet und dabei mit erhobenem Zeigefinger in die Kameras gedroht: „Ich hatte keine sexuelle Bezie-

hung zu dieser Frau, Miss Lewinsky. Ich habe niemals jemandem gesagt, er solle lügen, nicht ein einziges Mal, nie. Diese Anschuldigungen sind falsch.“

Bleibt er in der Vernehmung durch die Grand Jury bei dieser Version, und könnte Starr danach tatsächlich beweisen, daß Clinton Flecken aufs Kleid gemacht hat, hätte der Präsident die Geschworenen belogen. Das wiegt weit schwerer als ein Meineid in einem Zivilverfahren, damit wäre er ziemlich sicher erledigt.

Andere Hinweise gibt es zudem inzwischen reichlich. Das Weiße Haus ließ einen Bericht unwidersprochen, nach dem der Präsident der kleinen Praktikantin in seinem Amtssitz zum Beispiel eine Brosche,



Angebliche Clinton-Freundinnen Paula Jones,

ein Kleid und eine Hutnadel verehrt habe. Belegt ist zudem, daß Lewinsky noch 37mal im abgeschirmten Weißen Haus vorbeischaute, nachdem sie ihr Praktikum dort beendet hatte und ins Pentagon gewechselt war. Damit nicht genug: Hochrangige Clinton-Freunde kümmerten sich rührend um das weitere Schicksal der Ex-Praktikantin. Vernon Jordan etwa, Washingtoner Spitzen-Anwalt und Golfpartner des Präsidenten, verschaffte ihr persönlich ein Vorstellungsgespräch beim New Yorker Kosmetik-Konzern Revlon, in dessen Direktorium er sitzt.

Und Bill Richardson, bis vor kurzem US-Sonderbotschafter bei den Vereinten Nationen, traf sich mit der jungen Frau gar im Watergate, um ihr einen Job bei der Uno anzubieten, alles angeblich aus reiner Menschenfreundlichkeit. Solche Aschenputtel-Geschichten passieren im wirklichen Leben selten, im herzlosen Washington nie – es sei denn, irgend jemand wollte Lewinsky so schnell wie möglich ruhigstellen und aus der Hauptstadt schaffen.

* Oben: 1974 nach seinem Rücktritt; unten: Robert und John F. Kennedy 1962 bei einem Empfang in New York.

Aber: Selbst wenn es Starr gelänge, die Affäre zu beweisen, wird er damit allein Clinton juristisch kaum aufs Kreuz legen können. Das Verfahren der sogenannten Amtsanklage („Impeachment“) ist per Verfassung geregelt. Starr müsste danach seinen Recherche-Bericht dem Kongreß vorlegen. In letzter Instanz würde der Senat mit zwei Dritteln der Stimmen beschließen, daß der Präsident seines Amtes zu entheben sei.

Nur haben die meisten Abgeordneten der Republikaner-Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses wenig Interesse daran, den populären Clinton jetzt mit Hilfe einer Schmutz-Affäre zu stürzen. Denn dann könnte sein Vize Al Gore bis zur

behindert“ – und zwar systematisch wie die Mafia. Bezeichnenderweise hat der Kongreß schon mal zwei Experten für Organisierte Kriminalität angeheuert.

Nicht nur juristisch, auch politisch ist Clinton schwer anzugreifen. „Die meisten Leute glauben eh, daß der Präsident eine Beziehung mit Monica Lewinsky hatte“, meint gelassen Mark Mellman, Meinungsforscher für die Demokraten.

Selbst wenn klar wäre, daß Clinton unter Eid gelogen hat, wären nach einer Untersuchung von CNN und der Tageszeitung „USA Today“ 50 Prozent der Amerikaner dagegen, den Präsidenten anzuklagen. 63 Prozent meinen, Starr solle seine Arbeit sofort einstellen; was der Präsident privat

Affären auf, die anderen produzieren mit abenteuerlichen Prozessen Hysterie um sexuelle Belästigung (siehe Seite 104).

Wieder einmal steht das liberale, aufgeklärte, weltoffene Amerika gegen das puritanische, engstirnige, das in seinem Präsidenten einen Ersatz-Monarchen sieht, den es sich nur unbefleckt vorstellen kann. Schrecklich, sagen die einen, dieser Wüstling John F. Kennedy, der alle Frauen in sein Bett zerrte, die nicht bei drei auf den Bäumen waren. Aber deshalb war er doch kein schlechter Präsident, kontern die anderen und zitieren den Präsidenten Grover Cleveland, der einmal sagte: „Ich glaube, das amerikanische Volk will keinen kastrierten Hengst im Weißen Haus.“



Elizabeth Ward Gracen, Gennifer Flowers: „Sex haben ist kein Verbrechen – nicht einmal in Washington“

nächsten Präsidenten-Wahl im Jahr 2000 zeigen, was er kann. Die Rechten müßten gegen einen amtierenden Regierungschef antreten – immer ein Nachteil.

Zum anderen diktiert die Verfassung, daß ein Präsident nur wegen Hochverrat, Korruption und „schwerer Verbrechen oder Verfehlungen“ gefeuert werden darf. Ein Ehebruch dürfte nicht reichen, auch kaum ein ganz ordinärer Meineid – solange Clinton nicht den Fehler macht, die Geschworenen der Grand Jury anzulügen.

Das alles weiß natürlich auch der erzkonservative Pfarrerssohn Kenneth Starr, der jeden Morgen in der Bibel liest. Vier Jahre jagt er Clinton nun schon. Er hat nahezu alle Clinton-Skandale untersucht und noch längst nicht alle zu den Akten gelegt. Whitewater, Travelgate, Filegate – niemand außer seinen Rechercheuren weiß, welche Anklagen Starr neben der Lewinsky-Affäre noch in petto hat.

„Das einzige, was ein Erdbeben auslösen könnte“, glaubt ein Präsidenten-Mitarbeiter, „wäre der Beleg, daß Clinton die Justiz

treibe, sei allein seine Sache und die seiner Frau. „Es gibt akzeptable Lügen und nicht akzeptable Lügen“, meint der ehemalige Bundesankläger Lawrence Barcella, „und über Sex zu lügen ist tolerierbar.“

Ein Großteil der Amerikaner glaubt unbescheneit nahezu jede Affäre, die dem Präsidenten nachgesagt wird, vom „Playboy“-Model Elizabeth Ward Gracen bis zur Hausfrau Paula Jones. Der Präsident leugnet – so what? Hat er nicht auch ewig die Dauerliebschaft mit Gennifer Flowers abgestritten, bevor er sie schließlich zugab? Ist Dow Jones, der Aktienindex, nicht wichtiger als Paula Jones?

„Sex haben ist kein Verbrechen. Nicht einmal in Washington“, kommentiert sogar die notorisch Clinton-feindliche „Washington Times“, deren Hauskarikaturist Clinton inzwischen meist einen BH irgendwo aus dem Hosenbund baumeln läßt.

Beim Thema Sex reagiert das US-Volk inzwischen offenbar moderner als seine Politiker und Juristen. Die einen regen sich im Raumschiff Washington über Clintons

Cleveland wurde wiedergewählt, im Jahre 1892.

Der angesehene Publizist William Pfaff sieht in der allgegenwärtigen Diskussion der Lewinsky-Affäre eine andere Gefahr: „Die Presse zerrt alles Private an die Öffentlichkeit. Wir sind Zeugen, wie aus Sensationsgier das amerikanische System zerstört wird. Die Präsidentschaft kann nicht überleben, wenn jeder Präsident einer inquisitorischen moralischen Überwachung unterzogen wird.“

Womöglich ist Amerika reifer, als seine intellektuellen Kritiker zu hoffen wagen. Die Lewinsky-Affäre hat Clintons Ansehen beim Wahlvolk bislang sogar eher genützt. Als in Umfragen kurz nach Bekanntwerden der Sex-Vorwürfe überwältigende 79 Prozent der Amerikaner Clintons Arbeit wunderbar fanden, höhnte Trent Lott, Mehrheitsführer der oppositionellen Republikaner im Senat, verzweifelt: „Was wir brauchen, sind noch ein paar mehr Anschuldigungen, dann geht das vielleicht über hundert.“

Der Sieg der neuen Puritaner

Der Streit um sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz zieht in den USA groteske Urteile nach sich. Nun schiebt das Oberste Gericht die Verantwortung für echte oder vermeintliche sexuelle Diskriminierung den Unternehmen zu. *Von Jürgen Neffe*



Aufmarsch der Promise Keepers in Washington (1997): Das Kampfgebiet liegt im Herzen der amerikanischen Gesellschaft

Mit ein wenig Phantasie läßt sich alles mit allem in Verbindung bringen. Was zum Beispiel haben das Weiße Haus in Washington, ein Schnellimbüß in Berkeley, das Rathaus von Murfreesboro in Tennessee, das Verkaufsbüro des Textilwarenkonzerns Burlington in Chicago und eine Ölplattform vor der Küste Louisianas gemeinsam? Unter anderem, daß es sich um Arbeitsplätze handelt, und zwar in den USA, was in dieser Kombination allein schon für Zündstoff der besonders heiklen Sorte steht: Am „workplace“ hat der Geschlechterkampf in Amerika sein finales Schlachtfeld gefunden.

Jeder dieser Arbeitsplätze ist auf die eine oder andere Weise in einen Konflikt verwickelt, der das US-Volk zunehmend bannt – und entzweit: Nicht erst seit der Leitende Angestellte des Landes sich beschuldigen lassen muß, seine Stellung zu Avancen gegen Mitarbeiterinnen mißbraucht zu haben, geistert das Schreckge-

spenst des „sexual harassment“ durch die kollektive amerikanische Psyche.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über neue Fälle sexueller Belästigung am Arbeitsplatz berichtet wird. Militär und Polizei, Regierung und Verwaltung, Schulen, Colleges und Universitäten werden von immer neuen Sex-Skandalen heimgesucht. Das entscheidende Kampfgebiet aber liegt im Herzen der amerikanischen Gesellschaft, in den Fabriken, Labors und Büros von Corporate America. Dort hat ein Großreinemachen begonnen. Die sexuelle Revolution hat sich in den USA aus den Schlafzimmern in die Gerichtssäle verirrt.

„Sexual harassment“ gilt heute als der am schnellsten wachsende Zweig im amerikanischen Rechtswesen. Die Zahl der einschlägigen Klagen hat sich seit 1991 auf rund 15 500 jährlich mehr als verdoppelt, die Gesamtsumme an Ansprüchen aus Bundesgerichtsurteilen im gleichen Zeitraum sogar versiebenfacht.

„Es geht hauptsächlich ums Geld“, glaubt die Anwältin Dillon Hunt aus San Francisco. Die mitunter aberwitzig hohen Schadensersatzbeträge schaffen einen großen Anreiz für Klagen. Im Februar 1998 sprach eine Jury einer ehemaligen Mitarbeiterin des Postfrachtunternehmens UPS 80,7 Millionen Dollar zu. Die Frau war in ihrer Firma dafür bestraft worden, daß sie sich über einen Kollegen beschwert hatte, der ihr an die Brust gegangen war.

In aller Regel korrigieren Berufungsgerichte solche Phantasiebeträge deutlich nach unten. In schätzungsweise 95 Prozent der Fälle streben die Parteien von vornherein außergerichtliche Regelungen an. Aber auch da geht es nicht um Peanuts. Anfang Juni 1998 willigte die US-Niederlassung des japanischen Automobilherstellers Mitsubishi ein, über 300 Klägerinnen die Rekordsumme von insgesamt 34 Millionen Dollar auszuzahlen – und das, nachdem die Autobauer im vergangenen Jahr in



Auftritt der Popsängerin Madonna (1993): „Schamlosestes und puritanischstes Land der Welt“

RETNA / PHOTO SELECTION

einem anderen Fall schon einmal fast zehn Millionen lockergemacht hatten. Jahrelang waren Frauen in der Fertigung dort wie sexuelles Freiwild behandelt worden.

In den Unternehmen herrscht Alarmstimmung – zumal nach geltendem Recht sie und nicht die Belästiger für Schadensersatz aufkommen müssen. Zu gewinnen haben sie ohnehin nichts, da sie auch im Fall eines Sieges vor Gericht keine Ansprüche auf Entschädigung durch die Kläger erheben können. Andererseits sind Firmen schon wegen eher harmloser Delikte wie anzüglicher Witze und wegen Postern belangt worden – selbst wenn den Klagen dadurch weder berufliche noch finanzielle Nachteile entstanden waren.

Die Summe, die US-Unternehmen für Haftungsversicherungen ausgeben, ist innerhalb von 18 Monaten von 100 auf über 200 Millionen Dollar hochgeschwollen.

Was als eine von Feministinnen initiierte Kampagne gegen Benachteiligungen

aufgrund des Geschlechts begann, hat sich zum Konflikt um das Geschlechtliche schlechthin ausgewachsen. Die Gefechte in diesem Glaubens- und Grabenkrieg haben gesellschaftserschütternde Ausmaße angenommen – und arten immer häufiger zu Schlammschlächten aus.

Wo die einen, zum Großteil Frauen, endlich einen Hebel in der Hand zu halten glauben, sich der lästigen, oft genug erniedrigenden Anmache im Job zu erwehren, fürchten andere als Folge des feministischen Durchmarsches stasiartige Überwachung in den Betrieben, den Tod der (ohnehin unterentwickelten) Erotik und das Ende der Redefreiheit. Und das an dem Ort, wo sich die arbeitende Hälfte der Bevölkerung einen gehörigen Teil ihres Lebens aufhält: Rund 130 Millionen Menschen gehen in den USA einer bezahlten Arbeit nach, und etwa 46 Prozent davon sind weiblich.

Auch aus Angst um ihren Ruf verpflichten immer mehr Firmen ihre Mitarbeiter

auf manchmal absurd strikte Verhaltensregeln – bis hin zur „zero tolerance“, die jeglichen „erotisch belasteten“ Kontakt zwischen den Geschlechtern verbietet.

In einer „Nichtverbrüderungsrichtlinie“ verbietet der Computerchip-Hersteller Intel seinen Managern bei Androhung der Kündigung jegliches Anbändeln mit Untergebenen. Im vergangenen Jahr mußte der Chef der Büromaterial-Großkette Staples seinen Posten räumen, nachdem seine Affäre mit der eigenen Sekretärin bekanntgeworden war. Nach den strengen Vorschriften bei Staples sind solche Verbindungen grundsätzlich untersagt – selbst bei gegenseitigem Einverständnis.

Einige Arbeitgeber halten ihre Angestellten mittlerweile an, Verträge zu unterzeichnen, bevor sie sich auf ein Verhältnis einlassen. Benimmkurse für tadelloses Verhalten am Arbeitsplatz haben eine schnell wachsende Beratungsindustrie zu einem profitablen Zweig der Wirtschaft

werden lassen. Maurern in New Haven im Bundesstaat Connecticut wird neuerdings eine „Fünf-Sekunden-Regel“ eingepaukt: Sie dürfen Kolleginnen bei der Arbeit nicht länger als fünf Sekunden anschauen, weil jedes fortgesetzte Starren als sexuelle Belästigung empfunden werden könnte.

Manche Amerikaner fragen sich mittlerweile, ob mit der Verfolgung solcher „Kavaliersdelikte“ auch das Ende der Kavalierethro droht, nachdem die politische Korrektheit in der „sexual correctness“ eine kongeniale Schwester gefunden hat.

Nicht, daß noch groß um Grundsatzfragen gestritten würde: „Es gibt einen breiten kulturellen Konsens“, stellte die „New York Times“ fest, „daß unerwünschte sexuelle Avancen moralisch widerwärtig sind.“ Nur: Was genau ist eine „sexuelle Avance“? Des einen Belästigung kann bekanntlich des anderen Belästigung sein, und was „unerwünscht“ ist, liegt in aller Regel im Auge des Betrachters.

Belästigt etwa ein Restaurantgast die Bedienung sexuell, wenn er ein Herrenmagazin anschaut? Ja, meinte die Kellnerin eines Lokals in Berkeley und verweigerte einem Kunden, der den „Playboy“ las, den Service. Kann die Darstellung eines weiblichen Körpers auf einem öffentlich ausgestellten Gemälde zur sexuellen Belästigung werden? Ja, entschied die Stadtverwaltung von Murfreesboro, nachdem eine Schulrätin Klage eingereicht hatte, und ließ das Bild aus der Rotunde des Rathauses entfernen. (Die Künstlerin Maxine Henderson gewann später ihren Einspruch gegen das Abhängen des Bildes mit Hinweis auf ihr Recht auf freie Meinungsäußerung – aber nur, weil das Gericht die Rotunde nicht als Arbeitsplatz einstufte.)

Darf eine Firma einen Abteilungsleiter feuern, weil er wiederholt vor seinen Sekretärinnen masturbiert hat? Nein, beschied eine Jury in San Francisco und sprach dem Manager 1,78 Millionen Dollar Abfindung zu. Die Frauen hätten sich nicht beschwert und das Verhalten zumindest geduldet, wenn nicht sogar gutgeheißen. (In der Berufung gewann dann allerdings die Firma.)

Der Bundesrichter

Clarence Thomas wurde von seiner Mitarbeiterin Anita Hill der sexuellen Belästigung bezichtigt.



Thomas



Hill



Demonstration für Hill (1991)

Kann Paula Jones Präsident Clinton juristisch belangen, weil er ihr in einem Hotelzimmer angeblich sein Glied präsentierte mit der Aufforderung „kiss it“? Nein, argumentierte Richterin Susan Webber Wright und verwarf den Fall selbst unter der Annahme, daß sich die Vorwürfe beweisen ließen (Jones hat den Spruch angefochten).

Beim Für und Wider geht es um Recht, Würde und Geld, aber auch um die unter-

schwellige Geilheit einer weitgehend verklemmten, äußerlich prüden, in den Tiefen ihrer Seele aber sexbesessenen und skandalsüchtigen Nation, die mit Freud'scher Schaulust die saftigen Details anstößiger Geschichten konsumiert – um sich dann moralisch zu empören: Präsident und Praktikantin, Sportreporter und Callgirl – im Kopfe hui, im Munde pfui.

„Ehebruch und ähnliches sind seit Jahrtausenden Bestandteil von Gesellschaften“, sagt Ex-General Colin Powell, „nur war das nie ein Zuschauersport.“ Und die Kolumnistin Diana Trilling schreibt in „Newsweek“: „Sex ist dabei, den Sport als unsere nationale Obsession zu ersetzen.“

Nimmermüde Medien mit Paparazzi-Mentalität, aber auch der unwiderstehliche Selbstdarstellungstrieb im Talk-Show-Zirkus liefern einen nie versiegenden Nachschub für die postmoderne Version von Brot und Spielen – beinahe symptomatisch für ein Land, das Autor Henry Louis Gates Jr. im „New Yorker“ als das „zugleich schamloseste und puritanischste der Welt“ beschreibt.

Auf der einen Seite eine riesige Porno-Industrie, auf der anderen beepen TV-Anstalten Worte wie „shit“ oder „fuck“ aus ihren Sendungen. Hier Gefängnis für Ehebruch, dort so viele Seitensprünge und Scheidungen wie fast nirgendwo auf der Welt. Schwangere Teenies in riesiger Zahl, dann wieder ganze Bevölkerungsschichten, die vorehelichen Sex für Sünde halten.

Daß ausgerechnet der amtierende Hüter des Weißen Hauses gleich in mehrere Fälle sexueller „Avancen“ verwickelt ist, verleiht der Sache nicht nur mehr Gewicht und Pikanterie. Das Politikum ist zum Teil der Politik geworden und damit in jene Sphäre geraten, wo alles mit allem auf irgendeine Weise zusammenhängt.

Nur einen kurzen Fußweg vom Arbeitsplatz des mächtigsten Mannes der Welt entfernt befindet sich ein „workplace“, der sich in puncto Macht und Ansehen in vielem mit dem White House messen kann. In einem der zahlreichen neoklassizistischen Klötze, die mit Säulen und Gesims der Hauptstadt ihren notorischen Antik-

Appeal verleihen, gehen zwei Frauen und sieben Männer Jobs nach, die zu den privilegiertesten des Landes zählen – nicht nur, weil der Präsident die Inhaber der Planstellen auf Lebenszeit höchstpersönlich vorschlägt: Die Richterinnen und Richter des US Supreme Court, des Obersten Gerichts der Vereinigten Staaten, fällen Entscheidungen, die sich bis ins höchste Amt des Staates auswirken können.

Jahrelang hat das Gremium zum Thema sexuelle Belästigung geschwiegen – was niedere Instanzen natürlich nicht davon abhalten konnte, in einer Vielzahl von Verfahren Recht zu sprechen und dabei zu den widersprüchlichsten Urteilen zu gelangen. Seit Clarence Thomas, einziger Farbiger im Kreis der erlauchten Richter, 1991 nach Anschuldigungen seiner früheren Mitarbeiterin Anita Hill selbst in jenen Fall verstrickt war, der den juristischen Amoklauf wesentlich mit ausgelöst hat, kommt der Stimme des Supreme Court ein besonders prekäres Gewicht zu.

In der gerade beendeten Sitzungsperiode haben die Überrichter gleich vier Fälle zur höchstrichterlichen Entscheidung zugelassen. Anfang März haben sie den ersten abgehakt: Joseph Oncale hatte 1991 wegen fortgesetzter Belästigung seinen Job auf einer Ölplattform vor der Küste Loui-

sianas aufgegeben. Drei Kollegen, darunter zwei Vorgesetzte in der nur aus Männern bestehenden Crew, hatten ihn „unerwünscht“ berührt, ihm unter anderem ein Stück Seife in den Anus geschoben, ihn festgehalten, so daß einer der Chefs seinen Penis auf den Hals des Arbeiters legen konnte. Bei anderer Gelegenheit drohten sie, ihn zu vergewaltigen.

Oncale verklagte die Firma, weil sie diese Übergriffe trotz seiner Beschwerden geduldet hatte. Seine Klage wurde jedoch in zweithöchster Instanz abgewiesen, da nach Ansicht der Richter gleichgeschlechtliche Belästigung auf Basis der bestehenden Gesetze nicht justizierbar sei. Der Supreme Court schloß die Lücke und entschied

einmütig, auch „same sex harassment“ falle unter sexuelle Belästigung. Männer haben überdies vereinzelt erfolgreich gegen die sexuelle Belästigung durch Kolleginnen geklagt.

Von ungleich heiklerem Kaliber erwies sich der Fall „Burlington Industries Inc. v. Ellerth, 97-569“, der im April zur Anhörung kam. Dabei ging es unter anderem um die Frage, unter welchen Umständen ein Arbeitgeber für Handlungen seiner leitenden Mitarbeiter verantwortlich und schadensersatzpflichtig gemacht werden kann, wenn er von den Vorgängen nichts wußte. Und weiter: Müssen Kläger nach-

weisen, daß sie berufliche Nachteile in Kauf nehmen mußten oder nicht?

Kimberly Ellerth hat unter Eid ausgesagt, sie sei als Angestellte des Textilkonzerns Burlington etwa 130mal sexuellen Andeutungen, unsittlichen Anträgen und Berührungen seitens ihres Vorgesetzten Theodore Slowik ausgesetzt gewesen. Einmal soll ihr der Mann mit Konsequenzen gedroht haben: „Wissen Sie, Kim, ich kann Ihren Job bei Burlington sehr schwer oder sehr leicht machen.“ Leichter würde ihr Job zum Beispiel, wenn sie kürzere Röcke trüge. Ellerth gab dem fortgesetzten Drängen Slowiks nicht nach, später wurde sie trotz dessen Drohung sogar befördert.

Nach 14 Monaten verließ sie das Unternehmen, ohne sich auch nur einmal zu den Vorfällen geäußert zu haben – und das, obwohl sie vom Beschwerdeweg bei Burlington wußte. Den Grund für ihr Schweigen, nämlich die Furcht, ihre Arbeit zu verlieren, teilt sie mit vielen Frauen: In den USA gilt fast durchweg die Regel des „employment at will“, der Anstellung nach Belieben. Feuern ist ohne nähere Angaben von Gründen möglich.

Gleichwohl verklagte Kimberly Ellerth ihren Ex-Arbeitgeber später auf Schadensersatz. Sie habe sich „gezwungen gefühlt aufzugeben“. Die Firma siegte in erster Instanz, weil sie geltend machen konnte, von den Vorgängen nicht unterrichtet gewesen zu sein. Ellerth ging in die Berufung – und gewann, wobei die zuständigen

Der Konflikt um das Geschlechtliche erschüttert die amerikanische Gesellschaft



Oben-ohne-Bar in New York: „Feindseliges Arbeitsumfeld“

T. SOBOLIK / BLACK STAR

Richter dem Wunsch Ausdruck verliehen, der Supreme Court möge sich der Sache doch annehmen.

Zwischenzeitlich hat sich das Fernsehvolk – vermittelt durch „Court TV“, „Burden of Proof“ und andere Programme – die Roben übergeworfen und in den Ring des Rechts gezappt. Aber sicher war das sexuelle Belästigung, sagen die einen, der hat ihr doch gedroht und nachgestellt. Und wiederholen noch einmal in allen Einzelheiten die Vorgänge gemäß der Aussage von Ms. Ellerth. Aber wie kann die erst schweigen und dann klagen, fragen die anderen, und stellen die Systemfrage: Wenn die Firma zahlen müsste und das auch noch Schule machte, dann würden alle Dämme brechen. Da wird, in immer neuen Talk-Runden, gerungen, interpretiert und ein ums andere Mal abgestimmt, als gehe tatsächlich alle Gewalt vom Volke aus.

Kein Wunder, daß am Tag des Hearings Feministinnen, Anwälte und Arbeitgeber, Personalchefs und Politiker gleichermaßen gespannt nach Washington blickten. Draußen vor dem Supreme Court bauten sich Fernsehteams auf, als sei schon von einer

kreten Fall von Belästigung. Es ging ums Prinzip. Die Zuschauer bekamen juristischen Verbal-Schach von erstaunlichem Unterhaltungswert geboten:

Ist eine „nicht wahrgemachte Drohung“ überhaupt bedrohlich? Wie oft muß eine Drohung ausgesprochen werden, um glaubhaft zu sein und damit zur Belästigung zu werden? Oder anders gesagt: Wann wird das Wort zur Tat? Ermuntert das Gesetz etwa dazu, sich auf die Anmache einzulassen, um dann klagen zu können? Ist ein Vorgesetzter wie Slowik, Vizepräsident der Verkaufsabteilung, juristisch gleichzusetzen mit dem Unternehmen? Wenn er selbst der Belästiger ist, hat der Arbeitgeber damit nicht automatisch Kenntnis von den Vorgängen? Handelt es sich dann um „strikte Haftung“, bei der die Firma uneingeschränkt regreßpflichtig ist? Oder nur um „Standardhaftung“, bei der es darauf ankommt, „was die Firma wußte“, aber auch, „was sie hätte wissen müssen“?

Die Debatte legte das Dilemma bloß, in das die amerikanische Rechtsprechung in Sachen Sexual harassment im Laufe der Jahre geraten ist: „Was genau ist das Ge-

nachteilungen aufgrund von Religion, Rasse, Herkunft und Hautfarbe ungesetzlich machen. Ein erzkonservativer Südstaaten-Abgeordneter brachte in letzter Minute das Wort „Sex“ in die Beratung. Unter Sex verstand er „Geschlecht“ im Sinne von männlich oder weiblich – nicht aber das Geschlechtliche. Er hoffte, das Gesetz durch die damals unsinnig erscheinende Erweiterung diskreditieren und am Ende kippen zu können.

In den Tagen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der Rassenunruhen sollten vor allem die Farbigen vor Diskriminierungen geschützt werden – die Benachteiligung von Frauen war noch kein Thema. Der moderne Feminismus steckte noch in den Anfängen, die Arbeitswelt war durchweg männlich geprägt, und von einer Ächtung unerwünschter sexueller Avancen konnte keine Rede sein.

Überraschend stimmten die Volksvertreter aber nicht nur für den Zusatz, der Diskriminierung aufgrund des „Sex“ verbietet, sondern auch für das gesamte Paket. Allein auf dem schmalen Fundament dieser drei Buchstaben des Gesetzes fußt nun der gesamte Kampf und Krampf um die sexuelle Belästigung in den USA.

Die Pandorabüchse stand bereit, doch es dauerte noch mehr als ein Jahrzehnt, bis sie sich nach und nach öffnete. Eine 44jährige Sekretärin namens Carmita Wood gab 1975 wegen der dauernden Anmache durch ihren Chef ihren Job in einem Labor der Cornell University auf. Ihr Antrag auf Arbeitslosengeld wurde jedoch mit dem Argument abgelehnt, die Kündigung habe „persönliche“ Gründe gehabt. Daraufhin hielten Feministinnen in Cornell ein „Speak-Out on Sexual harassment“ ab – offenbar auch das erstmal, daß der Begriff so explizit verwendet wurde.

Im Jahr darauf veröffentlichte das Magazin „Redbook“ eine bahnbrechende Studie: Rund 90 Prozent der 9000 darin erfaßten Frauen behaupteten, Opfer sexueller Belästigung gewesen zu sein. Zumindest in akademischen Kreisen rückte der bis dahin kaum thematisierte Sachverhalt allmählich ins allgemeine Bewußtsein. In Yale, einer anderen Elite-Universität an der amerikanischen Ostküste, studierten zu jener Zeit vier Personen Jura, die später jeweils auf ihre Weise eine entscheidende Rolle in Sachen Sexual harassment spielen sollten: Bill Clinton, Anita Hill, Clarence Thomas und Catharine MacKinnon.

Wenn es eine verdient hat, Urheberin der heutigen Situation genannt zu werden, dann ist es Catharine MacKinnon, die an den Universitäten von Chicago und Michigan lehrt und forscht. Die Feministin hat sich nicht nur als kompromißlose Kämpferin gegen Pornographie international einen Namen gemacht. Sie schrieb auch das Drehbuch für das Drama, das im Supreme Court mit dem Fall „Burlington Industries

Mehr als 300 Mitsubishi-Mitarbeiterinnen in den USA

bekamen per Vergleich die Rekordsumme von 34 Millionen Dollar zugesprochen. Sie hatten geklagt, jahrelang wie sexuelles Freiwild behandelt worden zu sein.



Protest gegen sexuelle Belästigung, Mitsubishi's Amerikachef Ito

Entscheidung zu berichten, nicht nur von einer Anhörung. Einlaßwillige standen bereits Stunden vor Beginn der Sitzung an, doch längst nicht alle erhielten einen Platz im Saal, wo Kameras nicht zugelassen sind.

An der lebhaften Aussprache hätte ein Franz Kafka als Gerichtsreporter seine Freude gehabt: Es herrschte, wenn auch auf höchstem Niveau, ein ziemliches Durcheinander. „Auch Richter scheinen verwirrt“, schrieb tags darauf die Zeitung „USA Today“. Was war geschehen?

Während des einstündigen Hearings ging es weder direkt um Kimberly Ellerth noch um Burlington Industries oder den kon-

setz der sexuellen Belästigung“, fragte vor kurzem in einer Titelgeschichte zum Thema das Nachrichtenmagazin „Time“, „und wie konnte es sich zu einer solchen Bestie entwickeln?“

Es fängt damit an, daß die Abgeordneten des Kongresses nie ein Gesetz verabschiedet haben, das sexuelle Belästigung ausdrücklich verbietet. Sie haben auch nie definiert, was darunter zu verstehen ist. Der Gesetzgeber hat nur einmal, im Jahre 1964, eine Art Initialzündung gegeben, die zunächst jahrelang ohne Wirkung blieb.

Der sogenannte Title VII des „Civil Rights Act“ sollte ursprünglich nur Be-



Amerikanisches Pin-up-Poster: Der Kampf und Krampf um die sexuelle Belästigung fußt auf drei Buchstaben

O. DE BERARDINIS

v. Ellerth“ seinen vorläufigen Höhepunkt fand.

Die Professorin, schmal, großgewachsen, das Haar eng hinter dem Kopf zusammengebunden, wirkt auf eine irritierende Weise zugleich unerbittlich und verbittert. So gefechtsbereit sie ihre Augen auch ausrichtet, so messerscharf sie argumentiert, hinter all ihrer Entschlossenheit und Selbstbeherrschung schwingt stets diese Traurigkeit einer tragischen Figur mit: Diese Frau teilt aus, aber sie hat auch einiges einstecken müssen. Catharine MacKinnon gilt vielen in den USA als Brunnenvergifterin im schwierigen Miteinander von Mann und Frau.

Ihr Schlüsselerlebnis, erzählt sie, sei die Geschichte der Carmita Wood in Cornell gewesen. Hier sei ihr klargeworden, was Ungleichheit zwischen den Geschlechtern tatsächlich bedeutet. Als sie wenig später einen Artikel zu dem noch recht neuen Konzept des Sexual harassment verfaßt, hört sie von einem anderen Fall, der genau die von ihr gerade behandelten Fragen aufwirft: Eine Sekretärin, die sich geweigert hat, mit ihrem Chef zu schlafen und dafür von ihm bestraft worden ist, kommt mit ihrer Klage nicht durch, weil die Belästigung vom

Gericht – wie üblich – als „persönliche“ Angelegenheit abgetan wird.

Das Berufungsgericht aber macht sich die Argumentation aus MacKinnons Artikel zu eigen und entscheidet schließlich so ausdrücklich wie noch kein Court zuvor, daß sexuelle Belästigung tatsächlich eine Form von „sex discrimination“ unter Titel VII des Civil Rights Act von 1964 darstellt. Damit ist das Eis gebrochen.

Die Juristin erweitert ihre Arbeit zu einem Buch, das unter dem Titel „Sexual harassment of Working Women“ erscheint und heute zu den einflußreichsten amerikanischen Rechtsbüchern des 20. Jahrhunderts zählt. Darin unterscheidet sie erstmals zwei Arten von sexueller Belästigung – eine Differenzierung, die später zur Grundlage aller Rechtsprechung in den entsprechenden Fällen wird: „quid pro quo“ und „hostile environment“.

Unter „quid pro quo“ – „dies für das“ – versteht sie sexuelle Diskriminierung im engeren Sinn: Schlaf mit mir, oder ich schmeiß dich raus, geh mit mir ins Bett, und du wirst befördert, sind die klassischen Varianten. Diese Fälle, in denen Arbeitgeber auch ohne ihr Wissen von den Vorgängen zur Rechenschaft gezogen werden, sind bei

weitem in der Minderzahl – nicht zuletzt, weil sich der Zusammenhang zwischen „quid“ und „quo“ meist nur sehr schwer beweisen läßt, die Beweislast aber bei den Klägerinnen liegt.

Mit der zweiten Kategorie, dem „hostile environment“ oder „feindseligen Arbeitsumfeld“, hat Catharine MacKinnon jene Geister gerufen, die Amerika heute nicht mehr los wird. Was ein Arbeitnehmer als feindselig empfindet oder als sexuelle Benachteiligung, muß in diesem Bereich des Rechts nicht an die Taten von Vorgesetzten geknüpft sein. Auch Kollegen auf gleicher Ebene können ein feindliches Klima schaffen – und sei es nur dadurch, so ein berühmter Fall, daß sich eine Mitarbeiterin durch ein Foto auf dem Schreibtisch ihres männlichen Kollegen in ihrer Rolle als Frau herabgesetzt fühlt, das dessen Ehefrau im Bikini zeigt.

„Im Kern des Rechts um die sexuelle Belästigung“, meint die Frauenzeitschrift „Ms.“, „liegt ein Konzept, nach dem das ‚Opfer‘ entscheidet, ob es zum Opfer gemacht worden ist.“

In der ersten Entscheidung, die der Supreme Court je zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz fällte, vertrat Catharine MacKinnon 1986 die Bankangestellte Michelle Vinson. Deren Boß bei der Meritor Savings Bank hatte sie wiederholt um ein

Eine Professorin als Brunnenvergifterin im Miteinander von Mann und Frau?



Zeit des Feminismus in ihrem Kampf noch einen weiteren Geländegewinn. Mittlerweile stellt sich allerdings die Frage, ob sie nicht einen Pyrrhussieg errangen, als sie sogar den Faktor „Einvernehmlichkeit“ zur Disposition stellten: Wenn eine Frau wie Mechelle Vinson in die sexuelle Beziehung einwilligt, wie kann sie danach klagen und recht bekommen, fragt sich der „gesunde“ Menschenverstand in Amerika – eine Frage, die sich wie ein rotes Band auch durch Vergewaltigungsprozesse zieht.

Nicht, wenn sie durch ihr Verhalten angedeutet hat, daß die sexuellen Avancen unerwünscht seien, schrieb Richter William Rehnquist in seiner Begründung. MacKinnon sagt, im Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bedeute ein „Einverständnis“ seitens der Frau im Prinzip nichts, weil auch „einvernehmlicher“ Sex durch hierarchische Unterschiede erzwungen werden könne. Und wenn zur ungleichen Stellung auch noch der Unterschied im Geschlecht komme, handele es sich um sexuelle Diskriminierung. Quod erat demonstrandum.

Daraus und aus ihrer Analyse „man fucks woman; subject, verb, object“ wurde und wird ihr aber, wie kürzlich in der Zeitschrift „New Yorker“, in verfälschender Kürze in den Mund gelegt: „All sex is harassment“ – jeder Sex ist Belästigung. Das hat sie zwar nie gesagt. Doch damit wird sie wie kaum eine andere in Verbindung gebracht, und darunter leidet sie.

Gegner werfen Frauen wie ihr eine „neo-puritanische“ Haltung vor. Sie zitieren prominente Fälle wie den des Microsoft-Gründers Bill Gates, dessen Beziehung zu einer Angestellten in einer glücklichen Ehe endete. Mit ihrem Kreuzzug würden Feministinnen die nicht zuletzt für die Partnerfindung so entscheidende Erotik am Arbeitsplatz ausmerzen.

Das Meritor-Urteil des Supreme Court schuf seinerzeit zwar die Basis für den Boom im Geschäft mit der sexuellen Belästigung. Doch vorerst fand die Debatte noch vorwiegend in juristischen Zirkeln unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Das sollte sich 1991 schlagartig durch eine (fernseh-)öffentliche Anhörung des Senats ändern, bei der es um die Ernennung des schwarzen Richters Clarence Thomas durch den damaligen Präsidenten Bush ging. Thomas wirkte zu diesem Zeitpunkt als Chef der „Equal Employment Opportunity Commission“, die alle Fälle von Benachteiligungen behandelt, also auch Klagen wegen sexueller Belästigung. Und nun wurde der Jurist von der ihm unterstellten Anita Hill genau solcher Vergehen bezichtigt: Er habe sie zu Stelldicheins gebeten und immer wieder bizarre sexuelle Reden geführt.

Szene aus dem Hollywood-Film „Entführung“*: *Obsession der Lust*

Rendezvous gebeten, was sie erst ablehnte. Dann aber gab sie nach und hatte nach eigenen Schätzungen 40- bis 50mal Sex mit dem Mann, darunter mehr als einmal im Tresorraum. Sie behauptete, sie habe unter Druck gestanden, ihr Chef habe sie mehrfach vergewaltigt. Ihre Klage wurde abgewiesen. Grund: Sie war weder gefeuert noch herabgestuft worden.

Der Supreme Court aber entschied den Fall „Meritor Savings Bank v. Vinson“ einstimmig zugunsten der Frau – und folgte dabei fast wörtlich der Argumentation der feministischen Juristin MacKinnon: Danach können Rede oder Handlung ein

feindseliges Umfeld schaffen und den Civil Rights Act verletzen. Damit war sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz nicht nur „offiziell“ zu einer Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts erklärt worden – wofür Feministinnen so bitter gefochten hatten.

Der Spruch legte auch den Grundstein für das juristische Chaos, dem nur noch der Supreme Court selbst Einhalt gebieten kann – zumal sich der Gesetzgeber mit dem heiklen Thema offenbar nicht befassen will. „Der Gegenstand ist zu explosiv für den Kongreß“, vermutet der „Christian Science Monitor“.

Catharine MacKinnon und ihre Mitstreiterinnen erzielten während der großen

**Das Wort
„Clitoris“
bringt einen
Brauerei-
manager
um den
Arbeitsplatz**

* Mit Demi Moore und Michael Douglas.

Anita Hill konnte das Komitee zwar nicht davon überzeugen, daß sie sexuell belästigt worden war. Aber die Anhörung machte den Tatbestand sowie auch die Feinheiten von „quid pro quo“ und „hostile environment“ zum Topthema besonders unter Frauen. Sie löste jene Prozeßwelle aus, deren Ende bis heute nicht abzusehen ist.

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung lief indes der juristischen voraus – und daran hatte der Anwalt und Politiker William Jefferson Clinton einen entscheidenden Anteil. „Ich glaube Anita Hill“, verkündete 1992 der damalige Gouverneur von Arkansas und demokratische Kandidat auf das Präsidentenamt und schlug sich damit eindeutig auf die Seite der Frauen. Gattin Hillary nahm an einem Lunch zu Ehren Anita Hills teil und forderte ihre Geschlechtsge nossinnen auf, mit ähnlichen Geschichten an die Öffentlichkeit zu gehen. Sie konnte natürlich nicht ahnen, daß ein paar Jahre später eine gewisse Paula Jones genau das tat und damit ihren Mann in größte Nöte brachte.

Auf Druck der Feministinnen wurde Klägern damals auch das Recht eingeräumt, in Fällen sexueller Belästigung Privatleben und Vorgeschichte eines Angeklagten beinahe grenzenlos zu durchforsten und vor Gericht zu bringen. Das ist ein Privileg, das die Anklageseite nicht einmal in Vergewaltigungsprozessen besitzt. Ironischerweise wurde dadurch auch den Anwälten von Paula Jones die Möglichkeit gegeben, nach weiteren Verfehlungen in Bill Clintons Vorleben zu suchen, was sie schließlich auf Monica Lewinsky und Kathleen Willey brachte – deren Namen sonst vermutlich unbekannt geblieben wären.

Nach seinen Vorgängern Ronald Reagan und George Bush, durch die Geschlechterbrille betrachtet Präsidenten für Männer, von Männern gewählt, konnte mit Bill Clinton erstmals ein „feministischer Präsident“ die Wahl gewinnen. Und zwar nur aufgrund des außergewöhnlich hohen Anteils weiblicher Wähler. Die Frauen stimmten für ihn, obwohl noch im Wahlkampf eine Sexaffäre publik geworden war: Die Nachtclubsängerin Gennifer Flowers erklärte öffentlich, sie habe mit ihm Sex gehabt – was Clinton erst im Januar dieses Jahres zugab.

Die Stimmung im Lande hatte sich aber gewandelt: Noch 1987 war der führende Präsidentschaftsbewerber der Demokraten, Gary Hart, über außerehelichen Sex gestolpert. Berichten einer Zeitung zufolge

ge hatte er eine Nacht mit einem Starlet namens Donna Rice verbracht. Selbst als seine Frau Lee die Nation wissen ließ, die Affäre habe sie nicht gestört, hörte die Hexenjagd nicht auf, bis Hart schließlich seine Bewerbung zurückzog.

Als Clinton hingegen nach Gennifer Flowers' Enthüllungen in der Sendung „Sixty Minutes“ mit Ehefrau Hillary an seiner Seite freimütig Probleme in ihrer Ehe und Fehler seinerseits einräumte, führte sein Geständnis nur dazu, daß seine Landsleute ihm vergaben.

Die Amerikaner reagieren auf jeden neuen Skandal müder und milder. So sehr sie das Sexleben ihrer Prominenten auch fesselt, sie sind eher bereit zu ver-

nen Witz aus der Sitcom-Serie „Seinfeld“ referiert zu haben: Jerry Seinfeld hat den Namen der Frau vergessen, mit der er ausgeht, er weiß aber noch, daß er sich auf einen weiblichen Körperteil reimt. Dann fällt er ihm ein: Dolores. Als Best nicht kapiert, zeigt Mackenzie ihr aus einem Lexikon die Definition des Wortes „Clitoris“. Das kostet ihn den Job.

Mackenzie klagte gegen seine Kündigung, und da niemand in der Jury, auch keines der zehn weiblichen Mitglieder, den Witz als anstößig empfand, verdonnerten die Geschworenen seinen Ex-Arbeitgeber schließlich zu 26,6 Millionen Dollar Wiedergutmachung (die Brauerei ist in die Revision gegangen).

Der Armee-Offizier

Gene McKinney wurde im Frühjahr von einem Militärgericht freigesprochen. Sechs Frauen, darunter Brenda Hoster, hatten ihn der sexuellen Belästigung in insgesamt 18 Fällen beschuldigt.



McKinney



Hoster

zeihen als vor nicht allzu langer Zeit. Zwar mußte Clintons Wahlkampfberater Dick Morris vor zwei Jahren noch abtreten, nachdem seine Schäferstündchen mit einer Prostituierten ruchbar geworden waren. Und Sportreporter Marv Albert verlor letztes Jahr seinen Job, nachdem gleich zwei Gespielinnen – vor den Augen der Fernseh-Nation, inklusive Alberts kleiner Kinder – seine sadomasochistischen Leidenschaften beim Sex enthüllt hatten.

Aber spätestens seit ein Militärgericht im Frühjahr dieses Jahres Sergeant Gene McKinney von insgesamt 18 Anklagen wegen sexueller Belästigung, vorgebracht von sechs Frauen, freisprach, deutet sich eine Wende an.

„Das Pendel schwingt zurück“, bemerkte Steven Berlin, Anwalt in San Francisco, als vergangenes Jahr der Fall von Jerold Mackenzie Furore machte: Dem ehemaligen Manager bei der Miller Brewing Company war nichts weiter vorgeworfen worden, als seiner Kollegin Patricia Best ei-

Wie sehr sich der Wind gedreht hat, zeigte sich in den Reaktionen der Feministinnen, als der Prozeß von Paula Jones gegen Bill Clinton Anfang April verworfen wurde: Die gleiche Schwesterschaft, die vor sieben Jahren wie eine Frau hinter Anita Hill gestanden hatte, versagte Jones, jener personifizierten Antithese zum Feminismus, jegliche Unterstützung. Statt dessen unterstützten sie Billy-Boy, der, wie die Jung-Feministin Katie Roiphe glaubt, die „heimliche Phantasie vieler amerikanischer Frauen erfüllt“.

Patricia Marx, landesweit bekannte Ex-Mitarbeiterin der TV-Show „Saturday Night Live“, findet Clinton einfach „süß, und er wird immer süßer“. Schriftstellerin Erica Jong ließ die Öffentlichkeit wissen, sie wünsche sich einen Präsidenten, der „von der Hüfte an abwärts lebendig“ ist. Bei einer bizarren Diskussionsrunde von zehn „Supermädchen“ aus Manhattan, die vom „New York Observer“ im Januar im Restaurant Le Bernardin veranstaltet wurde, spekulierten die beiden, ob sich Moni-

ca Lewinsky wohl das Sperma ihres Bosses einverleibt habe. „Stellt euch vor“, kreischte Jong, „daß ihr schluckt, was vom Präsidenten kommt.“

Da Frauen in den USA nach allgemeiner Einschätzung noch lange nicht Präsidentin werden können, haben sich die Amerikanerinnen in Bill Clinton einen „Frauenpräsidenten“ gewählt – auch weil sie in dessen Ehepartnerin eine Art Ko-Präsidentin sahen. Er hat es ihnen nicht schlecht vergolten: Kein Amtsinhaber vor ihm hat ihre Sache so unterstützt und so viele hochrangige Posten an Frauen vergeben wie er. „Wir verzeihen Bill seine sexuellen

„Herr und Hure“ war da so gut wie nichts mehr zu hören oder zu lesen.

Catharine MacKinnon nahm die „Salon-Feministinnen“ hart ins Gebet: Nur weil sie zum Freundeskreis des Präsidenten zählten, dürften sie ihm doch nicht alle Schweinereien nachsehen und damit der Frauenbewegung in den Rücken fallen. Für MacKinnon ist Clinton das Paradebeispiel des Belästigers, der seine Macht schonungslos zur sexuellen Ausbeutung mißbraucht.

Allzu leicht übersehen selbst altgediente Kämpferinnen, daß weder Jones noch Lewinsky oder irgendein anderes von Clin-

liams, Autorin der Zeitschrift „Vanity Fair“, „stellen die Feministinnen einen ihrer wichtigsten Siege während der vergangenen Jahrzehnte in Frage: den hart-erkämpften Konsens, nach dem Männer ihre soziale und wirtschaftliche Macht nicht nutzen dürfen, um Sexpartner am Arbeitsplatz zu rekrutieren“.

Noch stärker regt sich unter amerikanischen Frauen aber das Unbehagen darüber, daß der Kampf längst über das hehre Ziel hinausgeschossen ist. Bei einer Konferenz im Februar 1998 anlässlich des 20. Jahrestags des Erscheinens von MacKinnons einflußreichem Buch verhöhnte Erzfeministin

Andrea Dworkin Kritiker an der Harassment-Gesetzgebung zwar noch: „Millionen von Männern wünschen sich junge Frauen an ihrem Arbeitsplatz, die ihnen den Schwanz lutschen.“

Doch immer lauter und schärfer wird – auch angesichts eines Schulterschlusses zwischen radikalen Feministinnen und christlichem Familienwerte-Fundamentalismus – die Kritik innerhalb der Frauenbewegung. Wendy Kaminer, Präsidentin der „National Coalition Against Censorship“, sagt: „Die von einigen Feministinnen geschaffene Verwirrung um Sex und sexuelle Belästigung hat uns in die fünfziger Jahre zurückgeworfen.“

„Wer sagt, daß Frauen mehr Schutz brauchen“, erklärt Jane Gallop, Professorin an der City University von New York, „macht sie zu erbärmlichen Wesen, die gegen ihre eigenen, kranken Wünsche geschützt werden müssen.“

Die Juristin Vicki Schultz fordert, den Fokus des Harassment-Rechts endlich vom Geschlechtlichen wieder zum Geschlecht zurückzurichten: Das Problem sei nicht der Sex, sondern „das Versagen der Sexisten, Frauen als Arbeitskräfte ernst zu nehmen“. Über der inquisitorischen Obsession mit dem Sexuellen werde meist vergessen, daß die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz

weniger aus schmutzigen Witzen oder rüder Anmache resultiere, sondern aus der Geringschätzung weiblicher Mitarbeiter durch ihre Kollegen.

„Die traurige Tatsache ist, daß Frauen, die auf streng geschützten Grenzen beharren, womöglich die Schlacht gewinnen, aber den Krieg verlieren“, fürchtet Doug Marlette von der Monatszeitschrift „Esquire“. Es frage sich, ob sich Flirtende demnächst wie Raucher aus den Gebäuden vor die Türen flüchten müssen.

Unerbittlich aber mahlen weiter die Mühlen des Rechts, Gerichte füllen das Gesetzesvakuum der Politik mit immer neuen Verdikten. Während „Time“ auf seinem Titelblatt bereits die Frage stellt, „Ist der

Der Präsidentschaftsbewerber

Gary Hart zog sich 1987 nach Bekanntwerden seiner Affäre mit dem Starlet Donna Rice aus dem Wahlkampf zurück.



Hart



Rice

Eskapaden“, sagt die schwarze Autorin Jill Nelson unverblümt, „als Dank für seine Unterstützung des Frauenrechts auf Abtreibung.“

Schon als Monica Lewinsky, pausbäckig-ahnungsloses Kind der Generation jenseits der sexuellen Revolution, als angebliche Sexpartnerin Clintons geoutet wurde, reagierten massenhysterisch nur die Medien, aber nicht die Mädchen. Der Präsident habe sich nicht der sexuellen Belästigung schuldig gemacht, ließ Gloria Steinem, die wohl bekannteste Frauenrechtlerin des Landes, ihre Genossinnen wissen. Denn er habe nicht insistiert, sondern in allen bekanntgewordenen Fällen das Nein der Frauen als Nein akzeptiert. Vom Muster

tions angeblichen Sexobjekten die wahren Opfer seiner Eskapaden sind. Vielmehr ist es seine Frau Hillary. Deren Ehe galt emanzipierten Frauen in den USA lange als Modell einer fortschrittlichen Beziehung. Das Ideal zerfiel, als die First Lady wie eine viktorianische Durchschnittsgattin die Missetaten ihres „Womanizer“-Ehemanns ertrug und auch noch öffentlich in Abrede stellte. Als Gedeimütigte geriet sie genau in jene Rolle, die sie um keinen Preis spielen wollte.

Mit dem ehemaligen Vorbild der Feministinnen droht nun auch die gesamte feministische Bewegung ins Trudeln zu geraten. Indem sie Clintons Übeltaten unter den Teppich kehren, meint Marjorie Wil-



Präsident Clinton, Praktikantin Monica Lewinsky: „Trübe Welt der sexuellen Belästigung“

Feminismus tot?“, feiert die Frauenbewegung in den USA einen ihrer größten juristischen Erfolge.

Der Supreme Court ließ sich für die Richtersprüche zu „Burlington Industries v. Ellerth“ und einem ähnlich gelagerten Fall bis zum letzten Tag seiner diesjährigen Sitzungsperiode Zeit – um dann mit einer Sensation sogar den Chinabesuch des Präsidenten vom Platz eins der Meldungen zu verdrängen. Eine höchstrichterliche Entscheidung von dieser Tragweite hatten sich selbst die Aktivistinnen nicht einmal in ihren kühnsten Träumen erhofft:

Mit satter 7:2-Mehrheit verfügte das Gremium, daß in Fällen sexueller Belästigung die Beweislast künftig bei den Unternehmen liegt. Ob sich ein Opfer bei Vorgesetzten beschwert hat oder nicht – die Firmen müssen nun den Nachweis führen, daß sie alles unternommen haben, um ein Vergehen zu verhindern. Es reicht auch nicht mehr aus, ein Beschwerdeverfahren einzuleiten. Die Betriebe haben von sich aus dafür zu sorgen, daß Klagen an die zuständigen Stellen gelangen. Dies sei eben, so heißt es in der Urteilsbegründung, „einer der Kostenfaktoren, wenn man Geschäfte machen will“.

„Der Supreme Court hat Arbeitgebern den Anreiz genommen, den Kopf in den

Sand zu stecken“, freute sich Ellen Bravo von der „National Association of Working Women“. Niemand könne sich mehr damit herausreden, nichts gewußt zu haben.

Kritiker des Verdiktes fürchten jedoch, übervorsichtige Firmen könnten nun versuchen, mit Überwachungskameras und konstanter Audio-Aufzeichnung „saubere“ Betriebe zu schaffen. Schöne Neue Welt.

Was sexuelle Belästigung ist, hat das Oberste Gericht nie definiert

Andere, allen voran Rechtsprofessor Eugene Volokh aus Los Angeles, sehen durch den erweiterten Schutz gegen sexuelle Belästigung das Grundrecht auf freie Rede gefährdet. Der Kampf gegen die eine Art von Diskriminierung fördere eine andere: „In gewisser Weise ist fast jeder Ort ein Arbeitsplatz“, sagt Volokh, „auch Bars, die heimische Küche, Kirchen, Sportstätten.“ Können demnächst Kellnerinnen ihren Boß verklagen, weil in seiner Kneipe anzügliche Witze erzählt worden sind? Müssen umgekehrt Kinobesitzer oder Betreiber von Zeitungskiosken nicht sicherstellen, daß ihre Angestellten nicht in „feindseligem Arbeitsumfeld“ tätig sind?

In ihrem Spruch zu „Burlington Industries v. Ellerth“ gingen die obersten Richter sogar noch weiter. Sie hoben die schar-

fe Trennung zwischen „quid pro quo“ und „hostile environment“ auf. In beiden Fällen, also auch bei leeren Drohungen, wenn das „quid“ ohne „quo“ bleibt, sind Firmen nun uneingeschränkt schadensersatzpflichtig. Was genau aber sexuelle Belästigung ist, hat der Supreme Court auch diesmal nicht definiert.

„Diese trübe Welt der sexuellen Belästigung“, schrieb die „Washington Post“, „ist noch ein wenig trüber geworden.“

In Zukunft müssen Kläger nicht einmal mehr nachweisen, daß sie Nachteile im Job erlitten haben. Deshalb darf sich nun sogar Paula Jones wieder Hoffnungen machen. Ein Grund, warum ihr Verfahren gegen Bill Clinton nicht zugelassen wurde, war der fehlende Nachweis beruflicher Konsequenzen.

Einer der beiden Richter, die sich deutlich gegen die Entscheidung ihrer Kollegen aussprachen, war ausgerechnet jener Clarence Thomas, dessen Ernennung vor sieben Jahren beinahe an den Vorwürfen Anita Hills gescheitert wäre. Er warnte eindringlich vor einer neuen Flut von Prozessen.

Die heimlichen Nutznießer der neuen Rechtslage sehen das offenbar ähnlich: Teilnehmer einer nationalen Juristen-Konferenz im kalifornischen Monterey berichteten, Anwälte hätten „in den Gängen getanzt“, als das Urteil bekannt wurde. ♦

RUSSLAND

Drang zum Dollar

Dramatisch steigen die Schulden des Staates, aber der Westen verleiht immer neue Milliarden.

Wohin fließt die Dollar-Flut? Anstatt Steuern zu zahlen, schaffen russische Geschäftsleute lieber Devisen an. Sie bunkern den Schatz im Ausland und leisten sich jeden Luxus.

Stracks ins Gefängnis führte zu Sowjetzeiten der Besitz von Valuta, heute geht in Rußland, wer Dollar braucht, in die nächste Wechselstube und tauscht rund sechs Rubel in einen Greenback.

Nach den Schrecken der Inflation würde am liebsten jeder Russe all sein wieder Erspartes in eine sichere Währung wandeln. Damit lassen sich Auslandsreisen finanzieren, Luxuswaren aus Berlin und Dubai kaufen, gar einträgliche US-Staatsanleihen.

Wer nur irgend etwas Bares übrig hat, wechselt es in Dollar. Die Unternehmen drücken sich vor den Steuern und hüten sich wechselseitig, Rechnungen zu bezahlen, sie bevorzugen den Tauschhandel wie im Mittelalter. Untereinander sind sie höher verschuldet, als der gesamte Geldumlauf an Rubel ausmacht.

Wer kann, sieht zu, daß er seinen Dollarschatz im Ausland versteckt. Wer dort Devisen kassiert, sucht sie dort auch zu belassen: Russische Geschäftsleute und Unternehmen legen schätzungsweise 20 Milliarden Dollar im Jahr auf Auslandskonten an.

Hoch im Kurs sind auch Häuser, Wohnungen und Hotels in Deutschland, der Schweiz, in Tschechien, in Bulgarien, in den USA sowie auf Zypern und den Bahamas. Die Geschäfte werden besonders gern von Banken in Deutschland und Österreich vermittelt – so das Interpol-Zentralbüro in Rußland.

27 Linienflüge und 36 Charterflugzeuge brachten wöchentlich etwa 15 000 Besucher aus der GUS, vor allem aus Rußland, in die Vereinigten Arabischen Emirate. Nach Angaben von „Gulf News“ geben sie durchschnittlich 2000 Dollar am Tag aus.

Wie ungeniert geschäftstüchtige Russen die Dollar ins Ausland schleppen, enthüllt ein Blick auf seltsame Statistiken. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnete aus, daß die Russen 1996 Waren im Wert von knapp 57 Milliarden Dollar aus dem Ausland einfuhrten – und auch bezahlten. Die entsprechende russische Zollstatistik kommt hingegen nur auf gut 45 Milliarden Dollar. Der diskrete Schmu, vom Fachmann Unterfakturierung durch russische Importeure oder schlicht Schmuggel genannt, hat einen einfachen Hintergrund: Der Gewinn blieb auf westlichen Bankkonten hängen.



WIF-Chef Camdessus, Präsident Jelzin
Niedrigste Zinsen der Welt

Bei den russischen Ausfuhren, meist Öl, Gas oder Rohstoffen, funktioniert das System der falschen Rechnungen ebenso. Allein nach Deutschland schickten die cleveren Russen in den drei Jahren zwischen 1994 und 1996 Waren, für die sie acht Milliarden Mark mehr berechneten, als ihre heimische Statistik auswies. Anders ausgedrückt: Den russischen Behörden gegenüber rechneten die Exporteure ihre Geschäfte klein – und ließen die acht Milliarden gleich auf westlichen Konten.

Angesichts dieser Praktiken wundert es nicht, daß jeder zweite russische Betrieb laut amtlicher Statistik Verluste macht. Wer allerdings die wahren Gauner sind, ist von außen nicht auszumachen. Schließlich wurde soeben der Statistik-Chef wegen Zahlenmanipulationen verhaftet.

Fachleute aller wirtschaftspolitischen Denkrichtungen sind sich einig: Wenn es der Regierung gelänge, die gewaltigen Auslandsguthaben zurückzulocken, wäre das Land über den Berg. Danach aber sieht es im Moment nicht aus, im Gegenteil.

Da der Staat zahlungsunfähig ist, setzt die Regierung des Ministerpräsidenten Kirijenko nach westlichem Druck jetzt auf jenes Mittel, das scheues Kapital stets am zuverlässigsten verjagt: rabiate Steuereintreibung. Eine besonders absurde Variante trifft künftig die kleinen und mittleren Betriebe. Sie sollen nicht etwa erwirtschaftete Gewinne versteuern, sondern – offenkundig damit der Staat schnell zu Geld kommt – eine Steuer auf zukünftige Erträge bezahlen.

Daneben langt die Regierung auf jene versteckte Weise zu, die auch in den kapitalistischen Ländern immer mehr in Mode kommt: Statt der direkten werden die in-



Reiche Russen (in St. Moritz): Luxuswaren aus Berlin und Dubai und Latifundien auf den

direkten Steuern kräftig erhöht. Neuerdings gibt es zu der üblichen Mehrwertsteuer (20 Prozent) noch eine „Verkaufssteuer“ (5 Prozent), die zur Dämpfung des landesweiten Unmuts den Regionen zukommen soll. Außerdem sollen Importe künftig mit 30 statt 27 Prozent besteuert werden.

Schon jetzt ist abzusehen, daß zumindest das internationale Kapital angesichts dieses Steuer-Stakkatos nur höchst zögernd in Rußland investieren wird.

Mit russischen Rubel hingegen läßt sich der darniederliegende Produktionsapparat derzeit auch nicht aufpäppeln, zumal neuer Industrieminister der ehemalige Chef der sowjetischen Staatsplanzentrale wurde: Jurij Masljukow, ein Kommunist.

Die Regierung bietet Geldgebern nun 55 Prozent Zinsen für Staatspapiere. Wer aber auf die Schnelle soviel verdienen kann, wird sich nicht mit dem Aufbau einer Fabrik abmühen, wo ihn ungezählte Vorschriften, rabiate Steuereintreiber, Schutzgelderpresser und ein ungewisser Ertrag erwarten.

So stecken die Russen bis auf weiteres in ihrem Teufelskreis: Veraltete Produktionsbetriebe machen Verluste, der Staat und seine werktätigen Massen haben kein Geld. Eine kleine Oberschicht – Fachleute schätzen sie auf 3 Millionen der 147 Millionen Russen – profitieren vom Reichtum des Landes.

Nach den Regeln der Ökonomie wäre in Rußland eine Abwertung der Währung fällig. Man könnte dann für die Gas- und Ölexporte mehr Rubel Erlösen, die vielleicht doch zu Investitionen im Land verwendet würden. Die Importe aus dem Westen, etwa die berühmt-berüchtigten Joghurts aus Deutschland, würden so teuer, daß sich



Bahamas



Arme Russen*
Tomaten aus Amerika

die Russen bequemen könnten, ihren heimischen Joghurt modern und massenhaft zu produzieren.

Aber die Abwertung des Rubel ist ein Tabu. Hier treffen sich die Interessen des westlichen Kapitals mit denen der russischen Nationalisten. Die einen wollen den Russen ihre Westware verkaufen, die anderen aber messen oftmals das Verhältnis zwischen Dollar und Rubel an ihrem Gefühl für Macht und Herrlichkeit des russischen Vaterlandes: Daß ein Dollar sechs Rubel wert ist, empfindet der Duma-Hinterbänker als peinlich genug, mehr darf es nicht werden.

Um den bröckeligen Rubel zu stützen, rief Boris Jelzin den Internationalen Währungsfonds zu Hilfe, wieder mal.

Mit 4,8 Milliarden Dollar kam die erste Rate eines IWF-Kredits in Höhe von 11,2 Milliarden Dollar aufs Konto der Zentralbank in Moskau. 1,2 Milliarden davon trägt auf Umwegen die Deutsche Bundesbank, leihweise.

Für die nächsten drei Jahre hat Moskau schon einen Bedarf von weiteren 7,8 Milliarden Dollar angemeldet. Premier Sergej Kirijenko genoß seinen „absoluten Sieg“. Vor der Duma triumphierte er, zu so niedrigen Zinsen gäbe es Geld sonst nirgendwo auf der Welt: zwischen vier und fünf Prozent.

Der gestützte Rubel erfreut nicht nur deutsche Joghurthersteller. US-Exporteure machen Jahrhundertgeschäfte. Die Lebensmittelieferungen nach Rußland ha-

ben sich in den letzten vier Monaten mehr als verdreifacht.

Höchste Zuwachsraten verzeichnet Snackfood vom Schokoriegel bis zu Kartoffelchips (750 Prozent Steigerung); um 350 Prozent ist seit Anfang dieses Jahres auch der Transport von frischem Gemüse über den Atlantik gestiegen: Sonnenge-reifte Tomaten aus Kalifornien für die kleine Schar der Reform-Gewinnler sind der Hit. Preiswerte US-Hähnchen dienen als Massenfutter wie einst in Deutschland nach der Währungsreform.

Um dem Westen das Gefühl zu vermitteln, daß die Marktwirtschaft vorankommt, haben die Russen weitere Privatisierungen versprochen. 2000 „strategisch“ wichtige Betriebe, die der Staat unbedingt im Besitz halten wollte, sollen verkauft werden. Aktien der Erdölgesellschaften, allen voran der Großkonzern Rosneft, gehören dazu.

Der alte Vorwurf gegen den IWF, wonach der vermeintlich großzügige Helfer auch immer das Wohl der großen Geldhäuser im Auge hat, bestätigt sich aufs neue. Wer dem russischen Staat in Gestalt von kurzfristigen Rubel-Schuldtiteln Geld gepumpt hat, darf sie nun in langfristige Dollar-Schuldverschreibungen umtauschen. Es geht um sechs Milliarden Dollar – eine Stundung für die Regierung, ein Fischzug für die Inhaber der Papiere.

Zu denen gehören außer reichen Russen auch westliche Investmenthäuser wie Goldman Sachs, Merrill Lynch, Salomon Brothers, Credit Suisse. Von der wundersamen Umwandlung riskanter Rubel in sichere Dollar profitieren also, finanziert oder verbürgt aus öffentlichen Mitteln, nun auch private Anleger aus dem Westen: Die Kapitalisten halten global zusammen.

Wer Dollar hat, braucht einen russischen Staatsbankrott nicht zu fürchten. Andrej Illarionow, Direktor des Moskauer Staatsinstituts für Wirtschaftsanalysen, ist der Überzeugung, der neue IWF-Kredit sei allenfalls geeignet, „den Beginn einer allumfassenden Schulden- und Devisenkrise um vier bis sechs Monate hinauszuschieben – abwenden kann er sie nicht“.

Jeden Monat laufen neue ungedeckte Verbindlichkeiten von sechs bis sieben Rubel-Milliarden auf. Bisher ist Rußlands Schuldenturm gegenüber dem Ausland auf insgesamt 175,8 Milliarden Dollar gewachsen, von denen 93 Milliarden noch aus Sowjetzeiten stammen. Größter Gläubiger ist Deutschland, die Außenstände von Bundesregierung, Banken und Firmen erreichen mit 75 Milliarden Mark insgesamt zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

Fast genausoviel, aber Dollar, so schätzt Sergej Jegorow, der Präsident des russischen Banken-Verbandes, befinden sich im privaten Besitz der russischen Bevölkerung – vom Schweizer Depot des Multimilliardärs bis zum Sparstrumpf der Babuschka. ♦

* Bergarbeiter ohne Lohn im Sitzstreik auf dem Moskauer Roten Platz.



FOTOS: CONTRAST / ACTION PRESS

Leergepumpter Krater über dem Unglücksbergwerk von Lassing: *Die Debattierclubs der Bergbehörde hatten alle Zeit der Welt*

ÖSTERREICH

Ohne Hoffnung stirbst du

Alle Welt wollte den Eingeschlossenen von Lassing helfen. Doch starrsinnige österreichische Bürokraten verboten sich jede „Einmischung“. Erst nach dramatischen Appellen wurden die Helfer am Unglücksort zugelassen. *Von Matthias Matussek*

Noch einmal am Freitag, kurz vor dem Ziel, stocken die Rettungsarbeiten. Längst gelten die Luftvorräte im Unglücksstollen von Lassing als verbraucht. Was wird man dort unten finden? Tote? Überhaupt etwas? Oder wird sich tatsächlich ein weiteres Wunder ereignen?

Womöglich wird man weitersuchen. Wahrscheinlicher aber wird man trauern und trösten. In jedem Fall aber wird man, endlich, Fehler und Verantwortlichkeiten benennen. Denn die meisten haben daran gewürgt in diesen Tagen in Lassing – daß nicht getan wurde, was getan werden konnte.

Das war es, was den Pfarrer jeden dieser quälenden Tage neu beschäftigte. Was sollte er den Angehörigen der Verschütteten sagen, wenn sie am Abend in der barocken Jakobskirche von Lassing sitzen, die müden Gesichter hoffnungssuchend emporgewandt, zur Kanzel, zu ihm?

Zwei Tage vor der in Aussicht gestellten Bergung, und der Countdown läuft. Es ist der Tag des heiligen Lazarus, der aus dem Grab ins Licht gerufen wurde, aus dem Schattenreich



Dorfpfarrer Scheichenberger: „Der Georg lebt“

zurück ins Leben – der Kirchenkalender spielt ihm Trostmetaphern in Fülle zu. Pfarrer Scheichenberger schüttelt den Kopf. „Ich werde ihnen nichts anbieten können als meine Sprachlosigkeit.“

Er ist jung, Mitte 30, schmal, blaß. Vor zwei Jahren wurde er in dieses Dorf berufen, das mit bunt verputzten Häusern so kurortnetzt ins Tal gestreut ist. Landwirte sind hier die meisten, drei Kneipen gibt es mit Pension. Einige wenige haben Arbeit gefunden als Kumpel bei den Naintscher Mineralwerken, wo höhere Löhne gezahlt werden.

Als Pfarrer gehört er zum Establishment, so wie der Bürgermeister und der Werksleiter. Doch er ist jung genug, um zu den Rebellen zu gehören. Die meisten der Eingeschlossenen sind in seinem Alter.

Die Sprachlosigkeit des jungen Theologen ist verständlich. Zwischen den Menschen und Gott vermitteln, das hat er gelernt. Doch es ist nicht Gott, mit dem seine Gemeinde hadert. Es sind Instanzen, die in den letzten Wochen unnahbarer schienen, gnadenloser, und

ganz sicher inkompetenter: eine im wesentlichen unsichtbare Werksleitung, ein selbstgefälliger Minister im fernen Wien, vor allem aber die sinistre Oberste Bergbaubehörde, die mit byzantinischer Arroganz über das Leiden einer Ortschaft hinwegtrampelt.

Diese Behörde, ein Relikt aus dem Jahre 1854, pflege einen „unkontrollierbaren Machtapparat“, der sich durch „Zynismus und obrigkeitstaatliches Gehabe auszeichnet“, befand Gerhard Heilingbrunner vom Umweltdachverband ÖGNU. „Ein Staat im Staat“, murmelt auch der Pfarrer. Sie alle spielten über zwei Wochen hinweg mit dem Leben der Verschütteten von Lassing.

Seit die Mine einstürzte an jenem verhängnisvollen 17. Juli ist für die Lassinger, aber auch für die angereisten Journalisten jeder neue Tag ein quälender Alptraum aus Pannen, Vertuschungen und Irreführungen, die sich Pressekonferenzen nennen. In der Grube von Lassing, das steht für viele fest, sind nicht nur Menschen verschüttet. Nein, hier in diesem herausgeputzten steirischen Dorf wird ein Geheimnis gehütet, das nur stückweise ans Licht kommen wird: Hier habe die Arroganz von Behörden und das Geschäftskalkül von Unternehmern, so vermutet jeder, bereits Menschenleben gekostet.

Das Dorf ist abgeriegelt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Gemeingefährdung. Doch auch wenn nun Unterlagen sichergestellt und Verhaftungen vorgenommen werden, auch wenn die demokratischen Spielregeln funktionieren

sollten und Abteilungsleiter und Minister aus dem Amt gejagt würden, bleibt den Leuten von Lassing ihre Wut.

So war die Lage in diesen ganzen letzten Tagen:

Ihre Angehörigen kämpfen um Atem in der schwarzen Hölle unter Tage, doch oben haben die Debattierclubs der Bergbehörde alle Zeit der Welt. Da bricht eine Bohrspitze ab. Es dauert Ewigkeiten, bis Ersatz herbeigeschafft ist, denn für diesen Fall war nicht vorgesorgt. „Sie fahren auf den Mond“, meint eine abgeschufterte Bäuerin verzweifelt, „aber sie haben keinen Ersatzbohrer – das darf doch nicht wahr sein.“

Selbst nach dem „Wunder von Lassing“ vom vorvergangenen Sonntag, als der Kumpel Georg Hainzl aus seinem Erdloch gezogen wurde, wird die offizielle Suche nach den anderen zehn Verschütteten so chaotisch und schleppend betrieben wie

zuvor. Fast mürrisch kommentiert Einsatzleiter Maier die glückliche Rettung Hainzls. „Ein Wunder“, sagt er, und er lacht höhnisch auf, als finde er es unfair, auf diese Weise in seinen pessimistischen Wahrscheinlichkeitsrechnungen widerlegt zu werden. Lassing, ein Alptraum.

An Hilfsangeboten aus aller Welt ist von Anfang an keine Not. Doch die österreichischen Bürokraten verbitten sich „Eimischung“. Da ist ein deutsches Team, das mit einem Bundeswehrhubschrauber einschwebt. Behördenchef Wüstrich mokiert sich in Wien über ungebetene Gäste, „ein deutscher Überfall“, meinen seine Bürokraten vor Ort. Erst nach einem dramatischen Fernsehappell werden die Helfer zugelassen, ebenso wie eine ungarische Hundestaffel.

Lassings aktiver Vizebürgermeister Stangl fleht in der Nacht via TV, doch alles Gerät herbeizuschaffen, selbst solches,



Wartende Lassinger an den Bohrschächten: Pannen, Vertuschungen, Irreführungen



Hilfsmannschaft mit Meßsonde: Wozu der Aufwand, wozu das Geschrei?

das sich vielleicht als überflüssig erweisen könne. Sein Freund ist da unten, noch im Juli war er mit ihm auf einem Segeltörn in der Türkei. Der vierschrotige Stangl fleht um Menschenleben. Doch Wüstrich in Wien läßt ihn abblitzen wie einen Knecht, der Flecken auf den Teppich macht.

Amerikaner bieten an, ein Infrarot-Ortungssystem bereitzustellen. Wirtschaftsminister Farnleitner lehnt ab, ohne Begründung. Einen Tag später einigt man sich, einen Experten einfliegen zu lassen, der einen „eventuellen Einsatz des Gerätes vor Ort begutachtet“.

Da sind Bohrgeräte und Pumpen, die den Einsatzleitern förmlich aufgedrängt werden müssen. Doch als die Bohrung am Renée-Schacht auf Schlamm stößt, der doch zu erwarten war, muß umständlich ein neues Gerät geordert und außerdem noch ein neues Kühlsystem eingebaut werden. Ein weiterer Tag vergeht. Oben taktieren selbstherrliche Stümper, unten kämpfen womöglich noch Menschen gegen ihre Todesangst.

Verdreckte, müde Bergungshelfer und Grubenarbeiter führen in 16-Stunden-Schichten oft sinnlose Beschlüsse aus

und schlafen in einer Turnhalle auf dem Boden. Freiwillige Helfer rollen sich erschöpft auf Paletten in der Verpflegungsbude zusammen. Doch die Einsatzleitung kennt keine Selbstkritik. Im Gegenteil: Sie beschuldigt die Staatsanwaltschaft, deren Ermittlung behindere die Rettungsarbeiten.

Ablenkungsmanöver, Vertuschungen, Pannen. Im Schuppen des Gasthofs Rohrleitner am Rande des Unglückskraters haben die Dörfler für Helfer und Journalisten eine Kantine errichtet. Christa, Mutter von drei Kindern, bringt neue Mehlspeisen. Der Manfred Zeiser, der unten geblieben ist, hat ihren Kindern das Skifahren beigebracht. „Seine Tochter ist österreichische Meisterin geworden, die ist nun im Kader.“ Dann weint sie, und jeden Abend geht sie mit anderen Frauen zur Kapelle der heiligen Barbara hinab und stellt Kerzen auf.

Ein Lkw mit dringend benötigten Ersatzteilen hängt am Semmering fest? Ach ja. Eine über Tage hinweg geschweißte Druckkammer paßt nun doch nicht? Mein Gott. Da sind Bergungshelfer, die auf eigene Faust in 100 Meter Tiefe auf Ebene acht hinabgestiegen sind. Ein Spezialtaucherteam, berichten sie, könne von dort zu jener Kuppel vorstoßen, wo man die Verschütteten vermutet – sie werden von der Einsatzleitung nicht für ihre Initiative belobigt, sondern mit Klagen wegen Hausfriedensbruchs bedroht.

Noch in der Nacht zum letzten Freitag, als verlautet, daß die Luft für die Verschütteten sehr knapp werden könne und alle Lassinger schlaflos bleiben in diesem gespenstischen Wettlauf mit der Zeit, sagt Wagner von der Bergbehörde, daß man sich nicht zu „übergroßer Eile“ drängen lassen werde.

Aber die Chronik der Skandale beginnt ja bereits an jenem verhängnisvollen 17. Juli, als die Erde im Ortsteil Moos zusammenstürzt. Mittags war Georg Hainzl im Jausenraum, 60 Meter tief, durch einen Wasser- und Schlammeinbruch verschüttet worden. Seither gibt es Fragen, und die meisten bleiben unbeantwortet.

Warum waren die zehn Helfer nach einer anstrengenden Schicht dort hinabgeschickt worden, 130 Meter tief, statt sich sofort auf die Rettung des an ganz anderer Stelle eingeschlossenen Kumpels Hainzl zu konzentrieren? Um das Werk zu retten?

Als in den Abendstunden ein neuer Bruch jenen Krater in den Ort riß, zwei Häuser in die Tiefe zog und die Bergleute verschüttete, ging die Katastrophenmel-

dung durch die Nachrichtensendungen der Welt. Warum war in den ersten drei Tagen nur die völlig überforderte Freiwillige Feuerwehr im Einsatz?

Warum brach der Stollen überhaupt? Wurde über das genehmigte Volumen hinaus gefördert? Was waren das für Sprengungen, die man am Tag des Unglücks hörte? Was ist dran an dem Verdacht, daß entlegene Stollen zur verbotenen Lagerung von Giftmüll genutzt wurden?

Üble Nachrede? Die Lassing-Grube gehört der französischen Luzenac-Gruppe. Und diese wiederum gehört zum bri-

Es war eine Woche, in der geologische Pläne verschwanden, Pumpen nicht eingesetzt, Helfer abgewiegelt, falsche Kamerabeweise über eine Überflutung des Jausenraums präsentiert wurden – doch nur ein einsames deutsches Expertenteam bohrte.

Realismus kann lebensnotwendig sein. Doch Maiers Realismus war perfide. Was Maier so lässig von sich gab, hieß im Klar-text: Wozu der Aufwand, wozu das Geschrei? Lisi Matlschwaiger und die anderen Frauen, deren Männer unter Tage geblieben waren, traf es schwer.

Sie, der Vizebürgermeister Stangl und seine Tochter mit den Karottenhaaren, Nachbarn und Helfer und Freunde, sie alle protestierten gegen die Einstellung der Rettungsarbeiten durch das Bergbau-Establishment, und mit ihnen die Journalisten, mit denen sie sich mittlerweile angefreundet hatten. Sie stellten die unbequemen Fragen. Sie vor allem riefen: Handelt! Vergeßt uns nicht!

So verzweifelt war man über die eisgrauen Bürokratengesichter, ihre Untätigkeit, die negativen Triumphe ihrer Wahrscheinlichkeitsrechnungen, daß man sich einer adligen Wünschelrutengängerin anvertraute.

Da sitzt der französische Firmenchef vor einem Reportermikrofon und lächelt kalt, als er gefragt wird, warum das erfahrene Minenunternehmen, immerhin Teil des weltgrößten Grubenkonzerns Rio Tinto, die Rettungsmaßnahmen nicht selbst koordiniert habe. „Das war nicht unsere Rolle“, sagt Monsieur André Talmant.

Nein, diese Rolle übernimmt allein federführend die österreichische Bergbaubehörde, die mittlerweile nonchalant zugibt: „Wir waren wohl in den ersten Tagen so sehr mit uns selbst beschäftigt.“

Sie waren auch damit beschäftigt, den Rettungseinsatz abzublasen, bevor er eigentlich begann – so der Eindruck der Lassinger in jener Nacht, sechs Tage nach dem Stolleneinbruch, als sie die Bergung selbst in Angriff nahmen. Sechs Tage sind verstrichen, und die Einsatzleitung bestellt Särge, und die Lassinger wissen: Das Menschenmögliche wurde eben nicht unternommen, um die Verschütteten zu retten.

So kommt es, daß sich die Bevölkerung dem Menschen-Unmöglichen anvertraut. Sie gruppiert sich in dieser Nacht um jene Baronin von Reden, die in Tracht und Schulterstola, die Haare schlohweiß im Kameranlicht, drei Dutzend Krisenhelfer dirigiert. Ja, all diese gestandenen



Kanzler Klima, Minenchef Engelhardt: Kein Mut zur Selbstkritik

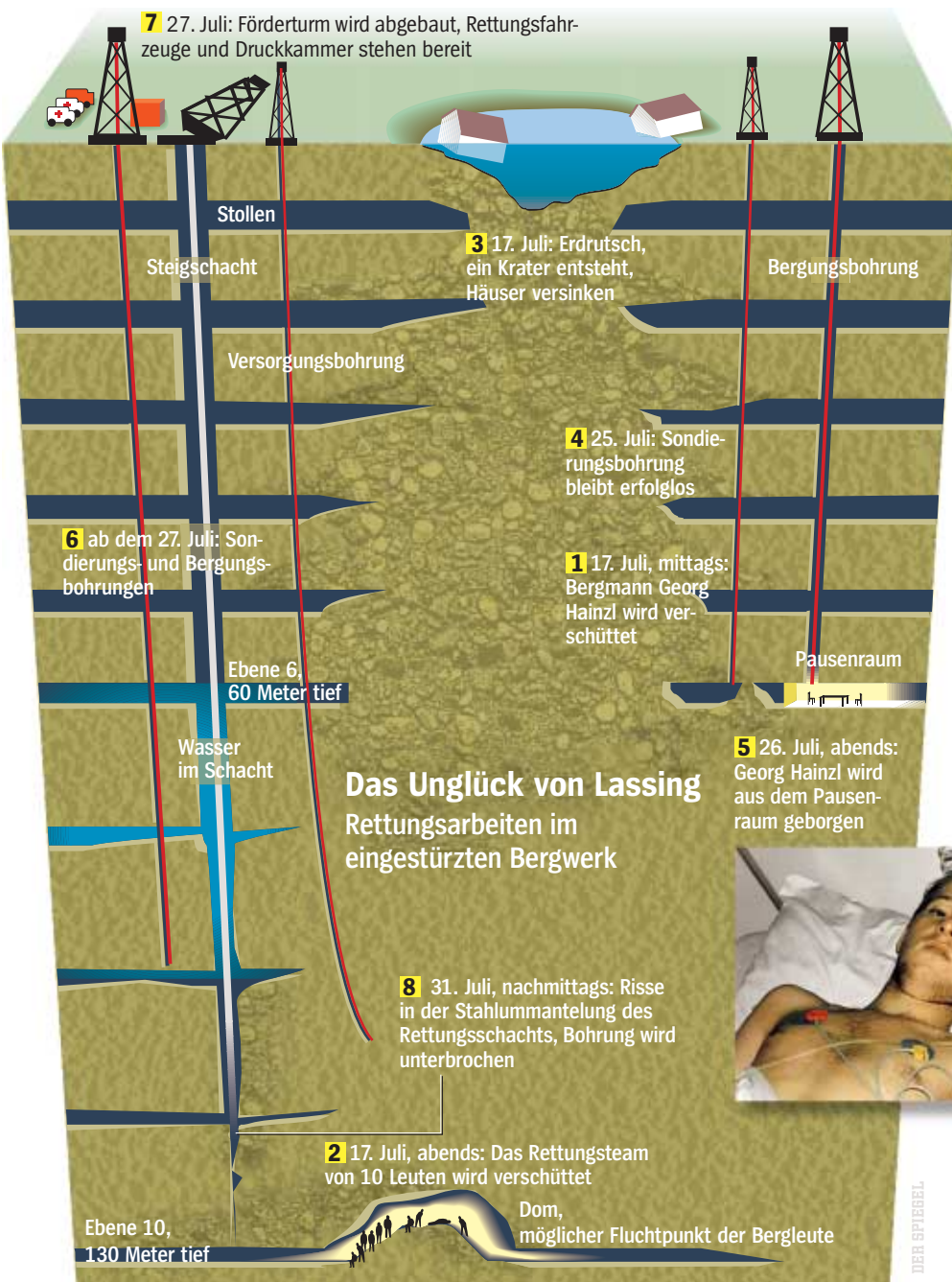


Grubenwehr aus Berchtesgaden: „Ein deutscher Überfall“

tisch-australischen Rio-Tinto-Konzern, dem Kumpanei mit Drittwelt-Diktatoren und Einsatz von Kindern in Erzgruben vorgeworfen wird.

Die sogenannten Rettungsmaßnahmen, die seitdem unternommen wurden, erscheinen den Lassingern und den Journalisten vor Ort oft als bürokratisches Zeugenvernichtungsprogramm. „Den Maier“, sagt ein Mädchen vor dem Kirchhof, „den sollten sie in einen Schacht werfen und versiegeln, das hat meine Mama gesagt.“

Dieser Alfred Maier, Bergbaubürokrat aus Wien, hatte sich bereits eine Woche nach dem Unglück ins Pressezelt gesetzt und in die Reportermikrofone gesagt, daß seiner Ansicht nach alle tot seien.



Das Unglück von Lassing Rettungsarbeiten im eingestürzten Bergwerk



DPA

DER SPIEGEL

Feuerwehrleute und Grubenveteranen hören auf das Kommando einer Spinnerin.

Natürlich war es idiotisch, erinnern sie sich jetzt, wieder eine Woche später: Bohren als Erleichterungsritual. Doch das Wunder, das sie in jener Nacht herbeiflehten, sollte sich ja tatsächlich zwei Tage später an anderer Stelle einstellen – dort, wo deutsche Experten des hessischen Unternehmens Angers & Söhne unverdrossen weitergebohrt hatten.

Unter ihnen einer, der bereits bei der Bergung der Grubenleute von Lengede vor 35 Jahren für ein Wunder gesorgt hatte. Damals, als elf Bergleute nach 14 Tagen aus einem überfluteten Stollen befreit wurden, titelte die Bild-Zeitung: „Gott hat mitgeholfen.“

Vielleicht hatte er es auch diesmal wieder getan. Auf jeden Fall bohrten die Deutschen nach der Devise „Nicht aufgeben“ – der einzig möglichen bei einem Grubenunglück, denn der Tod ist schleichend, er nimmt sich Zeit und gibt den Rettern manchmal reichlich davon ab.

In jener Nacht hatten die Deutschen Glück. Mit gewaltigem Druck schoß eine Wasser-Schlamm-Fontäne an ihnen vorbei, und danach nur Luft. Ernst Nikodem, ein Greenpeace-Aktivist, der sich als Freiwilliger unter die Helfer gemischt hatte, beugte sich über den Schacht und rief. „Hallo, ist da wer?“ „Ich bin's, der Georg!“

Hainzl, der in erstaunlich gutem Zustand war, berichtete Tage später, daß ihn die Hoffnung überleben ließ, und das Gebet. Die Hoffnung kam aus den Bohreräu-

schen, die er hörte. So war die ergebnislose Bohrung der verrückten Baronin womöglich fast ebenso wichtig wie die erfolgreichen der nüchternen Experten. Sie stärkte Hainzls Lebensmut.

„Es war das Bohren selber, das ihn am Leben hielt“, sagt auch Pfarrer Paul Scheichenberger, und er sagt es so, als spreche er über ein ganz persönliches Versagen. Der junge Geistliche hatte sich vom Defätismus der Behördenmenschen einwickeln lassen. Er war selbst mutlos geworden.

An jenem Abend, als Hainzl geborgen wurde, saß er in der Küche seiner Pfarrei mit dem Establishment zu Tisch. Er sprach mit dem Bürgermeister und der Landeshauptfrau Klasnic über ein Requiem für die Verunglückten. Er handelte an diesem Abend wie ein theologischer Technokrat. Auch er wollte den Abschluß, in aller Würde.

Er sei nun mal Rationalist, sagt er später, eingeschworen auf die Aufklärung. Doch gerade auf sie war in jener Nacht kein Verlaß. Vielleicht war auch er, der Seelsorger, einfach am Ende seiner seelischen Kräfte, war hoffnungsmüde geworden. Und mitten hinein in diesen Abschieds-Abend kam der Anruf, „daß der Georg lebt“. Sofort sind sie hinuntergefahren, und diesmal war es

die Landeshauptfrau Klasnic, die der erneut zögernden Einsatzleitung die sofortige Bergung befiehlt.

Scheichenberger ist oben am Bohrloch, als Hainzl hinaufgezogen wird. „Der Pfarrer bleibt hier“, sagen die Kumpel, als die Einsatzleitung die Helfer und Freunde Hainzls von der Bergungsstelle entfernen lassen möchte.

„Das war für mich mehr wert als tausend Worte“, sagt Scheichenberger nun. Später hat er mit den Lassingern einen Freudentanz aufgeführt, und einige unter ihnen haben ihm sicher verziehen, und er hat verstanden: Ohne Hoffnung kannst du nicht leben. In Lassing bedeutete Hoffnung in diesen zwei Wochen immer auch Aufstand gegen kalte Bürokraten und Mitleid mit den Unterlegenen. Hoffnung als Rebellion – lebenswichtig, für die unter Tage, aber auch für die anderen über Tage.

Nun wird Pfarrer Scheichenberger mit den Angehörigen zusammensitzen, ihnen zuhören und die Messe lesen. Und er wird über alles sprechen, nur nicht darüber, daß man die Hoffnung aufgeben müsse. Dann wird er sich mit seiner Gemeinde einer höheren Instanz und ihrer Gnade anempfehlen.

Mit den Vorgängen im Bergwerk und den Skandalen der Bergung aber werden sich ganz und gar irdische Instanzen beschäftigen. Sie werden es sehr sorgfältig und sehr kompromißlos tun müssen. ♦



Abziehende Soldaten aus Osttimor: „Immer noch regieren die Gewehre“

INDONESIEN

„Blut wird vom Berg fließen“

Präsident Habibie hat einen kleinen Teil der indonesischen Besatzungstruppen von Osttimor abgezogen. An dem alten Unterdrückungssystem hat sich dadurch nicht viel geändert. *Von Andreas Lorenz*

Irgendwie mußte das Militär Wind von der Sache bekommen haben. Denn als Gustavo, 24, zum geheimen Treff der Befreiungsfront „Fretilin“ in Dili kam, peitschten plötzlich Schüsse durchs Haus. Sein Freund brach getroffen zusammen, er selbst wurde verhaftet.

Die nächsten zwei Tage und Nächte waren ein Alptraum. Um Kontakteleute und Verstecke herauszufinden, prügelten ihn die Soldaten mit Eisenstangen, sie jagten Strom durch seinen Körper, drückten ihm Zigaretten auf Gesicht und Brust aus und streuten ihm scharfe Gewürze auf die Genitalien. „Man mußte antworten, was sie hören wollten“, sagt Gustavo. Sonst hätten sie ihn totgeschlagen.

Als sich das Internationale Rote Kreuz in Dili nach seinem Verbleib erkundigte, versteckten die Soldaten Gustavo in einer abgelegenen Polizeistation. Nach zwei Monaten ließen sie ihn überraschend laufen. Seitdem muß er sich zweimal in der Woche auf der Wache melden: „Fall niedergeschlagen“, heißt es polizeiamtlich. Sonst nichts, keine weiteren Erklärungen.

Seine plötzliche Freiheit verdankt Gustavo dem neuen indonesischen Präsidenten Jusuf Habibie. Der will beweisen, daß er es ernst meint mit Reformen. Er hat Häftlinge amnestiert und letzte Woche als Zeichen des guten Willens 398 der rund 12 000 Soldaten aus Osttimor abgezogen.

Seit Truppen 1975 die von Katholiken bewohnte ehemalige portugiesische Kolonie besetzten und sie ein halbes Jahr später der islamischen Republik Indonesien als Provinz Timor Timur (Tim Tim) einverleibten, herrschen dort Krieg und Terror. Politische Morde, Folter und Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung, in 22 Jahren wurden über 100 000 Menschen getötet.

Neuerdings dürfen die Osttimoresen – sofern sie es geordnet und gewaltfrei tun – sogar für die Unabhängigkeit demonstrieren. Doch Habibie und sein Außenminister Ali Alatas, für den Osttimor immer noch der „Kieselstein im Schuh Indonesiens“ ist, wollen der Provinz allenfalls einen Sonderstatus einräumen. „Sie wollen keine Volksabstimmung, weil sie fürchten, nach Osttimor könnten sich auch Irian Jaya, Aceh und die Molukken abtrennen wollen“, sagt der Chef des neugegründeten Studenterrats, Antero Guterres da Silva, 30.

Da Silva sitzt in der Kantine der katholischen Hilfsorganisation Caritas und kritisiert sein Zukunftsmodell auf einen Zettel: provisorische Regierung, indonesische Truppen weg, Uno-Blauhelme her, „und dann das Referendum in ein bis zwei Jahren“.

Da Silva gehört seit seiner Kindheit zu den Fretilin. Er hatte nach dem Tod der Mutter bei den Freiheitskämpfern Unterschlupf gefunden. An die indonesischen

Besitzer hat er keine guten Erinnerungen. Sie jagten ihn, und sie schossen auf ihn, wenn er Wasser am Brunnen holte. Für ihn gibt's nur eines: Sie müssen raus.

In den Straßen von Dili ist noch nicht viel von Aufbruchstimmung zu spüren. Nach den Unabhängigkeitskundgebungen Mitte Juni ist das tropische Nest wieder in den alten Dämmer Schlaf zurückgefallen. Männer spielen im Schatten der Bäume Bola Guling, eine Art Roulette mit einem großen Gummiball. Ziegen und Schweine streunen über die Straßen. Das einzige Kino am Ort spielt eine Klamotte mit dem Titel: „Sie müssen verrückt sein in China“.

Man ahnt, daß die Stadt schon bessere Zeiten gesehen hat. Aus den Ampeln sind Gläser und Birnen herausgefallen. Am Strand rosten Landungsboote der indonesischen Invasion von 1975. Auf dem Dach des „Kantor Gubernur“ gegenüber blinkt nach Einbruch der Dunkelheit in grün-gelber Schrift: „Es lebe der 22. Jahrestag der 27. Provinz Indonesiens Tim Tim.“

Die Rolläden vieler Geschäfte bleiben tagsüber geschlossen. Über 30 000 indonesische Händler hatten aus Furcht vor Revanche das Weite gesucht. Erst 7000 sind in den letzten Tagen zurückgekehrt. Auch die Universität ist noch geschlossen, weil sich viele Professoren verdrückt haben.

An den Straßenecken lungern Polizisten mit langen Bambusschlagstöcken. Vor dem „Roten Haus“, dem Verhörzentrum des Geheimdienstes in der Kolmera-Straße, spielen in der Nachmittagssonne kräftige Männer mit militärischem Kurzhaarschnitt Fußball. Sie wollen zeigen, daß sie noch da sind.

„Die Reformen sollen nur das Ausland täuschen“, sagt ein Caritas-Mitarbeiter. „Hinter den Kulissen regieren immer noch die Gewehre.“ Wenn abends die Zikaden über den Lärm der Mopeds siegen, dann rollen Lastwagen mit bewaffneten Soldaten durch die leeren Straßen. Es ist die Stunde der „Ninjas“, maskierter Schläger im schwarzen Drillich, die Türen eintreten und „Staatsfeinde“ verprügeln. Unter den Ninjas sind viele osttimoresische Jugendliche, die der Armee für 50 000 Rupiah (rund sieben Mark) und 15 Kilogramm Reis im Monat beim Drangsalieren helfen.

Nach wie vor verschwinden täglich Menschen spurlos von der Straße. Anwalt Aniceto Lopes von der Menschenrechtsorganisation „Yayasan Hak“ hat 50 Verhaftungen in den ersten zwei Juli-Wochen registriert. Er sagt: „Die Repressionen haben sich in letzter Zeit eher noch verschärft.“ Soldaten hätten gedroht, bevor

sie Osttimor ganz verlassen müßten, werde „Blut vom Berg ins Meer fließen“.

Nicht, daß das Regime unter den Einheimischen keine Freunde mehr hätte. Martinho Fernandes, 52, Chef für Planung und Entwicklung des Örtchens Viqueque, ist das, was man in Kriegszeiten einen Kollaborateur nennen würde. Seine Gäste empfängt er in einem fast leeren Raum seines Hauses in Dili. Ein Vertreter der „Staatsabteilung“ in Khakiuniform ist als Zeuge dabei, ein Untergebener macht Videoaufnahmen von den Anwesenden.

„Wir müssen die Grenzen der menschlichen Ressourcen erkennen“, sagt der Hausherr. „Die meisten Osttimoresen können nicht lesen und schreiben, sie wissen gar nicht, was Demokratie und Referendum bedeuten.“ Nein, nein, er ist gegen eine Volksabstimmung: Sie würde doch nur einen neuen Bürgerkrieg auslösen, sagt er. „Die blutige Vergangenheit käme zurück.“ Gewiß, ein wenig mehr Selbständigkeit könne Jakarta den Osttimoresen ruhig zugestehen. Man könne sicher auch Truppen nach Hause schicken. Aber dabei müsse es bleiben.

Die Mehrheit der Osttimoresen allerdings will, daß alle indonesischen Soldaten verschwinden, und zwar schnell. „Habibie denkt, Osttimor ist wie Palästina“, sagt der Unternehmer Manuel Carrascalao. „Aber er irrt sich, Indonesien hat hier überhaupt keine Rechte.“ Carrascalao, ein stämmiger 64-jähriger mit grauem Bart, gehört zu den einflußreichsten Familien Osttimors. Sein Bruder Mario diene den Indonesiern als Provinzgouverneur, er selbst ist Chef des „Rates für die Versöhnung und Einheit des Volkes von Osttimor“.

Dessen Vertreter haben sich an diesem

Vormittag in Carrascalao's Villa versammelt: Sie sagen, sie wollten die alten Feindschaften begraben und Modelle für ein neues Osttimor entwerfen.

Wann das Referendum über die Unabhängigkeit stattfinden soll, ist den Osttimoresen nicht klar. Friedensnobelpreisträger Bischof Carlos Belo will den Indonesiern eine lan-

ge Schonfrist einräumen. Denn, so warnt Pater Leon da Costa, „wir sind nicht vorbereitet auf die Unabhängigkeit“.

Er plädiert für eine „progressive Autonomie“, die langsam zur Selbständigkeit führen solle. Es fehle dem neuen Staat an geeigneten Führungskräften. Das wollen die anderen nicht gelten lassen. „War Suharto denn ein Intellektueller?“ fragt einer.

Nein. Und er hat sich immerhin 32 Jahre im Amt gehalten. ◆





König Hussein, Familie*: Zuversichtlich in die neue Schlacht

JORDANIEN

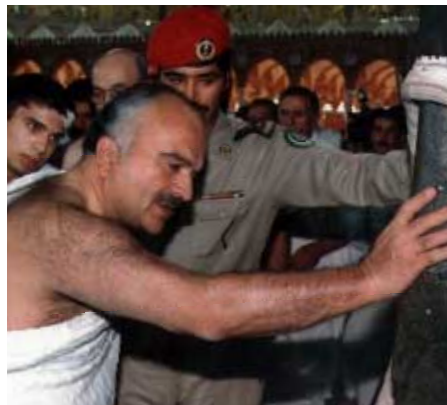
Perfektes Gespann

Während sich König Hussein in Amerika einer Krebstherapie unterzieht, haben in Amman die Positionskämpfe um seine Nachfolge begonnen.

Er ist ein mutiger Mann, der Rennautos, Düsenjäger und Helikopter steuern kann. Er hat fast drei Dutzend Anschläge auf sein Leben überlebt, einige nur dank seiner Tapferkeit. Einmal trat er, mit nichts als einer Pistole bewaffnet, einem Panzer entgegen, der auf ihn angelegt hatte. Er hat alles heil überstanden.

Vergangenem Mittwoch hatte König Hussein, 62, seinen mutigsten Auftritt seit langem. Fast ganz Jordanien saß vor den Fernsehapparaten, als er aus der Mayo-Klinik im amerikanischen Rochester heraus bekanntgab, er leide an Lymphdrüsenkrebs und müsse sich einer Chemotherapie unterziehen, er sei aber sicher, daß er auch „diese neue Schlacht“ gewinnen werde.

Es ist bereits die dritte Krebsbehandlung des Haschemitenkönigs. Langsam gewöhnen sich die Jordanier an den Gedanken, daß König Hussein, der den spannungsbeladenen Wüstenstaat seit 46 Jahren



Kronprinz Hassan*
Intellektuelle statt Beduinen

regiert, in nicht zu ferner Zukunft – inshallah – einen Nachfolger brauchen wird.

Keine Frage: Hussein muß daran denken, sein Haus zu bestellen. Das ist keine leichte Aufgabe. Die Islamisten fühlen sich ausgegrenzt, die Intelligenz klagt über Zensur und Repression, die Mehrheit der Bevölkerung lehnt Husseins Frieden mit Israel ab.

Obwohl sie formell geregelt ist, gibt die Thronfolge neuerdings wieder Anlaß zu Spekulationen und Rankünen. Viele Jordanier glauben, daß der König seinen Bruder Hassan, der offiziell vor 33 Jahren per Dekret zum Kronprinzen ernannt wurde, übergehen könnte.

Diskussionen um den Thronerben sind tabu, deshalb findet sich darüber auch keine Zeile in der Presse. Doch in den Kaffeehäusern der Städte wird heiß spekuliert.

Kronprinz Hassan, 51, ist ein erfahrener Politiker. Aber er wirkt viel zu kühl, um ein

Liebling der Massen zu sein. Er ist nicht unbeliebt, doch das Volk wünscht sich einen zweiten Hussein. Von diesem Idol ist Hassan weit entfernt. Er gibt sich lieber mit Intellektuellen ab, statt sich unter Beduinen zu tummeln. Ihm fehlen die Warmherzigkeit und das Charisma seines Bruders. Fraglich auch, ob Jordanien seine moderate Rolle im Nahost-Friedensprozeß weiterspielen könnte, wenn Hassan von Hussein den Thron übernehme.

Nach dem uralten Gesetz der Beduinen ist normalerweise der älteste Sohn des Stammesführers der Erbe. Doch Husseins Sohn Abdallah, damals gerade zwei Jahre alt, wurde 1965 übergangen, weil Hussein, wie es hieß, wegen der Fülle der Probleme, die Jordanien belasteten, einen erwachsenen Nachfolger brauchte. Treibende Kraft hinter dem Dekret war seinerzeit Königinmutter Sein, die lieber ihren Sohn Hassan auf

dem Thron sehen wollte als Abdallah, das Kind von Husseins zweiter Frau Muna – die war als gebürtige Engländerin und Christin bei der Schwiegermutter nicht gut gelitten.

Aus der dritten Ehe Husseins mit der Palästinenserin Alija ging Ali, heute 21, hervor, der – unabhängig von Hassans Nominierung – bis vor kurzem als Favorit galt. Ali ist seinem Vater wie aus dem Gesicht geschnitten, mit seinem Charme ist er der Star auf den Partys von Amman. Die Bevölkerung lehnt ihn aber ab.

Auch Husseins jüngster Sohn Hamsa, 18, wird als Anwärter auf den Thron gehandelt. Der Vater hält große Stücke auf ihn. Anfang Juli durfte Hamsa im Fernsehen sogar eine 20minütige Ansprache halten.

Hamsas Favoritenrolle wird von seiner Mutter, Königin Nur el-Hussein (zu deutsch: das Licht Husseins), gefördert, die – so streng sind in Amman die Bräuche – als Ex-Königin womöglich das Land verlassen müßte, wenn Hassan zum Nachfolger Husseins ernannt wird.

Auch Husseins Sohn Abdallah, der Generalstabschef werden will, versteht sich ausgezeichnet mit seinem Halbbruder Hamsa. Ihre Anhänger schwärmen sogar schon von einem „perfekten Gespann“ aus „General“ Abdallah und „Royal“ Hamsa.

König Hussein hat erklärt, daß Herrscher künftig ausschließlich nach ihren Fähigkeiten ausgesucht werden sollen. Er ließ aber auch keinen Zweifel daran, daß er bis auf weiteres immer noch der Joker im Spiel ist. „Krebs hin, Chemotherapie her“, sagte er in der Fernsehansprache an sein Volk, „wenn ihr mich braucht, werde ich das nächste Flugzeug nach Amman nehmen.“ ♦

* Oben: die Prinzen Hamsa (o. l.), Abdallah (mittlere Reihe, r.), Ali (u. r.); Mitte: auf Pilgerfahrt in Mekka.

„Für zehn Millionen bin ich dabei“

Wenn Atatürk das wüßte: Im Parlament von Ankara herrschen lockere Sitten und rüde Töne. Abgeordnete lassen sich von der Konkurrenz kaufen und beschimpfen einander wie die Kesselflicker.

Leicht hat es der Volksvertreter aus Anatolien wirklich nicht. Schon um fünf Uhr früh klingelt das Telefon, ein Getreuer aus seinem Wahlkreis ist am Apparat: „Abgeordneter, ich bin mit meiner Familie am Busbahnhof in Ankara. Der Kleine von unserem Hasan ist krank. Kannst du uns abholen und ins Krankenhaus bringen?“

Der Parlamentarier, schlaftrunken, jedoch von Pflichtgefühl beseelt, macht sich auf den Weg, ganz Diener seiner Wähler.

Dann hetzt er ins Parlament. Dutzende Petenten belagern schon sein Büro; am Nachmittag erhebt er im Plenum seine Stimme bei der großen Debatte um die Zukunft des Landes und sinkt, niedergedrückt von der Last der Verantwortung, um Mitternacht ins Bett.

Die rührselige Geschichte vom selbstlosen, gequälten Parlamentarier in der „Turkish Daily News“ ist wie Satire hart am Rande des Zynismus. „Dreimal die Woche vier Stunden Plenum und ab und zu mal eine Extraschicht in den Ausschüssen“, bilanziert der Parlamentskolumnist Emin Çölaşan von der Tageszeitung „Hürriyet“, der türkische Parlamentarismus sei auf dem Tiefpunkt angelangt: „Die Abgeordneten sind nicht nur korrupt und inkompetent, sie sind auch faul.“

Die parlamentarische Kultur in der Türkei, die sich seit einem Vierteljahrhundert

um den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bemüht, scheint in jenen bedauernswerten Zustand zurückgefallen zu sein, den der Gründer der Türkischen Republik, Mustafa Kemal, genannt Atatürk, schon 1923 „ein Chaos“ nannte.

Von den westlichen Maßstäben, die Kemal anlegte, hat sich das Parlament weit entfernt. Die Verwicklungen der ehemaligen Regierungschefin Tansu Çiller und ihres umtriebigen Ehemanns in Korruptionsaffären haben das Land erschüttert. Für „temiz toplum“ – eine saubere Gesellschaft – gingen in jüngster Vergangenheit Zehntausende Bürger auf die Straße.

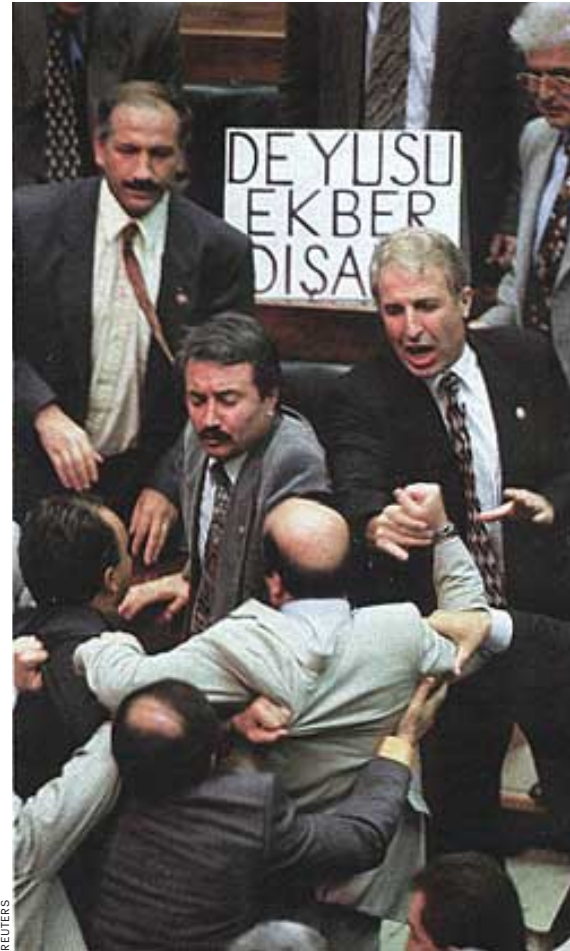
Die Abgeordneten kommen nicht einmal ihrer Anwesenheitspflicht nach. Als das Parlament vorigen Montag mit einem prallgefüllten Programm in seine letzte Sitzung vor der Sommerpause ging, genossen viele Abgeordnete noch ein verlängertes Wochenende. Die Nationalversammlung war deshalb nicht beschlußfähig.

Einer der 550 Deputierten nimmt seit Monaten nur noch sporadisch an den Sitzungen des Plenums teil: Kubilay Uygun, 43, von Kollegen seiner enormen politischen Elastizität wegen auch „der Tänzer“ genannt. Der Abgeordnete aus der westanatolischen Stadt Afyon war im Dezember 1995 als Kandidat der Demokratischen Linkspartei (DSP) ins Parlament gewählt worden. Im Juli 1996 trat er in die konservative „Partei des Rechten Weges“ (DYP) der ehemaligen Ministerpräsidentin Çiller ein.

Als deren Koalition mit dem Islamisten Necmettin Erbakan im Juni 1997 auf Druck des Militärs abtreten mußte, schaute sich Uygun nach einer neuen politischen Heimat um. Diesmal entschied er sich für die ultrarechte „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), mit der er laut eigenem Bekenntnis schon als Jugendlicher sympathisiert hatte. Bei der MHP blieb er drei Wochen, danach erklärte er sich für parteilos.

Im vorigen Dezember zog es Uygun dann zur „Partei der demokratischen Türkei“, im Juni darauf machte er sich abermals unabhängig. Seither wird darüber spekuliert, welche Rolle sein 200 000-Mark-BMW bei den diversen Standortwechseln gespielt hat. Als er vor zweieinhalb Jahren ins Parlament kam, fuhr er nämlich einen kleinen türkischen Fiat.

Daß bei Parteiübertritten türkischer Abgeordneter bisweilen Geld fließt, geben



Handgreifliche Abgeordnete im Parlament*
„Nymphomanin, Zuhälter und Verräter“

viele offen zu. „Wenn mir heute eine Partei zehn Millionen Dollar bietet“, sagt Uygun, „bin ich sofort dabei.“ Die Preise müssen deutlich gestiegen sein: Zum Antritt der islamistisch-konservativen Koalition Ende Juni 1996 hatte „Hürriyet“ die Ablösesumme noch mit etwa 1,4 Millionen Dollar veranschlagt.

Der wendige Uygun ist kein Einzelfall. Nach den Wahlen im Dezember 1995 gab es im Parlament in Ankara fünf Parteien; seitdem hat sich ihre Zahl durch Neugründungen und wandernde Abgeordnete verdoppelt.

Wegen der Zehn-Prozent-Sperrklausel – die vor allem den Einzug einer stär-

* Am 12. Juli 1997, Protestplakat: „Hau ab, Du Hahnrei!“



Ex-Regierungschefin Çiller
40 Abgeordnete verloren

keren Kurdenpartei ins Parlament verhindern soll – kandidieren Bewerber aus Splittergruppen zunächst auf der Liste einer großen Partei: Nach der Wahl werden die Fraktionen dann neu gemischt.

Tansu Çiller DYP hat auf diese Weise von ihren ursprünglich 135 Abgeordneten inzwischen 40 eingebüßt; der DSP, auf deren Ticket Kubilay Uygun nach Ankara fuhr, kamen über die Jahre von 76 Abgeordneten 15 abhanden.

Kein Wunder, daß die Umgangsformen darunter leiden. Die Vertreter des Volkes haben einen Ton drauf, der in Kasschemmen üblich ist: Einen „Dreckskerl“ und „Schandfleck“ nannte Tansu Çiller ihren damaligen Koalitionspartner Mesut Yilmaz; dieser wiederum empfahl einem Abgeordneten: „Verpiß dich.“ Selbst Keilereien sind schon vorgekommen.

Für den eifrigen Islamisten Şefki Yilmaz sind gegnerische Kollegen Zuhälter und Verräter, die „nicht soviel Ehre haben wie ein Kamel“. Sein Parteichef Erbakan beschimpfte die verflossene Koalitionspartnerin Çiller als „jüdische Statistin“, „Christenkopf“ und – schlimmer geht's nicht – „Nymphomanin“. Seine „Wohlfahrtspartei“ nahm nach ihrem Verbot pikanterweise den Namen „Tugend-Partei“ an.

Wegen gröberer Untugenden wie Korruption oder Meineid hat das Parlament in den letzten Monaten die Immunität von insgesamt 14 Abgeordneten aufgehoben;

„Gedankenschuldige“ sind von der Amnestie ausgeschlossen

gegen einzelne wird in mehreren Verfahren gleichzeitig ermittelt. Die Partei-Sultane gehen nicht eben mit gutem Beispiel voran.

Auch Regierungschef Mesut Yilmaz muß sich gegen Vorwürfe der Selbstbedienung wehren; der Amtsvorgängerin Çiller ist es bis heute nicht recht gelungen, die Herkunft ihres Multimillionenvermögens glaubwürdig zu erklären.

Missetäter aber haben keinen Grund zur Sorge: Zum 75. Jahrestag der Republik will das Parlament im Oktober eine Generalamnestie erlassen, von der auch straffällige Parlamentarier profitieren würden. Nur politische Häftlinge – „Gedankenschuldige“, wie sie im türkischen Strafrecht heißen – bleiben davon ausgeschlossen.

Auch der ehemalige Parlamentspräsident Mustafa Kalemli käme womöglich in den Genuß der Amnestie: Er war ins Gedränge geraten, weil er das Parlamentsgebäude für gigantische 40 Millionen Dollar hatte renovieren und neu bestuhlen lassen – von einer Firma, die auch mit der Sanierung seines Privathauses beauftragt war.



Türkische Metropole Istanbul: Sonderkennzeichen für Fremde

„Für Türken reserviert“

Fast 50 000 deutsche Frauen, die in der Türkei verheiratet sind, haben dort kaum Rechte. Die Bundesregierung läßt ihre Staatsbürger im Stich.

Im Ausländeramt von Istanbul ist Uschi Akin, 52, inzwischen wohl bekannt. Wenn die Deutsche dort etwas zu erledigen hat, wird sie schon mal vorgelassen, vorbei an den langen Warteschlangen mit Menschen verschiedenster Nationalitäten, direkt bis zum Amtschef. Dem händigt sie dann persönlich Anträge, Dokumentennachweise und aktuelle Lichtbilder aus, zur gefälligen Bearbeitung.

Diesmal muß sie nur gut eine Stunde warten. Dann ist der Verwaltungsakt auch schon erledigt. Gegen Entrichtung der ortsüblichen Gebühren, knapp 30 Millionen türkische Lira (rund 200 Mark), hat sie die wertvolle Bescheinigung in der Tasche, auf die in den Fluren Hunderte stunden- und oft tagelang warten müssen: die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung.

Leider gilt das neue „Ikamet“ nur vier Monate. Im Herbst läuft Uschi Akins Paß ab. Dann muß sie wieder mit Ausweispapieren, Bescheinigungen und Fotos aus ihrem Wohnviertel Kanlıca im asiatischen Teil der Metropole anreisen, über den Bosphorus ins entlegene zentrale Ausländeramt im Stadtteil Aksaray.

Mindestens 15mal hat Uschi Akin diese Prozedur schon hinter sich gebracht, obwohl die Mutter zweier Kinder längst mehr Türkin ist als Deutsche. Seit über 30 Jahren ist sie mit dem türkischen Unternehmer Emin Akin, 56, verheiratet.

Sie nennt sich und ihre deutschen Freundinnen in der Türkei gern „Menschen mit internationalem Alltag“. Doch an Tagen wie diesem findet sie den Alltag nur noch „ärgerlich und nervig“. Denn ob sie bei ihrer Familie in der Türkei bleiben darf oder nicht, entscheidet das Ausländeramt immer wieder aufs neue – bis vor kurzem im Zwei-, nun im Fünf-Jahresrhythmus.

Anders als Türken oder andere Ausländer in der Bundesrepublik haben Deutsche am Bosphorus, unabhängig von Status und Lebensumständen, grundsätzlich keine Aussicht auf ein eigenes, unbefristetes Aufenthaltsrecht. „Wir haben viel größere Probleme als die Türken in Deutschland“, klagt Claudia Yilmaz, 45, die bereits 1974, der Liebe wegen, nach Istanbul ging. „Die Türken in Deutschland haben Rechte, werden aber von Teilen der Gesellschaft abgelehnt. Hier ist es umgekehrt“, sagt die Schwägerin



Ehepaar Akin: „Ärgerlich und nervig“

des türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz.

Rund 50 000 Deutsche leben nach Schätzungen der Bundesregierung in der Türkei, meist Frauen. Seit Jahren werden jährlich rund 4000 deutsch-türkische Ehen allein in Standesämtern der Bundesrepublik geschlossen. Viele der Ehefrauen ziehen anschließend mit ihren Männern in deren türkische Heimat.

„Wir haben kein Problem mit den Menschen und mit der Gesellschaft“, sagt Uschi Akin, trotz islamischer Kultur und bisweilen orientalischer Mentalität: „Wir haben Probleme nur mit der innerstaatlichen Gesetzgebung.“

Die Situation der „auf Dauer oder für längere Zeit“ in der Türkei lebenden deutschen Staatsangehörigen „ist unbefriedigend“, erklärte das Bonner Auswärtige Amt in seiner Antwort auf eine kleine SPD-Anfrage im Sommer 1997. Die Einschätzung ist diplomatisch untertrieben.

Denn Deutsche in der Türkei haben deutlich weniger Rechte als ausländische Männer oder Frauen in der Bundesrepublik – ob im Aufenthalts- und Familienrecht, bei Erbschaften oder im Berufsleben.

Eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis zu bekommen ist für sie Illusion, egal wie lange und unter welchen Umständen sie in der Heimat ihrer Wahl leben. Mehr als 50 Berufe sind ihnen und anderen Ausländern gänzlich versperrt. Ob Friseur, Hausmeister, Musiker, Straßenhändler, Kellner oder Taxifahrer, ob Arzt, Apotheker, Dolmetscher oder Rechtsanwalt – diese Beschäftigungen und einige Dutzend weitere sind „für türkische Staatsangehörige reserviert“, so der Gesetzestext.

So absurd ist die Rechtslage, daß zwei deutsche Geistliche, um der heimischen Kolonie christlichen Segen spenden zu können, mit einem Diplomatenpaß ausgestattet werden mußten. Nun haben sie zu zweit die ganze Republik zu bereisen, vom Goldenen Horn bis ins kurdische Bergland, wenn sie Protestanten und Katholiken aus der Heimat zur Seite stehen wollen.

Eine Arbeitserlaubnis für Pastoren und Pfarrer mit einer anderen als der türkischen Staatsangehörigkeit lassen die seit 1932 unveränderten türkischen Gesetze und Bestimmungen nicht zu.

Eine deutsche Ärztin, die mit ihrem türkischen Mann in Bingöl im Osten lebte, verließ wegen des Arbeitsverbots vor kurzem entnervt das Land. Eine Arztpraxis gibt es dort, in einem militärischen Ausnahmegebiet, weit und breit nicht, das nächste Krankenhaus liegt zwei Autostunden entfernt. Doch die deutsche Ärztin durfte keine medizinische Hilfe leisten. Andernfalls drohten ihr hohe Strafen.

Ähnlich altertümlich muten die Aufenthaltsregelungen für verwitwete deutsche Frauen an. Nach dem Tod des türkischen Gatten ist ihr Bleiberecht unsicher und

vielfach nur vom Ermessen der jeweiligen Behörden und deren Mitarbeitern abhängig. Selbst nach 30 Jahren Ehe haben sie keinen verbrieften Anspruch, in ihrer neuen Heimat zu bleiben.

Ein eigenes Auto dürfen Deutsche und andere Ausländer nur unter besonderen Auflagen führen. Sie sind gezwungen, ein spezielles Nummernschild ans Fahrzeug zu montieren, das früher einmal blau statt, wie normal, schwarzweiß war und sie weit hin sichtbar als fremd auswies. Inzwischen sind die Kennzeichen immerhin schon gleichfarbig, führen aber stets als ersten Buchstaben das entlarvende „M“, für „Milletlerarası“ – „International“.

Solche Ausländer-Autos dürfen nur von ihren Haltern, den Ehegatten oder im gemeinsamen Haushalt lebenden Kindern gefahren werden, nicht aber von anderen Familienangehörigen oder gar Freunden. Die müssen mit erheblichen Geldstrafen rechnen, wenn sie, was besonders gern geschieht, von der Polizei kontrolliert werden. Der Sinn dieser Regelung? „Eine gute

kundige Desinteresse: „Wahrscheinlich sind wir zu wenige, so daß wir weder für die deutsche noch für die türkische Regierung interessant sind.“

Eine grundlegende Änderung versprach erstmals eine Gesetzesinitiative, die Mitte Mai vom türkischen Parlament verabschiedet wurde und die das Ausländerrecht des EU-Aspiranten europäischem Standard zumindest annähern sollte. Aufenthaltsberechtigungen soll es danach künftig statt für zwei immerhin für fünf Jahre geben.

Doch die Praxis „hat sich bislang nicht wesentlich verbessert“, stellt Anwalt Köksal ernüchtert fest, „im Gegenteil“. Das neue Gesetz schreibt ausdrücklich einen Ermessensspielraum der Ausländerbehörde fest. Die Aufenthaltsberechtigung kann nach dem Wortlaut des Gesetzes „länger oder kürzer“ bewilligt werden, sagt Köksal, der in Deutschland und in der Türkei Jura studiert hat und in Konstanz promovierte.

Gleichsam durch die Hintertür beschert die Novelle den Betroffenen sogar eine Neuerung, die sich geradewegs wie eine



Türkinen in Berlin-Kreuzberg: Von Teilen der Gesellschaft abgelehnt

Frage“, sagt der Istanbuler Rechtsanwalt Mehmet Köksal, „aber niemand hier kennt eine Antwort.“

Seit Jahren schon kämpfen vor allem deutsche Frauen, die mit Türken verheiratet sind, gegen diese und andere im internationalen Vergleich aberwitzigen Regelungen im Nato-Partnerland Türkei. Mit Hilfe ihres eigens gegründeten deutschen Kultur- und Wohltätigkeitsvereins „Die Brücke“ schrieben sie Eingaben und Gesuche nach Bonn und Ankara, um endlich Abhilfe zu schaffen – ohne nennenswerten Erfolg.

Eine Petition an den Bundestag liegt seit nunmehr gut vier Jahren ohne Ergebnis im zuständigen Ausschuß. Ein Brief des Vereins an Bundeskanzler Helmut Kohl und die Bundesregierung blieb ebenfalls bis heute unbeantwortet. „Unverständlich und ziemlich enttäuschend“ findet Uschi Akin, die Vorsitzende der „Brücke“, das offen-

Verschärfung liest. Denn erstmals sieht das türkische Ausländerrecht ausdrücklich eine zeitliche Befristung des Aufenthaltes vor. Eine Verlängerung der schriftlich bescheinigten Aufenthaltserlaubnis darf „höchstens viermal vorgenommen werden“, heißt es ausdrücklich im neuen Gesetz.

Und für die Ehepartner verstorbener Türken ändert sich gar nichts. Deren „Lage bleibt rechtlich ungesichert“, sagt Anwalt Köksal.

Die deutschen Frauen, die sich oft engagiert für ihr Gastland einsetzen, wollen mehr als eine fragwürdige Kompromißformel in einer Gesetzesnovelle. „Wir erwarten auch von der Türkei etwas“, sagt Christine Arabin-Özarslan, 39.

Die Lehrerin lebt seit 1986 in Istanbul und ist mit einem Türken verheiratet. „Wir wollen die gleichen Rechte wie die Türken bei uns“, sagt die Pädagogin, „das dürfen wir doch wohl endlich erwarten.“ ♦

ÄTHIOPIEN

„Warum denn gleich Panzer?“

Staatspräsident Negasso Gidada
über den Grenzkrieg zwischen seinem Land und Eritrea

Gidada, 54, flüchtete in den siebziger Jahren vor dem „roten Terror“ des Diktators Mengistu Haile Mariam in die Bundesrepublik. Er studierte Ethnologie und Politische Wissenschaften in Frankfurt, wo er anschließend das Dritte-Welt-Haus leitete. Nach dem Sieg der Rebellen über das marxistische Regime 1991 kehrte Gidada nach Äthiopien zurück. Er war mehrmals Minister und wurde 1995 vom Rat der Volksvertreter zum Staatspräsidenten gewählt.



V. WINDEHUR / DER SPIEGEL

Grenzabschnitten mit dem offensichtlichen Vorsatz der Gebietserweiterung. An zwei Punkten konnten wir den Angriff zurückschlagen, doch in der Gegend von Badme haben sie sich eingegraben.

SPIEGEL: Warum verhandeln Sie nicht mit Asmara?

Gidada: Ein Land, das überfallen wird, wehrt sich erst mal gegen den Aggressor. Doch wir haben von Anfang an auch auf Verhandlungen gesetzt und die Vermittlungsbemühungen der Organisation Afrikanischer Einheit sofort unterstützt. Ich warte jetzt auf Ergebnisse.

SPIEGEL: Äthiopier und Eritreer waren gute Freunde. Was ist da schiefgegangen?

Gidada: Wir führten einen gemeinsamen Kampf gegen die italienischen Imperialisten und gegen den roten Diktator Mengistu Haile Mariam. Wir unterstützten die eritreischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Nach dem Zusammenbruch des Unrechtsregimes in Addis Abeba habe ich selbst als äthiopischer Delegationsleiter mit unseren eritreischen Kameraden die Selbständigkeit Eritreas ausgehandelt.

SPIEGEL: Aber es gab eben immer noch offene Territorialfragen.

Gidada: Unsere Grenzprobleme rühren aus der Kolonialzeit. Wir haben seinerzeit eine grundsätzliche Klärung aller Streitfragen angeboten, und die Eritreer kamen zuerst auch wie alte Freunde zu uns. Wir tranken Bier zusammen und tauschten Erinnerun-

gen an die Zeiten aus, als wir gegen den gemeinsamen Feind in Addis Abeba kämpften. Ich weiß bis heute nicht, warum sie gleich Panzer in Marsch setzten.

SPIEGEL: Äthiopien ist ein Binnenland. Wenn der Krieg sich ausbreitet, werden Sie dann versuchen, Grenzkorrekturen vorzunehmen, etwa den Hafen Assab erobern, um sich wieder einen Zugang zum Meer zu verschaffen?

Gidada: Wir haben Eritreas Unabhängigkeit anerkannt, dabei wird es auch bleiben. Wir können ohne ihre Häfen auskommen. Möglicherweise liegt die Zukunft unseres Außenhandels in Dschibuti oder gar in neuen Häfen in Somaliland.

SPIEGEL: Die Abtretung der Rotmerküste an Eritrea war ein großer Fehler in den Augen äthiopischer Nationalisten. Sie fühlen sich durch die Entwicklung bestätigt.

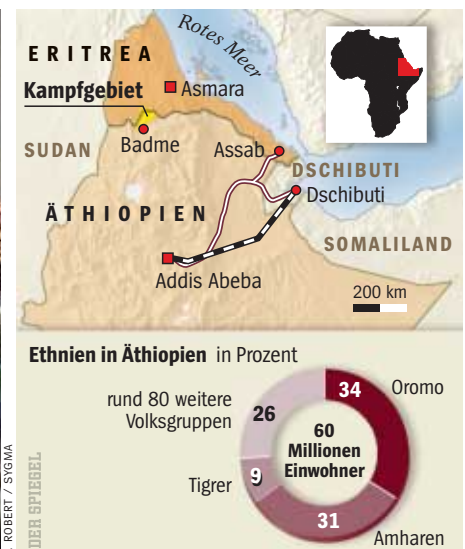
Gidada: Nicht nur meine Kritiker, leider auch manche meiner Freunde behaupten jetzt, wir hätten den Eritreern niemals die völlige Souveränität zugestehen dürfen. Doch über 90 Prozent der Eritreer hatten sich in einem Referendum für einen eigenen Staat ausgesprochen. Wir haben uns nun einmal dem Selbstbestimmungsrecht verschrieben. Daran halten wir fest.

SPIEGEL: Äthiopien ist ein Vielvölkerstaat. Sie gehören zur Volksgruppe der Oromo, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung stellt. Die sogenannte Oromo-Befreiungsfront verlangt die Abspaltung des Oromolandes von Äthiopien. Was bliebe von Haile Selassies altem Kaiserreich übrig, wenn die Separatisten sich durchsetzen würden?

Gidada: Diese Gruppe ist gespalten. Die Mehrheit will nicht aus dem Staatsverband ausbrechen, obwohl sie das wie alle anderen Völkerschaften Äthiopiens auf legale Weise tun könnte. Unsere neue bundesstaatliche Verfassung gäbe ihr das Recht dazu. Wir sind alle paritätisch im Staatsapparat vertreten, in Äthiopien gibt es kein Herrschervolk mehr, das andere Völker unterdrückt.



P. ROBERT / SYGMA



Eritreische Kriegerfreiwillige: „Unsere Grenzprobleme rühren aus der Zeit der Kolonialherrschaft“

NIEDERLANDE

Loch im Gedächtnis

Das kleine Land mit dem großen moralischen Anspruch beginnt, seine unbewältigte Vergangenheit aufzuarbeiten.

Ich habe neun Frauen und drei Kinder, die um Gnade flehten, auf einen Haufen setzen müssen und erschießen lassen“, schrieb der junge Leutnant 1894 aus der fernen Kolonie Indonesien an seine Frau in Holland. „Die Soldaten spießten sie mit Vergnügen auf ihre Bajonette. Es war eine unangenehme Aufgabe, aber ich konnte nicht anders.“ Dem Massaker an aufrehrerischen Bewohnern der Insel Lombok, das er angeordnet hatte, kehrte Hendrikus Colijn den Rücken. Er steckte sich eine Zigarre an.

Aus der Lebensgeschichte von Colijn, der 1933 bis 1939 Premierminister in Den Haag war und der wie kaum ein anderer die niederländische Variante des Calvinismus verkörperte, waren diese Briefpassagen bislang ausgeblendet worden. Das war kein Zufall. In den Niederlanden war das Weglassen peinlicher historischer Verstrickungen stets eine liebe Gewohnheit.

Ein Beispiel dafür ist die eher selbstge-rechte als selbstkritische Geschichtsschreibung über die Herrschaft Hollands in seinem riesigen ostindischen Kolonialbereich, in „Ons Indië“, dem heutigen Indonesien, wo schon Karl Marx „ein unübertreffbares Gemälde von Verrat, Bestechung, Meuchelmord und Niedertracht“ geortet hatte.

Die Holländer begannen erst ab 1863 damit, in ihren Kolonien die Sklaverei abzuschaffen. Doch die 300 Jahre Sklavenwirtschaft, die ein Gutteil des niederländischen Wohlstands begründete, kommen in den Geschichtsbüchern nur am Rande vor. Die Sklaverei, fand das „NRC Handelsblad“, „ist ein Loch in unserem Gedächtnis“.

Das Unrecht des Kolonialismus wirkt fort. Noch 1993 verweigerte das Außenministerium dem ehemaligen Wehrpflichtigen Jan Princen das Visum für einen Familienbesuch in den Niederlanden. Er war 1948 aus der Kolonialarmee, die gegen die indonesische Unabhängigkeitsbewegung kämpfte, desertiert und lebte seitdem in Indonesien, wo er sich zu einem scharfen Kritiker des Regimes entwickelte.

Ein zweites großes Loch klafft in der Erinnerung an die finstere Zeit der deutschen Besatzung. In dem kleinen Land mit dem hohen moralischen Anspruch gab es damals mehr Kollaborateure und Denunzianten als anderswo im besetzten Europa. Deshalb wurden von hier mehr Juden in



Anne-Frank-Haus in Amsterdam: Von Landsleuten verraten



Gefolterter Indonesier*: „Unangenehme Aufgabe“

die Vernichtungslager geschafft als aus jedem anderen westeuropäischen Land, das von Hitler-Truppen besetzt war.

Eine neue Generation von Historikern hat nun begonnen, ohne Rücksicht auf Tabus die dunklen Seiten der niederländischen Geschichte aufzuarbeiten. Die Autorin Nanda van der Zee prangert in ihrem Buch über die Judenverfolgung das Desinteresse von Königin Wilhelmina an. Die floh 1940 mit dem Kabinett nach London und errichtete dort eine Exilregierung. Über die Situation der Juden in Holland sprach sie zu ihren Landsleuten nur einmal im Rundfunk.

* Während des indonesischen Unabhängigkeitskrieges Ende der vierziger Jahre.

Die Regierung will jetzt allen Vorwürfen nachgehen. Eine Forschungskommission soll unter anderem die Behauptung prüfen, Überlebende des Holocaust seien nach dem Krieg von holländischen Beamten um ihre Vermögen betrogen worden. Erwiesen ist: Noch 1968 waren von den Nazis konfiszierte Wertsachen aus jüdischem Besitz an Mitarbeiter des Finanzministeriums verkauft oder verlost worden.

Die Autoren Pim Griffioen und Ron Zeller sind der Frage nachgegangen, warum in den Niederlanden so überdurchschnittlich viele jüdische Bürger von den Nazis ermordet wurden. Während mindestens 75 Prozent der niederländischen Juden deportiert wurden und in den Konzentrationslagern umkamen, konnten im benachbarten Belgien 60 Prozent und in Frankreich 75 Prozent der Juden den Nazis entkommen.

Die hohe Deportationsrate hatte hauptsächlich mit dem ausgeklügelten Einwohnermeldesystem zu tun, das die Nazis von den niederländischen Behörden übernahmen. Zudem hatte Jacobus Lentz, der Reichsinspektor für das holländische Einwohneramt, eine Studie über jüdische Namen verfertigt, die dann den Deutschen das Aufspüren der Verfolgten wesentlich erleichterte.

Während in Belgien sogar die Briefträger versteckten Juden halfen, indem sie verdächtige Briefe, die an die Gestapo adressiert waren, erst zustellten, wenn die Denunzierten gewarnt worden waren, kam in den Niederlanden ein Drittel der Versteckten ums Leben, weil sie – wie die Familie der Anne Frank – von eigenen Landsleuten verraten worden waren.

Die pro-israelische Haltung der niederländischen Regierung nach dem Krieg, so sagt der belgische Publizist Gie Van den Berghe, habe den Eindruck entstehen lassen, „daß es den niederländischen Juden viel besser ergangen war als beispielsweise den belgischen“. Deshalb hat der Staat Israel auch über 3000 Holländer mit der Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern“ geadelt – siebenmal so viele wie Belgier. ♦

SCHÖNHEITSCHIRURGIE

Drang zur Größe

Amerikas Frauen haben den Schock überwunden, den das Verbot des brustvergrößernden Materials Silikon durch die Aufsichtsbehörde FDA im Jahre 1992 ausgelöst hatte. Damals war die Zahl der einschlägigen Operationen von über 120 000 (im Jahr 1990) auf 32 607 gefallen. Doch schon im letzten Jahr ließen sich, wie die „New York Times“ berichtet, wieder 122 285 Amerikanerinnen ihre Brüste beim Chirurgen mit vergrößern den Einlagen versehen, die nun freilich



Rocksängerin Ana Voog

nicht mehr mit Silikongel, sondern mit einer Kochsalzlösung gefüllt sind. Risi- kolos, so betonen die Mediziner, sind auch die Kochsalzimplantate nicht: Außer zu den bei allen Eingriffen möglichen Narkosekomplikationen kann es zu Entzündungen oder der Bildung von schmerzhaftem Narbengewebe kommen. Das „schrecke die Frauen nicht“, kommentiert die „Times“ und nennt als prominentes Beispiel die 32jährige Rocksängerin Ana Voog aus Minneapolis. Sie ließ ihren zierlichen Körper (1,57 Meter, 41 Kilogramm) vom Chirurgen mit der besonders beliebten Körbchengröße „D“ aufpolstern. Um den zu erwartenden Fragen vorzugreifen, ließ sie auf ihren enganliegenden weißen Pulli gleich die Antwort drucken: „Yes, they're fake“ („Ja, sie sind unecht“).

MEDIZIN

Trügerisches Bild vom Knie

Risse des Meniskus, eines scheibenförmigen Faserknorpels im Kniegelenk, zählen zu den häufigsten Verletzungen bei Fußballspielern oder Skisportlern. Doch auf die zur Diagnose dieser Verletzung bislang als besonders sicher erachtete Kernspintomographie ist nach einer Studie amerikanischer Röntgenärzte bei Kindern und Jugendlichen keineswegs Verlaß. Bei 55 Freiwilligen im Alter zwischen 9 und 15 Jahren, von denen keiner über Knieschmerzen oder -probleme klagte, ergab bei mehr als der Hälfte

die Tomographie einen trügerischen, scheinbar OP-reifen Meniskusbefund. Die Radiologen vom Healthsouth Medical Center in Birmingham, Alabama, nehmen an, daß die stärkere Durchblutung dieses Knieareals bei den Jugendlichen auf den Röntgenfotos von einem Knorpelriß kaum zu unterscheiden ist. Dafür spricht, daß bei älteren Teenagern die Quote der Falschdiagnosen nur noch bei 25 Prozent lag. Vor einer Meniskusoperation, so der Ratschlag der US-Mediziner, dürfe die Tomographie künftig nicht einziges Diagnose-Instrument sein.



Jugendliche Fußballspieler

FORSCHUNG

Vom Ursprung des Lebens

Zwei Münchner Chemikern ist es gelungen, eines „der großen Rätsel von der Entstehung des Lebens“ (wie sie selbst es in der Zeitschrift „Science“ nennen) zu lösen: Claudia Huber und Günter Wächtershäuser konnten im Labor Bedingungen schaffen, unter denen aus einfachen Aminosäuren Eiweißmoleküle entstehen, die Grundbausteine allen Lebens. Für ihre Experimente schufen die For-

scher Rahmenbedingungen, wie sie schon vor Urzeiten auf der Erde herrschten und auch heute noch im Umfeld heißer unterseeischer Quellen zu finden sind. In dem auf 100 Grad Celsius aufgeheizten Gemisch aus Wasser, Kohlenmonoxid, Eisen- und Nickelsulfid sowie Schwefelwasserstoff bildeten sich aus den Aminosäuren Phenylalanin, Tyrosin und Glycin regelmäßig meßbare Mengen von Di- und Tripeptiden. Diese Ergebnisse, so die beiden Wissenschaftler, unterstützen die Theorie „von einem thermophilen Ursprung des Lebens und einem frühen Auftreten der Eiweißkörper bei der Evolution primordialer Stoffwechselprozesse“.

ARTENSTERBEN

Tödliche Netze

Die Amerikaner nennen sie ihrer Größe wegen „Barndoor Skates“ (Scheunentor-Rochen): Die eleganten rhombusförmigen Fische, die bis zu einem Meter breit sein können, durchpflügten noch in den fünfziger Jahren zu Zehntausenden den Nordatlantik zwischen Kap Hatteras und den Neufundlandbänken. Nun könnte der nordwestatlantische Glattrochen („Raja laevis“), wie zwei kanadische Biologen erkundet haben, zu trauriger Berühmtheit gelangen. Der Rochen, so das Fazit einer Studie von Jill Casey und Ransom Myers, „könnte das erste gut dokumentierte Beispiel für das Aussterben einer marinen Fischart werden“. Noch vor 45 Jahren wurden bei Fängen vor Neufundland in jedem zehnten Netz diese Rochen entdeckt. Doch während der letzten 20 Jahre wurde



Rochen

dort kein einziges der Tiere mehr gefangen. Etwa 600 000 der Rochen, so schätzten die Forscher, gab es in den fünfziger Jahren. In den siebziger Jahren sei die Zahl „auf weniger als 500“ geschrumpft. Schleppnetze mit einer Maschengröße zwischen 7 und 14 Zentimeter und die geringe Fortpflanzungsrate der Rochen haben zu dieser Entwicklung geführt. Nur weit im Norden spürten die Forscher noch einige Exemplare auf und in ihrem offenbar letzten Refugium vor Neufundland in mehr als tausend Meter Tiefe.

E-MAIL

Babylon im Netz

Zwar gilt Englisch als Lingua franca des Internet, doch elektronische Übersetzungsservices werden immer populärer. Die Firma Globalink bietet als Betatest ein System an, das E-Mail beim Versenden zwischen zehn Sprachpaaren hin- und herverwandelt. Die Ergebnisse sind meist verständlich, aber aus gutem Grund als

www.globalink.com


„Rohübersetzung“ gekennzeichnet: Stilblüten wie „Do you want to go to Eisessen“ sind keine Seltenheit.



INTERNET

Rien ne va plus

Der amerikanische Kongreß will das Zocken im Internet verbieten. Über eine Milliarde Mark, so schätzen Branchenkenner, haben Internetkasinos und -lotterien letztes Jahr schon umgesetzt. Weil in den USA das Glücksspiel ohne staatliche Lizenz unter Strafe steht, wurden die einschlägigen Server in Ländern mit weniger restriktiven Rechtssystemen aufgebaut. Besonders im Inselstaat Antigua hat sich eine blühende Oase sogenannter Offshore-Kasinos entwickelt. Die nun vorgeschlagene Regelung will künftig sowohl Veranstalter als auch Teilnehmer digitaler Glücksspiele haftbar machen. Dazu soll ein Gesetz geändert werden, das bisher die telefonische Wettannahme verbot. Im neuen Wortlaut ist pauschal die „Weitergabe von Daten“, die zur Teilnahme an Wetten oder Lotterien führt, illegal, und zwar vorsichtshalber auf „elektromagnetischem, fotooptischem oder fotoelektrischem“ Wege. Obwohl das Justizministerium die neue Regelung als zu pauschal und schwammig formuliert ablehnt, stimmten 90 von 100 Senatoren für die Initiative, die zugleich andere Länder zu ähnlichen Maßnahmen auffordert. Sollte sie Gesetz werden, riskieren Online-Spieler 500 Dollar Strafe oder drei Monate Gefängnis.



Girlie-Ruhm ist vergänglich. Wie Tic Tac Toe haben auch die Spice Girls ihre zunächst erfolgsfördernden Zicken selbst nicht mehr ertragen. Gerade noch rechtzeitig zum Auseinanderbrechen der Formation hat Sony die Rebelleusen im Playstation-Spiel „Spice World“ verewigt. Wie im richtigen Leben hopsen die Mädels als Cartooncharaktere mit markanten Frisuren ferngesteuert durchs Rampenlicht. Mit der richtigen Kombination von gedrückten Tasten



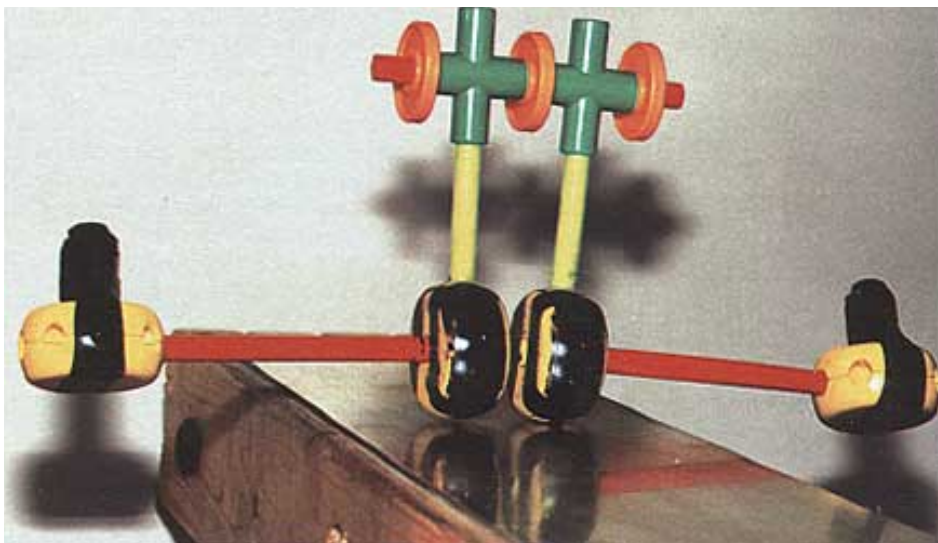
Spielfiguren aus „Spice World“

veranlaßt der Spieler synchrone Schulter- und Hüftschwünge. In einem „Tonstudio“ kann man aus Samples zum Beispiel eine gnadenlose Endlosschleife von „Tell me what you want, what you really, really want ...“ herstellen.

SIMULATION

Ruhe in der Bewegung

Mike Coleman von der Cornell University (US-Staat New York) beschäftigt sich mit der Mechanik des menschlichen Gangs. In Computersimulationen fand er heraus, daß Gehen gar nicht so knifflig ist, sondern unter bestimmten Umständen der stabilste Zustand einer auf zwei Beinen ruhenden Konstruktion. Als der Computer keine eindeutigen Ergebnisse der komplizierten Gleichungen liefern konnte, griff er zu Kinderspielzeug und bastelte, was Fachleute für unmöglich hielten: einen Geher, der auf abschüssiger Ebene ruhig voranschreitet, im Stillstand aber sofort umfällt. Das war eine Veröffentlichung in den „Physical Review Letters“ wert.



Spielzeugmodell eines Gehers

Ein Fall für Mister Bond

Das Satelliten-Handynetz Iridium steht vor der Vollendung, weitere Systeme werden in Kürze folgen. Ein heftiger Konkurrenzkampf um die globale Erreichbarkeit entbrennt. Ob sich die Milliardeninvestitionen bezahlt machen werden, weiß noch niemand.

Angeblich begann alles mit einer Ehekrise. Karen Bertiger war während der Ferien in der Karibik mißgelaunt, weil sich ihr amerikanisches Mobiltelefon weigerte, den Drang nach Mitteilungen an die Daheimgebliebenen zu befriedigen. „Warum kann ein schlauer Kerl wie du nicht dafür sorgen, daß mein Telefon überall auf der Welt funktioniert“, stichelte sie gegen ihren Gatten Bary, seines Zeichens Manager bei der Elektronikfirma Motorola.

Das war 1985. Mehr als ein Jahrzehnt später hat Karen, was sie sich erträumte. Motorola baute über 70 Satelliten, die nun um die Erde kreisen, ins All geschickt vom internationalen „Iridium“-Konsortium. Am 23. September soll das Netz sein erstes gebührenpflichtiges Gespräch vermitteln.

Mit Iridium, so verkünden seine Schöpfer, beginne eine neue Ära der Telekommunikation. Bunt zusammengewürfelte Konsortien planen, während der nächsten drei Jahre noch rund 500 weitere Übermittlungssatelliten in Umlaufbahnen zu katapultieren. Ob sich die Milliardeninvestitionen jemals auszahlen, ist fraglich, denn auch die erdgebundenen Mobilfunknetze werden immer engmaschiger und leistungsfähiger.

„Iridium betreibt die derzeit größte Satellitenkonstellation“, erklärt Craig Bond, Vizepräsident für Marktentwicklung, stolz. Auf Knopfdruck öffnen sich, wie in Filmen mit dem gleichnamigen Superspion, Jalousien hinter dem großen Konferenztisch, die den Blick durch mannshohe Panoramascheiben in die Kontrollzentrale freigeben. An fünf breiten Konsolen überwachen Operateure Dutzende von Datenbildschirmen. Großbildprojektionen an den Wänden geben über den Systemstatus Auskunft. Eine Weltkarte zeigt auf eingblendeten Wetterbildern Unwetter und Gewitterwolken, die den Empfang beeinträchtigen könnten.

Iridiums Nervenzentrum, in einem Wäldchen vor den Toren Washingtons gelegen, ist eine Festung. Fast jede Tür in dem Gebäude ist per Codeschloß gesichert, nur ausgewählte Personen haben Zutritt. Ein 2000 PS starker Dieselgenerator kann den Komplex im Notfall für zwei Wochen mit Elektrizität versorgen.

Hier sitzen die Regisseure der kompliziertesten Choreographie in der Geschichte der Satellitentechnik. Das Iridium-Sy-

stem wurde nach dem chemischen Element mit der Ordnungszahl 77 benannt. So viele Satelliten sollte es ursprünglich umfassen, dann wurde die Zahl auf 66 reduziert. Auf sechs Kreisbahnen, die sich über Nord- und Südpol kreuzen, sind je elf Flugkörper

wie Perlen auf Schnüren aneinandergereiht (siehe Grafik). In 780 Kilometer Höhe rasen sie mit rund 27 000 Stundenkilometern um die Erde.

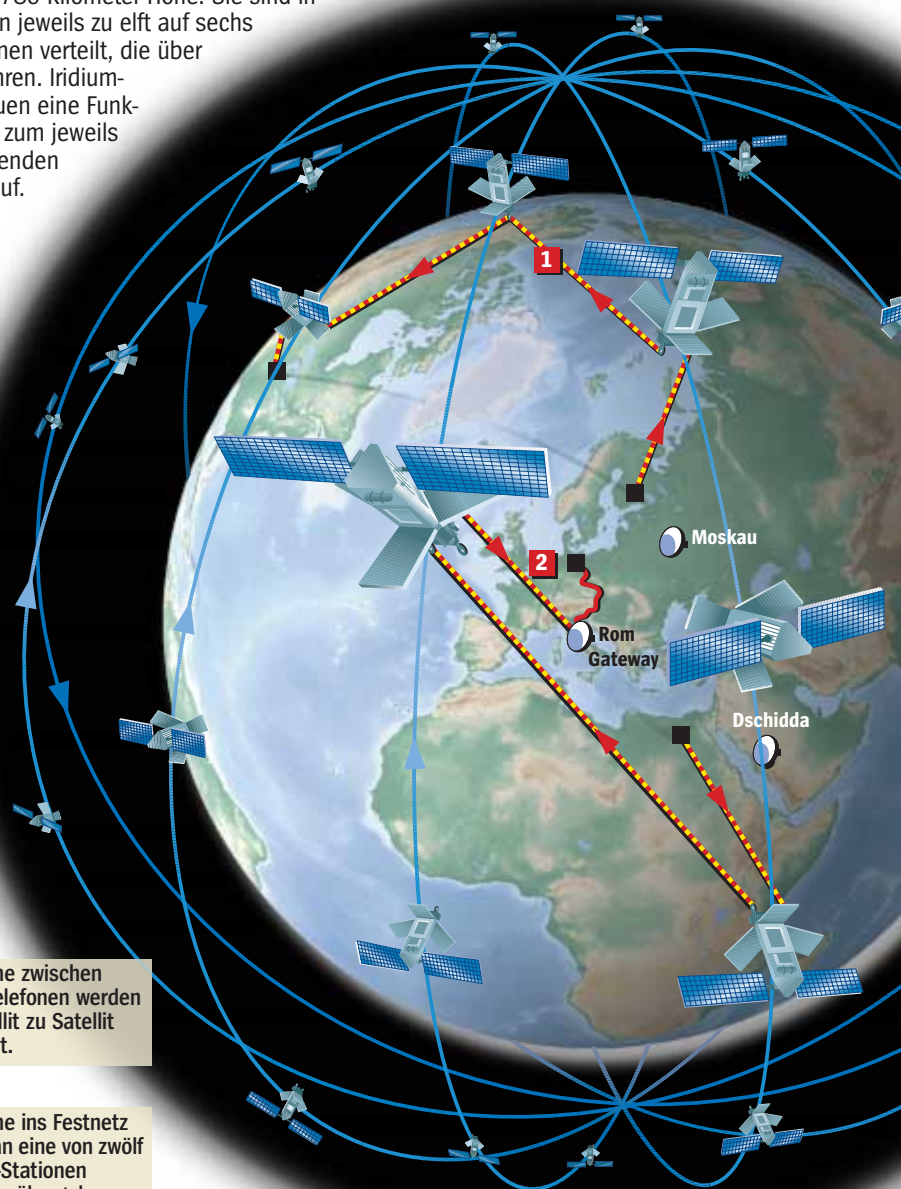
Die Satelliten sind fliegende Vermittlungsstationen. Mit seinen zwei großen

Vom Himmel hoch

66 Satelliten des Iridium-Systems umkreisen die Erde in 780 Kilometer Höhe. Sie sind in Formationen jeweils zu elf auf sechs Umlaufbahnen verteilt, die über die Pole führen. Iridium-Handys bauen eine Funkverbindung zum jeweils nächststehenden Satelliten auf.

1 Gespräche zwischen Iridium-Telefonen werden von Satellit zu Satellit vermittelt.

2 Gespräche ins Festnetz werden an eine von zwölf Gateway-Stationen am Boden übergeben.





Iridium-Kontrollzentrum: Wird die Vorwahl 008816 zum neuen Statussymbol der Kommunikationselite?

Hauptantennen projiziert jeder Flugkörper ein kompliziertes Mikrowellenmuster aus 48 Einzelstrahlen auf die Erde. Rund sieben Millionen Quadratkilometer mißt das Gebiet, in dem ein Satellit so Kontakt zu Handys aufnehmen kann. Anhand einer an Bord gespeicherten Landkarte erfaßt der Satellit mit seinem Sendestrahle peinlich genau nur jene Länder, die dem Funkservice eine Lizenz erteilt haben.

Über weitere Antennen hält er zudem Kontakt zu den in der Nachbarschaft umherirenden Kollegen. Verbindungen, deren Ziel ein anderes Iridium-Handy ist, werden von Satellit zu Satellit weitervermittelt. Nur für Gespräche zu fest verkabelten Telefonen reicht das Satellitenensemble Daten an eine von 12 Bodenstationen weiter, die den Kontakt zu den traditionellen Fernmelde-netzen herstellen. Bis zu 1000 Gespräche gleichzeitig kann ein Satellit vermitteln. Die Gesamtkonstellation soll etwa 12 Millionen Kunden verkraften.

Fünf Satelliten gingen schon nach dem Start verloren und wurden durch Reserveflugkörper ersetzt. Vorletzte Woche gaben zwei weitere den Geist auf, seither klafft eine Lücke im Funknetz.

Prompt brach der Börsenkurs der Firma ein, doch die Betreiber versichern, der geplante Servicebeginn sei nicht gefährdet. Noch diese Woche werden sieben neue Sender ins All befördert, die bis zur Einweihung an ihre Plätze bugsiert sein sollen.

Iridium hat allen Grund zur Eile. Die Investition von fünf Milliarden Dollar, die für Entwicklung und Installation des Systems aufgebracht wurden, muß innerhalb von fünf Jahren wieder eingespielt sein. Dann werden die Satelliten altersschwach, da ihr Treibstoff für Navigationsmanöver aufgebraucht ist. „Wir planen jetzt schon die nächste Generation“, erläutert Bond das riskante Geschäft.

In großformatigen Anzeigen wirbt Iridium mit weltmännischen Sprüchen wie „Willkommen in Ihrem neuen Büro“ neben einem Abbild der Erdkugel. Laserstrahlen werden über Großstädten das Firmenlogo in den Himmel zeichnen, die Schöpfer der Kampagne hoffen, daß viele die Lichtpunkte zunächst für Ufos halten werden. Befriedigt registrierten Werbefachleute, daß Models, die mit klobigen Satellitenhandy-Attrappen auf der Wall Street flanieren, ungewöhnlich häufig auf das High-Tech-Accessoire angesprochen wurden. Die Marketingexperten sind sich sicher, daß die Vorwahlen 008816 und 008817, mit denen die Iridium-Telefonnummern beginnen, nach E-Mail-Adresse und

persönlicher Internetseite bald zum neuen Statussymbol der Kommunikationselite aufsteigen.

Für das Telefonieren erster Klasse ist auch eine Premium-Gebühr fällig. Etwa 30 Prozent Aufschlag, so die Kalkulation, zum Preis der ortsüblichen Bodenhandy-Tarife plus den traditionellen Kabelfernsprechgebühren wird das Iridiumtelefonat kosten, also einige Dollar pro Minute. Für das imponierende Mobiltelefon mit der phallischen 20-Zentimeter-Antenne sind etwa 3000 Dollar hinzublättern.

Ein kleines Detail tritt in dem Werbefeldzug dezent in den Hintergrund: Die mei-

sten Iridium-Kunden werden das Satellitensystem nie benutzen. Denn dort, wohin der typische Geschäftskunde zu weltweiten Meetings jettet, funktioniert die Funkverbindung ins All in der Regel nicht.

Aus Gründen der Himmelsmechanik huschen die Flugkörper auf ihrem erdnahen Orbit, vom Boden aus betrachtet, in etwa acht Minuten in Nord-Süd-Richtung über das Firmament. Maximal sechs Minuten kann eine solche Verbindung für ein Gespräch genutzt werden, dann schaltet das Telefon zum nächsten aufgehenden Satelliten um. Nur wenn der Handyträger durchgehend freie Sicht von Horizont zu Horizont hat, kann das klappen. In bebautem Gelände oder unter einem Baum findet das Telefon keinen Anschluß.

In die Iridium-Handys werden daher auch Empfangsteile für konventionellen Mobilfunk eingebaut. Eine von Kyocera entwickelte Variante ist sogar zweiteilig: Der Satellitenempfänger wird huckepack auf die Kollektion von Handgeräten aufgesteckt, die der Globetrotter benötigt, um in verschiedenen Bodennetzen Anschluß zu finden. Plant er keinen Trip in die Pam-

Überall erreichbar

Geräte für die Kommunikation im globalen Satelliten-Telefonnetz Iridium



Iridium-Handy



Iridium-Pager



Handy mit Satelliten-Empfangsteil

pa, kann er die voluminöse Satellitenelektronik gleich zu Hause lassen. Motorola-Ingenieure entwickelten ein Modell, in das verschiedene Empfängermodule eingesteckt werden, die mit dem jeweils ortsüblichen System kompatibel sind.

„Uns ist erst vor zwei Jahren klargeworden, daß wir nicht in Konkurrenz zu den traditionellen Mobiltelefonanbietern treten können, sondern die Kooperation suchen müssen“, gibt Bond zu. Minutiös plante er den Superdeal. Die um den Globus fliegenden Sender dienten in dieser Phase nur als beeindruckende Visitenkarte. Über 200 „Roaming“-Verträge in 107 Ländern hat Bond bereits abgeschlossen. Sie sorgen dafür, daß sich Iridium-Kunden in die Mobilfunknetze des jeweiligen Partners einklinken dürfen. Abgerechnet wird am Monatsende über den Satellitenbetreiber.

In einem ausgeklügelten Franchisesystem haben 15 Gruppen von Iridium-Geldgebern die Welt unter sich aufgeteilt und vermarkten das globale Roaming exklusiv in ihren Gebieten. Die nationalen Regulierungsbehörden köderte Bond mit einem Schmäckerl für die Staatskasse: Egal, wo sich ein Iridium-Kunde aufhält, als Heimatadresse gilt die Rechnungsanschrift,

und dort werden die in nationaler Souveränität festzusetzenden Steuern fällig.

Bonds wichtigster Trumpf ist die Zerstrittenheit der Mobilfunkbetreiber, die bisher einen weltweit einheitlichen Technikstandard bei der drahtlosen Telefonie verhindert hat. Das in Europa entwickelte GSM-System, das hierzulande vom D1- und D2-Netz verwendet wird, ist mit weltweit etwa 90 Millionen Benutzern am

verbreitetsten. Doch als zum Beispiel die USA digitale Nachfolger für ihre veralteten Analogsysteme suchten, konnte die Telekom-Lobby die amerikanische Genehmigung für gleich drei konkurrierende, inkompatible Systeme durchsetzen. Eine GSM-Variante ist auch darunter, aber die funktioniert auf einer anderen Frequenz, versteht sich

also nicht mit Handys von der anderen Seite des Atlantiks.

Nun beschuldigen ausgerechnet die US-Firmen die Europäer, sie seien protektionistisch, weil sie das amerikanische CDMA-Verfahren nicht in die GSM-Welt lassen wollen. Die Zänkereien überschatten auch die Verhandlungen, mit denen die internationale Telekommunikationsunion ITU versucht, einen einheitlichen Weltstandard zumindest für die Systeme der nächsten Generation festzulegen. Die

Chancen, daß das gelingt, stehen angesichts der Erbfeindschaft bestenfalls 50 zu 50.

Technische Gründe spielen allenfalls eine Nebenrolle. „Das sind Religionen“, schmunzelt Bond. Ihm kann es nur recht sein. Kann so doch Iridium als Makler zwischen den Systemen sein Geld verdienen. Seine weltweit verteilten „Gateway“-Stationen fungieren als elektronische Dolmetscher und übersetzen den digitalen Datenverkehr grenzüberschreitender Gespräche in das Format der jeweiligen Mobilfunknetze.

Doch ob die Rechnung aufgeht, muß sich erst noch zeigen. Kurz nach der Jahrtausendwende wird ein heftiger Konkurrenzkampf um die weltumspannende Kommunikation beginnen. Fünf weitere Multi-Milliarden-Dollar-Projekte sind bereits beschlossene Sache:

- Das Globalstar-Konsortium, an dem neben vielen anderen auch Daimler-Benz beteiligt ist, hat schon acht Satelliten gestartet. Bereits 1999 soll die Konstellation betriebsbereit sein. 48 Satelliten sollen von Orbits in 1414 Kilometer Höhe den Globus lückenlos abdecken. Weil jedes Gespräch von zwei Flugkörpern gleichzeitig betreut wird, soll der Empfang auch in kniffligem Terrain störungsfrei sein.
- Die ICO-Gruppe beginnt Ende dieses Jahres mit den Starts. Weil ihre Sender

Iridiums wichtigster Trumpf ist die Zerstrittenheit der Mobilfunkbetreiber

viel höher, in 10 400 Kilometer Distanz zur Erde, fliegen, kommt das System mit zehn Satelliten aus. Im Jahr 2000 soll es funktionsfähig sein.

- Ellipso hat sich eine besonders originelle Konstellation ausgedacht. Sechs Satelliten über dem Äquator und zehn in zwei gekippten Orbits sollen ab Ende 2001 besonders guten Empfang garantieren.

Alle diese Systeme werden auch mit irdischen Mobilfunkbetreibern zusammenarbeiten. Neben den Satellitennetzen, die hauptsächlich für die drahtlose Telefonie gedacht sind, befinden sich zwei Systeme in der Planung, die vorwiegend Daten mit hoher Geschwindigkeit auf dem Globus verteilen sollen:

- Skybridge, ein Konsortium unter der Führung des französischen Telekommunikationskonzerns Alcatel, will 80 Satelliten zur Verbreitung „interaktiver Multimediadienste“ ins All bringen. Vom Jahr 2001 an sollen sie betriebsbereit in 1469 Kilometer Höhe kreisen.
- Teledesic hat die bislang ambitioniertesten Pläne. Für ein neues „Internet am Himmel“ sollen gleich 288 künstliche Himmelskörper am Firmament installiert werden; ab 2003 sollen sie Daten mit Geschwindigkeiten an jeden Punkt der Erde schaufeln, wie sie heute nur mit Glasfasern zu erreichen sind.



Handy-Benutzerin (in Afrika)
Weniger Telefone als in Manhattan

Zu dem illustren Kreis von Investoren, die sich der Teledesic-Idee verschrieben haben, gehören der saudische Prinz Walid und Microsoft-Gründer Bill Gates. Lieferant der Satelliten für das System ist wiederum Motorola, das für diese Rolle unlängst sein eigenes „Celestri“-Projekt aufgab.

Auf die Vision von drahtlos komplett vernetzten Planeten bauen vor allem jene Entwicklungsländer, in denen der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur bis heute nicht gelungen ist. So sind in ganz Schwarzafrika weniger Telefone in Betrieb als auf der Halbinsel Manhattan. Doch die Satellitenbetreiber haben es zunächst auf zahlungskräftige Kundschaft abgesehen. „Vertikale Märkte“ werden bevorzugt angesteuert, zum Beispiel in Branchen wie der Erdölförderung, deren Angehörige oft in entlegene Gegenden reisen.

Den idealen Iridium-Kunden lernte Bond, wie er erzählt, während seiner früheren Tätigkeit beim Mobilfunkbetreiber GTE kennen: einen Amerikaner, der sich für die Reise nach Marokko ein GSM-Handy angeschafft hatte.

Im Hotel funktionierte das Gerät noch bestens, aber dann ließ sich der Mann von seinen Geschäftspartnern auf ein Fest im Beduinenzelt in der Wüste einladen. Da verpaßte er den Anruf, der ihm eine Million Dollar eingebracht hätte. ♦

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir handelten wie Betrunkene“

Der ehemalige Oberbefehlshaber der US-Atomstreitmacht, Lee Butler, über die Risiken atomarer Rüstung und den Wahnsinn des „atomaren Gleichgewichts“

SPIEGEL: General Butler, Sie hätten im Ernstfall auf den Knopf drücken müssen, um das gesamte strategische Atom-Arsenal der Vereinigten Staaten abzufeuern. Waren Sie sich der Macht bewußt, die Erde mehrere Dutzend Male zerstören zu können?

Butler: Aber ja, wahrscheinlich deutlicher als irgendein anderer Mensch auf dieser Erde. Meine gesamte militärische Karriere war von Nuklearwaffen bestimmt. An der Air Force Academy habe ich die Theorie der nuklearen Abschreckung gelehrt; ich flog B-52-Atombomber und kommandierte später Amerikas gesamte strategische Nuklearstreitmacht: Bomber, land- und seegestützte Raketen; ich habe die Ent-

wicklung neuer Sprengköpfe mitbestimmt und entschied über ihre Verwendung; ich saß am Verhandlungstisch zur Rüstungs- und Abrüstungskontrolle und diente US-Präsidenten als Berater in Nuklearfragen. Im übrigen trug der Einsatzplan aller amerikanischen Atomwaffen für den Ernstfall meine Unterschrift.

SPIEGEL: Haben Sie jemals schlaflose Nächte verbracht?

Butler: Ich habe von Natur aus keine Schlafstörungen. Ich habe allerdings stets den Fehler zu vermeiden gesucht, der häufig im Zusammenhang mit Nuklearwaffen gemacht wird, nämlich ihre außergewöhnliche Zerstörungskraft nicht mehr zu sehen und sie dadurch zu verharmlosen. Heute

beginnt die Welt endlich zu begreifen, was für eine furchterliche Katastrophe bereits ein einziger Nuklearsprengkopf repräsentiert.

SPIEGEL: Wie gut kannten Amerikas Politiker und Militärs den Feind, den sie mit Atomwaffen bedrohten?

Butler: Diese Frage berührt den eigentlichen Kern des nuklearen Zeitalters. Wie keine andere Waffe üben nukleare Waffen auf den Menschen eine Wirkung aus, die dem vergleichbar ist, was die Psychologen als „emotionales Hijacking“ bezeichnen. Sie verwenden diesen Begriff zur Erklärung dafür, daß Menschen Amok laufen, die Kontrolle über ihre Emotionen verlieren, extreme Risiken eingehen oder ge-

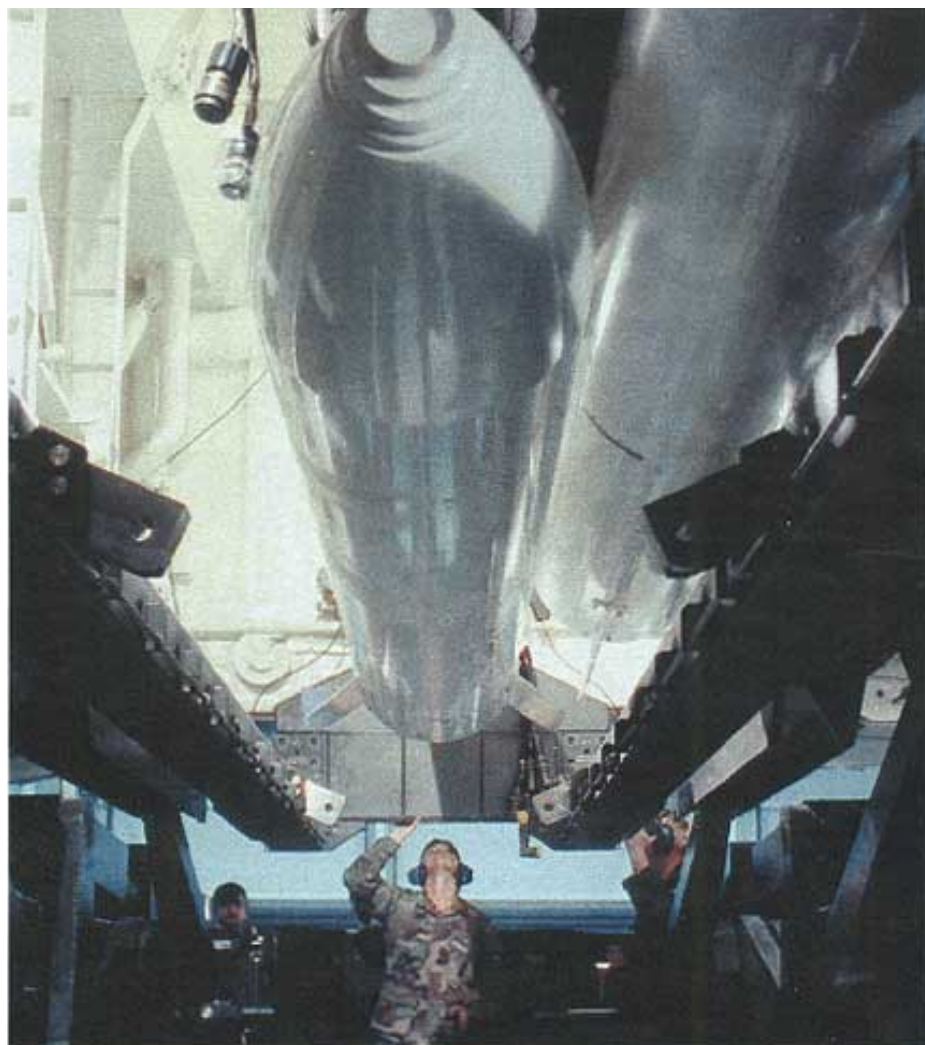


K. SIEVERS

US-General Butler

Auf einen Atomkrieg

waren Amerikas Politiker und Strategen eingerichtet, aber von dessen furchterlichen Folgen hatten sie keine Ahnung. Zu dieser Ansicht gelangte der amerikanische General Lee Butler, 59. Er war verantwortlich für die Entwicklung neuer strategischer Sprengköpfe und legte die gegnerischen Ziele fest, die im Ernstfall atomar zerstört werden sollten. Am Ende seiner Dienstzeit, 1994, wurde aus dem Kalten Krieger ein überzeugter Gegner der atomaren Hochrüstung. Die Theorie einer Abschreckung, die auf angeblich gesicherter gegenseitiger Zerstörung beruht, ist nach Auffassung Butlers „pure Selbsttäuschung“ und ein „Hasardspiel, das irgendwann verlorengeht“.



AW & ST / GAMMA / STUDIO X

B-2-Bombenschacht*: „Die Folgen eines Atomkriegs wurden verschleiert“



Atomtest in Pakistan*: „Gewonnen wird die Fähigkeit, Hunderttausende von Menschen abzuschlachten“

dankenlos das Leben ihrer Mitmenschen vernichten.

SPIEGEL: Sind derartige extreme Reaktionen von einzelnen auf ganze Nationen übertragbar?

Butler: Die Geschichte ist voll solcher Beispielen, ganz besonders im Zusammenhang mit Nuklearwaffen. Die Theorie der nuklearen Abschreckung geht davon aus, den jeweiligen Feind genau zu kennen und somit seine eigenen Handlungen auf die vermeintlichen Absichten und Motive dieses Feindes auszurichten. Doch unter welchen Umständen beginnen Nationen nuklear aufzurüsten? Beide Seiten sind einander total entfremdet, sie kümmern sich wenig um die Befürchtungen und Ängste der anderen Seite. Bei einer Krise, einem Zeitpunkt höchster emotionaler und intellektueller Anspannung, glauben diese Nationen aber, die unentbehrliche Ruhe und Objektivität bewahren zu können, die einen nuklearen Schlagabtausch verhindert. Das ist pure Selbsttäuschung, die einhergeht mit der Verteufelung des Gegners.

SPIEGEL: So wie es Reagan mit seinem Spruch vom Reich des Bösen tat?

Butler: Es war extrem formuliert und demagogisch, jeden russischen Mann, jede russische Frau und jedes russische Kind derart abzuwerten. Doch Reagan hat of-

fensichtlich geglaubt, was er sagte. Ein ähnliches Beispiel emotionaler Geiselnahme lieferten jüngst die Bilder jubelnder Pakistaner und Inder nach den Atomtests.

SPIEGEL: Ein Massenwahn im Rauschgefühl nationaler Größe?

Butler: Ich glaube, daß sehr viele ernsthafte Menschen in Indien und Pakistan den Wahnsinn dieses Freudentaumels durchschauen und die wahre Bedeutung der Tests erkennen, nämlich die damit gewonnene Fähigkeit, Hunderttausende von Menschen abzuschlachten. Darin liegt der eigentliche Fluch der Atomwaffen – es ist die Abwertung der eigenen Menschlichkeit.

SPIEGEL: In welche Gefahren geraten Nationen wie Indien oder Pakistan, wenn sie sich entschließen, Atommacht zu werden?

Butler: Das größte Risiko besteht darin, daß sie jetzt ihrerseits zum Ziel eines nuklearen Angriffs werden können. Aktionen haben Konsequenzen, das lernen wir schon als Kinder, und wir versuchen es, unseren Kindern beizubringen.

SPIEGEL: Wer bringt es Indien und Pakistan bei?

Butler: Meiner Meinung nach haben beide Länder die Lektion schon gelernt.

SPIEGEL: Dann wären Ihrer Meinung nach die Anstrengungen der Vernunft, die menschliche Zerstörungswut zu dämpfen, doch nicht zum Scheitern verurteilt?

Butler: Die Menschheit ist weit gekommen bei dem Versuch, zivilisiert miteinander umzugehen. Dagegen sind Nuklearwaffen aus meiner Sicht bei weitem der größte aller denkbaren Faktoren, die eine kontinuierliche Weiterentwicklung zivilisierten Zusammenlebens bedrohen.

SPIEGEL: Haben Sie jemals geglaubt, die Strategie vom „Gleichgewicht des Schreckens“ könne fehlschlagen?

Butler: Ich war fest davon überzeugt. Wir handelten wie ein Betrunkener beim russischen Roulette, der zehnmal die Pistole abdrückt und dann erklärt: Guck mal, es ist über-



Jubelnde Pakistaner*: „Wahnsinniger Freudentaumel“

* Links: Beladungstest mit der Attrappe einer B-83-Atombombe; oben: TV-Bild, das im Licht der Nachmittags-sonne die Erschütterung des Chagai-Gebirges als Folge des unterirdischen Atomtests zeigt; unten: nach Bekanntgabe der erfolgreichen Tests.

haupt nicht gefährlich. In Wahrheit war das Nuklear-Roulett überaus gefährlich und arrogant. Es ist ein Wunder, daß wir es geschafft haben, uns irgendwie durchzuwursteln. Nukleare Abschreckung ist ein Hasardspiel, das irgendwann verlorenght.

SPIEGEL: Wie groß war die nukleare Kriegsgefahr während des Kalten Kriegs?

Butler: Die nuklearen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion waren voller Krisen. Lange Zeit, oft Jahre, passierte wenig, worüber wir ernsthaft hätten besorgt sein müssen. Plötzlich gab es einen simplen Computerabsturz oder die falsche Interpretation eines Radarbildes – schon stolperten wir in eine Krise und standen am Abgrund zur nuklearen Apokalypse.

SPIEGEL: Die Kuba-Krise 1962, als die Sowjets atomar bestückte Raketen im US-Hinterhof stationierten, war offenbar nicht die einzige Gefahrensituation?

Butler: Es gab viele Krisensituationen, die meisten wurden niemals bekannt.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Butler: Zum Beispiel wurde ein Nato-Manöver von den Sowjets als Vorbereitung eines realen Angriffs mißinterpretiert.

SPIEGEL: Waren die jeweiligen US-Präsidenten und deren Berater sich über die Folgen eines Nuklearkrieges im klaren?

Butler: Nein, keiner von uns. Wir haben niemals die tatsächlichen Risiken und Konsequenzen verstanden. Nehmen Sie als Beispiel die atomisierenden Regierungsbunker, die von den Sowjets und uns gebaut wurden. Ich erinnere mich an keine einzige Gelegenheit, bei der die Frage erörtert worden wäre, was denn die Führer vorfinden würden, wenn sie aus ihren atomisierenden Unterständen hervorkrabbelten, wen sie dann noch regieren sollten oder wer am anderen Ende der Leitung den Telefonhörer abnehmen würde.

SPIEGEL: Sie hatten aber doch den nuklearen Krieg geplant, was haben Sie denn in das Papier hineingeschrieben?

Butler: Der strategische nukleare Kriegsplan bestand hauptsächlich aus mathematischen Formeln, mit denen die Zerstörungskraft eines Nuklearangriffs errechnet wurde. Irrig ist die Annahme, wir hätten sämtliche einschlägigen Experten zusammengerufen und irgendeine Art von Supercomputer eingesetzt, um die Gesamtschäden abzuschätzen, die durch die nahezu gleichzeitige Explosion Zehntausender von Nuklearsprengköpfen angeordnet worden wären.

SPIEGEL: Die atomaren, das Erdklima verändernden Großbrände, die Verstrahlung riesiger Landstriche, die Zerstörung sämtlicher Strukturen einer Gesellschaft – kein Wort davon im Kriegsplan?

Butler: Kein Wort. Brände? Niemand wollte mit Sicherheit vorhersagen, was denn brennen würde. Ausmaß der Verstrahlung? Sie sei, so hieß es, abhängig von der Wind-



Atomrakete auf russischem U-Boot*, französischer Atomtest (auf Mururoa): „Keiner von uns

richtung. Bei der Frage nach der Zahl der Opfer fühlte ich mich an Josef Stalin erinnert, der gesagt hatte, der Tod eines einzelnen Menschen ist eine Tragödie, der von Millionen aber eine statistische Größe.

SPIEGEL: Hat kein US-Präsident, dem die nukleare Kriegsplanung vorgelegt wurde, solche Fragen gestellt?

Butler: Die Planung war so komplex und die Präsentation so oberflächlich, daß diese Fragen gar nicht aufkamen. Kaum jemand durchschaute, daß die Kriegsplaner eigentlich nur die Sprengkraft berechneten. Eine einseitige, absurde Kalkulation, mit der die enormen Gesamtfolgen eines Nuklearangriffs verschleiert wurden.



Butler (r.) beim SPIEGEL-Gespräch* „Wir standen mehrmals am Abgrund“

SPIEGEL: Um die nationale Sicherheit der USA zu erhöhen, wurden also immer mehr Sprengköpfe angeschafft und neue entwickelt?

Butler: In den 50 Jahren des Kalten Krieges haben die Vereinigten Staaten rund sechs Billionen Dollar für ihre Nuklearbewaffnung ausgegeben. Wir haben 70 000 nukleare Sprengköpfe für 116 unterschiedli-

che Waffentypen entwickelt, die von 65 verschiedenen Trägersystemen abgefeuert werden konnten. Wir haben sogar Artilleriegranaten mit Atomsprengsätzen bestückt. Nein, wir haben niemals die volle Bedeutung unseres Arsenal verstanden.

SPIEGEL: Ob die atomare Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis moralisch zu rechtfertigen sei, wurde außerhalb Amerikas oft diskutiert. Gab es in den USA offizielle Gremien, die sich damit befaßten?

Butler: Nicht daß ich wüßte. Wir haben die Nuklearwaffen zu einer Art Ikone erklärt und uns auf den Standpunkt gestellt: Wenn diese Waffen den Krieg verhindern, müssen sie moralisch vertretbar sein. Eine sehr perverse Form von Logik, welche die Konsequenzen eines nuklearen Krieges ignoriert.

SPIEGEL: Sie waren mitverantwortlich für die Auswahl der 12 500 Ziele, in die Amerikas Nuklearsprengköpfe im Ernstfall einschlagen sollten. Wußten Sie eigentlich, was Sie da geplant hatten?

Butler: Ich war als Direktor der strategischen Nuklearkriegsplanung im Pentagon mitverantwortlich; ich habe aber nie die Bedeutung des Gesamtplans begriffen. Deshalb habe ich gleich am ersten Tag meines Dienstantritts im Hauptquartier des Strategischen Kommandos in Omaha, Nebraska, meinem Zielplanungsstab erklärt, ich wolle jedes der 12 500 Ziele, die ich ja nur als Ansammlung von Zielgebieten kannte, einzeln überprüfen.

SPIEGEL: Wie lange hat das gedauert?

Butler: Etliche Monate, es waren die lehrreichsten meiner gesamten Laufbahn. Ich verstand endlich das Ausmaß der psychologischen, moralischen und bürokratischen Verästelungen im Umgang mit einer derart hohen Anzahl von Nuklearwaffen. Ich befragte meinen Stab, weshalb eine bestimmte Brücke atomar angegriffen werden sollte. Die Antwort: Wir sollen 80 Pro-

* Oben: beim Ausladen einer RSM-40 im Rahmen des Abrüstungsvertrages; unten: mit Redakteur Rainer Paul.



hat jemals die tatsächlichen Risiken und Konsequenzen eines nuklearen Krieges verstanden“

zent des sowjetischen Verkehrssystems zerstören, und neben Flughäfen, Straßen und Eisenbahnen gehören auch Brücken dazu.

SPIEGEL: So steht es doch auch im militärischen Strategie-Handbuch.

Butler: Gewiß, doch wenn eine Brücke aus betont einfachen Gründen ausgewählt wird, weil sie zum Beispiel eine bestimmte Länge hat, sonst aber irgendwo im Niemandsland steht, so ist ihre Zerstörung, zumal durch einen Atomschlag, sinnlos.

SPIEGEL: Als Sie drei Jahre später das Kommando abgaben, hatten Sie 75 Prozent der vormals 12 500 Ziele gestrichen – hauptsächlich Brücken?

Butler: Nein, es waren alle Arten von Zielen, bei denen ich die Auswahl logisch nicht nachvollziehen konnte. So waren auf die sowjetische Stadt X beispielsweise Dutzende von Raketen ausgerichtet.

SPIEGEL: Handelte es sich um Kiew?

Butler: Das kann ich aus Gründen der Geheimhaltung nicht sagen. Ausschlaggebend ist, daß jeder einzelne Zielpunkt dieser Stadt für sich genommen militärisch vertretbar war, etwa eine Fabrik oder eine Kommandozentrale. Doch gleichzeitig die Totalität dieses Angriffs zu ignorieren, durch den diese Stadt komplett zerstört würde – das war absolut hirnrissig.

SPIEGEL: Waren Sie befugt, den Kriegsplan so radikal zusammenzustreichen?

Butler: Natürlich. Ich war für die Zielpflichtung verantwortlich. Ich hielt es für meinen Job, die Handlungen von Menschen zu korrigieren, die sich streng an die Vorgaben der politischen Bürokraten gehalten und dabei ihren Sinn für die Realität verloren hatten. Aber ich war natürlich auch sorgsam darauf bedacht, die politisch Verantwortlichen zu informieren und deren Zustimmung einzuholen. Diese Leute waren übrigens ebenso schockiert wie ich.

SPIEGEL: Gibt es ein Erlebnis, das Sie vom Befürworter der nuklearen Abschreckung zum Gegner machte?

Butler: Es war ein langer Weg dorthin. Die erschreckende Logik hinter der These von der gegenseitigen sicheren Zerstörung habe ich nie akzeptieren können, zumal wir die Entscheidung für unser Überleben ja unserem Feind überantwortet hatten: Wir hatten uns damit abgefunden, uns nicht gegen Raketenangriffe verteidigen zu können, Antiraketen-Raketen wurden nicht entwickelt. Zugleich gaben wir die Versuche auf, uns gegen jeden einfliegenden Bomber verteidigen zu wollen. Wir waren einerseits total verwundbar, andererseits aber entschlossen, bei einem Angriff unser gesamtes Atomarsenal zu starten, um so sicherzustellen, daß auch die Sowjetunion komplett zerstört würde.

SPIEGEL: Wie im Vergnügungsbetrieb gilt anscheinend auch in Ihrem Metier „the show must go on“. Ihre ehemaligen Kollegen haben vor einiger Zeit einen neuen nuklearen Sprengkopf entwickelt, mit dem hauptsächlich unterirdische Kommandozentren oder Fabrikanlagen zerstört werden sollen – ein militärischer Fortschritt?

Butler: Das war ein schwerer Fehler. Aus einer ganz engen militärischen Perspektive mag es sinnvoll sein, einen Nuklearsprengkopf zu entwickeln, der in einer bestimmten Tiefe explodiert und über der Erde nur begrenzt Radioaktivität freisetzt. Doch eine derartige Verfeinerung der Steuerungs- und Zieltechnik führt nicht nur zu einer weiteren Verharmlosung von Nuklearwaffen, sie weckt auch bei anderen Teilstreitkräften Begehrlichkeiten; die möchten dann verbesserte Atomtorpedos mit selbsttätiger Zielsuche haben oder die sogenannten Satellitenkrieger, die beim Kriegsausbruch feindliche Spionagesatelliten im All atomar zerstören sollen.

SPIEGEL: Verstößt diese Entwicklung gegen das Teststopp-Abkommen, mit dem auch die Weiterentwicklung bestehender Nuklearwaffen unterbunden werden soll?

Butler: Sie verstößt sicherlich gegen den Geist des Vertrages. Richtig schlimm aber wäre es, wenn diese Waffe zum Einsatz käme. Dann würden auch andere, derzeit noch atomwaffenlose Staaten eine solche Waffe besitzen wollen.

SPIEGEL: Die USA geben in diesem Jahr 35 Milliarden Dollar aus, um ihr nukleares Arsenal einsatzbereit zu halten. Zugleich verrottet und zerfällt die Streitmacht des ehemaligen Gegners. Wie groß ist die Gefahr eines versehentlich ausgelösten russischen Angriffs?

Butler: Aus meiner Sicht ist das sehr unwahrscheinlich. Rußland ist heute ein bedauernswerter Gigant, den der Westen noch immer nicht versteht. Rußland ist keine nukleare Großmacht mehr, die russische U-Boot-Flotte liegt vertäut in ihren Häfen. Rußlands Bomber fliegen nur noch selten, Modernisierungsprogramme kommen nicht voran. Das russische Radarfrühwarnsystem ist geschwächt, die wichtigsten, einst sowjetischen Anlagen stehen Rußland nicht mehr zur Verfügung, und die Frühwarnsatelliten haben viel von ihrer Kapazität eingebüßt.

SPIEGEL: Fühlt sich Rußland bedroht?

Butler: Das wäre kein Wunder. Es gibt keinen Warschauer Pakt mehr, wir aber erweitern die Nato und versichern, das habe weiter nichts zu bedeuten. Und wir modernisieren unsere Atomwaffen. Wir verspielen die kostbare Gelegenheit, neue Regeln der internationalen Sicherheit zu entwickeln, in denen Nuklearwaffen keinen Platz mehr haben.

SPIEGEL: General Butler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Kardiochirurgin Ennker, Medizinstudentinnen 1911 (an der Frauenuniversität in Pennsylvania, USA): „Wenn am Herzkranzgefäß etwas

MEDIZIN

„Operieren hier die Schwestern?“

Kein Zweig der Medizin ist so stark dominiert von Männern wie die Chirurgie. Obwohl die Hälfte der Studenten weiblich ist, sind Frauen im Reich der Skalpellkünstler noch immer Exoten. Warum gibt es so wenige Chirurginnen?

Es ist angerichtet.“ Stundenlang hat Chirurgen Doris Henne-Bruns auf diese Mitteilung des OP-Pflegers gewartet. Komplikationen beim Eingriff eines Kollegen und das aufwendige Säubern und Desinfizieren des septischen Operationssaals haben an diesem Tag das Programm der „Klinik für Allgemein- und Thoraxchirurgie“ der Universität Kiel verschoben.

Damit ihr Sohn Alexander, 3, und die Tagesmutter sich darauf einrichten können, hat die Ärztin schon zu Hause angerufen, daß es heute später wird. Nun sammelt sich das Team um den Patienten, der bereits in Seitenlage auf dem Tisch schläft; quer über seinen Rücken läuft die Narbe einer früheren Lungenoperation. Der Eingriff wird heikel, weiß Henne-Bruns, weil sie die nachgewachsene, mit dem Brustkorb verbackene Geschwulst „vorsichtig abknispeln“ muß, auch die Beatmung des Patienten mit

einem Spezialtubus ist schwierig. Weil sich der 42jährige obendrein mit Hepatitis infiziert hat, streift sich die Chirurgen ein zweites Paar Handschuhe über.

„Dürfen wir?“ Die Anästhesisten nicken. Dann wird fast fünf Stunden lang geschnitten, präpariert, verschmurgelt und gestichelt. Während zwei Assistenten die große Wunde mit Haken und Spreizern offenhalten, löst die Frau im grünen Kittel den Tumor, als ob sie behutsam einen Saum auftrennte. Mit raschem Griff stopft sie sterile Tücher in den Brustkorb und wischt die Höhlung aus. Quer über den Tisch gebeugt, inspiziert Henne-Bruns immer wieder die tiefe Körperöffnung, entnimmt Lymphknoten und bespricht, während der OP-Pfleger ihr den Hörer ans Ohr hält, mit dem Radiologen die Art der nachfolgenden Strahlentherapie.

Ob Tumor, Leistenbruch oder Transplantation – sie gehe „überall gelassen

ran“, sagt die Chirurgen, die bekannt ist für ihr schnelles und fast blutloses Operieren. Gelassen überstand die jetzt 43jährige Professorin, die sich vor zehn Jahren als erste Chirurgen an der Hamburger Uniklinik habilitierte, auch die rauen Ausbildungszeiten in der Männerdomäne des OP-Traktes.

Manches hat sich indessen verändert: Mittlerweile werfen, zumindest in den Hochschul- und High-Tech-Sälen, keine jähzornigen Messerhelden mehr mit Instrumenten um sich, die standesüblichen Zoten sind selten geworden, und wer, wie einst, selbstherrlich herumschreit, „fliegt bei uns raus“, sagt Henne-Bruns.

Dennoch ist die Chirurgen und stellvertretende Direktorin immer noch ein exotisches Wesen im Medizinbetrieb: Obwohl schon lange ebenso viele Frauen wie Männer Medizin studieren und das Staatsexamen ablegen, sind Frauen unter den Chef-



Chirurgie-Kandidatinnen im „Referat für Ärztinnen“ der Landesärztekammer Hessen. Auch fürsorgliche Hinweise darauf, daß „die Nachtdienste nicht gut für die Hormone sind“, hätten nicht gefehlt, erzählt Ärztekammer-Mitarbeiterin Ursula Stüwe, 51, selbst Unfallchirurgin an den Horst-Schmidt-Kliniken in Wiesbaden: „Wenn es um die Nachtschicht von Operations- und Stationsschwestern geht, sind Hormone offenbar kein Problem.“

„Immer noch Widerstände, die nicht fachlich sind“, hat Kinderchirurgin Sylvia Engler, 39, mittlerweile Oberärztin an der Uniklinik Kiel, während ihrer Ausbildung an Krankenhäusern erlebt. Immer wieder wurde ihr auch abgeraten, sich als Chirurgin zu spezialisieren.

Eine bezeichnende Anekdote trug Henne-Bruns auf dem deutsch-amerikanischen Symposium vor: Zwar sei sie, als Vorsitzende einer Jahrestagung der Gesellschaft Nordwestdeutscher Chirurgen, zum traditionellen Abschlußessen geladen worden. Am Ärztetisch aber habe sie nicht sitzen dürfen. Statt dessen wies man ihr „einen Platz im Tiefgeschoß mit den Ehefrauen und Witwen“ zu. Erst zwei Jahre später, 1991, wurden die Regularien der Gesellschaft geändert und „geeignete Frauen“ fortan zum Herrenschaus zugelassen.

In Zusammenhang mit einer Umfrage an sämtlichen deutschen Herzzentren, die Kardiologin Ina Ennker, 39, jüngst auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie in Dresden präsentierte, brachten Klinikchefs unverhohlen ihre Ressentiments vor: Sie könnten sich selbständige weibliche Operateure in ihrem Fach nicht vorstellen, hieß es, und betrachteten Frauen für diese Art von Anforderungen als ungeeignet.

Immerhin beklagten einige Klinikleiter ausdrücklich, daß nur wenige Frauen die Facharztausbildung abschließen. Der italienische Chef eines norddeutschen Herzzentrums etwa bedauerte: „Trotz meiner

schiefgeht, kriegt man die Quittung sofort“

ärzten, Oberärzten und Fachärzten in der Minderheit – und erst recht im Reich der Skalpellschmied: Nur 6,4 Prozent aller praktizierenden Chirurgen sind Frauen, die meisten von ihnen arbeiten in der Kinderchirurgie. Die allergrößte Rarität stellen operierende Frauen in der Herzchirurgie dar: Nicht einmal drei Prozent haben auf diesem Gebiet ihren Facharzt erworben.

„Soll die Chirurgie ein Altherrenclub bleiben?“ Zu dieser provozierenden Frage sah sich Henne-Bruns auf einem deutsch-amerikanischen Chirurgenkongress in München veranlaßt: Das rein männliche Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie hat ein Durchschnittsalter von fast 60 Jahren. Unter ihren rund 5300 Mitgliedern verzeichnet die konservative Gesellschaft nur 260 Ärztinnen, 10 von ihnen sind Professorinnen.

Daß es bei dem seit Jahren beinahe unverändert mickrigen Chirurgenanteil geblieben ist, führen die Ärztinnen selbst auf mehrere Ursachen zurück: Das „Klischee vom Chirurgen als nimmermüdem Supermann“, aber auch der karriereschädliche Spagat zwischen Familie und Beruf behindere den Zugang von Frauen zu diesem Fach, das eigentlich ihrer manuellen Geschicklichkeit entgegenkomme, sagt Henne-Bruns.

Andererseits treffen die Ärztinnen immer noch auf Vorurteile, die schon im vergangenen Jahrhundert als Argumente ge-

gen Frauen in der Medizin vorgebracht wurden: Die männlichen Professoren sahen sich damals als „Bewahrer der Natur der Frau“ und verweigerten ihr, weil sie körperlich und nervlich zu schwach sei, den Zugang zu den Hörsälen der Medizin. 1845 erlangten in den USA Frauen den Zugang zu allen Studienfächern. Erst 1908 ließen deutsche Universitäten, als letzte in ganz Europa, Studentinnen generell auch für die Medizin zu. Im gleichen Jahr schon eröffneten Agnes Hacker und Franziska Tiburtius, die wie viele deutsche Geschlechtsgenossinnen in Zürich ihren Dr. med. gemacht hatten, in Berlin ein Uniklinikum: die nach dem damals neuesten Stand der Wissenschaft eingerichtete „Chirurgische Klinik weiblicher Ärzte“.

„Ach, Sie sind jung, Sie sind hübsch, kriegen Sie doch weitere Kinder.“ Oder: „Sie sind ein bißchen zu klein für diese Arbeit“ (mit einer Körpergröße von 1,70 Zentimetern). Über solcherlei Einwände in erfolglosen Bewerbungsgesprächen berichteten

* Bei einer Lungenkrebsoperation.



Chirurgin Henne-Bruns*: „Mit Gefühl und Zartheit“

Herkunft kann ich Frauen offenbar nicht anziehen.“

Insgesamt 27 Frauen, 19 davon als Oberärztin, dürfen derzeit an den Fachabteilungen für Herz- und Thoraxchirurgie selbständig operieren, ergab die Umfrage, auf die 66 der 78 angeschriebenen Klinikleiter antworteten. Einzige Chefärztin ist, am Herzzentrum Coswig (Sachsen-Anhalt), die Professorin Ulrike Blum, 48.

Kaum anders sieht die Situation in Österreich aus, berichtete die Wiener Professorin Adelheid End, 39, auf der Dresdener Tagung. Nicht darin, daß der Beruf als kräftezehrender, aber auch psychisch belastender gelte als alle anderen Gebiete der Medizin, sieht sie den Grund für die so geringe Frauenpräsenz in der Herz- und Thoraxchirurgie. Allzuoft gehe es in der Männerbastion um „Macht, Ehrgeiz, Geld und Publicity – Werte, die Frauen nicht so viel bedeuten“. Manch tüchtige Kollegin sei schon „im Abseits verschwunden“ oder habe umgesattelt, „weil sie ihre Prinzipien nicht über Bord werfen wollte und keine männliche Lobby hatte“.

„Mehr am Patienten orientiert“ seien die weiblichen Chirurgen, sagt auch Ina Ennker, die wie ihre Kolleginnen End, Henne-Bruns und Stüwe von ihrem Handwerk fasziniert ist, obwohl es oft „richtige Maloche“ und jeden zweiten Tag Rufbereitschaft bedeutet. „Wenn an Herzkranzgefäßen von einem halben Millimeter Durchmesser etwas schiefgeht, kriegt man die Quittung sofort“, erklärt sie. Das „schnelle Agieren und Reagieren“ (Stüwe), das „manuelle Gestalten“ (End), das „direkte Eingreifen-Können mit sichtbarem Erfolg, aber auch das Hantieren mit sehr viel Gefühl und Zartheit“ (Henne-Bruns) machen den Reiz dieser Arbeit aus. Kinderchirurgin Engler schätzt „die ständige Herausforderung“ und die Gewißheit, „daß so viele meiner Patienten gesund nach Hause gehen“.

„Operieren hier auch die Schwestern?“ Solche Fragen von Patienten, die zum Vorgespräch einen kräftigen Mann als ihren Operateur erwartet haben, sind schon vorgekommen. „Doch meist“, so die mit fröhlicher Energie geladene Henne-Bruns, „wird meine Kompetenz nicht angezweifelt.“ Gerade in Grenzsituationen des Lebens wie einer bevorstehenden Operation schätzten Patienten die Frau als Arzt: „Chirurginnen setzen sich eher noch mal abends an die Bettkante und reden über die Ängste“, sagt Unfallärztin Stüwe, „aber das bringt uns keine Meriten ein, die Männer schreiben in der Zeit ihre Fachartikel.“

Andererseits bedeute „jeder kleine Fehler, der jedem Chirurgen einmal passiert, daß bestehende Vorurteile bestätigt werden“, sagt Stüwe.

„Chirurginnen“, sinniert die Unfallklinikern aus Wiesbaden, „arbeiten und leben unter einem Vergrößerungsglas.“ ♦



Koala-Fängerin Broeders mit gefangenem Koalabär, Mitarbeiterin: Häscher im Baum

TIERE

Friedhof der Knuddelbären

Im Südosten Australiens fressen Koalas die Wälder kahl. Experten raten zur Jagd. Doch Politiker fürchten um das Image des Landes, Tourismus-Unternehmen um ihren Umsatz.

Still und schweigend steht der Wald. Kein Blatt regt sich an den Manna- und Sumpf-Eukalypten entlang dem Hopkins River in der Nähe des australischen Dorfes Framlingham. Wie ein Scherenschnitt zeichnet sich die Silhouette nackter Stämme und Äste vor dem Horizont ab.

Kein Buschfeuer ist schuld am Blättermangel im Eukalyptuswald. Hier, im Südwesten des Bundesstaates Victoria, hat „Phascolarctos cinereus“, der „Aschgraue Beutelbär“, besser bekannt unter dem Namen Koala, ganze Arbeit geleistet.

Innerhalb weniger Jahre hat der Kuschelbär den Wald zerstört – und sich selbst gleich miterledigt. „Eine doppelte Katastrophe“, sagt Bäuerin Gillian Blair, deren Land an den Hopkins River grenzt. „Erst gehen die Bäume kaputt, dann verhungern die Koalas.“ Mehrere tausend Tiere, schätzt Blair, gleichzeitig Sprecherin der lokalen Umweltschutzgruppe, seien in den letzten zwei Jahren im Wald von Fram-

lingham gestorben. „Einige von ihnen waren so schwach, daß sie aus den Bäumen gefallen sind.“

Fast ausschließlich Eukalyptusblätter stehen auf dem Speiseplan des Beutelbärs. Davon aber vertilgt er täglich rund ein Kilogramm. Im gesamten Südosten Austr-



liens vermehren sich die Tiere rapide und rupfen auch noch die letzten Blätter von den Bäumen. „Die Zahl der Koalas verdoppelt sich in einigen Gebieten in weniger als drei Jahren“, klagt Roger Martin von der Monash University in Clayton. „Wenn wir nicht bald handeln, droht Tausenden von Tieren der Hungertod.“

Martin ist einer der bekanntesten und zugleich umstrittensten Koala-Forscher Australiens. Seit Jahren fordert der bärtige Zoologe die Koala-Jagd – und zieht damit den Zorn von Tierschützern wie Politikern auf sich. Denn der Beutelbär ist für die Australier kein gewöhnliches Tier. Es geht um Tourismus-Dollar und internationales Ansehen, vor allem aber um die anrührende Wirkung des plumpen, plüschohrigen Knuddeltiers. „Koalas abschießen“, erklärt Martin, „ist wie Pandas oder Kinder töten.“

Jahrelang zog es die Regierung von Victoria vor, die Klagen der Bewohner von Framlingham zu überhören. Erst als tote Bäume und stinkende Koala-Leichen nicht mehr zu leugnen waren, sah Umweltministerin Marie Tehan Handlungsbedarf. Seit März dieses Jahres mühen sich Freiwillige der Umweltschutztruppe „Green Corps“ und Mitarbeiter des Ministeriums, einige der Tiere in anderen Wäldern anzusiedeln.

Mit schrillum Kreischen, dann wieder mit kehligem Röhren protestiert ein Koala, wenn er in seiner trägen Tagesruhe gestört wird. Haben die Koala-Fänger von Framlingham eines der nachtaktiven Tiere im kargen Blattwerk geortet, treiben sie den schlaftrigen Beutler durch Hinunderwedeln einer an einer langen Stange angebrachten Fahne den Baum hinab. Mit Bergsteigerausrüstung gesichert, wartet auf halbem Wege einer der gut trainierten Häsher und zieht eine Schlinge um den Hals des Koalas. Einmal an der Angel, wird das Tier langsam den Baum hinabdirigiert.

Rund 860 Exemplare haben die Koala-Fänger bereits in eine neue Heimat gebracht. Weitere 140 sollen folgen. Doch selbst die, die hier arbeiten, glauben nicht an den Sinn der Aktion. „Zu wenige, zu spät“, klagt Angela Broeders, professionelle Koala-Catcherin in Framlingham.

Auf 5000 Tiere schätzt sie die Zahl der Koalas im Wald. „Kaum mehr als eine Geste“ seien da die 1000 Beutelbären, die jetzt umgesiedelt würden. Auf die anderen warte nach wie vor „ein grausamer Tod“. Außerdem, so fügt sie hinzu, werde das Problem nur „von einem Wald in den nächsten verschoben“.

Schon gehen Victorias Wildtiermanagern die Wälder aus. Seit Jahrzehnten siedeln sie

Koalas um, wenn diese sich mal wieder das Blattwerk streitig machen. Der Umzug der Tiere in andere Bundesstaaten, etwa in den Norden Australiens, ist nicht möglich, da dort bereits eine andere, kleinere Unterart des Beutelbären heimisch ist.

Viele der Koalas in Australiens Süden gelten zudem als genetisch verarmt und wären deshalb für Populationsgründungen ungeeignet. Sie stammen von nur einer Handvoll Tieren ab, die Ende letzten Jahrhunderts vom Festland nach French Island verfrachtet wurden. Auf der kleinen Insel vor der südaustralischen Küste führen sie seither ein sorgenfreies Leben. Weil sie sich stark vermehrten, wurden rund 13 000 Tiere in den letzten Jahrzehnten zurück aufs Festland exportiert.

Vor radikalen Lösungen schreckt die Regierung indes zurück. Mit dem Versuch, Koalas abzuschießen, haben die Australier schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht. Anfang 1996 erwogen die Behörden des benachbarten Bundesstaates South Australia, der Koala-Plage auf dem 100 Kilometer südwestlich von Adelaide gele-

Kritiker sehen darin eine bizarre Blüte mißverständenen Tierschutzes. „Die Sterilisation auf Kangaroo Island hat den Steuerzahler bislang 635 000 Dollar gekostet“, schimpft der Adelaiders Ökologe Hugh Possingham, ehemaliger Leiter der „Koala Task Force“. „Hier wird mit Geld, das sinnvoll für den Schutz gefährdeter Arten eingesetzt werden könnte, die Tourismus-Industrie unterstützt“, so der Abschußbefürworter.

Diese pragmatische Sicht findet indes wenig Freunde in Australien, einer Nation, die ansonsten nicht davor zurückschreckt, das nationale Wappentier Känguruh zu Hundefutter zu verwursten. Besonders die 1986 gegründete „Australian Koala Foundation“ (AKF), eine privat organisierte Koala-Schutztruppe mit rund 20 000 Förderern weltweit, macht Stimmung gegen den Abschuß. „Wir haben nicht zu viele Koalas, wir haben zuwenig Bäume“, sagt Deborah Tabart, Vorsitzende der Stiftung.

Tatsächlich ist der Lebensraum der Tiere in den letzten 200 Jahren extrem geschrumpft. Seit Captain James Cook im Jahre 1770 den Fuß auf australischen Boden setzte, haben Waldrodungen, Flurbereinigung und Jagd die Koalas in immer kleinere Rückzugsgebiete verdrängt.

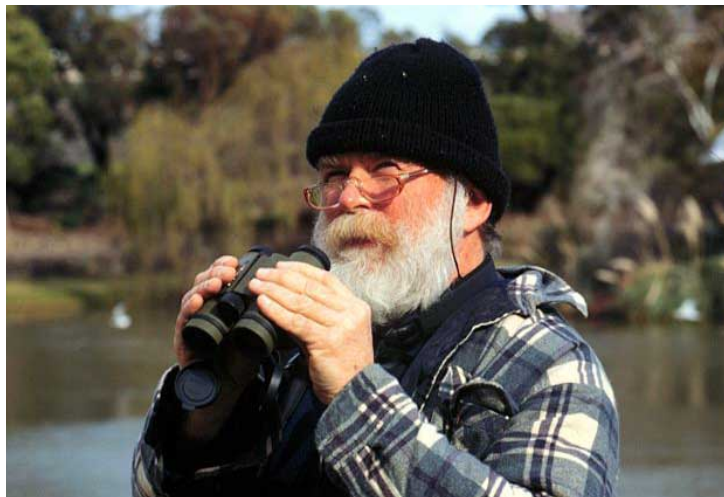
Rund 80 Prozent des für Koalas geeigneten Eukalyptuswaldes sind nach Angaben der AKF inzwischen zerstört. Umsiedlung oder Sterilisation lehnen die Koala-Schützer, gefördert von Sponsoren wie dem Computerhersteller Hewlett-Packard oder der Tourismus-Organisation Guides Australia, ab. Statt dessen schlug der Chefbiologe der Stiftung, Steve Phillips, noch 1996 vor, die gesunden Koalas mit Chlamydien zu infizieren, Bakterien,

die Unterleibsentzündungen auslösen und zu Unfruchtbarkeit führen können.

Zwar distanziert sich die AKF-Vorsitzende Tabart heute von dem Vorschlag aus den eigenen Reihen. Umstritten sind jedoch auch die von der Stiftung vorgelegten Zahlen. Nur noch rund 40 000 bis 80 000 Koalas leben demnach auf dem fünften Kontinent.

Das Umweltministerium in Melbourne dagegen schätzt allein die Zahl der Koalas in Victoria derzeit auf 200 000. Zoologe Roger Martin vermutet sogar in einem einzigen Wald nördlich von Melbourne etwa 100 000 der Beutelbären.

„Wir schießen Känguruhs ab – warum nicht auch Koalas?“ fragt er. Schon die Aborigines hätten über Jahrtausende den leicht erlegbaren Koala als schmackhafte Beute geschätzt. „Menschen haben den Koala von jeher bejagt“, so der Forscher. „Es ist in der derzeitigen Situation nur human, es wieder zu tun.“ ♦



Zoologe Martin: „Koalas abzuschießen wäre human“

genen Kangaroo Island durch Flinteneinsatz Herr zu werden. Eine elfköpfige „Koala Task Force“ hatte damals empfohlen, 2000 der Tiere auf dem Eiland zu töten.

Prompt hagelte es Protestbriefe. Alternative Tourismus-Firmen in Europa und Nordamerika drohten mit Boykott. Um sich nicht mit Robbenschlächtern und Walkillern auf eine Ebene stellen zu lassen, lenkte die Regierung ein. Seither demonstrieren Australiens Umweltministerien Entschlossenheit, wenn es darum geht, die Kuschelbären vor der Kugel zu bewahren.

Statt dessen setzen die Australier nun auf Geburtenkontrolle. Den Weibchen werden Anti-Baby-Depots implantiert. Auf Kangaroo Island haben Veterinäre in den letzten anderthalb Jahren 2500 Koalas die Ei- oder Samenleiter durchtrennt. Rund 850 der unfruchtbaren Beutelbären wurden aufs nahe Festland verfrachtet.

LITERATUR

Mit dem Rüssel nach oben

Der Mann ist ein Mirakel. Thronend auf einem Massiv aus Bestseller-Romanen, von Literaturprofis längst anerkannt als scharfäugiger Chronist unserer Zeit und ihrer Plagen, im Alter von 74 Jahren: Da setzt sich Johannes Mario Simmel an die Schreibmaschine und macht, mit einem feinen, kleinen Stückchen Prosa, den Meistern Tschechow und Maupassant Konkurrenz.

„Der Mann, der die Mandelbäumchen malte“ heißt die 120-Seiten-Pièce – eine machiavellistisch glitzernde Dekonstruktion einer himmlischen Liebe zu irdischer Gemeinheit. Protagonisten sind eine amerikanische Millionärin und ein französischer Maler; und der Erzähler, stets mit Schreibmaschine reisend, nennt sich zwar Roger Royan, ist aber ein überlegen selbstironisches Porträt des Simmel selbst. Szenerie ist die Côte d'Azur, wo Simmel mal gelebt hat, und die Trias Casino-Kino-Krimi gibt das Flair, in dem Illusionen, Trug und Täuschung gedeihen; in der Filmbranche war Simmel ja auch. Lapidar und lakonisch schreibt er, mit genauen Ortsangaben, und wenn ein Zug losfährt, dann pünktlich nach Fahrplan; Reporter war Simmel zudem. Ein Hauch von Melancholie liegt über der Erzählung; der Erzähler Roger

Royan ist 51, vor sechs Jahren hat er noch mit einer 21jährigen Claire geschlafen.

Und der französische Maler, der die Millionärin nur im Auftrag liebte, wird keinesfalls zum Schurken gemacht – „Er konnte nur eines: Er konnte eine Frau glücklich machen.“

Biographisches Mirakel: In des Malers Haus in Saint-Paul-de-Vence gibt es „Hunderte von kleineren und größeren Elefanten, aus allen denkbaren Materialien“, den Rüssel nach oben, „sonst bringen sie kein Glück“. Solche Tiere stehen auch in Simmels Haus, daheim im schweizerischen Zug.

Dort sitzt er nun an der 24. Schreibmaschine und schreibt wieder einen seiner dicken Romane, den 31. Thema: Liebe in den Zeiten des Euro.

Johannes Mario Simmel: „Der Mann, der die Mandelbäumchen malte“. Droemer Verlag, München; 120 Seiten; 19,90 Mark.



Müller in Island

F. SIEMERS / DRUCKREIF

KÜNSTLER

Elfenspuk am Polarkreis

Nicht einmal der versenkte Dichter half. Daß aufgebraachte Isländer eine Büste des Weimarer Geheimrats ins Nordmeer stürzten, konnte die Schließung des Goethe-Instituts in ihrer Hauptstadt (Ersparnis: 350 000 Mark jährlich) nicht rückgängig machen. „Wenn der Staat keine Lust mehr hat“, sagt sich nun der Berliner Konzeptkünstler Wolfgang Müller, 41, „muß man das eben selber machen“ – und gründet in Reykjavik „das erste private Goethe-Institut der Welt“. Gemeinsam mit einer islän-

dischen Kollegin sammelt er Bücher, Videos und Kunstwerke und verspricht neben Deutschlektionen auch Kurse in Sexual- und Elfenkunde. Das originale Goethe-Institut in München begrüßt die Aktion. Müllers kulturgeographisches Spezialinteresse wird durch sein neues „Deutsch-isländisches Blaumeisenbuch“ (Verlag Martin Schmitz, Kassel und Berlin; 56 Mark) bekräftigt, das unter anderem die Frage aufwirft: „Tote Hose am Polarkreis oder heißer Elfensex unter der Mitternachtssonne?“

FILMGESCHICHTE

Die Prärie ist rot

Logisch: Auch der deutsche Osten hatte seine Rothäute. Als unterdrückte edle Wilde jagten sie nach Drehbüchern der „Künstlerischen Arbeitsgruppe Roter Kreis“ sozialistisch korrekt durch die rumänische Prärie, voran Gojko Mitic



Ost-Western mit Mitic (links)

aus Jugoslawien, seit 1965 bei der Defa als Chefindianer unter Vertrag; den Schurken gab bisweilen Armin Mueller-Stahl. Filme wie „Chingachgook, die große Schlange“ oder „Spur des Falken“ vermittelten dem Kinopublikum die Wunderwelt der Jäger, Trapper und Cowboys mit dialektischer Pädagogik. Sie gehörten in der DDR ebenso zur Populärkultur wie ihre westlichen Gegenstücke in der Bundesrepublik. Nun wird wieder gesammelt – der sonst auf Ostrock spezialisierte Berliner „Buschfunk-Vertrieb“ (030-44714010) bietet zwölf DDR-Western auf Video an (je 19,80 Mark); denn: „Jeder hat seine Zeit gelebt und

schaut ab und an gerne zurück.“ Darsteller Mitic kommt auch mit der neuen Ära zurecht. Bei den Bad Segeberger Karl-May-Festspielen hat er den West-Winnetou Pierre Brice abgelöst.





Caitlin, Dylan Thomas auf Fotos von Summers



FOTOS: N. SUMMERS / DYLAN THOMAS CENTER

FOTOGRAFIE

Rosa Pudding im Heu

Caitlin Macnamara hatte kein leichtes Leben. Ihr Vater ließ die Familie sitzen, ein älterer Freund des Hauses entjungferte das Mädchen, und die Fotografin Nora Summers, mit der ihre Mutter eine lesbische Affäre hatte, erschien ihr als „üble Vaterfigur“. Weder auf der Tanzbühne noch in der Literatur hatte die junge Britin rechten Erfolg, ihre Bestimmung schien sie in der Heirat mit dem walisischen Dichter Dylan Thomas („Unter dem Milchwald“) zu finden. Doch die Beziehung mündete in beiderseitiger Trunksucht und ehelichen

Faustkämpfen (die Caitlin meist gewann). „Fühl Dich bitte so frei wie ein Stück Scheiße“, empfahl die Enttäuschte dem Gatten 1953 in einem Abschiedsbrief, der ihn freilich erst im tödlichen Koma erreichte. Doch ausgerechnet die väterliche Fotografin Summers hat Caitlin Thomas während der dreißiger Jahre auch in schrillen Glücksmomenten verewigt; jetzt sind die – teils bisher unbekannten – Aufnahmen bei einem Dylan-Thomas-Festival in Swansea, der Heimatstadt des Poeten, ausgestellt (bis 23. August). Die gescheiterte Tänzerin, nach eigenem Urteil „ein rosa Pudding aus unentschlossenem Fleisch“, posiert darauf als eurhythmische Göttin der Landwirtschaft oder als üppige Ophelia im Ufergestrüpp. Nach Dylans Tod fing sie ein neues Leben an und starb erst 1994, mit 80, in Catania auf Sizilien.

AUSSTELLUNGEN

Bühnen der Ekstase

Architektenzeichnungen – gut und schön. Aber einen „viel besseren Begriff von dem aufzurichtenden Gebäude“ verschaffte dem Bauherrn allemal ein „körperliches Modell nach dem verjüngten Maaß-Stabe“; so konnte der Entwurf bei Bedarf noch „corrigiert werden“. Die Lexikon-Eintragung von 1739 traf einen Nerv der Zeit: Baumeister-Ideen zu veranschaulichen war nie zuvor so schwierig und so nötig gewesen wie im Hochbarock mit seinen verwirrenden Rauminszenierungen. Und gebaut wurde eifrig wie lange nicht, jedenfalls in dem vom Türken-Ansturm erlösten Österreich und in angrenzenden Ländern. Eine Ausstellung im Wiener Obe-



ren Belvedere gibt bis zum 16. August Einblicke in diesen mitreißenden „Triumph der Phantasie“. Sie zeigt zum Beispiel das aufklappbare Modell der Piaristenkirche in Wien, das dem Orden während einer Bau-Unterbrechung Entscheidungshilfe gab. Sie zeigt auch viele gezeichnete oder in Kupfer gestochene Architektur-Visionen, vor allem aber Modelle für prächtige Altäre – jene Theaterbühnen frommer Ekstase, mit denen damals selbst ältere Kirchenbauten so gut wie vollzählig ausgestattet wurden. Der Zweck der Dummies endete nicht unbedingt mit der Planungsphase: Viele waren groß und schön genug, um dann selber als Kapellen- oder Hausaltäre zu dienen. Manche Modelle wurden auch nachträglich gebaut.

Barockaltar (Modell)

POP

Süßer Mädchenzank

Brandy ist ein Pop-Idol, wie es sich rechtschaffene Eltern für ihre Kinder wünschen: Die junge Frau ist 19, raucht nicht, trinkt nicht, ist gottesfürchtig; und über Sex spricht sie nur mit ihrer Mom. Aber seit Brandy, die mit Nachnamen Norwood heißt und in Los Angeles lebt, bereits als 15-jährige Millionen Platten verkaufte, ist ihr aufgegangen, daß sich „Unschuld gut vermarkten läßt“. Beflügelt von dieser Erkenntnis, hat Brandy nun mit einem anderen Kirchenchor-Vorzeigemädchen, das sich schlicht Monica nennt, das bezaubernde Hit-Duett „The Boy Is Mine“ aufgenommen, in dem die beiden sich um einen hübschen Jungen zanken. Doch weil anständige Mädchen nie streiten, nicht um Männer und schon gar nicht um Geld, wird der Hit nun sowohl auf Monicas gerade erschienenem Solo-Album als auch auf der



Sängerinnen Brandy, Monica

neuen CD „Never Say Never“ ihrer Mitstreiterin Brandy präsentiert – ziemlich ungewöhnlich in der sonst keineswegs so harmonieseligen Branche.

Kino in Kürze

„Heimliche Freunde“. Devon ist zehn Jahre alt und ziemlich allein auf der Welt. Ihre Eltern wollen, daß sie ein Kind wie jedes andere in ihrem blitzblanken Vorort wird. Dazu aber hat Devon (Mischa Barton) einen viel zu starken Willen und eine viel zu lebhaftere Vorstellungskraft: Sie träumt von Hexen und Abenteuern. Darum guckt sie sich

realen Fabel, einer Liebesgeschichte und gegen Ende gar einem Sozialkrimi. Dadurch bleibt der Film so unberechenbar, als wäre er ein langes, vertracktes Hirnspinnst der altklugen Träumerin Devon.

„Im Zwielficht“. Ein alternder Detektiv hat sich bei einem reichen Auftraggeber und dessen reizvoller Ehefrau einquartiert – auf Dauer: Die drei bilden seit Jahren ein eingespieltes Trio, in dem jeder die Leidenschaften und Schwächen der anderen kennt. Auch die, daß der Detektiv (Paul Newman) heimlich die Gattin (Susan Sarandon) liebt, aber seinen Freund (Gene Hackman) nicht hintergehen will. Die als Krimi getarnte Leinwandmeditation schlägt ein Tempo an, das seinen in die Jahre gekommenen Hauptdarstellern gerecht wird. Wenn hier etwas schnell passiert, dann allenfalls aus Versehen. An die Zukunft wollen die Figuren gar nicht denken; die Gegenwart ist schon kompliziert genug, denn in ihrem Leben hat sich die Last einer langen Vergangenheit angesammelt: Jeder Schritt, den Newman tut, ist so schwer, daß man tausend andere Schritte (und Filme) dahinter ahnt. Mit „Im Zwielficht“ ist Robert Benton („Nobody's Fool“) eine wunderbare, melancholische Variation über ein Thema gelungen, das nur wenige Filmemacher je im ewigen Jetzt der Leinwandbilder eingefangen haben: die Allgegenwart des Gestern.



Rockwell, Barton in „Heimliche Freunde“

den jungen Arbeiter Trent (Sam Rockwell) als Freund aus, der in ihrer Siedlung die Vorgärten pflegt und in einem alten Wohnwagen mitten im Wald haust. Die Geschichte der ungleichen Freunde hätte auf vielerlei Art erzählt werden können – und Regisseur John Duigan („Verführung der Sirenen“) entscheidet sich für keine davon. Er hält „Heimliche Freunde“ in der Schwebe zwischen einem Außenseiterdrama, einer leicht sur-

Am Rande

Nur du allein



Die universale Spaß- und Ellenbogengesellschaft, in der wir mitunter recht mutlos hausen, hat den modernen Menschen auch seelisch schwer gebeutelt. Rastlos und entfremdet irrt er durch die Wüsten des Dax und Dow Jones, spürt die eiskalte Hand des Materialismus und sehnt sich nach Geborgenheit. Und dabei hilft, seien wir ehrlich, manchmal jener vertrauensbildende Einsilber, den einst die solidaritätsfixierten 68er jeder wildfremden Kreatur entgegenschleuderten: „Du“. Seit diesen vorrevolutionären Tagen steht vor allem die Jugend eisern auf dem Duzfuß. Zwar hat der zutrauliche Brückenschlag „Du, das müssen wir ausdiskutieren, du!“ nicht jeden verkarsteten Kautz von der neuen Kumpelhafteit überzeugt, aber der sittliche Fortschritt hat seinen nervlichen Preis.

Damit sind wir beim Casus eines tragisch vertrotzten Du-Saboteurs aus der deutschen Herren-Oberbekleidung. Dort hat ein Angestellter der Textilgruppe Hennes & Mauritz gerichtlich dagegen geklagt, von seinen Kollegen geduzt zu werden – so wie es bei H&M vorgeschrieben ist. Er sei „kein junger Hüpfen mehr“, mäkelt die Betriebsmimose und beharrte auf dem spätbürgerlich-frostigen „Sie“. Doch damit ist der Kollege mit der kalten Schnauze jetzt gescheitert. Mit dem Umgang per Du, so urteilt eine Arbeitsgerichtskammer in Rheine, sei der Anstand nicht perdu, die Menschenwürde unverletzt – ein herzerwärmender Kammerton, der als Beitrag zur Humanisierung des Berufslebens hochwillkommen ist.

Endlich lügt aus der Fratze des Kapitalismus ein keckes, philanthropisches Grübchen hervor. Nie wieder werden sensitive Arbeitskräfte über solche Worte erleichen: „Hugendubel, Sie sind ein ernstes Produktionshindernis.“ Wie befreiend klingt dagegen die flockige H&M-Version: „Du fauler Sack!“ Also, fahren Sie nicht aus dem Anzug, werter Herr aus der Konfektion: Sire, gib Gedankenfreiheit!

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Einmal die Seiten wechseln“

Der Verleger Michael Naumann über seinen Lebensweg, beleidigte Intellektuelle und seine neue Rolle als politischer Kultur- und Medienstar



Gerhard Schröders designierter Kulturbefehltragter, der New Yorker Verleger Michael Naumann, 56, absolvierte in den letzten Wochen einen Parforceritt durch die deutsche Medienszene. Seine Bereitschaft, nach einem SPD-Sieg bei der Bundestagswahl Kultur-Koordinator an der Seite des Kanzlers zu werden, hat ihn zur Streitfigur im Wahlkampf gemacht.

SPIEGEL: Herr Naumann, seit zwei Wochen wirbeln Sie wie ein Sturmwind übers Land und gelten inzwischen als Anwärter auf den Posten des meistzitierten und meistmißverstandenen Deutschen dieses Sommers. Hat Sie diese überwältigende Resonanz überrascht, erschreckt oder gefreut?

Naumann: Alles zur gleichen Zeit. Nein, für diese öffentlichen Reaktionen gibt es viele Gründe, vielleicht auch eine ungewohnte Klarheit meiner Sprache, die von der diplomatischen Semantik des Genscherismus, der Reservatio mentalis und all den salvatorischen Klauseln der üblichen politischen Rhetorik abweicht. Michel Friedman hat mir empfohlen, ich solle doch etwas mehr politische Klugheit walten lassen – ein guter Ratschlag, doch diese Klugheit ist die Schwester jener Schlaueit, die sich für besonders intelligent hält, wenn sie der bewußten Verschleierung dient. Offenkundig habe ich den üblichen Verdunkelungston verfehlt.

SPIEGEL: Aber schlau waren auch Sie. Denn Sie haben sich geschickt drei symbolträchtige Themen ausgesucht – Holocaust, Hohenzollern und Hollywood –, um mit Provokation Aufmerksamkeit zu erregen. Hatten Sie ein Skript zur Hand?

Naumann: Nein! Ich habe mir keineswegs schlau diese Themen ausgesucht. Im ersten politischen Fernsehinterview meines Lebens – im ZDF – kam, wie aus heiterem Himmel, die Frage nach dem Holocaust-Denkmal. Meine Äußerungen dazu bewirkten dann offensichtlich, daß der Deckel von einem brodelnden Topf gehoben wurde. Nicht alles, was da brodelte, konnte mir gefallen. Der nächste Punkt war die Frage des Wiederaufbaus des alten Berliner Stadtschlusses. Weder das Mahnmal noch das Schloß sind die wichtigsten Fragen der deutschen Kulturpolitik, doch auch hier hat sich erwiesen, daß begründete Meinungen zu kulturpolitischen Fragen in Deutschland

A. FRANDLICH / AGENTUR FOCUS

Kulturmanager Naumann: „Ich bin kein Edel-Einsteiger“



Holocaust-Denkmal (Entwurf): „Der Kanzler als Künstler“

schon eine kleine Sensation sind. Das ist eigentlich bestürzend.

SPIEGEL: Sind Sie also doch drauf und dran, ein, wie der Kabarettist Matthias Beltz sagen würde, „Reichsdis-kursleiter“ einer Schröder-Republik zu werden?

Naumann: Nein, keineswegs, auch wenn der Begriff witzig ist. Allerlei Widerspruch zu äußern, wenn man im Kanzleramt, der Zentrale der politischen Macht, säße – das wäre sicherlich selbst eine Contradictio in officio, paradox und wenigstens ein Spagat.

Doch die Lebenserfahrung sagt: Mit Widersprüchen, auch innerhalb der eigenen Person, leben zu lernen, ohne sich dabei selbst aus den Augen zu verlieren – das ist die wichtigste Herausforderung überhaupt. Die stellt sich auch der SPD. Und in dieser Partei fliegen traditionell die Fetzen. Das macht sie attraktiver. Aber ich werde nach einem Wahlsieg nicht diese verzweifelte Doppelrolle geben: Zwar gehöre ich zur Regierung, doch nicht wirklich. Das wäre ganz falsch. Ich bin kein Edel-Einsteiger. Mir geht es darum, öffentliche Argumentationen zu stiften.

SPIEGEL: Also doch Diskursleiter ...

Naumann: Nein, aber Frageverbote werde ich auch mir selbst nicht auferlegen. In der Debatte um das Holocaust-Mahnmal stellte sich zum Beispiel schon wieder ein neues Wortungetüm vor, das zum Widerspruch reizt: die „Erinnerungs- und Mahnmalkultur“. Niemand schien genau zu wissen, was sich dahinter verbirgt.

SPIEGEL: Was denn?

Naumann: In der europäischen Kulturgeschichte erinnern Denkmäler ursprünglich an herkulische Gründungshelden antiker Stadtstaaten. Noch die Bismarck-Statuen in ganz Deutschland verkörpern diesen Ursprung. Im Mittelpunkt solcher Tradition steht das freiwillig erbrachte, heldenhafte Opfer im siegreichen Kampf gegen das Böse. Nirgendwo ist diese alte Mahn-



Berliner Stadtschloß-Modell: „Deckel vom Topf gehoben“

malsprache offensichtlicher als im Amerika des 20. Jahrhunderts. Darum war jener denkwürdige Besuch auf dem Friedhof in Bitburg, Kohl Seit' an Seit' mit Reagan, wo neben einfachen Landsern auch Männer der Waffen-SS begraben sind, für viele Amerikaner der ärgste Bruch in der deutsch-amerikanischen Nachkriegsgeschichte. Er beruhte auf einem tiefen symbolischen Mißverständnis Helmut Kohls von Versöhnung über Soldatengräbern.

SPIEGEL: Wer hat hier wen mißverstanden?

Naumann: Für uns sind deutsche Kriegsfriedhöfe dunkle Orte der Trauer angesichts sinnlosen Sterbens. Da liegt ein tapferer Soldat, ein Vater, ein Bruder – doch wofür ist er gestorben? „Für den Führer gefallen“, so stand es in der Todesurkunde. Für die Amerikaner sind die hellen, meist weißen Kreuze und Davidsterne über den Gräbern der GIs Denkmäler grenzenlosen, ganz und gar sinnvollen Heldentums. Das hatte Kohl nicht verstanden – und Reagan mit allen Kanzler-Mitteln zum Bitburger Auftritt gezerzt. Die Frage bleibt: Wie sieht der ästhetische, der bildnerische Gestus aus, der es uns Deutschen erlaubt, den von Deutschen ermordeten Juden ein Mahnmal zu setzen?

SPIEGEL: Und diese Frage ist Ihrer Meinung nach nicht zu beantworten?

Naumann: Es soll ein anti-heroisches Mahnmal sein, das zugleich die didaktische Aufgabe zu erfüllen hat, eine Wiederholung des

Geschehenen zu verhindern. Diesen Gestus, diese Denkmal-Sprache gibt es noch nicht. Und wenn es sie geben sollte, dann ist sie nicht monumental. Deshalb muß es diese Debatte geben und nicht die einsame Entscheidung von Helmut Kohl nach dem Motto: Der Kanzler vergrößert, der Kanzler verkleinert, der Kanzler ist der Künstler.

SPIEGEL: Der öffentliche Streit über Ihre Äußerungen zeigt, daß Sie Monate vor Ihrem möglichen Amtsantritt einen Teil des Jobs erledigt haben. Sind Sie schon amts-müde?



Oscar-Verleihung in Los Angeles*

„Offenheit für anderes und Neues“

Naumann: Keineswegs. Mag sein, daß politische Gespräche in Deutschland durch eine historisch bedingte Sehnsucht nach ehernen Sätzen, genauester Auskunft über das Wie, Wo und Warum geprägt sind. Die Sehnsucht bleibt – Stichwort Genscherismus – ungestillt. Meine Vorstellung vom politischen Diskurs ist eher sokratisch, das heißt insofern altmodisch, als sie gefährlicherweise von einer gewissen Ironie beeinflusst ist – die in Deutschland immer als Unernst aufgefaßt wird. Dabei ist Ironie nichts anderes als die Fähigkeit, wohl-tuend kritischen Abstand zu sich und den Dingen zu gewinnen. Wenn mir also die „FAZ“ und die „Zeit“ jetzt zurufen: „So nicht, Herr Naumann“, werde ich mich nicht auf der Stelle vergiften, sondern zurückfragen: „Wie denn?“ Und dann warte ich auf Antworten.

SPIEGEL: Was halten Sie von dem Vorwurf, Sie betätigten sich lediglich als „Schall-verstärker“ vorhandener Stimmungstrends?

Naumann: Die CDU, insbesondere Frau Süßmuth und Herr Schäuble, wirft mir vor, in der New Yorker Provinz den Stand der Diskussion nicht zu kennen. Ein „Zeit“-Artikel wirft mir vor, mich an deutsche Trends anzuhängen. Die Wahrheit liegt vielleicht in der Mitte, also in der Nähe von Grönland.

SPIEGEL: Sie sprechen häufiger von einem intellektuellen Vakuum, von einer Brücke zwischen Geist und Macht. Wo liegen denn die Ursachen der diskursiven Malaise? Immerhin gab es ja die Debatten

* An die Schauspieler Kim Basinger, Robin Williams, Helen Hunt und Jack Nicholson.



Kabinett der Großen Koalition (1967): Intellektuellen-Rückzug ins Suhrkamp-Gehäuse

über die Wiedervereinigung 1990, über Stasi-Täter und die ideologische Komplizenschaft von Intellektuellen, über den Golfkrieg von 1991, über Goldhagens Thesen von den „willigen Vollstreckern“ und über das „Schwarzbuch des Kommunismus“.

Naumann: Viele Intellektuelle in Deutschland hatten sich nach der Großen Koalition von 1966 mit dem strategischen wie taktischen Berufsverhalten der politischen Klasse wütend abgefunden und sich weitgehend ins kritische Gehäuse der Suhrkamp-Kultur zurückgezogen. Alles sehr schick und schön, hin und wieder sieht man einander im Fernsehen. In der deutschen Geschichte gibt es, seit Hegels Werke in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts verramscht worden sind, neben der „classe politique“ eine Klasse der Beleidigten. Sie vereint ein tiefer Schmerz darüber, daß der hegelianische Entwurf der Identität von Geist, Emanzipation und Staat an der unfreien kapitalistischen, der preußischen und der nationalsozialistischen Wirklichkeit gescheitert ist. Das ist sozusagen die Erbschaft des deutschen Idealismus, und die trägt man bis heute tapfer mit sich herum. Trauerarbeit heißt das bei uns, Melancholie heißt es woanders.

SPIEGEL: Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten ...?

Naumann: ... So lautet der Refrain, den Sie jüngst in der „Frankfurter Rundschau“ hören konnten. Auf der Seite der traditionellen, heute versprengten Linken gibt es einen tiefsitzenden Ärger über das Scheitern der ursprünglich idealistischen, dann sozialistischen Utopie, und dieser Ärger richtet sich gegen alle, die ihren Irrtum nicht teilen, vor allem aber gegen die „Konvertiten“ und „Verräter“, die ihrem Irrtum vor Jahr und Tag Lebewohl gesagt

haben. So manifestiert sich die Sprachlosigkeit der deutschen Intellektuellen in permanenten Rückzugsgefechten. „Politik? Ohne mich“. Den Politikern war's genehm.

SPIEGEL: Und mit diesem Chor der Beleidigten wollen Sie Ihren geistigen Aufbruch unternehmen.

Naumann: Jeder hat die Freiheit, beleidigt zu sein. Außerdem bin ich kein Aufbruchsbeauftragter und auch kein Therapeut der Intellektuellen in Ost und West, die sich gegenseitig ihre Vergangenheit vorhalten. Ein Staatsminister für Kultur kann Debatten nicht führen. Er kann sie nur anzetteln. Dazu gehört auch dieses Gespräch. Das Recht auf Politikferne der Künste aber ist unverzichtbar. Kunst kann wahrscheinlich überhaupt nur dann politisch oder gesellschaftliche Wirkungen hervorbringen, wenn ihr Blick zunächst in ganz andere Richtungen schweift.

SPIEGEL: Inzwischen haben Sie sich offiziell von Ihrer Belegschaft im Henry-Holt-Verlag verabschiedet. Verlassen Sie Ihr geliebtes New York mit weinendem Auge?

Naumann: Ja. New York hat mir nicht nur gutgetan, sondern auch meinen Horizont, vor allem, was den Umgang mit Menschen betrifft, außerordentlich erweitert.

SPIEGEL: Inwiefern?

Naumann: Ich bin toleranter geworden. Noch toleranter – entgegen allen Gerüchten. In Amerika existiert eine Offenheit für anderes und Neues, die es in Europa kaum gibt.

SPIEGEL: Aber Sie, als deutscher Chef eines amerikanischen Verlages, sind doch auch auf einige Aggressionen gestoßen.

* Mit Redakteuren Jürgen Neffe, Reinhard Mohr und Volker Hage in Naumanns New Yorker Verlagsbüro.

Naumann: Das stimmt nicht. Ich bin bei einem längst retirierten Mitglied der Holtzbrinck-Gruppe auf Widerstand gestoßen. Dieser Mann, Tom McCormack, ein paar Wochen lang Aufsichtsrat von Henry Holt, ist der festen Überzeugung, daß ich ihm in die Suppe gespuckt habe. Er verbreitet dummes Zeug über mich und prophezeit mein verlegerisches Ende.

SPIEGEL: Aber das tritt ja nun ein.

Naumann: Natürlich ist der Mann jetzt der Meinung, daß ich, indem ich Gerhard Schröders Ruf folgte, seine dunkle Prophetie erfüllte, wenn auch zwei Jahre zu spät.

SPIEGEL: Verlassen Sie New York tatsächlich nur wegen der schönen Aussicht, ins neue Bundeskanzleramt am Berliner Spreebogen einzuziehen?

Naumann: Nein, das hat vor allem biographische Gründe. Ich gehöre zu der Generation, die in jenem Nachkriegsdeutschland aufgewachsen ist, wo die ersten politischen Erfahrungen wie schwere Schocks wirkten. Das hat sich eigentlich nie ganz gelegt. Als Student war ich im Kölner Prozeß um das Konzentrationslager Sachsenhausen – nach drei Tagen zählte ich mit einigen Pennern und zwei oder drei Journalisten zu den einzigen Zuhörern. Während ich in München studierte, war der bayerische Kultusminister ein strammer NS-Jurist, ein Herr Maunz. Als das von der „Abendzeitung“ publiziert wurde, flog er sehr bald aus dem Amt, aber nicht von der Uni. Kurz, meine Sozialisation entspricht meiner Generation: im kritischen Bewußtsein vom moralisch zweifelhaften Zustand der frühen Bundesrepublik. Den galt es zu verändern.

SPIEGEL: Daran wollen Sie anknüpfen?

Naumann: Moment. So gut ich konnte, habe ich mich – als Journalist, Politikwissenschaftler und Verleger – an Versuchen beteiligt, dies zu tun. Das haben auch die Parteien getan, die CDU sehr, sehr zögerlich, die SPD mit Elan. 30, 40 Jahre später sehen wir nun eine Republik, die zu den vielleicht zwei Dutzend Ländern der Welt gehört, in denen Freiheit kein hohler Verfassungsbegriff ist, sondern gelebt wird. Deutschland hat doppelt so viele Bosnien-



Naumann beim SPIEGEL-Gespräch*

„Unverzichtbares Recht auf Politikferne“

Flüchtling aufgenommen wie der Rest Europas.

SPIEGEL: Aber warum wird das so schlecht verkauft?

Naumann: Die Darstellung der praktisch geübten Toleranz und Hilfsbereitschaft, der „compassion“, die existiert, wird in einer Mischung aus politischem Kalkül und deutscher Selbstkasteiung gering geschätzt.

SPIEGEL: Das ist doch witzig: Die langjährigen Vertreter linker Staatskritik werden nun zu glühenden Verfassungspatrioten und Verfechtern einer neuen „Berliner Republik“.

Naumann: Ja, und ganz im Ernst, wenngleich nicht sofort „glühend“. Nach 30 Jahren mal hämischer, mal ironischer oder auch konstruktiver Kritik möchte ich aktiv am demokratischen Prozeß teilnehmen.

SPIEGEL: 68er an die Macht?

Naumann: Nein, das ist kein Projekt irgendeiner Generation. Die 68er sind längst eine Fiktion des Feuilletons geworden. Es gibt für mich persönlich einen logischen, ja triftigen Grund, die Seiten zu wechseln. Ich geh' da nicht hin, um mehr Geld zu verdienen, prominenter zu werden oder, wie die „FAZ“ unterstellt, meinen Willen zur Macht auszuleben, sondern um hoffentlich vernünftige politische Entscheidungen zu beeinflussen und zu treffen. Daß dazu ein gewisses Maß an Macht gehört, ist selbstverständlich. Aber Achtung: Ich habe jahrelang ziemlich große Verlagsapparate geführt, und stets war meine erste Erfahrung: Macht ist immer woanders. Fragen Sie mal den amtierenden Bundeskanzler. Der ist gerade auf die Suche nach ihr in den Urlaub aufgebrochen.

SPIEGEL: Wie steht es um Ihre Suche nach der flüchtigen Jugend und deren Popkultur, die in gewisser Weise auch zu Ihrem Zuständigkeitsbereich gehören würde?

Naumann: Jugendkultur ist für mich immer auch ein ällicher, etwas angemuffter Begriff. Wie können wir mit den Jugendlichen sprechen? Die wollen vielleicht gar nicht mit Politikern reden. Da gibt es diesen berufsmäßigen Juvenisten, der sich professionell zur jungen Generation herabbeugt, um besorgt die Sorgen von 18jährigen zu erkunden. Damit möchte ich nichts zu tun haben.

SPIEGEL: Aber die Berliner Love Parade ist Ihnen ein Begriff?

Naumann: Sie ist ein geradezu unwahrscheinliches Symbol unvorhergesehener deutscher Heiterkeit. Aber da hat ein Staatsminister für Kultur nichts zu suchen. Das kann er sich als verblüffter Vater ansehen. Und besorgt mahnen: „Nur keine Drogen, ihr lieben Kinder!“

SPIEGEL: Also würden Sie nicht, wie andere Politiker, ein bißchen mitraven?

Naumann: Gott bewahre.

SPIEGEL: Herr Naumann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

FESTSPIELE

Armani für die Amish People

Der amerikanische Filmemacher Hal Hartley zeigt in Salzburg ein Musikdrama über geheimnisvolle Sekten – und gibt selbst Rätsel auf.

Der Countdown zum Inferno dauerte genau 51 Tage. So lange belagerten FBI-Agenten das großzügige Anwesen im texanischen Waco, fuhren schweres Kampfgerät auf und verhandelten, um die über 90 Mitglieder der schwerbewaffneten Davidianer-Sekte und ihren Anführer, den selbsternannten Propheten David Koresh, zur Aufgabe zu bewegen. Anfangs hielten die US-Polizisten mit den Sektierern Bibelstunden am Telefon ab, dann traktierten sie die Widerspenstigen mit Songs von Nancy Sinatra und tibetischen Mönchsgesängen; schließlich drehten sie ihnen Strom, Wasser und Gas ab. Nichts half.

Dann, am Morgen des 19. April 1993, riß ein umgebauter Panzer die Außenwände der Davidianer-Ranch ein, und das FBI schoß Tränengas in die Räume. Doch die Sekte ergab sich noch immer nicht. Die Koresh-Jünger trugen Gasmasken.

Bald brach ein verheerendes Feuer aus. Davidianer hatten es, wie sich später in der offiziellen Untersuchung herausstellte, selbst gelegt. Das Inferno verlief wie eine biblische Heimsuchung. Nur neun der Belagerten überlebten. Die Welt erfuhr via Satellit alles, was sich außerhalb der Koresh-Ranch ereignet hatte. Wie es drinnen aussah, blieb ein Rätsel.

Nun hat der amerikanische Filmemacher Hal Hartley („Amateur“), 38, versucht, diese Wissenslücke per Imagination zu schließen. Für die Salzburger Festspiele entwickelte er „Soon“, ein „Musical Play“. Das Musikstück, so schien es, versprach endlich Klarheit zu bringen über das, was sich in den Köpfen der „Erweckten“ abspielte.

Doch der Wahnsinn von Waco war für Hartley nur Anlaß, ganz generell über den „endlosen Konflikt zwischen den Forderungen des Glaubens und den Pflichten des Staatsbürgers“ nachzudenken. Nicht von einer bestimmten Sekte, sondern vom „ganzen Spektrum ‚charismatischer‘ oder ‚offenbarter‘ Religionen“ wollte er erzählen. Möglicherweise war das dann doch zuviel für ihn.



Szene aus Hartley-Stück „Soon“: Oberammergau

Denn was die Premierengäste der Uraufführung am vergangenen Donnerstag in einer Halle auf der Perner-Insel in Hallein, weit vor den Toren der Mozart-Stadt, zu sehen bekamen, war nur ein weiteres, bisweilen immerhin sehr kunstvolles Rätsel.

Betont schmucklos ist der Raum (Kostüme und Bühne von Steve Rosenzweig): ein roter Kunststoffboden und eine Konstruktion aus hallenhohen, drehbaren, streng gegliederten Glasfensterflächen, die durch geschickte Lichteffekte atmosphärische, räumliche und zeitliche Verschiebungen suggerieren.

In diesem kühl gestylten Nirgendwo agieren sieben amerikanische Schauspieler – zurechtgemacht wie eine festspielgerechte Designer-Ausgabe penibler Pietisten: protestantischer Jesus-Schick in Grau. Die Damen tragen lange Röcke und hochgeschlossene Blusen, die Herren kommen in Hose und Hemd, und doch wirkt es so, als habe Armani für die anspruchslosen Amish People gestichelt.

Deklamiert wird englisch, und das ähnlich kunstvoll-antiquiert. Die Darsteller bedienen sich kabelloser Stab-

mikrofone, die sie sich oder den Mitspielern vor den Mund halten. Gesprochen wird viel, erzählt jedoch recht wenig. Das ganze, knapp zweistündige Spektakel ist eine erstaunlich unspektakuläre und zugleich von aller frommen Naivität befreite Passions-Spielerei: Oberammergau fürs Avantgardevolk.

Wer trotzdem noch auf eine Handlung hofft, die erklären könnte, was Menschen dazu bringt, sich einer jede Individualität plattwalzenden Sekte anzuschließen, wird



Regisseur Hartley



für Avantgardefreunde zum Sound von Akkordeon und Kettensäge

enttäuscht. Welche Defekte und Träume diese Menschen treiben, welches Leben sie hinter sich haben und auf welche Verheißung sie nun hoffen: All das liegt begraben im Schwall der hochbedeutsamen Worte.

Es geht Hartley offenbar nicht um die psychischen Voraussetzungen der Abhängigkeit, auch nicht um die penetrante Pathologie des Heils und schon gar nicht um die verschlungenen Wege zur Auslöschung des Willens. Seine Sekten-Jünger sind der Krake schon erlegen. Was vorher war – wen schert's.

Hartley zeigt statt dessen kleine Episoden, Brennpunkte der religiösen Begierde – Glaubenskonflikte der Getreuen. Die Personen haben auf der Bühne keine Namen und schlüpfen in verschiedene Rollen. Sie sind austauschbar und somit – als Bühnenfiguren – fürchterlich blaß. Sie schwafeln von der bevorstehenden Apokalypse und vom draußen drohenden Babylon, das sie demnächst zerstören wird. Die letzten Tage sind angebrochen, das immerhin ist klar – und sie sind die Auserwählten. Wer so denkt, dem kann keiner.

Die sieben Sektierer grübeln darüber nach, ob Jesus nun der Messias war oder nicht. Und daß es auf der ganzen Welt – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – nur 144 000 Gerechte gibt, die in den Himmel auffahren, wo sie für immer „in vollkommenem Frieden und Glück“ leben werden. Solche Erkenntnisse machen hoffärtig.

Immer wieder kreisen die ermüdenden Diskussionen über die rechte Art, die Bibel zu deuten. Propheten werden aus dem Kreis der Sieben gekürt und wieder vertrieben. Und immer wieder geben einige ihre schicksalshaften Träume zu Protokoll. Man kreist um sich selbst, gelegentlich be-

gleitet von dräuenden, kaum weniger belanglosen Klängen.

Ach ja, die Musik. Auch sie stammt von Hartley (gemeinsam mit Jim Coleman), kommt vom Band und klimpert harmlos eklektisch auf der Tastatur Moderne. Mal hört sich dieser Soundtrack an wie eine auf harmonisch getrimmte Kettensäge, mal wie eine ins Melodische transponierte Düsenmaschine. Ansonsten tönt die Partitur mit Anklängen ans gängige Allerlei. Bisweilen macht ein Akkordeon recht ordentlich Stimmung, dann übernimmt eine flotte Rhythmus-Einlage. Gesungen wird nicht.

Hartley, der sich mit seinen minimalistischen Kino-Stücken bei Cineasten den Ruf eines der interessantesten unabhängigen Filmemacher erworben hat und bei Spöttern als ärmlicher Stiefbruder im Geiste Jim Jarmuschs und Jean-Luc Godards gilt, beschränkt sich bei seiner ersten Bühnenregie auf Stellungstheater. Die Darsteller arrangiert er zu immer neuen Gruppen, balletthafte Einsprengsel wirken wie eine verunglückte Hommage an Pina Bausch.

So dümpelt der Abend entschieden im Ungefähren. Am Ende aber ergab sich, zumindest am vom Publikum nur matt beklatschten Premierenabend, doch noch so etwas wie eine konkrete, wenn auch effekthascherische himmlische Botschaft.

Als auf der Bühne der Satz fiel: „Und immer passiert noch nichts“, entlud sich prompt und pünktlich, wie an höherer Stelle bestellt, endlich das nach einem schwülen Festspieltag lange erwartete, befreiende Gewitter über dem Saal, und ein lauter Donnerschlag krachte in die Weihestunde von Hallein. Das Prasseln des Regens legte sich besänftigend über alle theatralischen Glaubensfragen.

Joachim Kronsbein

REVUEN

Brauenzupfen für die Kunst

Drei junge Frauen schlüpfen in die Rolle fiktiver Gesangstars aus den zwanziger Jahren – und verzaubern ihr Publikum mit Swing- und Schlager-Evergreens.

Maria Thura, Zelda Kowalczyk und Tildy Abendroth sind nach eigenen Angaben 94, 93 und 92 Jahre alt. Erstaunlicherweise jedoch sehen die Damen allesamt aus wie knapp 30 – und in ihrer Show singen und swingen sie, als hätte eine Zeitmaschine ohne Zwischenstopp ein Pariser Variété von 1928 auf eine deutsche Theaterbühne von 1998 gebeamt.

Jeden zweiten Abend stehen die drei Frauen am Mikrofon, mal in Wien, mal auf Sylt, mal bei einem Open-air-Abend in Nürnberg. Als „Blaue Engel“ treten Thura, Kowalczyk und Abendroth zusammen mit

Der Großteil der Songs aber ist von Gruppen übernommen, deren Namen allenfalls Spezialisten und 70jährigen geläufig sind.

Die überraschend knackigen Kompositionen sind Teil einer Revue, die das Publikum bisweilen in Verwirrung stürzt: Gab es die Blauen Engel etwa wirklich schon einmal? Die Gruppe ließ Schwarzweißbilder im Stil der Zwanziger aufnehmen, schrieb fiktive Fanpost auf antiquarisch wirkenden Postkarten und entwarf sich komplette Lebensläufe.

Die drei Damen vom Fach – Müller-Elmau war zuvor Schauspielerin am Münchner Residenztheater, Vogler ist Musikerin, Shapiro Sängerin – spielen ihre Rolle so perfekt, daß selbst seriöse Kritiker offenbar mitunter dem Schwindel aufsitzen. Eine Berichterstatteerin der „Bonner Rundschau“ etwa wußte nach einem Konzert des Trios zu berichten, die Original-Gruppe sei in den zwanziger Jahren eine sehr populäre Formation gewesen – und eine Spitzenattraktion der Pariser Szene.

In Wahrheit fanden die Blauen Engel 1996 in München zusammen. Sie dachten sich die Rahmenhandlung aus, suchten drei Musiker (Dieter Holesch, Schlaggitarre,

Offenbar profitieren die Blauen Engel von der Nostalgiewelle, die der Film „Comedian Harmonists“ auslöste. „Beim Publikum ist eine Sehnsucht nach dieser Verwundtheit der zwanziger Jahre zu spüren“, sagt Katharina Müller-Elmau. Als Schauspielerin falle es ihr nicht sonderlich schwer, sich mental zu verwandeln „vom Tank Girl in eine Diva der zwanziger Jahre“. Bloß der Perfektionismus, den die Frauen bei Kostümierung und Maske betreiben, erscheint dann doch manchmal etwas anstrengend. Bis zu den Augenbrauen, so Stefanie Vogler, müsse jedes Detail stimmen: „Wir zupfen wie blöd.“

Musikalisch stellen die Damen ähnlich hohe Ansprüche – Sängerinnen und Musiker arrangierten und feilten monatelang, bis die drei Altstimmen perfekt mit der Band harmonierten.

Die Gruppe schöpft aus einem riesigen Fundus von Titeln, die in Vergessenheit geraten sind. In CD-Handlungen, auf Flohmärkten und in Rundfunkarchiven stöbern sie nach alten Kompositionen aus den zwanziger Jahren. Viele Songs gibt es nur auf Schellackplatten. Jede Engel-Darstellerin hat ein Grammophon zu Hause, um die historischen Perlen hören zu können, zum Beispiel die Boswell Sisters, die Urmütter des Closed-Harmony-Stils.

Zu den Konzerten der Blauen Engel kommen pfeifenrauchende Jazzfreaks ebenso wie 16jährige Schüler, und auch viele Rentner sitzen im Parkett und summen die alten Hits vernügt mit. Vielleicht erinnern die Älteren sich sogar daran, wie die Blauen Engel 1940 zur Truppenbetreuung eingezogen wurden – pardon, das ist abermals erfunden. Doch ganz erlogen ist die Geschichte des Trios nicht. Zwei Künstlernamen entstammen nicht der Phantasie der Darstellerinnen, sondern alten Filmen, was beim Publikum das Gefühl verstärkt, schon einmal etwas gehört zu haben von den Blauen Engeln. Maria Thura ist der Name der Hauptfigur aus Ernst Lubitschs Klassiker „Sein oder Nichtsein“, Zelda Kowalczyk ist besser bekannt unter ihrem Kosenamen „Sugar“ – Marilyn Monroes Rolle in „Manche mögen's heiß“. Tildy Abendroth existierte sogar wirklich. Sie war eine Schulfreundin von Katharina Müller-Elmaus Mutter.

Und was selbst die Blauen Engel nicht ahnten: Die Blauen Engel existieren wirklich – und zwar als musikalisches Kabarett in Österreich. Als die swingenden Sängerinnen dort ein Gastspiel gaben, behaupteten die gleichnamigen Österreicher prompt, nur sie seien die echten Engel und machten den Deutschen den schönen Namen streitig. Wenn die Blauen Engel nun in der Alpenrepublik auftreten, müssen sie ihre Plakate mit einem ehrlichen Zusatz versehen: „Münchner Blaue Engel“.



„Blaue Engel“ Vogler, Shapiro, Müller-Elmau: Verruchtheit und Verwirrung

einem Pianisten, einem Bassisten und einem Gitarristen auf – und das, so behauptet das Trio, schon seit den späten zwanziger Jahren.

Engel altern offenbar nicht. Maria Thura (Katharina Müller-Elmau), Zelda Kowalczyk (Libby Shapiro) und Tildy Abendroth (Stefanie Vogler) sind um die 30 und singen Lieder der zwanziger Jahre, im klassischen Closed-Harmony-Stil, frisch arrangiert für drei Altstimmen. Die bekanntesten Titel stammen von den Andrews Sisters und von den Comedian Harmonists.

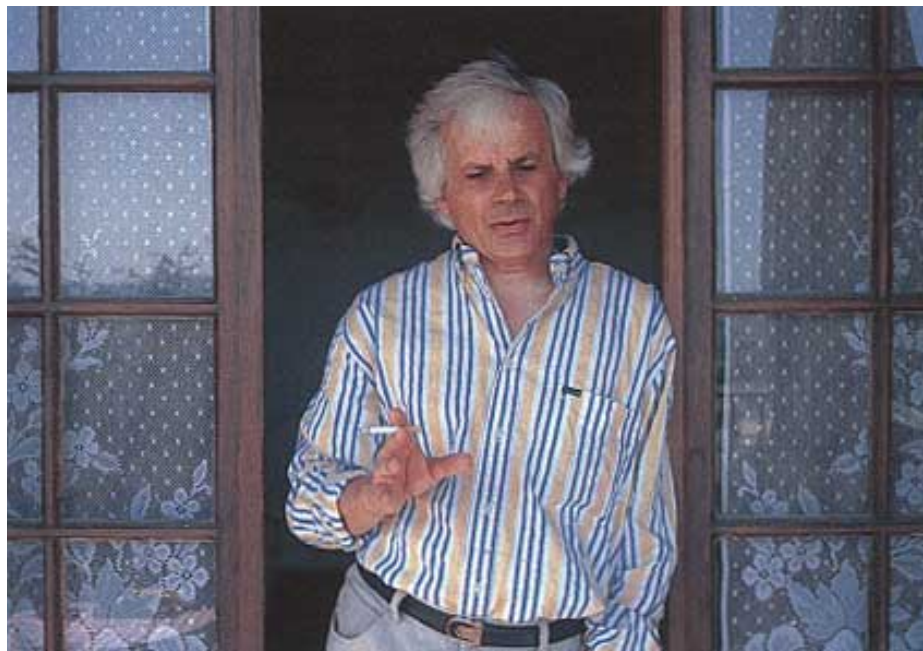
Robert Klinger, Baß, Rudy Redl, Piano) und begannen zu proben.

Seit dem ersten Auftritt in der Münchner „Bongo Bar“ gelang der Truppe eine bemerkenswerte Karriere. Heute sind die meisten Konzerte der Blauen Engel ausverkauft. Im vergangenen Dezember füllten sie die „Bar jeder Vernunft“ in Berlin einen Monat lang jeden Abend bis auf den letzten Platz, im kommenden September wollen sie dort ihr neues Programm „All on board“ präsentieren. Eine erste CD, erschienen im Eigenverlag, ist ebenfalls auf dem Markt.

AUTOREN

Ein Riß durchs Ich

Sein Name hat bei Kritikern einen guten Klang – und ist ein Pseudonym: Der Mann, der sich Pascal Mercier nennt, arbeitet als Philosophieprofessor in Berlin.



J.-M. ZATORSKI / RAPHO

Schriftsteller Bieri: „Nicht fabulieren, sondern herausfinden“

Kann einer zugleich froh und niedergeschlagen sein? „Sehr unglücklich“ sei er gewesen, als er sein Buch beendet hatte, sagt Pascal Mercier mit leisem Lächeln. Monate blieben ihm noch hier in dem verschwiegenen Haus, das er für ein knappes Jahr am Rand des Provence-Städtchens Mérindol gemietet hatte. Er könnte die Stille genießen, sicher. Aufatmen. Und doch: Schreiben ist für ihn „die intensivste Form von Leben“. In sich hineinhorchen. Den Punkt erreichen, „wo man der Logik seiner Phantasie trauen, wo man sich auf sie verlassen muß“.

Morgen für Morgen hat er hier die Worte gefunden, mit denen die Kinder seines Helden, des Klavierstimmers, ihre Familientragödie zu verstehen suchen; „auswickeln“ nennt er das jetzt liebevoll. Nur einmal sei die Ruhe gestört worden. Gleich nach dem Aufstehen habe seine Frau auf den Stellplatz im Garten vor dem Haus gedeutet: „Das Auto ist weg.“ Tatsächlich. „Wir haben es dann irgendwann wieder bekommen. Es war für einen Raubmord benutzt worden. Auf diese Weise habe ich gelernt, Polizei-Französisch zu sprechen.“

Ganz ruhig sagt er das. Die kleinen, alltäglichen Schrecken sind für ihn „Erfahrungen“. Er hat Übung darin, Erfahrungen zu machen. Lange bevor er den Helden

seines ersten, hochgelobten Romans „Perlmans Schweigen“ (1995) in den Verfolgungswahn abgleiten ließ, war seine Bedächtigkeit trainiert. Da äußerte sich der Deutschschweizer klug zur „Unentscheidbarkeit des Realitätsproblems“, über „Zeit und Zeiterfahrung“ oder dazu, daß der Mensch eine „conative nature“ habe, also ein Triebwesen sei. Denn Pascal Mercier, seit nun fünf Jahren Romanautor, heißt in Wirklichkeit Peter Bieri und lehrt Philosophie an der Freien Universität Berlin.

„Es ist gar keine komplizierte Geschichte“, sagt Bieri, 54, schnell. Aber dann nimmt er sich doch Zeit zum Erklären. Schon auf der Schule in Bern sei er ein „Sprachfreak“ geworden, der neben Latein und Griechisch, Französisch und Englisch auch Hebräisch lernte, die Mittagspausen obendrein für eine Sanskrit-Arbeitsgruppe opferte. „Drei Monate lang konnte ich sogar Tibetisch lesen. Je exotischer, desto besser.“ Erst als er das Indologie-Studium fast fertig hatte, sei er, fasziniert vom tiefen Denken der Inder, zur Philosophie übergewechselt.

Auch sie lernte er wie eine Sprache: Hegels „irre Texte“ fesselten ihn, und den beschwören-

den Ton seines Heidelberger Mentors Dieter Henrich kann er immer noch nachahmen. Brav absolvierte Bieri, was der Karriere diene, von Gastjahren in Harvard und Berkeley bis zu Bielefelder Kongressen, auf denen er die „big names“ seiner Zunft, der Erkenntnis- und Zeitphilosophie, versammelte. „Ich habe gemacht, was alle machen“: Aufsätze schreiben, Vorlesungen halten, Seminare leiten, Bücher herausgeben. Bis der Moment kam, wo ihm das nicht mehr genügte.

„Nehmen Sie irgendeinen Abschnitt aus meinen Romanen. Zum Beispiel jetzt im neuen die Passage, wo der Schuß fällt.“ Wer diese Szene zwischen dem Klavierstimmer und seiner Frau philosophisch und psychologisch aufdröseln wollte, könnte dicke Bände über Diskursmodelle oder „Action Theory“ füllen, aber es fehlte das Wichtigste, meint Bieri. „Man muß es zeigen, was das ist“ – Sprache, Erfahrung. So sei er unter die Romanciers geraten.

Den Stoff für das erste längere Gedankenspiel hatte Bieri in seiner nächsten Umgebung gefunden: Romanheld Perlmann, ein berühmter Professor für Sprachwissenschaft, merkt plötzlich entsetzt, daß ihm die Einfälle ausgegangen sind. Kann er seine Leere vor den Kollegen, die er gleich auf einer Tagung treffen wird, verbergen? Und woher soll der fulminante Schlußvortrag kommen, den alle von ihm erwarten? „Natürlich bin ich nicht Perlmann“, sagt Bieri, der den Selbsterforscher Max Frisch sein Hauptvorbild nennt. Aber das Fegefeuer von Neid und Demütigung, das Wissenschaftler oft erleben, kennt er gut.

Er könnte es sogar verstehen, wenn ungeduldige Leser den tragikomischen Perlmann einfach für einen „verbiesterten Typ“ hielten, meint Bieri. Aber so verpaßten sie die Denkrätsel des Buches: Woher kommt Selbstsicherheit? Wie hängt sie mit der Erinnerung ans eigene Leben zusammen? „Kann man sich dazu entschließen, etwas zu glauben? Oder sind Meinungen etwas, das einem einfach zustößt?“

Perlmann durchleidet diese Fragen allein. Im neuen Roman, „Der Klavierstimmer“, teilt sich das Erzählen dagegen wie von selbst in zwei Stimmen*. „Ich wollte über grenzenlose Intimität und über Erfolglosigkeit schreiben“, sagt Bieri und kneift konzentriert die Augen zusammen. „Je länger ich nachdachte, desto mehr schien es mir, beides müßte eng miteinander verflochten sein.“ Bald sah er Gestalten vor sich. Als erstes den Klavierstimmer Frédéric Delacroix, der ohne Erfolg eine Oper nach der anderen komponiert. Er sah seine ärmliche Herkunft. Er sah die Kinder, die Zwillinge Patrice und Patri-



* Pascal Mercier: „Der Klavierstimmer“. Albrecht Knaus Verlag, München; 512 Seiten; 46,90 Mark.

cia, wie sie liebevoll und doch verständnislos die Niederlagen ihres Vaters beobachten. Er sah die Mutter, eine nervöse Frau aus reichem Schweizer Haus, die wie alle in dieser Familie so nahe am Drama des Lebens wohnt, daß sie dem Sog seiner Katastrophen kaum entrinnt.

Bieri erkannte, daß sein zweiter Roman eine Bilanz sein mußte: Der Verfall einer Familie, nacherlebt aus der Sicht der Kinder. Zuweilen sah er bereits, „welche Farbe was hat“. Kaum Notizen, nur eine kleine Zeittafel brauchte er beim Schreiben, und Fotos. Bilder fremder Menschen, meist mit dem Teleobjektiv fotografiert – Bieri blickte sie so lange an, bis er sie erkannte, bis er wußte, welches Leben sie im Roman hinter sich haben. Das Porträt des Klavierstimmers ist ein charakteristisches Foto des Schauspielers Armin Mueller-Stahl, aus einem Prospekt ausgeschnitten.

Nur wie zur Sicherheit hat Bieri zwischendrin ein paar private Details verwendet: die Deutschschweiz etwa, seine wenig

Der Gelehrte empfindet das Schreiben als „riesengroße Befreiung“

geliebte Heimat. Sein Vater war tatsächlich ein Komponist, dessen Werke keiner hören wollte. Solche Anhaltspunkte helfen ihm, weniger zu „fabulieren“ als „herauszufinden“. Die bedrohlich gleichen Namen der Zwillinge etwa: „Genau das hätte diese Mutter gemacht.“ Oder daß Frédéric Delacroix, im Heim groß geworden, eigentlich Fritz Bärtschi heißt: zwei Namen, zwei Welten, ein Riß durchs Ich.

Geht durch ihn selbst, Peter Bieri alias Pascal Mercier, kein Riß? Das Wort „Doppelleben“ will er nicht hören. Er findet es kompliziert genug, daß er nun bald seiner Mutter neu erklären muß, was er ist und tut. Und er stöhnt, wenn er sich ausmalt, wie verdutzt oder gar hämisch seine Fachkollegen auf die Nachricht reagieren könnten, daß ein renommierter Ordinarius unter die Belletristen gefallen ist. „Es wird unendlich schematisch werden.“ Ausgerechnet dieser solide Begriffshandwerker. „Das macht man nicht, denken die Akademiker“ – wo er selbst sein Schreiben doch als „riesengroße Befreiung“ empfindet. Dieses Gefühl, wie ein Werk „anfängt, sich zu tragen“, braucht er jetzt, so gern er weiterhin Philosophie unterrichten wird.

Pläne für neue Geschichten hat er schon. Auch eine Brücke in den Beruf gibt es seit ein paar Semestern: In Berlin leitet Professor Bieri mit großem Elan Schreibkurse für Philosophiestudenten. Aber ganz zum Erzähler werden will er nicht. Noch wartet ein philosophisches Werk darauf, geschrieben zu werden. Den Titel der sanften, gründlichen Abrechnung weiß Bieri seit Jahren: „Wie wäre es, frei zu sein?“

Johannes Saltzwedel

LITERATUR

Romantiker im Irrenhaus

Patrick Süskind über Wolf Wondratscheks „Kelly-Briefe“ und die Literaturkritik

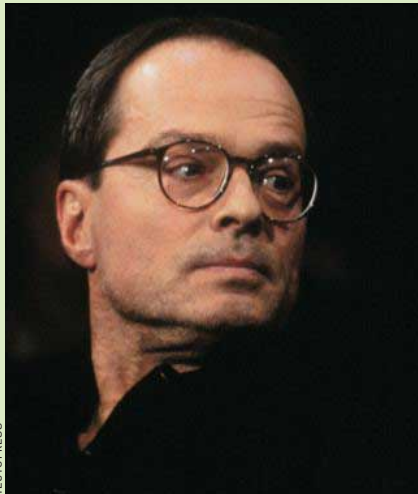
Der Schriftsteller Süskind, 49, lebt in Südfrankreich und München. Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Helmut Dietl den Band „Rossini“, das Buch zu Dietls gleichnamigem Film, in dem – verschlüsselt – sowohl Wolf Wondratschek als auch Patrick Süskind eine Rolle spielen.

Wolf Wondratschek ist ein bekannter Autor. Er publiziert seit 30 Jahren. In seinen Anfängen wurde er von der Kritik gelobt, später des öfteren getadelt und mit seinen letzten

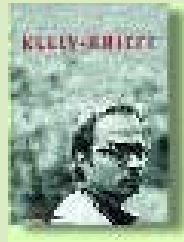
beinahe klösterlicher Abgeschiedenheit, findet er über Monate hinweg wieder zu sich selbst, flieht schließlich und kehrt mit frischem Mut in den Irrsinn des normalen Lebens zurück. Sein einziger Kontakt zur Außenwelt besteht in dieser Zeit aus Briefen, die er an seine in Europa zurückgebliebene Geliebte schreibt, an eine gewisse Kelly. (Zwar schreibt ihm Kelly auch zurück, aber ihre Antworten, als Faksimiles wiedergegeben, sind für uns unlesbar, es handelt sich um kalligraphische Blätter der Malerin Lilo Rinkens.)

keine Angst! Das hat nichts Manieriertes oder ermüdend Künstliches, das ist jeweils dem Gegenstand der Erzählung angemessen und liest sich ebenso natürlich und fließend leicht wie es schwierig zu schreiben war.

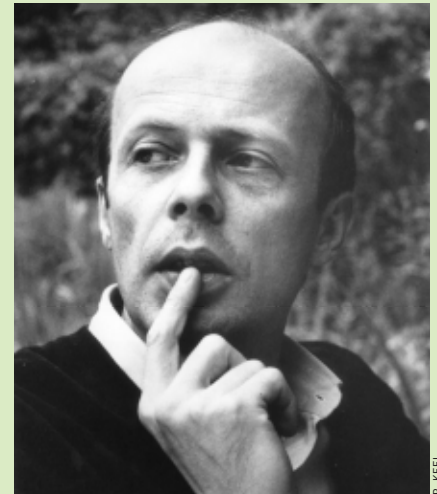
Zum dritten und in der Hauptsache aber handeln die Kelly-Briefe von der Liebe, von der Liebe schlechthin, ihrer Möglichkeit und Unmöglichkeit, und von der Liebe des Schriftstellers zu Kelly im besonderen. Und in diesem Punkt, so finde ich (und weiß, daß der Vergleich gewagt ist), ähneln sie jenen berühmten „Briefen



Wondratschek



Wolf Wondratschek
und Lilo Rinkens:
„Kelly-Briefe“.
Matthes & Seitz,
München;
112 Seiten;
29,80 Mark.



Süskind

Büchern meistens in die Pfanne gehauen. So weit, so gut.

Nun hat er ein neues Buch vorgelegt, einen Briefroman mit dem Titel „Kelly-Briefe“ (ein ungewöhnliches Werk, meiner Meinung nach Wondratscheks bestes seit langem), und es ereignet sich, was die professionelle kritische Rezeption angeht, etwas Verblüffendes, nämlich so gut wie nichts: Das Buch wird weder gelobt noch getadelt noch in die Pfanne gehauen, sondern so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Ich halte das für bedauerlich, ja sogar für bedenklich und frage mich: Woran liegt's? Doch davon später. Zunächst einmal die Frage: Worum geht's?

Der Ich-Erzähler, ein europäischer Schriftsteller, sitzt in New York, ist dort durch diverse Ausschweifungen seelisch und körperlich auf den Hund gekommen und hat sich mit List die Aufnahme in ein Irrenhaus ertrötzt. Hier, in idealer,

Wovon ist nun in diesen Briefen die Rede? Vom Alltag des Erzählers in und außerhalb der Irrenanstalt, von Menschen, von Städten, von Naturscheinungen, beschrieben in absatzlangen Miniaturen, die, wie bei Briefen oder Tagebuchnotizen üblich, von verschiedener Qualität sind, manchmal blöd und banal, manchmal originell und gescheit, manchmal scheinbar beiläufig dahingesagt, manchmal sprachlich aufs feinste ausgetüftelt.

Daneben bekommen wir eine Reihe von Kurzerzählungen geliefert, vorgeblich Skizzen für Bücher, die der Schriftsteller schon immer einmal schreiben wollte oder irgendwann schreiben will – und hoffentlich nie schreiben wird, denn so, wie sie da stehen, rasch der Freundin mitgeteilt, sind sie schon kleine Kunstwerke für sich, eines davon vollständig in indirekter Rede erzählt, ein anderes aus einem einzigen Satz bestehend, der über vier Seiten läuft. Aber

einer portugiesischen Nonne“ aus dem 17. Jahrhundert. Da ist die gleiche Idealisierung und Idolisierung der (respektive des) Geliebten, die gleiche Besessenheit, ja egozentrische Verbohrtheit des Liebhabers, der das gesamte Weltgeschehen nur noch um sich und die Geliebte kreisen sieht, die gleiche Selbstentblößung, der gleiche Wahnsinn und eine vergleichbare Beschreibung jener Geisteskrankheit, als die man bestimmte Spielarten der Liebe wohl bezeichnen muß. Wondratscheks Briefe freilich sind heiterer als die der Nonne; diese enden ja in verbiesterter Entsagung, während jene eine Krise beschreiben, die überwunden wird, und mit der Aussicht auf neue Höhen (und Tiefen) schließen.

Das Thema der Liebe zwischen Mann und Frau ist bekanntlich die Hauptdomäne des Lyrikers Wondratschek. Nun widmet er ihr also einen Prosatext, und es ist,

so finde ich, der beste geworden, den er je geschrieben hat: verrückt, monomanisch, romantisch bis an die Grenze zum Kitsch (und manchmal darüber hinaus), dazwischen komisch und schließlich auch noch spannend, und sprachlich streckenweise so gut gearbeitet, daß er von einer wunderbaren, fast unbekümmerten Leichtigkeit durchzogen ist.

Erschienen ist das Buch Anfang März. Zuteil geworden sind ihm bis auf den heutigen Tag drei Würdigungen, nämlich eine Liebeserklärung von Helmut Eisendle in der Wiener „Presse“, ein Totalverriß in der „Neuen Zürcher Zeitung“ und eine Besprechung in der „Frankfurter Allgemeinen“, herablassend im Ton und etwas flau im Urteil, so daß man den Eindruck bekommt, dem Rezensenten habe das Buch zwar gefallen, er traue sich aber nicht recht, dies auch ungeschminkt und mit je-

Wären die Kelly-Briefe ein miserables Buch, sie hätten ein größeres Echo gefunden

ner nötigen Portion Enthusiasmus zu sagen, die jede positive Rezension beflügeln sollte. Ansonsten aber gab es von seiten der deutschen Feuilletons kaum einen Hinweis darauf, daß das Buch überhaupt existiert. Am Bekanntheitsgrad des Autors kann's nicht liegen und am Produkt, ich schwöre es, auch nicht.

Im Gegenteil: Wären die Kelly-Briefe ein miserables Buch von ordinärster Peinlichkeit, sie hätten ein größeres Echo gefunden, denn Wondratschek und das Peinliche, das ist in der Branche allenfalls einen Artikel wert, nicht aber Wondratschek als seriöser Schriftsteller. Der Mann, so scheint es, steht auf eine unglückliche Weise seinem Werk im Weg. Er hat einen schlechten Ruf, für den er, mag sein, im wesentlichen selbst verantwortlich ist und der ihn gerade noch für bestimmte Spalten in der Yellow Press interessant macht.

Dagegen haftet ihm aus der Feuilletonperspektive gesehen offenbar etwas Unappetitliches an: „Wondratschek? Das ist doch dieser Macho vom Dienst; dieser Möchtegern-François-Villon, der über Nutten und Boxer schreibt; der uns vor ein paar Jahren eine unsägliche Zuhälterbiographie geliefert hat und danach den Gedichtzyklus ‚Das Mädchen und der Messerwerfer‘, eine kindische Zirkusromanze als La-Strada-Verschnitt; der in einem Hamburger Hotel seine Gedichte an die Wand nagelt, weil sie sonst kein Mensch mehr lesen würde; der in Talkshows herumbramarbasiert, sich unentwegt selbst lobt und in Interviews und Artikelchen keine Gelegenheit ausläßt, Kollegen, Verlegern und Kritikern ans Bein zu pinkeln und gleichzeitig zu greinen, daß er seit 29 Jahren keinen Li-

teraturpreis mehr erhalten hat, dieser Klatschspaltenliterat, dieser altachtundsechziger Provokateur, dieses Arschloch der achtziger Jahre, er hat sich selbst desavouiert und soll froh sein, daß wir ihn gnädig totschrweigen, anstatt ihn samt seinem neuen Elaborat abermals zu zerfetzen!“

Bestseller

Belletristik

1 (1) Donna Leon Sanft entschlafen

Diogenes; 39 Mark

2 (2) Marianne Fredriksson

Hannas Töchter *W. Krüger; 39,80 Mark*

3 (3) John Grisham Der Partner

Hoffmann und Campe; 48 Mark

4 (4) Ken Follett Der dritte Zwillig

Lübbe; 46 Mark

5 (5) Benoîte Groult Leben heißt frei sein

Droemer; 39,90 Mark

6 (7) Catherine Clément Theos Reise

Hanser; 39,80 Mark

7 (6) Peter Mayle Cézanne gesucht!

Blessing; 39,90 Mark

8 (8) Ingo Schulze Simple Storys

Berlin; 38 Mark

9 (9) Nicholas Sparks Weit wie das Meer

Heyne; 32 Mark

10 (10) Christian Jacq Ramses – Die

Schlacht von Kadesch *Wunderlich; 42 Mark*

11 (11) Minette Walters Das Echo

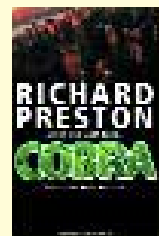
Goldmann; 42,90 Mark

12 (–) Richard Preston

Cobra

Droemer; 39,90 Mark

Aus dem Osten nichts Gutes: Russische Wissenschaftler basteln an einer Viren-Attacke auf New York



13 (13) Paulo Coelho Der Alchimist

Diogenes; 32 Mark

14 (12) Javier Marias Morgen in der

Schlacht denk an mich *Klett-Cotta; 44 Mark*

15 (14) Donna Leon Acqua alta

Diogenes; 39 Mark

Denn es ist ja in der Tat einfach und immer einfach gewesen, Wondratschek fertigzumachen. Er ist ein leichtsinniger Autor, ein geradezu fahrlässig leichtsinniger, der sich viele Blößen gibt, auch und gerade solche, die sich mühelos vermeiden ließen: Das mit dem Arschloch hat er sich selbst eingebrockt, indem er die Zeile als Unter-

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Sachbücher

1 (1) Jon Krakauer In eisige Höhen

Malik; 39,80 Mark

2 (2) Stéphane Courtois und andere

Das Schwarzbuch des Kommunismus

Piper; 68 Mark

3 (4) Dale Carnegie Sorge dich

nicht, lebe! Scherz; 46 Mark

4 (3) Harriet Rubin Machiavelli für Frauen

W. Krüger; 34 Mark

5 (5) Ute Ehrhardt Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin

W. Krüger; 32 Mark

6 (7) Isabel Allende Aphrodite

Suhrkamp; 49,80 Mark

7 (8) Monty Roberts Der mit den

Pferden spricht Lübbe; 44 Mark

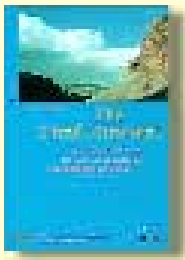
8 (6) Günter Ogger Absahnen und

abhauen Droemer; 39,90 Mark

9 (10) Peter Kelder

Die Fünf „Tibeter“

Integral; 22 Mark



Vom Dach der Welt
höchst Weises:
Seelen- und
Körperschule aus
himalajischer Mystik

10 (11) Ed W. Marsh James Camerons

Titanic Burgschmiet; 39 Mark

11 (10) Peter Scholl-Latour Lügen im

Heiligen Land Siedler; 49,90 Mark

12 (12) Richard von Weizsäcker

Vier Zeiten Siedler; 49,90 Mark

13 (15) Marion Gräfin Dönhoff

Der Effendi wünscht zu beten

Siedler; 39,90 Mark

14 (14) Hans Herbert von Arnim Fetter

Bauch regiert nicht gern Kindler; 44,90 Mark

15 (13) Guido Knopp

Hitlers Helfer – Täter und Vollstrecker

C. Bertelsmann; 46,80 Mark

titel zu einem Gedichtband verwendete. Eine Laune, ein billiger Provokationsversuch, eine Dummheit, denn dadurch hat er das Werk weit unter Wert betitelt und ihm einen schäbigen Anschein gegeben.

Und auch bei seinem neuen Buch, den Kelly-Briefen, entgeht er der Gefahr nicht, der Kritik ins offene Messer zu laufen. Das fängt schon bei Äußerlichkeiten des Buches an: Was muß der eitle Fatzke seine eigene Latüchte auf den Umschlag setzen? Was soll das dämliche Herausgebervorwort, das dem Text vorangeht? Wozu diese Faksimiles in Krakelschrift, die kein Mensch entziffern kann, und das kryptische Impressum, aus dem keiner schlau wird?

Ja, ja, ich weiß, Bescheidenheit ist dieses Autors erste Tugend nicht, und über Geschmack und die Aufmachung eines Buches kann man gut streiten. Ich aber sage

Ich spüre bei diesem Autor eine mürbe Empfindsamkeit hinter den markigen Ausdrücken

euch: Das ist alles nur Brimborium, das tut nichts zur Sache. Werft den Schutzumschlag weg, wenn er euch stört, überblättert die ersten Seiten und meintetwegen auch die Faksimiles, aber lest den gedruckten Text des Autors Wondratschek, der auch ohne irgendwelche Beigaben glänzend besteht!

Gewiß werdet ihr auch hier noch genügend finden, was euch stört und ärgert, manche sprachliche Schlamperei, manche gedankliche Flüchtigkeit, manches, was nach Pose aussieht, und natürlich auch wieder die berühmten starken oder halbstarke Wondratschekschen Sprüche à la „Ich höre die Krokodile atmen unter dem Asphalt“ oder „Deine Pobacken ... die muß der Herrgott eigenhändig poliert haben“ und so weiter.

Das kann man mögen oder nicht, ich habe mich bei diesem Autor daran gewöhnt und spüre, je älter er wird, immer mehr eine mürbe Empfindsamkeit hinter den markigen Ausdrücken – sei's drum! Aber gebt doch wenigstens zu, daß ihr reichlich entschädigt werdet durch einen Text von großer Offenheit, großem Mut, durch Passagen von großer Anschaulichkeit, durch wirklich starke Bilder, durch einen – nehmt alles nur in allem – Liebesbriefroman von grandioser Zärtlichkeit!

„Ich wäre verloren ohne ein paar meiner schlechten Eigenschaften“, sagt der Ich-Erzähler an einer Stelle, und das mag auch für den Autor Wolf Wondratschek gelten. Ihn deshalb als einen halbseidenen Schriftsteller abzutun und seine eigenwillige Stimme in der zeitgenössischen deutschen Literatur gar nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, halte ich für einen Fehler. Menschlich verständlich, aber ungerecht. ♦



Erfolgsband Beach Boys (um 1963)*: Sonnendurchstrahlte Hymnen auf die Magie Kaliforniens

STARS

Der heilige Narr des Surf-Pop

Sein Album „Pet Sounds“ gilt den Kritikern bis heute als Geniestreich der Popgeschichte. Nun meldet sich Brian Wilson, der die Erfolgssongs der Beach Boys komponierte, im Geschäft zurück.

Es gibt, abgesehen vom alljährlichen Minigolfturnier, nicht viel, was die Ruhe stört in St. Charles, einem Nobelvorort von Chicago. Um so verstörender wirkte der Rummel, als Anfang Mai in der Aula der örtlichen Highschool „Musikgeschichte geschrieben wurde“, wie ein nervöser Lokalradio-Moderator vor gut 300 Zuhörern prahlte.

Der Mann versprach „das Aufregendste, was wir in St. Charles seit 100 Jahren erlebt haben“: die Rückkehr der Beach-Boys-Legende Brian Wilson auf die Popbühne. Wilson gab eines seiner äußerst seltenen Konzerte, um sich mit seinem neuen Solo-Album „Imagination“ zurückzumelden in der hysterischen Welt des Showgeschäfts.

Von sensationellen Überraschungsgästen war die Rede vor dem Auftritt; gehandelt wurden die Namen von Paul McCartney, Mick Jagger und Noel Gallagher. Doch weil Enttäuschungen zu Brian Wilsons Ruhm gehören, erschienen nur der Schlagerveteran Christopher Cross, ein halbvergessen-



Popstar Wilson (1998)
Grandioses Gespür für Melodien

ner Langhaariger von den Eagles und der Ersatz-Beach-Boy Bruce Johnston.

Der Star des Abends kam mit hängenden Schultern und gesenktem Haupt, schlich zum Klavier und ließ den großen schweren Körper unsicher auf einen kleinen Schemel fallen. Natürlich spielte Wilson ein paar Songs aus seinem neuen Werk und ließ in seltenen Momenten sein grandioses Gespür für Melodien aufblitzen, etwa im Titelstück „Imagination“. Im übrigen aber ist die Platte, eine eher mittelmäßige Sammlung

amerikanischer Hitparadenmusik, vor allem deshalb ein Ereignis, weil sie überhaupt fertig wurde. Die Fans jubelten vor allem dann, wenn Brian Wilson Beach-Boys-Klassiker wie „California Girls“ anstimmte.

Denn Wilson, Mitgründer der wohl berühmtesten Band Amerikas, gilt als genialer Verirrter der Popgeschichte: als Held sonziger Surfträume und Protagonist eines finsternen amerikanischen Familiendramas von jener Art, wie sie in US-Talkshows vorgeführt werden – angeblich hat sich der Hollywoodstar Tom Cruise jüngst die Filmrechte an seiner Lebensgeschichte gesichert. Die erzählt auch eine gerade auf deutsch erschienene Wilson-Hommage**.

Am Tag nach dem Konzert kauert Wilson im Heimstudio seines Fertighauses Deluxe, das er sich in St. Charles auf einen schönen Golfplatz gestellt hat, und

lauscht ängstlich den Fragen einiger Journalisten: Wie es im Juristen-Krieg um die Beach Boys stehe, wollen sie wissen, was er von moderner Popmusik halte und was um Himmels willen den heiligen Narren der Popmusik nach St. Charles verschlagen habe.

Immerhin liegt St. Charles weit weg von Kalifornien, wo Wilson, der älteste Sohn eines gescheiterten Unterhaltungsmusikers, Mitte der fünfziger Jahre die Musik in seinem Kopf bemerkte, die „Melodien, die durch meinen Verstand rauschten“.

Damals war Wilson ein Teenager, und weil ihm Meer und Strand ebensowenig geheuer waren wie hübsche Mädchen, blieb er am liebsten zu Hause, wenn seine Brüder Carl und Dennis sich mit ihren Surfbrettern auf dem Wasser vergnügten. Der Stubenhocker Brian hörte sich Platten so ausdauernd an, bis er wirklich jeden Ton im Traum kannte, und übte am Familienklavier eigene Kompositionen.

Nach Sonnenuntergang berichteten ihm die Brüder vom aufregenden Leben am Strand, von Mädchen, Surf-Abenteuern und unglaublichen Wellen; und Brian Wilson verwandelte diese kalifornischen Märchen in sonnendurchstrahlte Melodien.

Vater Murray Wilson war zwar ein Tyrann, der Brian so ausgiebig verprügelte, daß der auf einem Ohr taub wurde – und doch trieb er seine drei Söhne, deren Cousin Mike Love und den Nachbarsjungen Al Jardine so lange an, bis die Jungs als Beach Boys eine Single namens „Surfin“ fertigstellten. Der Song hatte überraschend Erfolg, und von 1962 an lieferten die Beach Boys einen Hit nach dem anderen.

Die vier Mitstreiter verfügten über nette Engelsstimmen, wirklich begabt aber war nur Brian Wilson. Er habe es geschafft, die Magie Kaliforniens zu vertonen, schwärm-

* Brian Wilson, Dennis Wilson (am Steuer), Mike Love, Carl Wilson, Al Jardine.

** Kingsley Abbott (Hrsg.): „Die Beach Boys und Brian Wilson“. Aus dem Amerikanischen von Angela Nescery. Hannibal Verlag, St. Andrä-Wördern; 280 Seiten; 35 Mark.



Konzert in Chicago mit Wilson (2. v. l.): Pophistorie in der Schul-Aula

te Jahre später der Schriftsteller Nik Cohn, jenes „Zauberlands jenseits der Ozeane, in dem man nicht älter wird als 25 und wo die Schule verboten ist und Coke frei aus öffentlichen Brunnen sprudelt und die perfekte kosmische Welle sich endlos an den Gestaden Malibus bricht. Der Ort, für den Pop geschaffen wurde“.

Doch leider hat Brian Wilson die Unbeschwertheit nie erfahren, die er in Hymnen wie „Fun Fun Fun“, „California Girls“, „Barbara Ann“ und „Good Vibrations“ hochleben ließ. Nach acht Langspielplatten in zwei Jahren und diversen Tourneen verlor er die Lust am Erfolg – und beschloß zum Entsetzen der Familie, künftig zu Hause zu bleiben, während die Band weltweit an die Spitze der Hitparaden surfte.

„Wir haben als strahlende, kleine, saubere Jungen begonnen und dann, schneller als uns lieb war, unsere Unschuld verloren“, erinnert er sich heute. Daheim in seinem Zimmer beschäftigte sich Brian Wilson damit, seinem Kopf immer aufwendigere Melodien und Harmonien zu entlocken, die er zu himmlischen Popsinfonien zusammenfügte. Statt über Mädchen und Meer schrieb er über Gemüse und jene „guten Vibrationen“, von denen es in einem Songtext heißt, daß sie denen ähneln, „wie sie Hunde spüren, die böse Menschen anbellern“.

Die übrigen Beach Boys verwirrte er mit zunehmend komplexeren Gesangsaufgaben. „Mach bloß keinen Mist mit der bewährten Formel“, giftete damals Mike Love, der Anführer der Rest-Band. Als sie die Songs für das Album „Pet Sounds“ vorgespielt bekamen, soll Love vor Wut gerührt haben, derartigen „Egoschrott“ werde er niemals singen.

„Pet Sounds“ ist das Werk, in das Brian Wilson, wie er heute sagt, „all meine Liebe, Leidenschaft und Träume“ gesteckt hat, ein hymnisches Meisterwerk. Heute wird die Platte bei Expertenumfragen regelmäßig zum besten Album aller Zeiten gewählt; im vergangenen Jahr hat die Plattenfirma es in einer Vier-CD-Box neu aufgelegt. Damals jedoch wollte „Pet Sounds“ kaum jemand hören oder gar kaufen.

Diese Ablehnung verletzte Brian Wilson so sehr, daß er sich in eine Art inneres Exil zurückzog, aus dem er im Grunde nie zurückgekehrt ist. Jahrelang feilte er an einem gewaltigen Kunstwerk, das er „Smile“ taufte; das Album erschien nie – weil die fertigen Bänder von Unbekannten verbrannt wurden, wie Wilson stets behauptete, oder weil der Künstler erbärmlich im Drogenrausch versank, wie Beteiligte berichteten.

Seit Beginn der siebziger Jahre ist Wilson vor allem als umraunte Rätselgestalt in der Popwelt präsent. Jahre habe er im Bett verbracht, lautet eine Legende, er habe kläffend in einer Hundehütte gehaust, eine andere. Fest steht, daß die Familie einen berühmten Psychiater bestellte, der seinen Patienten so intensiv betreute, daß die Verwandtschaft den Doc nur mit einem Gerichtsbeschuß wieder los wurde.

Immer wieder wurde verkündet, daß Brian Wilson, das Genie, nun wieder gesund sei und ganz der Alte, und immer war es nur ein PR-Schwindel, um neue Beach-Boys-Produkte interessanter zu machen, als sie waren. „Die Beach Boys“, sagt Brian Wilson heute mit einem Anflug von Hohn, „sind wohl immer noch auf Tour.“

In den vergangenen Jahren haben sich die alten Jungs mit großer Leidenschaft rundum gegenseitig verklagt; wegen Tantiemen, übler Nachrede und ähnlichem. Trotzdem sind Brian Wilson und Mike Love immer wieder mal Arm in Arm aufgetreten, haben von neuen Projekten berichtet – und gemeinsam getrauert: Nach Dennis Wilson, der Anfang der Achtziger zugekokst ertrank, ist, zur großen Erschütterung seines älteren Bruders Brian, Carl Wilson in diesem Jahr an Krebs gestorben.

Von seinem neuen Album „Imagination“ behauptet Brian Wilson nun, es handle sich um „die beste Platte, die ich je gemacht habe“.

Schwer zu sagen, wie ernst er das meint. In seiner vor Jahren erschienenen Autobiographie hat er geschrieben: „Mit der Zeit begriff ich, daß der Anschein, verrückt zu sein, ein narrensicherer Schutz gegen die Bedrohungen der Realität sein kann.“ ♦

HUMOR

Ritter der Tafelschokolade

Während im Fernsehen das Comedy-Genre kriselt, werben Radiomacher republikweit um junge Hörer mit einer neuen Quatsch-Offensive.



Hörfunk-Humorist Wischmeyer: „Das Niveau sinkt rapide“

Süddeutsche, denen die Menschen im verregneten Norden bislang als dröge und humorresistente Flachländer galten, lernen im Hörfunkprogramm von NDR 2 das Staunen. Da bereiten im Kochstudio des Hamburger Radioprogramms „Cäpt'n Curry und Mister Bock“ Wiener Würstchen mit Kartoffelsalat zu. „Sie benötigen ein Schwein, einen Elektroschocker, einen kräftigen Fleischwolf und sechs bis acht Gummihüllen“, raten die Fachleute, „der Wiener, wie wir Fachleute sagen, sollte aussehen wie Inge Meysel nach dem Aufstehen.“

Im NDR-Verkehrsservice berichtet ein Witzbold über Staus und stockenden Verkehr in Supermärkten: „Neumünster, Minimal-Markt. Vollsperrung der Kasse 4, nachdem eine Kassiererin nur mal eben die Papierrolle wechseln wollte.“

Derlei Quark wird bundesweit in immer mehr Sendestudios breitgetreten. Während im Fernsehen die Comedy-Welle als überstanden gilt, blüht im Radio der Nonsens neu auf. Die neuen Helden des Humors heißen „Jeannie Ätz“ oder „Jean-Jacques Gelee“. Sie plaudern über so bizarre Themen wie Puddingsneckensucht, „Grillspaß am Önkelstieg“ und autoaggressive

Frauen, die sich mit ihren eigenen Zöpfen auspeitschen.

Daß derartiger Klamauk momentan so beliebt ist, „versöhnt mich mit der Zeit“, sagt Dietmar Wischmeyer, der als „Kleiner Tierfreund“ humoristische Pionierarbeit in der Sendung „Frühstyxradio“ leistete. Seit zehn Jahren kalauert sich Wischmeyer durch norddeutsche Hörfunkprogramme. Beim niedersächsischen Radio ffn bildet er mit drei Kollegen eine „Fahrgemeinschaft zur Fleischsalatfabrik“, bei „Fritz“, dem Jugendsender des brandenburgischen ORB, führt er ein „Logbuch“ über eine „Reise

Rückspiegel eines neuen Pkw-Modells zu prüfen.

„Die Hörer amüsieren sich besonders gut bei Gags, die mit ihrem Alltag zu tun haben“, glaubt Tim Engelmann, beim Frankfurter Privatsender Hit Radio FFH zuständig für satirische Programmeinlagen, erkannt zu haben. Viele Nummern tragen deshalb völlig unwitzige Titel wie „Die Heizungsableser kommen“ oder „Die Wohnungsabnahme“. Perlen des Hörfunk-Humors spielen bei „Stenkelfeld“ (NDR 2) oder in der fränkischen „Metzgerei Boggnsagg“ (Antenne Bayern).

Von ungleich schlichterer Machart, aber gleichwohl besonders beliebt sind derzeit Schwindel-Anrufe bei Behörden, Handwerkern oder Autohändlern. Das Prinzip ähnelt dem der versteckten Kamera. Ganz ernst telefoniert zum Beispiel „Bodo Bach“, bürgerlich Robert Treutel und Moderator bei Radio FFH, mit einem Ferrari-Händler und erkundigt sich nach Ersatzteilen. „Ich hab' da so einen F 40 geerbt, haben Sie für den eine Anhängerkupplung vorrätig?“ Oder er ruft im Römisch-Germanischen Museum in Köln an und erklärt dem dortigen Direktor: „Mein Bub, der wird jetzt 38, der hat bei Ihnen einen Römertopf geklaut.“ Auf CD gepreßt, kauften allein in Hessen 120 000 Bodo-Bach-Fans die Telefonstiche ihres Idols.

Nun hoffen Fernsehmacher, daß sich der Erfolg der Radio-Comedy auch audiovisuell nutzen läßt. Bislang funktionierte der Transfer nur in umgekehrte Richtung: So wiederholen 20 Radiosender täglich die besten Witze aus der „Harald Schmidt Show“ von Sat 1.

„Radio goes TV könnte die Zukunft der Unterhaltung sein“, sagt Peter Braukmann, Humorspezialist bei Sat 1. Er hofft, daß durch den Hörfunk-Humor-Boom „eine neue Kultur bei Comedians und Moderatoren entsteht – näher am Publikum, schneller, lustiger“.

Manches, was die Funk-Humoristen präsentieren, klingt allerdings ähnlich geistesarm wie „RTL Samstag Nacht“ im Endstadium. „Das Niveau sinkt rapide“, hat Dietmar Wischmeyer in jüngster Zeit festgestellt: „Vieles hat nichts mehr damit zu tun, was ich unter Radio-Comedy verstehe.“ Bei Antenne Bayern treibt „Ozelot, Ritter der Tafelschokolade“, sein Unwesen. „Jeannie Ätz“ präsentiert bei NDR 2 eine spannende Umfrage vom „1. norddeutschen Allerheiligenrave“. Kostprobe: „Na, isses geil?“ „Voll supergeil.“ „Ist es auch megageil?“ „Ja, voll geilomat.“

Die Live-Reportage von der Party bei Verona Feldbusch, ebenfalls bei NDR 2, ist nicht wesentlich informativer. Wie immer ist bei Feldbuschs „der Dativ schnell vergriffen“. Dieter hat noch ein paar Dative im Kühlschrank, aber „die sind doch zum Naschen viel zu schade“. Da freut sich Verona: „He, Uli hat Dativ mitgebracht! Für jedem einem!“

durch das Land der Bekloppten und Bescheuerten“. Wischmeyers CDs verkauften sich insgesamt 300 000mal, seine Lesungen sind stets ausverkauft. Radio-Scherzbolde wie Wischmeyer beschenken den Sendern neue Stammhörer – während im Fernsehen das Witz-Genre kriselt.

Comedy müsse sich wieder mehr in den Köpfen abspielen, behauptet Jacky Dreksler, Produzent der Comedy-Show „RTL Samstag Nacht“. Er plant derzeit den Neustart der Show, ohne die Stars Wigald Boning, Olli Dittrich und Esther Schweins. Fünf Jahre nach Beginn der Humor-Offensive im deutschen Fernsehen wirkten die Gags immer schlapper; der Marktanteil der Sendung war zuletzt auf 13 Prozent gesunken. Nun fordert Dreksler „intelligente Gags für intelligente Zuschauer“. Moderne Comedy müsse einigermaßen ernsthaft und realitätsnah unterhalten.

Genau das gelingt den Radio-Komödianten derzeit offenbar besser als den TV-Konkurrenten. „Wir fahren die intelligentere Nummer“, brüstet sich Jo Schweizer, Ressortchef „Sounddesign und Gag-tory“ beim Münchner Programm Bayern 3 – und schickt schon mal einen Autotester namens „Peter Scholl auf Tour“, um den

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen**für Texte und Grafiken:**

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2972 Fax: (040) 3007-2971

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044

für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869

Fax: (040) 3007-2966

DER SPIEGEL auf CD-Rom/ SPIEGEL TV-Videos

Telefon: (040) 3007-2485 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnenten-Service

SPIEGEL-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg

Telefon Inland: (0800) 3007600

Fax Inland: (040) 3007-2898

Telefon Ausland: (004940) 3007-2700

Fax Ausland: (004940) 3007-2898

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL,

Postfach, 6002 Luzern,

Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389

Abonnementspreise

Inland: sechs Monate DM 130,-

zwölf Monate DM 260,-

für Studenten (Inland): sechs Monate DM 91,-

zwölf Monate DM 182,-

Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-

Europa: zwölf Monate DM 369,20

außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,-

Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche

ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an

den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach

10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.

Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.

Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro

Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.

Zusätzlich erhalte ich SPIEGEL KULTUR EXTRA,

das monatliche Kultur-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte

Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab ____ (Ausgabe) an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

☐ Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung

☐ Ermächtigung zum Bankeinzug
von 1/4jährlich DM 65,-

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Vertrauensgarantie

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche ab

Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abon-

nenten-Service, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg,

widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzei-

ge Absendung.

Zweite Unterschrift des neuen Abonnenten



DER SPIEGEL

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Dörny, Joachim Preuß,
Dr. Dieter Wild

DEUTSCHE POLITIK Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-

Klingenberg; Karen Andresen, Manfred Ertel, Bernd Kühn, Joachim

Mohr, Sylvia Schreiber, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe

DEUTSCHLAND Gunther Latsch, Ulrich Schwarz; Carolin Emcke,

Florian Gless, Doja Hacker, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer,

Ansbert Kneip, Susanne Koelbl, Kuno Kruse, Udo Ludwig,

Thilo Thielke

WIRTSCHAFT Armin Mahler, Gabor Steingart; Dr. Hermann

Bott, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs,

Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Thomas Tuma

AUSLAND Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann;

Dieter Bednarz, Bernd Dörler, Adel S. Elias, Hans Hielscher,

Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Ilsemann, Wulf Küster,

Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons,

Helene Zuber

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Johann Grolle, Jürgen Petermann;

Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Stefan Klein, Dr. Renate

Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz,

Dr. Jürgen Scriba, Olaf Stampf, Christian Wüst

KULTUR UND GESELLSCHAFT Wolfgang Höbel, Dr. Mathias

Schreiber; Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg,

Angela Gatterburg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen

Hohmeyer, Dr. Joachim Kronsbain, Reinhard Mohr, Bettina Musall,

Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Klaus

Umbach, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff

SPORT Alfred Weinzierl; Klaus Brinkbäumer, Matthias Geyer,

Gerhard Pfeil, Jörg Winterfeldt, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Kietzler; Heinz Höfl, Dr. Walter Knips,

Mareike Spiess-Hohnholz

SONDERTHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenharn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau

AUTOREN/KOLUMNISTEN/REPORTER Ariane Barth, Peter Bölke,

Henryk M. Broder, Uwe Buse, Dr. Thomas Darnstadt, Dr. Erich

Follath, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Henry Glass, Dr.

Hans Halter, Werner Harenberg, Clemens Höges, Urs Jenny,

Jürgen Leinemann, Matthias Matussek, Gerhard Mauz, Walter

Mayr, Hans-Joachim Noack, Norbert F. Pötzel, Dr. Fritz Rumler,

Marie-Luise Scherer, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps,

Bruno Schrep, Alexander Smolczyk, Barbara Supp, Carlos

Widmann

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer

BILDREDAKTION Michael Rabanus; Werner Bartels, Manuela

Cramer, Josef Csallós, Christiane Genger, Rüdiger Heinrich, Peter

Hendricks, Antje Klein, Matthias Kupp, Peer Peters-König, Monika

Rick, Elke Ritterfeld, Heidi Russbült, Karin Weinberg, Anke Wellnitz

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumann,

Renata Biendarra, Tiina Hurme, Cornelia Plauter, Julia Saur

LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Volker Fensky;

Christel Basilon-Pooch, Sabine Bodehagen, Katrin Bollmann,

Regine Braun, Ralf Geilhupe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara

Rödiger, Detlev Scheerbarth, Doris Wilheim

PRODUKTION Wolfgang Küster, Frank Schumann, Christiane

Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser,

Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Heiner Schimmöller, Michael Sontheimer; Georg Masco-

lo, Hajo Schumacher; Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Petra Bornhöft,

Markus Dettmer, Jan Fleischhauer, Uwe Klufmann, Dr. Jürgen

Neffe, Harald Schumann, Peter Wensierski, Friedrichstraße 79,

10117 Berlin, Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Dr. Olaf Ihla, Hans-Jürgen Schlamp; Annette

Großbongard, Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Ursula

Kosser, Dr. Paul Lersch, Claus Christian Malzahn, Dr. Hendrik

Munser, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen,

Rainer Portner, Ulrich Schäfer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen,

Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110

DRESDEN Christian Habbe, Andreas Wassermann, Königsbrücker

Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Richard Rickelmann; Georg Bönsch, Frank Doh-

nen, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211)

86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt,

Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz,

Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Ober-

lindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159

Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Dr. Rolf Lamprecht, Postfach 5669, 76038 Karlsruhe,

Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens,

Stuntstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 418004-0, Fax 41800425

SCHWERIN Annette Bruhns, Spieltordamm 9, 19055 Schwerin,

Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BANGKOK Andreas Lorenz, 49 Soi Inthamara 13, Suthisarn Road,

Bangkok 10400, Tel. (00662) 2711712, Fax 6169669

BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474,

Fax 2830475

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad,

Tel. (0038111) 669987, Fax 660160

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Marion Schreiber,

Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Bernhard Zand, Başkurt Sokak No. 79/4, Beyoğlu, 80060

Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Jürgen Hogrefe, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe,

Jerusalem 94103, Tel. (009722) 6245755, Fax 6240570

JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands,

SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin,

Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS,

Tel. (0044171) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Jörg R. Mettke; Reinhard Krumm, Krutizkij Wal 3, Korp.

2, kw. 36, 109044 Moskau, Tel. (007095) 2740095/52, Fax 2740003

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi

110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652118

NEW YORK Thomas Huetlin, 516 Fifth Avenue, Penthouse,

New York, N.Y. 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026528

PARIS Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008

Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

PEKING Jürgen Kremb, Qijayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610)

65323541, Fax 65323543

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca,

22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Christiane Kohl, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906)

6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street,

San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 6437550, Fax 6437530

STOCKHOLM Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11223 Stockholm,

Tel. (00468) 6508241, Fax 6529997

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku,

Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSAU Andrzej Rybak, Krzywickiego 4/1, 02-078

Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Mathias Müller von Blumencron, Michaela Schießl,

1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202)

3475222, Fax 3473194

WIEN Dr. Hans-Peter Martin, Herrengasse 8 Top 100, 1010 Wien,

Tel. (00431) 5323232, Fax 5323232-10

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann,

Dieter Gellrich, Hermann Harms, Sandra Hülsmann, Bianca

Hunekuhl, Rolf Jochum, Karl-Heinz Köcher, Katharina Lüken,

Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethw

SAMSTAG, 25. 7.

GESUCHT Wie ehemalige Greenpeace-Mitarbeiter erklären, wollte die Umweltorganisation 1991 eine russische Atombombe kaufen, um die Bedrohung der Weltgemeinschaft durch Atomwaffen zu dokumentieren.

GEFUNDEN Taucher bergen vor der finnischen Küste Champagner von Bord eines 1916 versenkten Schiffes. Die Lagerung in der Ostsee, ergaben erste Kostproben, hat dem Piper-Heidsieck vom Jahrgang 1907 nichts von seiner Qualität genommen.

SONNTAG, 26. 7.

FLUT Nachdem der Flutwelle des Jangtse-Flusses am Oberlauf des Stro-

WAS GESCHAH ...

... auf 2963 Meter Höhe? Der Rentner Johann Sankt-johanser bezwang die Zugspitze zum hundertstenmal – barfuß. Blasen kenne er nicht, so der 65jährige, „weil ich fast immer barfuß laufe“.



mes schon mehr als 1200 Menschen zum Opfer fielen, befürchtet China für den Unterlauf des 6300 Kilometer langen Gelben Flusses eine der schwersten Flutkatastrophen in der Geschichte des Landes.

RETTUNG Knapp zehn Tage nachdem der Bergmann Georg Hainzl bei einem Grubenunglück in der Steiermark verschüttet worden war, konnten Helfer den Totgebliebenen retten.

MONTAG, 27. 7.

RADELN Jan Ullrich verliert bei der Tour de France das Gelbe Trikot. Der Italiener Marco Pantani führt die zur „Tour de Dope“ verkommene Rundfahrt in Richtung Paris.

ANGELN Es wächst nicht zusammen, was zusammengehört: Der Deutsche Anglerverein (Angler-Ost) erklärt, daß „eine Vereinigung“ mit dem Verband Deutscher Sportfischer (Angler-West) wegen unüberbrückbarer Gegensätze „vorerst vom Tisch“ sei.

DIENSTAG, 28. 7.

ABSCHIEBUNG Das Verwaltungsgericht München stimmt der Abschiebung des in München lebenden jugendlichen Gewalttäters „Mehmet“ in die Türkei zu.

LUXUS I In London legen die Chefs der Automobilkonzerne BMW und VW, Bernd Pischetsrieder und Ferdinand Piëch, den Streit um den Markennamen der Luxuskarosse Rolls-Royce bei.

LUXUS II In Stuttgart verkündet Daimler-Benz den Bau der Limousine „Maybach“ – Preis 400 000 Mark, „plus/minus 100 000 Mark“.

MITTWOCH, 29. 7.

ENTSPANNUNG Die Ministerpräsidenten Indiens und Pakistans kündigen Gespräche auf Ministerebene an. Das Verhältnis der verfeindeten Staaten hatte sich nach Atombombentests im Mai dramatisch verschärft.

HAFT Der Oberste Gerichtshof Spaniens verurteilt den ehemaligen Innenminister José Barrionuevo wegen illegaler Praktiken im Kampf gegen baskische Terroristen zu zehn Jahren Gefängnis.

DONNERSTAG, 30. 7.

GLÜCK Eine Tippgemeinschaft von 13 Fabrikarbeitern aus Ohio, die sich „The Lucky 13“ nennt, gewinnt in den USA mit 161,5 Millionen Dollar (etwa 295 Millionen Mark) den größten Lotto-Jackpot aller Zeiten.

KLAGE Die Länder Bayern und Baden-Württemberg reichen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klage gegen den Länderfinanzausgleich ein. Die Südländer halten den Finanztransfer für ungerecht und verfassungswidrig. Das Land Hessen will im Herbst eine eigene Verfassungsklage nachreichen.

FREITAG, 31. 7.

ERMITTLUNGEN Die Aufklärung der ICE-Katastrophe von Eschede, bei der am 3. Juni 101 Fahrgäste ums Leben kamen, wird nach Angaben der Polizei Celle bis „weit ins Jahr 1999“ dauern.

FUSION Die amerikanischen Kartellbehörden billigen die Fusion der Automobilkonzerne Daimler-Benz und Chrysler. Damit steht der Elefantenhochzeit nichts mehr im Weg.

TERMINE

3. bis 9. August 1998

MONTAG, 3. 8.

AUFBAU OST In Schwerin stellen Vertreter der CDU und CSU ihr Programm zum Aufbau Ost vor.

AUFBAU WEST Die Stadt Bonn tröstet die Telekom-Radler um Jan Ullrich nach der verkorksten Tour de France mit einem Empfang auf dem Marktplatz.

DIENSTAG, 4. 8.

WAHLKAMPF I SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder trifft in den USA ein. Am Mittwoch empfängt ihn Präsident Bill Clinton.

WAHLKAMPF II FDP-General Guido Westerwelle tourt auf Stimmenfang durch die neuen Länder.

MITTWOCH, 5. 8.

KONJUNKTUR Das ifo-Institut Dresden legt seine Konjunkturprognose für 1998 und 1999 vor.

DONNERSTAG, 6. 8.

ARBEIT Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit gibt die Arbeitslosenzahlen für Juli bekannt. Arbeitslose haben zum 7. Arbeitslosenprotesttag aufgerufen.

ADEL Königin Elizabeth II. öffnet den Londoner Buckingham Palast für Touristen.



Für Besucher geöffnet

FREITAG, 7. 8.

TOKIO Von der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Keizo Obuchi erwartet Japan ein Signal für das wirtschaftlich angeschlagene Land.

SAMSTAG, 8. 8.

JUGEND In Lissabon beginnt in Kooperation mit der Uno die erste Weltkonferenz der für die Belange der Jugend zuständigen Minister.

SONNTAG, 9. 8.

EURO In Bonn palavert die IX. Europäische Sommerakademie über die Herausforderung der Europäischen Union nach der Euro-Entscheidung.

GESTORBEN

Jerome Robbins, 79. Wie kaum ein anderer brachte der in New York als Jerome Rabinowitz geborene Robbins den „American Way of Life“ auf die Bühne: „Wir in Amerika essen, denken, reden, gehen und kleiden uns anders als irgend jemand sonst auf der Welt. Und wir tanzen anders.“ Als



25jähriger inszenierte er schon sein erstes Ballett „Fancy Free“ nach der Musik von Leonard Bernstein („On the Town“). Die Begabung, Alltägliches zur Kunst zu verdichten, Sozialkritisches und Zeitgeist zu verknüpfen und dabei noch zündende Rhythmen herüberzubringen, machten seinen Erfolg aus. Als Choreograph (wundervoll sinnlich sein „Nachmittag eines Fauns“, 1953) schuf er über 50 Ballettstücke. Auf die 1957 bereits als Broadway-Musical umjubilte „West Side Story“ folgte die mit zehn Oscars ausgezeichnete Filmfassung. Jerome Robbins, der später mit „Anatevka“, das in einem osteuropäischen Stetl spielt, auf seine jüdische Herkunft zurückkam, starb vergangenen Mittwoch in New York.

Tiny Rowland, 80. Er war nicht klein, und er hieß auch nicht Rowland. Seinen Nachnamen erfand der als Roland Walter Fuhrhop in Indien geborene Sohn eines Hamburger Kaufmanns, als er in den dreißiger Jahren nach England kam. Er fügte den Anfangsbuchstaben seines zweiten Vornamens in den ersten ein. Nach dem Krieg schlug sich der einstige Hitlerjunge als Gepäckträger durch. Seine beispiellose Karriere begann, als er 1961 im damaligen Rhodesien die heruntergekommene Minengesellschaft Lonrho übernahm und sie in einen weltweit operierenden Mischkonzern umwandelte. Sein Geschäftsgebaren beschrieb Biograph Richard Hall so: „Rowland sah das ganze Leben als einen Wettkampf an, bei dem man seinen Gegner hin und wieder zwischen die Beine treten mußte“, wofür ihn der britische Premier Edward Heath als „unerträgliches Gesicht des Kapitalismus“ beschimpfte. Das hinderte ihn nicht daran, sich das Vertrauen vieler afrikanischer Staatschefs zu erwerben, darunter das von Nelson Mandela, der in ihm einen „alten Freund im Kampf gegen die Apartheid“ sah. Tiny Rowland starb am 25. Juli in London.

Zbigniew Herbert, 73. „Polen sind begabt“, schrieb Günter Grass in einem Gedicht. Der polnische Poet und Essayist war es so sehr, daß er schon zu Lebzeiten zum Klassiker wurde, zum stoischen Humanisten. Er entstammte bürgerlichen Verhält-

nissen, war Undergroundkämpfer in der Nazi-Zeit, und als cartesianischer „Herr Cogito“ wollte er, trotz aller Greuel, in der Welt bleiben, „gleich einem denkenden Stein“. Zbigniew Herbert starb vergangenen Dienstag in Warschau. Tausende Polen, darunter die Spitzen von Staat und Kultur, gaben ihm am Freitag das letzte Geleit.

Zlatko Cajkovski, 74. Er war im ersten Jahrzehnt der Fußballbundesliga ein Startrainer. Und er hätte wohl auch heute, in der flirrenden Medienwelt, seinen Platz. Der 57malige jugoslawische Nationalspieler führte den 1. FC Köln zum Meistertitel und Bayern München, für den er „kleines, dickes Müller“ entdeckte, zum Europapokalsieg. 1968 schraubte das Energiebündel seine Monatsgage auf 20 000 Mark hoch. „Tschik“ (Zigarettenstummel) Cajkovskis Führungsstil lebte nicht von Taktik, sondern von Intuition und Optimismus. Daß ihm mokant vorgehalten wurde, die deutsche Sprache nie richtig erlernt zu haben, kümmerte den Fußball-Clown nicht: „Bin ich nix Lehrer für Deutsch, sondern für Fußball.“ Zlatko Cajkovski starb vergangenen Montag in München.



FOTOGENTUR HARTUNG

Tal Farlow, 77. Kollegen nannten ihn „Octopus“. Denn seine Gitarre klang, als ob er mit vielen Armen spielte. Dabei hatte der Mann aus North Carolina Schildermaler gelernt; er übte den Beruf noch aus, als er in den vierziger Jahren nach New York zog: tags auf der Leiter, nachts auf der Bühne neben Bebop-Größen wie Charlie Parker und Bud Powell. Als einer der innovativsten Meister der Jazzgitarre beherrschte er sie gleichermaßen brillant als Rhythmusinstrument wie für seine Soli. Tal Farlow starb am 25. Juli in New York an Krebs.

Sri Prakash Sinha, 62. Mut vor der Macht zu beweisen gehörte zum professionellen Selbstverständnis des SPIEGEL-Korrespondenten (1968 bis 1994) in Indien. Als die



Premierministerin Indira Gandhi 1975 den Ausnahmezustand über ihr Land verhängte, mußte der für ihren Geschmack allzu kritische SPIEGEL-Mann, indischer Staatsbürger, seine Heimat verlassen, um einer Verhaftung zu entgehen, und ins Exil nach Nepal auszuweichen. Sri Prakash Sinha starb, während er an einem Buch über Aids in Indien arbeitete, am 24. Juli in Neu-Delhi an Herzversagen.

Prinzessin Haya, 24, Tochter König Husseins von Jordanien und derzeit auf Paul Schockemöhles Mühlener Hof in Ausbildung zur Olympia-Springreiterin, kam als Gastgeberin in die Bredouille. Die Prinzessin hatte einen Freund zum Abendessen in ihr Ein-Zimmer-Apartment geladen, wußte aber nicht, was man in diesem Land bei solcher Gelegenheit aufischt. Zusätzliche Verwirrung stifteten Telefonanrufe zu Hause in Amman beim königlichen Koch, bei der Mutter und den Schwestern: vier völlig unterschiedliche Ratschläge. Klärung schaffte schließlich der Vater selbst. Er sei der Ansicht, gab Hussein durch, „Prinzessinnen sollten überhaupt nicht kochen“.

Johannes Dyba, 68, Erzbischof von Fulda, läßt gegen das Satire-Magazin „Titanic“ nicht locker. Das hatte in seiner März-Aus-



Prinzessin Haya

gabe in einem Cartoon unter dem Titel „Abtreibung ab sofort erlaubt“ einen Kirchenmann seinen Meßdiener fragen lassen: „Na, mein Sohn? Heute schon Abt gerieben?“ Obwohl keinerlei physiognomische Ähnlichkeit mit dem Fuldaer Kirchenfürsten vorhanden ist, lediglich das Inhaltsverzeichnis nach alter „Titanic“-Tradition Dyba ironisch als Autor des Startcartoons ausweist, begriff der den Scherz als erneute Attacke gegen sich und ließ seinen

Anwalt prompt einschreiten. „Titanic“-Chefredakteur Oliver Schmitt, gegen den Dyba nun wegen Beleidigung ermitteln läßt, sieht die Sache gelassen. Er habe Dyba seine seit 1991 anhaltenden Versuche, „Titanic“ vor Gericht zu ziehen, „gemäß meinen christlichen Grundsätzen“ vergeben und warte nun auf ein Zeichen aus Fulda. Am liebsten wäre ihm „eine Privataudienz mit prima Meßwein“.



Albright-Elternhaus

Madeleine Albright, 61, US-Außenministerin, nimmt zusammen mit ihren Geschwistern Kathy und John Erban sprüche im ostböhmischen Kostelec nad Orlicí wahr, dem Geburtsort ihrer Eltern. Bewegt hat sie dazu die Stadtverwaltung. Bürgermeister František Sejkora und seine Mitbürger wünschen, daß das kleine Haus in der Havlíčková Straße, als dessen Miteigentümerin Albrights Mutter Anna im Grundbuch eingetragen ist, wieder einen verantwortungsvollen Besitzer bekommt. Albrights Vorfahren väterlicher- und mütterlicherseits spielten als Großunternehmer eine



R. ELLIS / SYGMA



C. DIROCHER / SYGMA

Teanotoga

Hinano Teanotoga, 24, Miss Tahiti und Vize-Miss-Frankreich, sorgt für Vorabaufruhr beim Miss-World-Wettbewerb auf den Seychellen im November. Die Tahitianerin dürfe Frankreich nicht vertreten, entschied Eric Morley, Cheforganisator des Wettbewerbs. Wie Macao, Hongkong und Gibraltar sei Tahiti ein eigenständiges Land: „Verzeihung, wir erwarten Miss Frankreich.“ Geneviève de Fontenay, Präsidentin des französischen Miss-World-Komitees, hielt dagegen. Französisch-Polynesien

gehöre zu Frankreich, die Kandidatur Teanotogas werde sie nicht zurückziehen. Miss Tahiti selbst bezeichnete Morleys Entscheidung als dumm, der Mann verstehe weder etwas von Politik noch von Geographie. Schließlich hätten die Polynesier selbst entschieden, Franzosen zu sein. Ihre Chancen, Frankreich doch noch zu vertreten, stehen nicht schlecht. Auch 1991 hatten die Organisatoren versucht, eine Miss Tahiti für Frankreich nicht starten zu lassen. Damals ohne Erfolg.

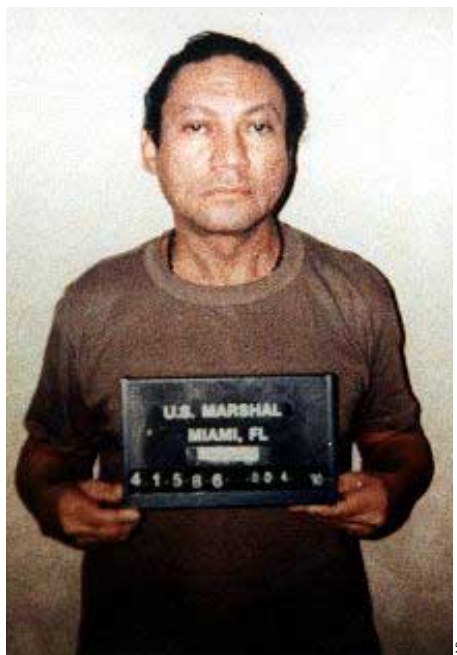
wichtige Rolle bei der industriellen Entwicklung der Region. Für die politische Courage der „forschen Madla“ Albright haben die Kosteceker eine Erklärung: „Typisch Ostböhmen“.

Annemarie Seite, 58, Ehefrau des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Berndt Seite (CDU) und Bürgermeisterin des gemeinsamen Heimatdorfes Walow (Kreis Müritz), wirft mitten im Wahlkampf ihrem Mann Knüppel zwischen die Beine – und den Walower Bürgern „DDR-Mentalität“ vor. Das Dilemma der Politikerin: 229 der 405 Einwohner haben kürzlich eine Unterschriftenaktion gegen die Ansiedlung einer Schweinemastanlage in der Gemeinde gestartet. „Die Leute wollen nicht begreifen, daß solche Anlagen heute sauber arbeiten“, so die Bürgermeisterin. Die vier Arbeitsplätze, die für die Fütterung der 10 000 Ferkel nötig wären, interessieren die Walower weniger; sie fürchten, daß die „Riesenschweinerei“ Touristen abschreckt. Wenn sich die prominente Bürgermeisterin nicht durchsetzt, droht Walow der Liebesentzug durch den Schweriner Landwirtschaftsminister. Der will Dörfer, die sich gegen die Schweinezucht sperren, nicht mehr fördern.

Walter Moers, 41, Comic-Zeichner, bringt mit seinem neuen Buch „Adolf die Nazi-Sau“ die rechte Szene in Aufruhr. Per E-Mail verkündeten Neonazis dem Eichborn-Verlag, der Zeichner ziehe mit seinem Comic das Andenken Hitlers in den Schmutz. „Walter Moers müßte man von der Straße fegen“, drohten sie. Dazu Moers: „Kein Kommentarr!“



Moers-Comic



Noriega

Manuel Noriega, 58, inhaftierter Ex-Diktator von Panama, bewies Humor. In einem Artikel über Fitneß-Training in Gefängniszellen zeichnet der zu 40 Jahren Haft Verurteilte als Verfasser. Die Zeitschrift „Men's Health“ hatte über Noriegas Tochter Kontakt mit dem Diktator aufgenommen. Laut David Zinczenko, Redakteur der Zeitschrift, schrieb Noriega die Ratgeber-Glosse zwar nicht selbst, antwortete aber bereitwillig auf Fragen und war mit der Umarbeitung sehr zufrieden. Über die journalistische Zusammenarbeit findet Zinczenko nur lobende Worte: „Die Hälfte der Witze stammt von Noriega.“

Christa Nickels, 46, Vorsitzende des Bundestagspetitionsausschusses (Bündnis 90/Die Grünen) gab Küchengeheimnisse über ihr Lieblingsgericht preis. In einem Kochbuch mit Rezepten grüner Politiker (als Trilogie nach dem „Roten“ und dem „Schwarzen Kochbuch“ soeben erschienen im Reimo Verlag, Oberding) schrieben die Fraktionskollegen von Nickels allerhand Multi-Kulti-Speisen auf, darunter die „Ligurischen Häppchen“ des jüngsten MdB, Matthias Berninger, „Edispolo ha Ghardsch“ (Linsenreis) des türkischstämmigen Abgeordneten Cem Özdemir oder die „Kürbiscrème à la Finca Predio Son Serra“ des Umwelt-MdB Jürgen Rochlitz. Bodenständig blieb dagegen die katholische Krankenschwester aus Geilenkirchen. Sie beschrieb schwärmerisch „Christas Kohlwickel“ und die „kontemplative Handlung“ zu Beginn des Kochens. „Der Kohlkopf“, klingt es leicht sadistisch-wahlkämpferisch, „wird mit kochendem Wasser übergossen, die äußeren Blätter werden weich, das Kohlblatt wird zusammengerollt.“

Montag, 3. August

14.00 – 15.00 UHR RTL

Bärbel Schäfer

„Mama, ich lass' mich piercen.“ Muß man denn ein Schwein sein, wenn man ja zum Ringelschwänzchen sagt?

14.00 – 15.00 UHR PRO SIEBEN

Arabella Kiesbauer

„Alptraum Ex – heute triffst du sie.“ Arabella, die wahre Erbin der Existentialphilosophie.

15.00 – 16.00 UHR PRO SIEBEN

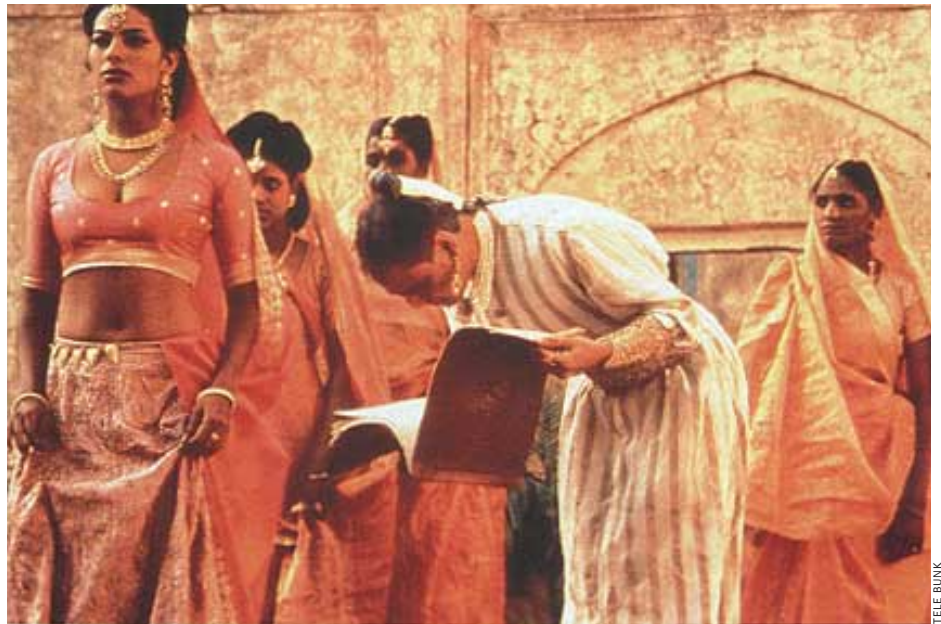
Andreas Türck

„Kann ich bei dir meinen Star treffen?“ Für alle, die noch keinen Vogel haben.

20.45 – 22.40 UHR ARTE

Der Bienenkorb

Mario Camús' Film (Spanien 1982) spielt im Madrid des Jahres 1943. Der Bürgerkrieg ist seit vier Jahren zu Ende; die Franco-Diktatur beginnt sich zu verfestigen, und alte Fronten bleiben sichtbar zwischen Anhängern und Feinden des Systems. Im Literatencafé „Delicia“ geht es zu wie in einem Bienenkorb. Dort treffen sich Dichter, Studenten, Journalisten, Schwarzhändler, Kupplerinnen und redliche Seelen. In der Vorlage zu diesem Kinostück, im 1951 erschienenen Roman von Camilo José Cela, tauchen fast 200 Personen auf. Der dem Geist des Romans höchst sorgfältig nachspürende Film reduziert die Charaktere auf rund 60.



Szene aus „Kama Sutra“

22.15 – 0.05 UHR ZDF

Kama Sutra

Wer angesichts des Erotik verheißenden Titels in Wallung geraten möchte, dürfte enttäuscht werden. Der Film (1996) der in Ostindien aufgewachsenen Mira Nair ist nach westlichen Maßstäben nicht besonders freizügig. In Indien aber mußte die Regisseurin gegen Eingriffe der Zensur kämpfen. Erzählt wird eine Art Grimmsches Märchen aus dem 16. Jahrhundert: Da gibt es das arme, anmutige Mädchen (Indira Varma), das in die Welt hinauswandern muß, nachdem es vom Hofe verstoßen wird; da gibt es eine von Mißgunst

geplagte Prinzessin (Sarita Choudhury), die den klassischen Platz der Stiefschwester einnimmt; und da gibt es die gute Fee, die das Mädchen aufnimmt und erzieht. Und selbstredend stolziert ein ritterlicher Held (Ramon Tikaram) durch die Geschichte.

22.30 – 23.00 UHR ARD

Tagesthemen

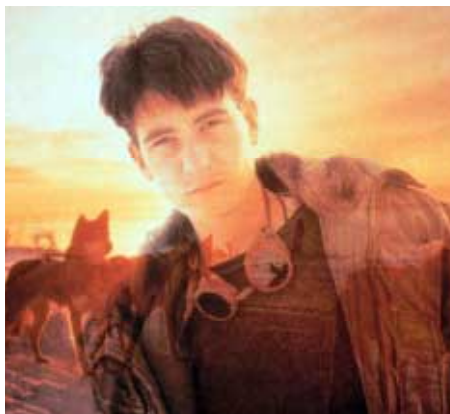
Wie schon öfters zur Sommerszeit schweift die ARD-Nachrichten-Schau in die Welt hinaus. In diesem Monat berichtet Hans-Josef Dreckmann unter der Überschrift „Tansania-Tour“ aus Afrika.

Dienstag, 4. August

20.15 – 21.45 UHR 3SAT

Salmonberries

In einer heruntergekommenen Bücherei am Polarkreis arbeitet eine mürrische



„Salmonberries“-Darstellerin k. d. lang

deutsche Bibliothekarin (Rosel Zech). Dann taucht ein androgynes Mädchen (k. d. lang) auf und randaliert. Es stellt sich heraus, daß die Störenfriedin ein Findelkind ist, das nach seiner Identität sucht. Die Bibliothekarin baut eine Beziehung zu dem Mädchen auf. Beide fahren nach Ost-Berlin, wo die Mauer gefallen ist. Die Deutsche sucht das Grab ihres bei einem Fluchtversuch ums Leben gekommenen Mannes. Die Kritik bemängelte an Percy Adlons Film von 1991, daß er seiner Geschichte nicht genug abgewinnen könne und so immer wieder zu technischen Effekten wie dem Auf- und Abblenden in einer Liebeszene Zuflucht nehmen müsse.

21.00 – 21.45 UHR ZDF

Deutschland vor der Wahl: Ist die Rente noch zu retten?

Der ausgezeichnete Beitrag der vergangenen Woche über die Ungerechtigkeiten der deutschen Steuergesetzgebung macht neu-

gierig auf diesen Beitrag von Bernhard Lichte und Wolf Lindner über die Rentenmisere.

22.00 – 23.50 UHR WEST III

Sexy! – Männer gehören an die Leine

Nicht abschalten! Eine Talkdomina, die säufelnde Kerle am Halfterband führt, droht in dieser Sendung nicht. In der turbulenten Sexkomödie (USA 1961) von Michael Gordon buhlen vier ausgedörrte Langzeit-Ehemänner um die schöne Hollywood-Blondine Kim Novak. Doch das geile Herrenquartett lechzt vergeblich nach dem Lotterbett. Die unworbene Venus ist Soziologin und nur rein wissenschaftlich interessiert. Sie studiert „das unreife sexuelle Verhalten des amerikanischen Mannes im Großstadtvorfeld“. Wenn sie nicht gestorben ist, dann dürfte die Schöne noch immer an dem Projekt arbeiten – das Fach ist wahrhaft unerforschlich.

Mittwoch, 5. August

14.00 – 15.00 UHR RTL

Bärbel Schäfer

„Ich fand sie zu schade fürs Bett.“ Wie die Kuscheelhäschen aufs Sofa kamen.

22.15 – 23.00 UHR ZDF

Kennzeichen D

Themen: Bei Anruf Mord – Politiker auf Abwegen / Atemlos – Ozonangriff auf Kinderlungen / Niedriglöhne – Arbeit um jeden Preis / Eskalation – Menschenjagd der Rechtsextremen / Ausgeliefert – Folteropfer abgeschoben.

0.15 – 1.50 UHR WEST III

Rendezvous in Paris

Eric Rohmers Episodenfilm (Frankreich 1995) handelt von schönen jungen Menschen, die anderen schönen jungen Menschen nachstellen, um ihr Liebesleben zu bereichern. Es geht um Verstecken und Entdecken, um die Logik des Zufalls und die fragile Balance des Glücks. Rohmers Geschöpfe spielen mit den Möglichkeiten heroischer Entscheidungen, träumen von der großen, endgültigen Liebe und bleiben doch, wann immer der Traum sich vielleicht verwirklichen ließe, lieber beim Gewohnten. In der Unlust, sich zu entscheiden, ähneln sie dem Personal der Tsche-

chowschen Komödien. Rohmer liebt das Improvisierte, nichts liegt ihm ferner als die Künstlichkeit der fingierten Realität. Und nichts hält er für größere Zeitverschwendung, als für Drehorte Genehmigungen einzuholen. Also drehte er im Picasso-Museum während des normalen Publikumsverkehrs und riskierte auf den Straßen, im „Körper der Stadt“, durch besonders lange Einstellungen den Einbruch der Wirklichkeit in das Spiel.

0.15 – 1.15 UHR ZDF

Zeugen des Jahrhunderts

Thomas Hocke spricht mit dem heute in Irland lebenden Journalisten Horst Stern, 75.

Donnerstag, 6. August

20.15 – 22.10 UHR VOX

Todfreunde – Bad Influence

Die Geschichte von Faust und Mephisto in der Sprache Hollywoods. Michael (James Spader) heißt der Tor, der einen guten Job hat, aber in den Dingen des Lebens trotz heißen Bemühens so klug da steht als wie zuvor: Er langweilt sich. Der Mephisto nennt sich Alex (Rob Lowe). Plötzlich taucht er auf und steht dem Yuppie Michael bei, als der sich wegen einer Frau prügelt. Die Männer begegnen sich wieder, und Mephisto lehrt seinen Bewunderer, wie man in der Welt und vor allem bei den Frauen Erfolg hat. Irgendwann kommt es zum Konflikt zwischen Satan und Satansverführtem, und Regisseur Curtis Hanson bringt seinen Faust mit Fäusten zu Ende. „Er inszeniert“, schrieb die „Süddeutsche“, als „wäre des Pudels Kern eine Kugel aus Blei“. Die teuflische Stärke des Films (USA 1989) steckt in seinen Details, den böse glitzernden Bildern.



Turner in „Julia und Julia“

20.15 – 21.50 UHR 3SAT

Julia und Julia

Eine Frau (Kathleen Turner) heiratet einen Traummann, der wenige Stunden nach der Hochzeit tödlich verunglückt. Sechs Jahre später sieht man dieselbe Frau, wie sie das Appartement betritt, in dem das Paar leben wollte. Dort begrüßen sie ihr verunglückter Mann und ein sechsjähriges Kind, als käme sie vom Einkaufen zurück. Ohne Erklärungen zu liefern, verwischt Regisseur

Peter Del Monte in diesem italienischen Psychothriller (von 1987) die Grenze zwischen Realität und Einbildungskraft.

0.15 – 2.15 UHR VOX

Coming out

Heiner Carows Film über ein Schwulenschicksal in der DDR hatte Premiere, als die Mauer geöffnet wurde. Der Lehrer Philipp Klarmann (Mathias Freihof) entdeckt seine Homosexualität.

Freitag, 7. August

19.25 – 19.50 UHR ARD

Biggi

Anders als im Hörfunk (siehe Seite 170) endet es meistens als schlechter Scherz, wenn deutsches Fernsehen versucht, Comedy zu produzieren. Zwar wälzt man sich auch angesichts dieser neuen siebenteiligen Reihe (Regie: Norbert Schultze jr.) nicht eben vor Lachkrämpfen auf dem Teppich. Aber die Geschichte um die Hausfrau, Mutter und Malerin (Gila von Weitershausen), die sich mit einem bekloppten Ehemann (Peter Prager) und einem dicklichen Strebersohn (Antoine Monot) herum-schlagen muß, bietet neben einigem Grau angestrengter Bemühtheit ein paar humoristische Aufhellungen.

20.15 – 22.10 UHR VOX

Flashdance

Die rußschwarze Kohlestadt Pittsburgh schminkte sich Hollywood in diesem Film (1983) schön mit Schnitten durch den Staub



„Flashdance“-Stars Michael Nouri, Beals

ins Gegenlicht. Am schönsten aber ist die 18jährige Schweißerin Alex (Jennifer Beals), die morgens mit dem Rennrad zur Arbeit fährt und abends auf der schicken New-Wave-Bühne einer schäbigen Malocher-Bar die schärfsten Nummern tanzt. „Ein Commercial, das Amok läuft“, schimpften US-Kritiker, doch der Film von Adrian Lyne erwies sich an den Kassen als großer Erfolg. Auch an den folgenden fünf Freitagabenden legt Vox mit Tanzfilmen eine flotte Sohle aufs Parkett.

23.15 – 24.00 UHR RTL

Veronas Welt

Verona Feldbusch („Peep!“) mit ihrer neuen Late-Night-Show. Jetzt kann man zum Einschlafen noch ein Schäfchen weiterzählen.

Samstag, 8. August

20.15 – 0.15 UHR 3SAT

Der Ring des Nibelungen: Die Walküre

Harry Kupfers Inszenierung (musikalische Leitung: Daniel Barenboim) in einer Aufführung von 1992.

20.15 – 22.15 UHR PRO SIEBEN

Manta, Manta

Für alle Anti-Wagnerianer: das Ding des lieben Jungen (Til Schweiger). Sein Schwert Nothung ist einer jener legendären Opel-Typen, seine Brünnhilde heißt Uschi (Tina Ruland), und gegen den arroganten Mercedes-Drachen Axel muß er mit dem Manta in dieser filmischen Dröhnung von 1991 ein Wettrennen fahren – zur Freude aller oktanverliebten Wotansbraten.

20.15 – 22.15 UHR SAT 1

Die schwarze Witwe

Reiche Männer, welche die schöne Catharine (Theresa Russell) freien, haben wenig zu lachen. Nach dem Koitus folgt der Exitus, und die Heiratsschwindlerin macht sich mit den Millionen davon. Gegen solche Frauenlist hilft nur eine Frau: An die



Russell, Frey in „Schwarze Witwe“

Fersen der schwarzen Witwe heftet sich Alexandra Barnes (Debra Winger) aus dem Justizministerium. Im Kampf um die Gunst eines Hotelbesitzers (Sami Frey) kommt es zur Entscheidung zwischen den Damen. In Bob Rafelsons („Wenn der Postmann zweimal klingelt“) Krimi von 1987 sind jene Szenen am aufregendsten, in denen ein Vulkan Feuer speit. Zufällig brach während der Dreharbeiten der Kilauea auf Hawaii aus, Rafelson filmte das Ereignis und streute die Aufnahmen in sein Stück.

Sonntag, 9. August

18.40 – 19.10 UHR ARD

Lindenstraße

Ein vermißter (und gemordeter?) Knabe (Mäxchen), ein granatenmäßig aggressiver Ausländerfeind (Olaf), ein liebeswunder Rollstuhlfahrer (Doc Dressler) – mit altlinkem Protestantismus bleibt die erste und deutscheste aller deutschen Soaps auf ein als wahres Leben ausgegebenes Jammertal fixiert, wo Schuld und Sühne regieren und wo die Schwerelosigkeit der Fun-Gesellschaft einfach nicht entstehen will. Könnte Kanzlerkandidat Schröder, der so gerne als Nebendarsteller im Fernsehen auftritt, nicht bald auch in der Lindenstraße vorbeischaun und Geissendörfers Gramkammern erhellen?

20.15 – 0.15 UHR WEST III

Gerd Ruge

In den Zeiten gelackter Damen und Herren Wichtig, die im Fernsehen die Welt erklären wollen, aber nur Zeugnis von ihrer Eitelkeit geben, ist dieser Kämpfe aus alten TV-Tagen ein Labsal: Knorzig und im Nuschelton versteht es der 70jährige TV-Journalist, fremde Länder nahezubringen. Nach einem Ruge-Porträt wiederholt West III einige seiner besten Reportagen.

20.15 – 21.45 UHR ARD

Tatort: Money! Money!



Szene aus „Money! Money!“

Das beliebte Dresdner Kommissar-Duo Ehrlicher (Peter Sodann) und Kain (Bernd Michael Lade) ermittelt gegen den betrügerischen Veranstalter eines Kettenspiels (Ulrich Noethen), dessen Partnerin verschwinden kann, aber wenig später zu Tode kommt. Nicht mehr oft wird der angenehme zurückhaltende Sodann als Tatort-Kommissar zu sehen sein: Seine Ablösung ist leider beschlossene Sache. Money, Money? Oder Quote, Quote? Oder keine Lust mehr?

SPIEGEL TV

DONNERSTAG

22.15 – 23.10 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Black Box – Gefahren am Himmel

1996 kamen mehr als 1500 Menschen bei Flugzeugunglücken ums Leben. Eine Rekordzahl in den letzten 40 Jahren. Preiskämpfe, Billigflieger und das Verkehrschaos machen das Fliegen immer gefährlicher. Der dritte Teil der Dokumentation zeigt Ursachen und Hintergründe von Flugzeugkatastrophen und begleitet die Arbeit von Unfall-Experten.

FREITAG

SPIEGEL TV INTERVIEW

SPIEGEL TV THEMA

Entfallen (Sommerpause)

SAMSTAG

SPIEGEL TV SPECIAL

Entfällt (Sommerpause)

SONNTAG

22.15 – 23.05 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Aktuelles politisches Magazin

23.15 – 23.45 UHR SAT 1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Die neue deutsche Welle:

Ein Ostsee-Report von Fehmarn bis Rügen

Mehr Urlauber als je zuvor bleiben in diesem Sommer aus Kostengründen im eigenen Land und hoffen auf ein Ende des Dauerregens. Beobachtungen an der deutschen Ferienküste: über Langzeitcamper, Pauschal-touristen, FKK-Anhänger, Jachtbesitzer und einen Bundeskanzler auf Bädertour.



Strandkörbe an der Ostsee

Aus der „Süddeutschen Zeitung“ zum Tabu-Leiden Inkontinenz: „Und wie leicht die Lösung des Problems sein kann, schilderte Beate Drews von der Selbsthilfegruppe Wilhelmshaven: „In meiner Gruppe hatte ich zwei Frauen mit einer Reizblase. Die eine ließ sich scheiden, bei der anderen starb der Mann. Danach ging es beiden besser.“

Überwältigende Gastfreundschaft

Es stinkt, und die Kinder spielen mit Müll

Aus den „Ruhr Nachrichten“

Aus den „Fürstenfeldbrucker Neuesten Nachrichten“: „Unter der Leitung der Gernerger Polizeiinspektion liefen, fuhren oder flogen zahlreiche Polizisten, fünf Polizeihunde, der Polizeihubschrauber Edelweiß, Feuerwehren und einige Bauern durch die Gegend.“

Aus der Chemnitzer „Freien Presse“: „Da die verbliebenen Beatles nach eigenen Angaben nicht gemeinsam auf die Bühne treten werden, solange John Lennon tot ist, scharfte deren ehemaliger Schlagzeuger Ringo Starr schließlich andere Musiker mit klangvollen Namen um sich.“

Immer gegen die Ignoranz - so gut es geht

Hermann Schulz, der einen Aschenbecher von Ursula von Reibnitz hat, ist gestern 60 geworden

Aus der „Wuppertaler Rundschau“

Die „Frankfurter Allgemeine“ über die blaue und die rote Mauritius-Briefmarke: „Reich sind freilich nur wenige Albenbesitzer geworden: Seltene Marken sind nur selten, wenn sie selten sind.“

Aus der „Rhein-Zeitung“: „Auf der Zielgeraden des Wahlkampfs wollen alle Parteien doch noch die Kurve kriegen und versuchen, die politischen Gegner dabei auszubremsten.“

Aus der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“: „Die albanischen Freiheitskämpfer der UCK verkünden gerne, sie seien den Serben turmhoch überlegen. Doch tote und verwundete Albaner sprechen oft eine ganze andere Sprache.“

Zitat

„Die Zeit“ über den Vorschlag von Michael Naumann, dem Kulturbeauftragten eines künftigen Kanzlers Schröder, das Berliner Stadtschloß wiederaufzubauen:

Auch in dieser Frage fungierte Naumann als Schallverstärker eines Stimmungsumschwungs. Spätestens seit sich Matthias Matussek kürzlich im SPIEGEL zum Fürsprecher der Stadtschloß-Lösung gemacht hat, können sich immer mehr kritische Geister mit dieser traditionalistischen Option anfreunden ... Wer das für eine Kapitulation vor der Herausforderung hält, für die neue Republikhauptstadt eine neuartige städtebauliche Symbolik zu entwickeln, setzt sich dem Verdacht aus, ein Alarmist zu sein, der hinter jeder Berliner Ecke die preußische Restauration lauern sieht. Naumanns Intervention schrieb die Umpolung der Diskursanordnung fest: Für das Denkmal und gegen das Stadtschloß zu sein, gilt jetzt als rückwärtsgewandt und unflexibel, die gegenteilige Position aber steht für selbstbewußte Zukunftsorientierung.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 17/1997 „Fleurop für Amigos“ über den ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Paul Münstermann, der CSU-Spitzenpolitiker wie Franz Josef Strauß, Max Streibl oder Theo Waigel mit eigens gefertigten Geheimdossiers versorgte:

Die Staatsanwaltschaft München I hat nach dreijährigen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Verletzung von Dienstgeheimnissen das Verfahren gegen Zahlung von 10 000 Mark eingestellt.

... in Nr. 28/1998 über den früheren Leiter des Holzmindener Albert-Schweitzer-Therapeutikums, den Kinderarzt und Psychiater Wulf Aschoff, dem die Bezirksregierung Hannover wegen des Verdachts des sexuellen Mißbrauchs seiner Patienten die Approbation entzog:

Nach der Veröffentlichung im SPIEGEL meldeten sich bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Hildesheim weitere Zeugen, die Aschoff mit „sehr konkreten“ Aussagen vor allem zu Foto- und Videoaufnahmen belasteten. Inzwischen wurde das Privathaus des Kinder- und Jugendpsychiaters durchsucht, dabei wurden Nacktfotos von ehemaligen Patienten Aschoffs sichergestellt. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Hannover in einem Eilverfahren die sofortige Vollziehung des Berufsverbots bestätigt. Begründung: Der Mediziner sei offenbar „eine Gefahr für die Allgemeinheit“.